

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

HANS MAIER
„Totalitarismus“ und
„politische Religionen“

FREYA EISNER
Kurt Eisners Ort in der sozialistischen
Bewegung

BERND STÖVER
Das Dritte Reich im Spiegel der
sozialistischen Exilberichte

HELGE BERGER/ALBRECHT RITSCHL
Die Rekonstruktion der Arbeitsteilung in Europa
Eine neue Sicht des Marshallplans
in Deutschland

DOKUMENTATION
Erwin Wickert und die Friedensnote
der Bundesregierung 1966
(Rainer A. Blasius)

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Udo Wengst
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Andreas Wirsching

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

45. Jahrgang

Heft 3

Juli 1995

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Hans Maier* „Totalitarismus“ und „politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs 387
- Freya Eisner* Kurt Eisners Ort in der sozialistischen Bewegung . 407
- Bernd Stöver* Loyalität statt Widerstand. Die sozialistischen Exilberichte und ihr Bild vom Dritten Reich 437
- Helge Berger/
Albrecht Ritschl* Die Rekonstruktion der Arbeitsteilung in Europa. Eine neue Sicht des Marshallplans in Deutschland 1947–1951 473

MISZELLE

- Hans-Jürgen Schröder* Deutsche Außenpolitik 1963/64. Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ 521

DOKUMENTATION

<i>Rainer A. Blasius</i>	Erwin Wickert und die Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März 1966	539
--------------------------	--	-----

NOTIZ

	„... da ich sie nicht benennen kann.“ Forschungsprojekt „Totalitarismus und Politische Religionen“ an der Ludwig-Maximilians-Universität München (<i>Michael Schäfer</i>)	555
--	---	-----

ABSTRACTS	559
---------------------	-----

MITARBEITER DIESES HEFTES	562
-------------------------------------	-----

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Anke Thulke. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreise 1995: Jahresabonnement Inland DM 91,20 (DM 78,- + DM 13,20 Versandkosten); Österreich öS 727,- (609,- + 118,- Versandkosten); Schweiz sFr 93,20 (78,- + 15,20 Versandkosten); Binnenmarktländer Empfänger *mit* UST.-ID-Nr. DM 88,20 (73,- + 15,20 Versandkosten); Binnenmarktländer Empfänger *ohne* UST.-ID-Nr. und Drittländer DM 93,20 (78,- + 15,20 Versandkosten).

Studentenabonnement (nur Inland) DM 73,20 (60,- + 13,20 Versandkosten); Einzelheft DM 26,-, öS 203,-, sFR 26,- + Versandkosten. Inlandspreise und Preise für Binnenmarktländer (Empfänger ohne USt.-ID-Nr.) incl. 7 % MWSt. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 52,- zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.

Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3-11, 86650 Wemding

HANS MAIER

„TOTALITARISMUS“ UND „POLITISCHE RELIGIONEN“

Konzepte des Diktaturvergleichs

Wir haben gelernt, die despotischen Regime des 20. Jahrhunderts – Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus – nach Ort und Zeit, Herkunft und Wirkung, politischem und sozialem Profil genau zu unterscheiden. Aber wie benennt man das, was ihnen gemeinsam ist¹? Darüber gibt es keinen Konsens, ja lange Zeit schien, zumindest in Deutschland, nicht einmal die Frage zugelassen zu sein². Daß dies unbefriedigend ist, liegt auf der Hand.

Die Debatte hat sich in den letzten Jahren neu belebt. Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ist eine noch kaum übersehbare Fülle von Archivmaterial der Forschung zugänglich geworden. Nach dem Faschismus, dem Nationalsozialismus hat die „Historisierung“ nun auch die kommunistischen und sozialistischen Regime erfaßt. Vieles, was bisher mangels schriftlicher Quellen überwiegend in Werken der Dichtung oder nach Me-

¹ Eine Skizze der nachstehenden Ausführungen wurde vorgetragen bei einem Colloquium „Tyranis, Autokratie, Diktatur: Wie benennt man die Gewaltregime des 20. Jahrhunderts?“, das am 20.7. 1994 im Institut für Zeitgeschichte, München, stattfand. Bei Klaus Hildebrand, Hermann Lübke, Gilbert Merlio und Horst Möller bedanke ich mich für Anregungen und Ergänzungen, Widerspruch und Kritik. Einwände von Hans Buchheim und Gilbert Merlio haben mich veranlaßt, statt des schwer in andere Sprachen übersetzbaren Terminus „Gewaltregime“ den klassischen, in allen Sprachen verständlichen Terminus „Despotien“ zu gebrauchen.

² Symptomatisch hierfür „die Tabuisierung des Totalitarismusbegriffs und die Inflationierung der Faschismusformel“ (Karl Dietrich Bracher) in den sechziger und siebziger Jahren sowie die Abwehr *jeden* Vergleichs zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Gewaltverbrechen seitens einer maßgeblichen Gruppe im sog. Historikerstreit 1986/87. Gewiß ist die wechselseitige apologetische Aufrechnung (und damit Relativierung) kommunistischer und nationalsozialistischer Verbrechen eine ernstzunehmende Gefahr. Dennoch gilt, was Imanuel Geiss in einer Anmerkung zum Historikerstreit festgestellt hat: „Historischer Vergleich auch nationalsozialistischer und kommunistischer Verbrechen muß, wenn es das Thema erfordert, erlaubt sein, schon weil Vergleich nicht identisch mit Gleichsetzung ist (ein häufiger Fehler unscharf Denkender). Einzigartiger Gipfel der Grausamkeit sind die NS-Verbrechen, sie sind aber gleichzeitig auch vergleichbar mit kommunistischen Untaten“; Imanuel Geiss, Zum Historiker-Streit, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987, S.373–380, hier 379. Zur Notwendigkeit des Vergleichs vgl. auch François Furet, *Le passé d'une illusion*, Paris 1995.

thoden der „oral history“ behandelt wurde, rückt nunmehr mit allen Einzelheiten in den Blick quantifizierender Historie, Soziologie, Statistik. Der Abstand zwischen der detailgenauen Kenntnis faschistischer und nationalsozialistischer Regime – Ergebnis eines Halbjahrhunderts minutiöser zeitgeschichtlicher Forschung – und dem relativ großflächigen und unscharfen Bild, das wir bisher von kommunistischen und sozialistischen Regimen hatten, verringert sich immer mehr. Verschiedene Vergangenheiten werden überblickbar und vergleichbar. Das führt zur Wiederaufnahme alter Fragen: Welchen Platz nehmen die modernen Despoten in der Geschichte unseres Jahrhunderts ein? In welchem Verhältnis stehen sie zueinander? Sind sie mit traditionellen Begriffen – Autokratie, Tyrannis, Despotie, Diktatur – zu erfassen, oder überschreitet ihre Erscheinung den Rahmen überlieferter politischer Theorie?

Im folgenden will ich aus diesem weiten Feld ein Teilproblem, freilich zentraler Art, herausgreifen, die Frage nämlich, wie theoretisch interessierte und sprachbegabte Menschen³ in den zwanziger und dreißiger Jahren (z.T. auch noch später) auf Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus reagierten⁴. Welche Worte verwendeten sie, um das Eigentümliche dieser Regime und das ihnen Gemeinsame zu charakterisieren, wo gab man sich mit alten Kennzeichnungen zufrieden, wo entwickelte sich eine neue Semantik, welche Bezeichnungen setzten sich durch, welche verschwanden wieder? Vor allem am Beispiel des „Totalitarismus“ und der „politischen Religionen“ soll gezeigt werden, wie die Erfahrung der modernen Despoten neue Konzepte entstehen ließ, die über die klassischen Schulbegriffe hinausgingen. Diese Konzepte begleiten das „Jahrhundert der Gewalt“ als ein Versuch, das Unbegreifliche, wenn nicht zu begreifen, so doch zu umschreiben – wie vorläufig und unzulänglich dieser Versuch auch immer ausfallen mag.

I.

Frühzeitig wurden Regime wie das bolschewistische in Rußland seit 1917, das faschistische in Italien seit 1922 und das nationalsozialistische in Deutschland seit 1933 als etwas Neues, die überlieferten Maßstäbe Sprengendes empfunden. Daher verband sich mit dem Versuch empirischer Beschreibung in Berichten, Tagebü-

³ Von Anfang an waren an der Perzeption moderner Despoten und ihrer Gewaltverbrechen nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Dichter beteiligt – es genügt, an Franz Kafka, Hermann Broch, Georges Bernanos, Aldous Huxley, George Orwell, Manès Sperber und Alexander Solschenizyn zu erinnern. In der Forschung ist dieser Umstand noch nicht genügend berücksichtigt worden.

⁴ Der Erforschung dieses Problems gilt ein von der Volkswagen-Stiftung gefördertes Projekt am Institut für Philosophie der Ludwig-Maximilians-Universität München, bei dem unter meiner Leitung Philosophen, Historiker und Literaturwissenschaftler zusammenarbeiten. Vgl. dazu die Notiz von Michael Schäfer in diesem Heft (S.555).

chern, Memoiren von Anfang an das Bemühen, adäquate Begriffe für die neuerfahrene Realität zu finden. So wurden klassische Termini wie Despotie, Autokratie, Diktatur, Tyrannis in den zwanziger und dreißiger Jahren neu belebt. Sie hatten sich im 19. Jahrhundert – zumindest auf dem Kontinent – im positiven Staatsrecht aufgelöst; ihr philosophisch-moralischer Kontext schien sie allenfalls zur Beschreibung älterer Zustände, nicht aber gegenwärtiger Staatsverfassungen tauglich zu machen⁵.

Man vereinfacht die Verhältnisse kaum, wenn man das Zentrum der erneuerten Tyrannislehren in den angelsächsischen Ländern sucht, während die Renaissance des Diktaturbegriffs seit den zwanziger Jahren zu einem Spezifikum der kontinentalen Staatslehre wurde. In der angelsächsischen Welt war der alte moralisch-politische Tyrannenbegriff nie untergegangen; noch die Historiker des 20. Jahrhunderts konnten ihn – wie andere klassische Topoi auch – unbefangen verwenden⁶. Freilich kam die systematische Rekonstruktion antiker Tyrannislehren erst nach dem Zweiten Weltkrieg, vor dem Hintergrund der „modernen Tyrannen“, in Gang – zu spät, um die theoretische Diskussion um Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus noch entscheidend zu beeinflussen. Leo Strauss' Meisterwerk „On Tyranny“ (1948), das an Xenophons „Hieron“ anknüpft, hielt sich von zeitgeschichtlichen Stellungnahmen fern, und nicht ohne Grund warfen Eric Voegelin und Alexandre Kojève ihm vor, daß es seinen Gegenstand allzu akademisch behandle und das klassische Bezugssystem der Tyrannis allzu unbefragt verwende⁷.

Blieb es hier bei Reminiszenzen an ein klassisches Lehrstück politischer Philosophie, so hatte die Wiedergeburt des Diktaturbegriffs in den kontinentaleuropäischen Ländern einen sehr realen Hintergrund und vollzog sich in engem Austausch mit den politischen Geschehnissen. Das gilt vor allem für die deutsche Diskussion, für die Carl Schmitt der repräsentativste, aber keineswegs der einzige Zeuge ist⁸. Die autoritäre Umformung zahlreicher europäischer Monarchien und Republiken nach

⁵ Berühmt und immer wieder zitiert Georg Jellineks herablassende Kennzeichnung der Despotie: „ein reiner Schultypus, dem kein realer Staat auf die Dauer völlig entspricht“; Allgemeine Staatslehre, Berlin 1900, Neudruck der dritten Aufl. 1960, S. 667. Den Ausgang der klassischen Tyrannislehre im 19. Jahrhundert stellt dar Hella Mandt, Tyrannislehre und Widerstandsrecht, Darmstadt/Neuwied 1974, bes. S. 3 ff., 247 ff., 293 ff.

⁶ So z. B. Alan Bullock, dessen monumentale Hitlerbiographie von 1952 (dt. Hitler. Eine Studie über Tyrannie, Düsseldorf 1967) sich im Untertitel „A Study in Tyranny“ nennt. Derselbe Autor hat 1993 „parallele Lebensläufe“ – ein Plutarch-Titel – von Hitler und Stalin vorgelegt: Alan Bullock, Hitler and Stalin: Parallel Lives, New York 1992.

⁷ Die Kontroverse ist dokumentiert in Leo Strauss, Über Tyrannis, Neuwied/Berlin 1963, S. 145 ff., 195 ff.

⁸ Carl Schmitt, Die Diktatur von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf, München/Leipzig 1921, 21928. Die Diktatur-Thematik findet sich auch bei anderen Autoren, so bei Oswald Spengler, Karl Kautsky, Hermann Heller, Rudolf Smend. Zur europäischen Ausbreitung des Diktaturbegriffs vgl. Ernst Nolte, Diktatur, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 900–924, bes. 922 f. mit Anm. 45.

1918 schien den Kontinent in ein „Europa der Diktatoren“ zu verwandeln. Das Spektrum reichte von Mussolinis Italien⁹ bis zu Pilsudskis Polen¹⁰, von Kemal Paschas früherer Militär- und Entwicklungsdiktatur bis zu den „späten“ Diktaturen Salazars und Francos – von der Führung des revolutionären Rußland, die seit Lenin und Trotzki ganz offiziell die Diktatur des Proletariats erstrebte, nicht zu reden¹¹. Gleichwohl eignete sich der Diktaturbegriff nur sehr bedingt zur Kennzeichnung der neuen Regime und der von ihnen bestimmten europäischen Szenerie. Denn aufgrund seiner altrömischen Ursprünge ließ er sich nie ganz von der Sphäre von Recht und Staat loslösen. Für die zeitlich und räumlich unbegrenzte Dynamik einer „Bewegung“ war er zu statisch, zu sehr mit Amtsgewalt und Auftrag verbunden, zu deutlich auf die Wiederherstellung einer prinzipiell zu bewahrenden, nur temporär gestörten politischen Ordnung fixiert. Das Spezifische der „neuen Diktaturen“ ließ sich mit den Elementen des alten Diktaturbegriffs kaum herausarbeiten. Daher mußte die politische Empirie und Begriffsbildung neue Wege einschlagen.

Was fiel Beobachtern in den zwanziger und dreißiger Jahren in der Sowjetunion, im faschistischen Italien und später im nationalsozialistischen Deutschland auf? Es war vor allem die Vergrößerung, die Intensivierung und Dynamisierung der politischen Gewalt. Aufschlußreich sind hier, nicht zufällig, die Schilderungen angelsächsischer Autoren¹². Sie verzeichnen eine neue Qualität des Politischen: politische Gewalt, nicht mehr eingebunden in Balancesysteme, nicht mehr der Konkurrenz gesellschaftlicher Kräfte ausgesetzt, Gewalt als öffentliche Macht, der man nicht ausweichen kann, die allgegenwärtig ist und verpflichtend auftritt, die aus Lautsprechern tönt, aus Bildern und Symbolen spricht, in Paraden beeindruckt, in Aufmärschen und Sprechchören droht – kurz, die aus den administrativen und parlamentarischen Gehegen ausgebrochen ist und sich der Gesamtgesellschaft bemächtigt hat. Diese po-

⁹ Mussolinis Gegner brandmarkten das faschistische Italien als Prototyp einer Diktatur: Gaetano Salvemini, *The Fascist Dictatorship in Italy*, New York 1927; Ignazio Silone, *Die Schule der Diktatoren*, Zürich 1938.

¹⁰ Zu Pilsudskis Diktatur vgl. Gotthold Rhode, *Kleine Geschichte Polens*, Darmstadt 1965, S. 484 ff.; Hans Roos, *Geschichte der polnischen Nation 1918–1985*, Stuttgart 1986, S. 115 ff.

¹¹ Lehrreich die Kontroverse zwischen Lenin und Trotzki einerseits, Kautsky andererseits über Kommunismus, revolutionären Terror und die Diktatur des Proletariats 1919/20: Karl Kautsky, *Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution*, Berlin 1919; Leo Trotzki, *Terrorismus und Kommunismus (Anti-Kautsky)*, Moskau 1920 (= Trotzki Schriften, Dortmund 1978); dort S. 11 die bündige These: „Wer prinzipiell den Terrorismus, d. h. die Unterdrückungs- und Abschreckungsmaßnahmen in Bezug auf die erbitterte und bewaffnete Gegenrevolution ablehnt, der muß auf die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, auf ihre revolutionäre Diktatur verzichten. Wer auf die Diktatur des Proletariats verzichtet, der verzichtet auf die soziale Revolution und trägt den Sozialismus zu Grabe.“

¹² Sprechende Zeugnisse bei Harold Nicolson, *Tagebücher und Briefe 1930–1941*, Frankfurt a. M. 1969, und bei William L. Shirer, *Das Jahrzehnt des Unheils (Original: Nightmare Years 1930–1940)*, Neuauflage München 1989. – Ein differenziertes, aus Bewunderung und Abscheu gemischtes Bild ergibt sich aus Angela Schwarz, *Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933–39)*, Göttingen/Zürich 1993.

litische Gewalt – ein mobilisiertes Kräftepotential¹³ – tritt mit anderem Anspruch auf als traditionelle Politik in „normalen Ländern“, die sich diskret in Verfassung und Gewohnheit, Gewaltenteilung und gesellschaftlichen Pluralismus zurückzieht. Sie zielt auf die Gestaltung des *ganzen* menschlichen Lebens, und sie greift bis zur untersten Stufe, bis zum Verhalten, ja bis zum Denken jedes einzelnen durch. Es war dieser Zug des Totalen, „Totalitären“, der die frühe Theoriebildung beherrschte und faszinierte – das herausfordernde Bekenntnis der Herrschenden zu Zwang und Gewalt¹⁴, die Absage an rechtsstaatliche Ordnungen, die Militarisierung und „Theatralisierung“ des öffentlichen Lebens, die fordernde Präsenz der Führer und der Partei, der Gebrauch der Straße als „Massenmedium“.

II.

So werden die Begriffe „total“, „totalitär“, „Totalitarismus“ zu Kristallisationspunkten beim Versuch einer „originären“ Analyse der neuen Regime und Systeme. Den Anfang macht die Zeit des italienischen Faschismus¹⁵. Freilich sind es nicht Mussoli-

¹³ Ernst Jünger, *Die totale Mobilmachung*, Berlin 1931, sah die Aufgabe moderner Politik darin, das „potentiel de guerre“ der Technik zu entwickeln und für den Staat verfügbar zu machen; vgl. dazu Hans-Peter Schwarz, *Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik* Ernst Jüngers, Freiburg 1962, S. 83 ff.

¹⁴ So Lenin am 29. 3. 1920 vor dem 9. Parteitag der KPR (B): „Was durch Zwang geschieht, ruft das Geschrei und Geheul der bürgerlichen Demokratie hervor, die mit den Worten ‚Freiheit‘ und ‚Gleichheit‘ herumwirft, ohne zu begreifen, daß die Freiheit für das Kapital ein Verbrechen gegen die Werktätigen ist. Wir haben im Kampf gegen die Lüge den Standpunkt eingenommen, daß wir die Arbeitsdienstpflicht und den Zusammenschluß der Werktätigen durchführen müssen, ohne auch nur im geringsten den Zwang zu scheuen; denn nirgendwo ist eine Revolution ohne Zwang vor sich gegangen, und das Proletariat hat das Recht, Zwang anzuwenden, um sich um jeden Preis zu behaupten.“ In den Definitionen der Diktatur, die Lenin gibt, ist die rechtliche Begrenzung und zeitliche Befristung ausdrücklich aufgegeben; so wird die Diktatur des Proletariats ausdrücklich als „eine Macht, die an keine Gesetze gebunden ist“, bezeichnet; Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky (1918), Werke Bd. 28 (1959), S. 324; und in dem Aufsatz *Geschichtliches zur Frage der Diktatur* (1920), Werke Bd. 31 (1959), S. 345, heißt es: „Der wissenschaftliche Begriff der Diktatur bedeutet nichts anderes als die durch nichts beschränkte, durch keine Gesetze, absolut durch keine Regeln eingegengte, sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht.“ Vgl. Nolte, *Diktatur*, S. 919 ff. mit Anm. 37. Zu Lenins Praxis Peter Scheibert, *Lenin an der Macht. Das russische Volk in der Revolution 1918–1922*, Weinheim 1984, bes. S. 1 ff., 48 ff., 75 ff. So erklärte der lettische Tscheka-Chef Laci: „Wir führen Krieg nicht gegen einzelne Personen, wir rotten die Bourgeoisie als Klasse aus; als erstes ist der Beschuldigte zu fragen, zu welcher Klasse er gehört, seine Herkunft, sein Beruf. Diese Fragen sollen über sein Schicksal entscheiden“, Zitat S. 76.

¹⁵ Zum folgenden Paolo Alatri (Hrsg.), *L'antifascismo italiano*, Rom 1961; Costanzo Casucci (Hrsg.), *Il fascismo. Antologia di scritti critici*, Bologna 1961; Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963; ders., *Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen*, München 1966; Klaus Hildebrand, *Stufen der Totalitarismusforschung*, in: *Politische Vierteljahrsschrift* 9 (1968), S. 397–422; Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hrsg.), *Wege der Totalitarismus-Forschung*, Darmstadt 1968, ²1974; Leonard Schapiro, *Totalitari-*

ni und seine Parteigänger, die den Begriff in die Diskussion einführen, sondern die Gegner der Faschisten aus dem liberal-demokratischen, sozialistischen und katholischen Lager. Die Kennzeichnung des Faschismus (und später des Nationalsozialismus und des Kommunismus) als „totalitär“ entspringt der Fremdwahrnehmung der Gegner, nicht dem ursprünglichen Selbstverständnis der Betroffenen; schon gar nicht ist sie, wie man behauptet hat, „aus einem diffusen faschistischen Selbstverständnis“ entstanden¹⁶. Dasselbe gilt übrigens später auch für die Charakterisierung der neuen Systeme als „politische Religionen“; auch sie ist eine Kennzeichnung von außen, denn weder Lenin noch Hitler noch Mussolini haben ihre Bewegungen als „Religionen“ angesehen¹⁷.

Noch Schlangen hatte gemeint, Mussolini selbst habe in einer Rede am 22. Juni 1925 den Begriff totalitär geprägt, als er von der „feroce volontà totalitaria“ seiner Bewegung sprach¹⁸. Jens Petersen hat jedoch nachgewiesen, daß am Anfang der Totalitarismus-Theorie des 20. Jahrhunderts liberale, demokratische und sozialistische Antifaschisten wie Salvatorelli, Amendola und Basso standen¹⁹.

Der Einigung auf die Begriffe total, totalitär zur Kennzeichnung des Faschismus ging eine Phase des sprachlichen Tastens und Probierens voraus. In dieser Zeit war die Rede vom absolutistischen Staat (Luigi Salvatorelli) oder von der absolutistischen Autokratie (Giustino Fortunato), was jedoch nur ein historischer Verweis war und das Neue des faschistischen Staatsverständnisses nicht adäquat zum Ausdruck brachte. Erst Giovanni Amendola stellte in einem Zeitungsartikel vom 12. Mai 1923 dem „sistema maggioritario“ und dem „sistema minoritario“ das „sistema totalitario“ gegenüber²⁰. In der Folgezeit erweiterte sich in seinen Artikeln die zunächst mehr technische Bedeutung des Begriffs totalitär, er verwendete ihn jetzt in einem allgemeineren Sinn, der auch die geistigen Ziele des Faschismus einschloß. Dieser Sprachgebrauch setzte sich bis zur Mitte des Jahres 1924 bei der italie-

anism, London 1972; Wilhelm Alff, Der Begriff Faschismus und andere Aufsätze zur Zeitgeschichte, Frankfurt a. M. 1973; Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, Stuttgart 1976; Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976; Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien, Darmstadt 1972, 1989. Herrn Michael Schäfer M. A. danke ich für wichtige Hilfen bei der Sichtung und Gliederung des umfangreichen Materials.

¹⁶ So Volker Gransow, Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung. Vom Totalitarismus zur Immanenz, Frankfurt a. M. 1980, S. 200.

¹⁷ Erinnert sei an den Kampf Lenins gegen „Gottsucher“ und religiös inspirierte Sozialisten in den Anfängen der russischen Revolution, an Hitlers distanzierendes Verhältnis gegenüber quasi-religiösen Verfestigungen der nationalsozialistischen Weltanschauung (Alfred Rosenberg) und an die rein ordnungspositivistischen Vorstellungen Mussolinis bezüglich der Religion.

¹⁸ Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie, S. 147.

¹⁹ Jens Petersen, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, hrsg. von Manfred Funke, Düsseldorf 1978, S. 105–128, auch zum folgenden.

²⁰ Giovanni Amendola, Maggioranza e minoranza, in: Il Mondo, 12.5. 1923, abgedruckt in: Ders., La democrazia italiana contro il fascismo, 1922–1924, Mailand/Neapel 1960, S. 102 ff.

nischen Opposition auf breiter Front durch. Nun verwendeten ihn auch Sozialisten wie Lelio Basso, der erstmals das Substantiv Totalitarismus in einem Zeitungsartikel vom 2. Januar 1925 einführte²¹.

Amendola wiederum war es, der kurz vor seinem gewaltsamen Tod die Übereinstimmung von Kommunismus und Faschismus in ihrem totalitären Charakter feststellte²². Er konnte hierbei unter anderem auf eine Arbeit Luigi Sturzos, des Führers der katholischen Popolari, zurückgreifen. Dieser hatte 1926 darauf hingewiesen, daß die Gemeinsamkeiten zwischen Faschismus und Bolschewismus einen Vergleich beider Systeme durchaus rechtfertigten. Sturzo stellte den revolutionär-absolutistischen Charakter der faschistischen Machtergreifung und -erhaltung in den Mittelpunkt seiner Analyse²³. Damit traf er den empfindlichen Punkt einer Diskussion, welche die Staatsrechtslehrer und Politiker in den folgenden Jahrzehnten beschäftigen sollte.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Begriff Totalitarismus als Kennzeichnung eines politischen Herrschaftssystems in den Reihen der italienischen Opposition gegen den Faschismus entstanden ist und von den Faschisten erst später – und nur partiell – als Selbstbezeichnung aufgegriffen wurde.

In Deutschland beschäftigte sich Ende der zwanziger Jahre Hermann Heller mit dem Phänomen Totalitarismus. Seine Analyse beschränkte sich zunächst auf den italienischen Faschismus²⁴, nahm aber später auch den Nationalsozialismus in den Blick²⁵. Heller sprach von der „programmatischen Programmlosigkeit“²⁶ und der „Gewaltideologie“²⁷ des Faschismus. Er vertrat die These, daß es sich um eine gänzlich neue Form der Diktatur handle. Wenig später entwickelte Carl Schmitt aus seiner Analyse der liberalen Tradition den neuen Begriff des „totalen Staates“. Er sollte „dialektisch“ aus dem liberalen Staat hervorgehen, wie dieser aus dem absoluten Staat hervorgegangen war²⁸. Das Wort oszillierte bei Schmitt in wechselnden Farben: War der Staat zunächst „total aus Schwäche“ – hilflos Zuständigkeiten an sich ziehend,

²¹ Lelio Basso, *L'antistato*, in: *La Rivoluzione Liberale*, 2.1. 1925. Der Artikel erschien unter dem Pseudonym Prometeo Filodemo.

²² Giovanni Amendola, *La nuova democrazia*, Neapel 1951, S. 235 ff.

²³ Luigi Sturzo, *Italien und der Fascismus*, Köln 1926, S. 215; ähnlich der gleichfalls aus Italien vertriebene frühere Ministerpräsident Francesco Nitti, *Bolschewismus, Fascismus und Demokratie*, München 1926, S. 53: „Fascismus und Bolschewismus beruhen nicht auf entgegengesetzten Grundsätzen, sie bedeuten die Verleugnung derselben Grundsätze von Freiheit und Ordnung“, zit. bei Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien*, S. 52.

²⁴ Hermann Heller, *Europa und der Fascismus*, Berlin/Leipzig 1929.

²⁵ Ebenda, 1931.

²⁶ Ebenda, S. 42.

²⁷ Ebenda, S. 38.

²⁸ Carl Schmitt, *Der Hüter der Verfassung*, Tübingen 1931; ders., *Der Begriff des Politischen*, München 1932. Hierzu Hasso Hofmann, *Legitimität gegen Legalität. Der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts*, Berlin 1992; Heinrich Meier, *Die Lehre Carl Schmitts. Vier Kapitel zur Unterscheidung Politischer Theologie und Politischer Philosophie*, Stuttgart 1994; Oliver Lepsius, *Die gegensatzaufhebende Begriffsbildung. Methodenentwicklungen in der Weimarer Republik und ihr Verhältnis zur Ideologisierung der Rechtswissenschaft unter dem Nationalsozialismus*, München 1994, bes. S. 208–211.

die in Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr wahrgenommen wurden²⁹ –, so nahm er bald die vertraute Form eines zur Totalität sich erweiternden Machtstaats an. Die Schmittsche „staatliche“ Variante der Totalität ist freilich von den Nationalsozialisten nie akzeptiert worden. Während Goebbels 1933 mit dem Begriff des „totalen Staates“ spielte, wandte sich Rosenberg 1934 im Völkischen Beobachter mehrfach energisch gegen diese Konzeption³⁰. Der Grund ist klar: Total, totalitär konnte im Nationalsozialismus niemals nur der Staat sein – das wäre eine „faschistische“ Konzeption gewesen –, der entscheidende Part kam hier vielmehr der Partei, der „Bewegung“ zu. Die Totalität des nationalsozialistischen Anspruchs auf den Staat zu begrenzen – das war vergebliche Liebesmüh in einem Regime, zu dessen Grundregeln der Satz gehörte: „Die Partei befiehlt dem Staat“.

Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre wurde klar, daß Mussolini Faschismus Frieden mit den überlieferten Mächten der italienischen Gesellschaft – Kirche, Wirtschaft, Literatur, Künste – erstrebte. Die „Totalität“ des faschistischen Systems schien sich laufend zu verringern, während in der nationalsozialistischen Bewegung eine neue, radikalere, allen Regeln von Recht und Staat entthobene Totalität entstand. Es ist bezeichnend, daß Waldemar Gurian, der Urheber der deutschen Totalitarismustheorie³¹, nicht nur zum ersten Mal das Gemeinsame von Bolschewismus und Faschismus als „Totalitarismus“ kennzeichnete und damit der von Nitti, Sturzo und Amendola festgestellten Systemverwandtschaft einen einheitlichen Namen gab³², sondern gleichzeitig für eine Differenzierung eintrat: „Der faschistische Staat ist lange nicht so total wie der bolschewistische. Denn das Konkordat beweist, daß er wenigstens theoretisch einen Bereich der Religion anerkennt, den inhaltlich zu bestimmen er nicht den Anspruch erhebt.“³³ In der Gewährung eines autonomen Freiraumes für die Kirche sah Gurian jene Begrenzung, die dem Ganzheitsanspruch totalitärer Systeme widersprach. In einer unter dem Pseudonym W. Gerhart veröffentlichten Studie aus dem Jahre 1932 wandte er die Kategorie des totalen Staates auch auf den Nationalsozialismus an³⁴. Damit war die Entfaltung des Begriffs in vergleichender Absicht – also seine Anwendung auf Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus gemeinsam – so gut wie abgeschlossen.

²⁹ Zum wirtschaftstheoretischen Ursprung der Schmittschen Konzeption des „totalen Staates“ vgl. Lutz-Arwed Bentin, Johannes Popitz und Carl Schmitt, München 1972, bes. S. 78 ff., 114 ff.

³⁰ Nachweise bei Martin Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffs, Berlin 1971, S. 41 f.; siehe auch Bentin, Johannes Popitz und Carl Schmitt, S. 115 mit Anm. 201, und Bernd Rütters, Carl Schmitt im Dritten Reich, München 1989, S. 58 ff.

³¹ Heinz Hürten, Waldemar Gurian, Mainz 1972 (dort weitere Literatur).

³² Zu nennen sind mehrere Veröffentlichungen: Waldemar Gurian, Faschismus und Bolschewismus, in: Heiliges Feuer 15 (1927/28), S. 197–203; ders., Der Faschismus, in: Heiliges Feuer 16 (1928/29), S. 507–518, und vor allem ders., Der Bolschewismus. Einführung in Geschichte und Lehre, Freiburg i. Br. 1931.

³³ Waldemar Gurian, Der Bolschewismus, S. VI f.

³⁴ W. Gerhart (= Waldemar Gurian), Um des Reiches Zukunft. Nationale Wiedergeburt oder politische Reaktion? Freiburg i. Br. 1932.

Ab 1933 diente der Totalitarismus-Begriff den Kritikern des Nationalsozialismus als Kennzeichnung für das politische System in Deutschland. Hier sind u. a. Franz Borkenau³⁵, Gerhard Leibholz³⁶, Paul Tillich³⁷, Herbert Marcuse³⁸ und Richard Löwenthal³⁹ zu nennen. Die weitere Geschichte der Totalitarismustheorie ist bekannt. Stichworte mögen genügen: Mit den Schriften von Max Lerner, Hans Kohn, Carlton J.H. Hayes, Ernst Fraenkel, Franz Neumann entwickelten sich in den Jahren 1935–1944 systematisierende und vergleichende Studien, die der Ausbreitung des Begriffs dienten⁴⁰; mit den Nachkriegswerken von Hannah Arendt, Friedrich/Brzezinski, Raymond Aron⁴¹ erreichte die Totalitarismustheorie internationale Ausstrahlung und nahezu kanonische Geltung – bis in die Literatur hinein⁴². Wieder war Waldemar Gurian – nun als Gründer der „Review of Politics“ und Initiator von Kongressen zur Internationalen Politik – eine der maßgeblichen Schlüsselfiguren im Austausch der Konzepte und Theorien. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges verschob sich das empirische Interesse vom Faschismus und Nationalsozialismus, die nun beide tot waren, immer stärker auf das Sowjet-System, den konkreten Stalinismus: Er wurde jetzt zum Haupt-Anschauungsobjekt, zur Haupt-Ressource für die Theorie totalitärer Systeme. Doch eben diese Verengung und Funktionalisierung schlug auf die Theorie zurück: Mit dem Abflauen des Kalten Krieges geriet die Totalitarismustheorie ins Kreuzfeuer der Kritik, und es kam zu einer überraschenden

³⁵ Franz Borkenau, Zur Soziologie des Faschismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 68 (1933), S. 513–547.

³⁶ Gerhard Leibholz, Die Auflösung der liberalen Demokratie, in: Deutschland und das autoritäre Staatsbild, München/Leipzig 1933.

³⁷ Paul Tillich, The Totalitarian State and the Claims of the Church, in: Social Research I (1934), S. 405–433.

³⁸ Herbert Marcuse, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Zeitschrift für Sozialforschung III (1934), S. 161–195.

³⁹ Paul Sering (= Richard Löwenthal), Der Faschismus, in: Zeitschrift für Sozialismus 1934/35, Heft 24–27.

⁴⁰ Max Lerner, The Pattern of Dictatorship, in: Dictatorship in the Modern World, ed. G. Stanton, Minnesota 1935, S. 3–25; dt. in: Seidel/Jenkner, Wege der Totalitarismus-Forschung, S. 30–48; Hans Kohn, Communist and Fascist Dictatorship: A Comparative Study, in: Dictatorship in the Modern World, S. 141–160, dt. in: Seidel/Jenkner, S. 49–63; Carlton J.H. Hayes, The Novelty of Totalitarianism in the History of Western Civilisation, in: Proceedings of the American Philosophical Society 82 (1940), S. 102 ff., dt. Der Totalitarismus als etwas Neues in der Geschichte der westlichen Kultur (Seidel/Jenkner, S. 86–100); Ernst Fraenkel, The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship, New York/London/Toronto 1941, dt. Der Doppelstaat. Recht und Justiz im „Dritten Reich“, Frankfurt a.M. 1974; Franz Neumann, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism 1933–1944, New York/London/Toronto 1944.

⁴¹ Hannah Arendt, The Origins of Totalitarianism, New York 1951, dt. Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1955; Carl Joachim Friedrich/Zbigniew K. Brzezinski, Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge 1956, dt. Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957; Raymond Aron, Démocratie et totalitarisme, Paris 1966, dt. Demokratie und Totalitarismus, Hamburg 1970.

⁴² Zur Popularisierung der Totalitarismustheorie hat vor allem George Orwell beigetragen – man denke nur an die stereotype Formel „deutsche Nazis und russische Kommunisten“ in seinen Romanen und Essays. Orwell war übrigens auch ein aufmerksamer Hayek-Leser.

Neubelebung der schon totgeglaubten Faschismus-Theorien. Zumal in Deutschland wich der wertende Systemvergleich zwischen Ost und West in den sechziger Jahren immer mehr einem wertfreien Interesse an Herrschaftssystemen in Ost und West. Anstelle der Totalitarismusforschung entstand das, was man jetzt „DDR- und Kommunismusforschung“ zu nennen begann. Erst seit 1989 kehrten sich die Gewichte wieder um: Das Ende des Kommunismus (1989) veränderte den Horizont der Zeitgeschichte; die bisherigen Deutungskonzepte wurden aus größerer Distanz gesehen; eine „kritische Historisierung“ (Alfons Söllner) des Totalitarismuskonzepts kam in Gang⁴³.

III.

Während die wechselvolle Geschichte der Totalitarismus-These relativ gut erforscht ist, steht die Untersuchung des Konzepts der Politischen Religionen noch in den Anfängen. Das gilt sowohl für die breite und diffuse Vorgeschichte des Vergleichs moderner politischer Bewegungen mit Religionen⁴⁴, für die Modalitäten des Hervortretens der Begriffe „politische Religion“ und „säkulare Religion“ in den dreißiger und vierziger Jahren wie auch für den – bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs zurückgehenden – religionsgeschichtlichen und -phänomenologischen Hintergrund der erwähnten Vergleiche und Begriffsbildungen. Noch nicht im Zusammenhang betrachtet und analysiert sind auch die Bemühungen, spezifische Züge der modernen Gewaltregime mit Hilfe religions- und kirchensoziologischer Kategorien zu erschließen; und ebenso steht eine Würdigung der geschichtsphilosophischen und -theologischen Deutungen dieser Regime („Redivivisation“, „politische Theologie“, „Theopolitie“) noch aus.

Den Begriff „Politische Religionen“ hat zuerst Erich Voegelin 1938 in seinem gleichnamigen Buch entwickelt⁴⁵. Ein Jahr später gebraucht auch Raymond Aron

⁴³ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Totalitarismus-Extremismus-Terrorismus. Ein Literaturführer und Wegweiser im Lichte deutscher Erfahrung*, Opladen 1985; Bernhard Marquardt, *Der Totalitarismus – ein gescheitertes Herrschaftssystem*, Bochum 1991; Karl Graf Ballestrin, *Aporien der Totalitarismusforschung*, in: *Politisches Denken. Jahrbuch 1991*, Stuttgart 1992, S. 50ff.; Konrad Löw (Hrsg.), *Totalitarismus*, Berlin 1993; Giovanni Sartori, *Totalitarianism, Model, Mania and Learning from Error*, in: *Journal of Theoretical Politics* 5 (1993), S. 5–22; Thomas Noetzel, *Die angelsächsische Totalitarismuskritik*, in: *Mittelweg* 36, Juni/Juli 1994, S. 66–71.

⁴⁴ Beispiele finden sich vereinzelt schon in der klassischen Literatur. So verwendet Wieland 1793 den Terminus „politische Religion“ im Hinblick auf die Jakobiner und die französischen Revolutionsheere: „Mir dünkt es könne nichts auffallender seyn, als daß es eine Art von *neuer politischer Religion* ist, was uns von den Cüstine, Dümourier, Anselme, usw. an der Spitze ihrer Heere gepredigt wird“; Christoph Martin Wieland, *Betrachtungen über die gegenwärtige Lage des Vaterlandes*, Politische Schriften, hrsg. von Jan Philipp Reemtsma u. a., Bd. III, Nördlingen 1988, S. 37–71, bes. S. 59.

⁴⁵ Erich (später Eric) Voegelin, *Die politischen Religionen*, Wien 1938, Stockholm/Berlin 1939; neu hrsg. von Peter J. Opitz, München 1993.

den Ausdruck „religion politique“ (später: „religion séculière“)⁴⁶. In Voegelins „Politischen Religionen“ werden Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus – wohl erstmals – in einen universalhistorischen Zusammenhang gebracht. Sie sind für ihn Produkte von Säkularisierungsvorgängen in den typischen „verspäteten Nationen“ Europas – Nationen, die nicht mehr, wie die angelsächsischen, in christlichen Traditionen stehen, sondern ihren politischen Zusammenhalt aus massenwirksamen Ideologien der Klasse oder Rasse, der Ökonomie oder des Blutes zu gewinnen suchen. Das Bemühen um eine quasi-religiöse Dimension politischer Ordnung – in wie pervertierter Form auch immer – verbindet die modernen Gewaltregime mit Modellen einer politisch-religiösen Einheitskultur, die Voegelin geschichtlich bis zum alten Griechenland und zum alten Ägypten zurückverfolgt. Die modernen Diktaturen gründen nach seiner These in einer innerweltlichen Religiosität, die das Kollektiv der Rasse, der Klasse oder des Staates zum „Realissimum“ erhebt und damit „divinisiert“. Das Göttliche wird in „Teihinhalten der Welt“ gesucht und gefunden; es ist eng verbunden mit einem je-eigenen „Mythos der Erlösung“.

Während Voegelins Position in einer christlichen Anthropologie wurzelt, die in späteren Werken weiterentwickelt und systematisiert wird⁴⁷, steht Raymond Arons Konzept in der Tradition liberaler Totalitarismuskritik. Aron verwendet den Religionsbegriff, anders als Voegelin, vorwiegend in religionskritischer, aufklärerischer Absicht: Totalitäre Systeme sind „religiös“ insofern, als sie die moderne (und christliche!) Scheidung der zwei Gewalten Religion und Politik rückgängig zu machen streben. Ähnlich wie Religion in früheren Gesellschaften universell verbreitet war, werden heute Ideologien in modernen „totalitären“ Gesellschaften „omnipräsent“. Auch politisches Handeln ist nun nicht mehr vom rechtsstaatlichen Gesetz bestimmt, es wird gerechtfertigt durch Berufung auf „absolute Werte“.

Daß moderne politische Bewegungen unter Zuhilfenahme religiöser Kategorien beschrieben und analysiert werden können, ist ein Ergebnis der bereits im Ersten Weltkrieg einsetzenden religionsphilosophischen und -phänomenologischen Forschung. Summarisch sei an die Arbeiten von Rudolf Otto, Heinrich Scholz, Gerardus van der Leeuw, Mircea Eliade, Friedrich Heiler, Romano Guardini und Roger Caillois erinnert⁴⁸. In diesen Untersuchungen tritt ein neuer umfassender Religions-

⁴⁶ Raymond Aron, *L'ère des Tyrannies d'Elie Halévy*, in: *Revue de Métaphysique et de Morale*, Mai 1939; vgl. David Bosshart, *Politische Intellektualität und totalitäre Erfahrung. Hauptströmungen der französischen Totalitarismuskritik*, Berlin 1992, S. 103 ff., 112, 118 ff.

⁴⁷ Vgl. insbesondere Eric Voegelin, *The New Science of Politics*, Chicago 1952; ders., *Order and History I (Baton Rouge 1956), II und III (1957), IV (1974), V (1987)*. Eine vollständige Bibliographie der Schriften Voegelins enthält der von Peter J. Opitz herausgegebene Band: *Ordnung, Bewußtsein, Geschichte*, Stuttgart 1988, S. 226–244.

⁴⁸ Rudolf Otto, *Das Heilige* (Breslau 1917), Neudruck München 1987; Heinrich Scholz, *Religionsphilosophie*, Berlin 1922; Gerardus van der Leeuw, *Phänomenologie der Religion*, Tübingen 1933, 1977; Mircea Eliade, *Images et Symboles*, Paris 1952; ders., *Mythes, Rêves et Mystères*, Paris 1956; Romano Guardini, *Religion und Offenbarung* (Würzburg 1958), Mainz/Paderborn 1990; Friedrich Heiler, *Erscheinungsformen und Wesen der Religion*, Stuttgart 1961; Roger Caillois,

begriff hervor, der die individualistischen Engführungen des 19. Jahrhunderts überwindet: Religion gewinnt hier mit der sozialen Dimension auch die Züge des Numinosen, Faszinierend-Erschreckenden, Provozierenden zurück, die in einer Betrachtung der Religion „innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“ verlorengegangen waren. Das Schauervolle und Unheimliche, das Tremendum et Fascinosum werden als Momente religiöser Erfahrung neuentdeckt.

In der Tat operieren totalitäre Bewegungen in ihren Worten und Handlungen mit Momenten, die im Bereich der Religion angesiedelt sind. Zum einen ist hier der Schrecken zu nennen. Nach Raymond Aron wie nach Hannah Arendt ist die totalitäre Herrschaft wesentlich durch das Moment des Terrors bestimmt. „Das eiserne Band des Terrors konstituiert den totalitären politischen Körper und macht ihn zu einem unvergleichlichen Instrument, die Bewegung des Natur- oder des Geschichtsprozesses zu beschleunigen.“⁴⁹ Der Terror ersetzt den „Zaun des Gesetzes“ durch ein eisernes Band, das die Menschen so stabilisiert, daß jede freie, unvorhersehbare Handlung ausgeschlossen ist. „Terror in diesem Sinne ist gleichsam das ‚Gesetz‘, das nicht mehr übertreten werden kann.“⁵⁰ Diese terroristische Stabilisierung soll der Befreiung der sich bewegenden Geschichte oder Natur dienen. Raymond Aron deutet den polizeilichen wie den ideologischen Terror der totalitären Bewegungen als Folge davon, daß jede Tätigkeit zur Staatstätigkeit geworden und von der Staatsideologie bestimmt ist; so werde eine Verfehlung im wirtschaftlichen oder beruflichen Bereich gleichzeitig zu einer ideologischen Verfehlung⁵¹.

Ein totalitäres System versucht seinen Einfluß auch in der Privatsphäre des Menschen geltend zu machen. Es darf keine noch so kleine Nische geben, in der die politische Ideologie nicht in irgendeiner Weise präsent ist⁵². Auch Religionen neigen dazu, den Menschen detaillierte Vorschriften zu machen, ihnen für jede mögliche Situation Handlungsanweisungen zu geben. An den Wendepunkten des Lebens – Geburt, Hochzeit, Tod – sind sie mit besonderen Riten gegenwärtig. Hier berühren die religionsphänomenologischen Analysen eine weitere Gemeinsamkeit von Religion und Totalitarismus. Der Totalitarismus liebt das Ritual. Beispiele sind die Umzüge auf dem Roten Platz in Moskau oder die pompöse Inszenierung der Nürnberger Parteitage. Nach Hannah Arendt ist es gerade die Rolle des Rituals, das die Affinität der totalitären Bewegungen mit Geheimgesellschaften deutlich macht. Das nationalsozialistische Ritual der „Blutfahne“ etwa ist „das Erlebnis einer mysteriösen Handlung, das offenbar als solches Menschen besser und sicherer aneinanderkettet als das nüchterne Bewußtsein, ein Geheimnis miteinander zu teilen“⁵³.

L'homme et le sacré, Paris 1939, dt. Der Mensch und das Heilige, München 1988. Herrn Dr. phil. Winfried Hover M. A. danke ich für zahlreiche Anregungen bei der Interpretation dieser Literatur.

⁴⁹ Hannah Arendt, Elemente, S. 714.

⁵⁰ Ebenda, S. 711.

⁵¹ Raymond Aron, Demokratie und Totalitarismus, S. 206.

⁵² Diese lückenlose Präsenz und „Unausweichlichkeit“ ist der zentrale Gedanke von George Orwells „1984“.

⁵³ Hannah Arendt, Elemente, S. 594.

Totalitäre Bewegungen sind nach Arendt dezidiert esoterische Bewegungen. Um das esoterische Prinzip des „Ausgeschlossen ist, wer nicht ausdrücklich eingeschlossen ist“ auf eine Massenorganisation zu übertragen, gingen die Nationalsozialisten über den einfachen Ausschluß von Juden hinaus und errichteten eine komplizierte Bürokratie, „deren einzige Aufgabe es war, achtzig Millionen Deutschen dabei behilflich zu sein, ihre Ahnen auf jüdisches Blut hin zu untersuchen“. Als sich dann besagte achtzig Millionen auf die Suche nach dem gefürchteten jüdischen Großvater machten, war eine Art Einweihungsritual erreicht: Jedermann kam aus der Sache mit dem Gefühl heraus, zu einer Gruppe von „Eingeschlossenen“ zu gehören, denen eine imaginäre Masse von „Ausgeschlossenen“ gegenüberstand. Die bolschewistische Bewegung erreicht das gleiche nach Arendt durch ihre periodischen Säuberungen, die jedem, der nicht gerade ausgeschlossen ist, aufs neue bestätigen, daß er zur Gruppe der „Eingeschlossenen“ gehört⁵⁴.

Hannah Arendt wie Eric Voegelin haben verdeutlicht, daß die totalitären Bewegungen auf Fiktionen angewiesen sind. Sie orientieren sich nicht an der Realität, sondern an einer selbsterfundenen Scheinordnung. Totalitäre Führer zeichnet nach Arendt die unbeirrbarere Sicherheit aus, „mit der sie sich aus bestehenden Ideologien die Elemente herausuchen, die sich für die Etablierung einer den Tatsachen entgegengesetzten, ganz und gar fiktiven Welt eignen“⁵⁵. Aus der erfahrbaren Welt werden geeignete Elemente für eine Fiktion herausgenommen und so verwendet, daß sie fortan von aller überprüfbareren Erfahrung getrennt bleiben. Die „Weltverschwörung“ ist nach Arendt eine dieser Fiktionen. Gewiß haben solche Einbildungswelten nur begrenzte Dauer; vor der Wirklichkeit muß das Kartenhaus der Lüge nach gewisser Zeit zusammenbrechen. „Die Seinsverfassung bleibt, was sie ist, jenseits der Machtbegierden des Denkers; sie wird nicht dadurch verändert, daß ein Denker ein Programm zu ihrer Änderung entwirft und sich einbildet, er könnte das Programm verwirklichen. Das Ergebnis ist also nicht Herrschaft über das Sein, sondern eine Phantasiebefriedigung.“⁵⁶

Eine weitere Parallele zwischen Religion und totalitären Bewegungen stellen die Verheißung des Heils und die Gestalt des Heilbringers dar. Romano Guardini hat diesen Zusammenhang 1946 in seiner Schrift „Der Heilbringer“⁵⁷ herausgearbeitet. Die Weise, wie der Nationalsozialismus von Blut, Rasse und Erde spricht, enthüllt, daß eine religiöse Dimension im Spiel ist. „Geheimnis des Blutes“, „ewiges Blut“, „heiliges Blut“ – Vokabeln dieser Art finden sich auf Schritt und Tritt. Der Mythos braucht einen Verkünder und Verkörperer: Er wird gefunden in Adolf Hitler. Der „Meldegänger Gottes“, wie er zu Beginn der „Bewegung“ genannt wird, ist fähig, zu allem Kraft zu geben. Wo vorher im Hause der Herrgottswinkel mit dem Bild

⁵⁴ Ebenda, S. 594.

⁵⁵ Ebenda, S. 572.

⁵⁶ Eric Voegelin, Religionsersatz. Die gnostischen Massenbewegungen unserer Zeit, in: Wort und Wahrheit 15 (1960), S. 15.

⁵⁷ Romano Guardini, Der Heilbringer, Zürich 1946, S. 43.

des Gekreuzigten gewesen war, wird jetzt der „Gotteswinkel“ eingerichtet; in ihm erscheint, zusammen mit dem Hakenkreuz, das Bild Hitlers⁵⁸. In einer den „Deutschen Christen“ überlassenen Kapelle steht das Bild des „Führers“ auf dem Altar selbst. Der Gruß „Heil Hitler!“ kann nach Guardini zum einen so gedeutet werden, daß Hitler Heil gewünscht wird, zum anderen aber auch so, daß Hitlers Heil über den, dem man gerade begegnet, kommen möge.

Eric Voegelin hat seine religionsphänomenologische Interpretation der modernen despotischen Regime später zu der bekannten und umstrittenen These verdichtet, die politischen Massenbewegungen des 20. Jahrhunderts – Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus – wiesen allesamt einen „gnostischen“ Charakter auf⁵⁹. Sie beruhten auf der Annahme, der Mensch könne durch eigenes Handeln die Übel dieser Welt beseitigen. Die Gewißheit, die der Mensch vom Wesen her suche, böten ihm die gnostischen Systeme in einer Doktrin innerweltlicher Sinnerfüllung an. Der Mensch, der dieser Versuchung nachgebe, versinke immer mehr in die Fallstricke der Verweltlichung: in das „dämonisch-verstockte Beharren auf dem Handeln, zu dem die Leidenschaft treibt“⁶⁰.

Endlich sei bei der Untersuchung von Parallelerscheinungen in Religion und Politik an die revolutionären Feste (Spiele, Aufmärsche, Paraden) und an neue Zeitrechnungen und Kalender erinnert, wie sie im Zusammenhang der Geschichte des Kommunismus, aber auch im Faschismus und Nationalsozialismus auftauchen⁶¹. Auch sie gehören zu den Formelementen der modernen totalitären Bewegungen; es ist kein Zufall, daß das Fest in seiner Ambivalenz – als Affirmation und als Exzeß – in der modernen Religionsphänomenologie (Josef Pieper, Roger Caillois, Mircea Eliade) neuentdeckt wird.

Von den geschilderten religionsphänomenologischen Parallelismen sind die kirchensoziologischen im engeren Sinn zu unterscheiden (obwohl es eine Zone der Überschneidungen gibt). Ein Schlüsselthema ist die Frage der Zugehörigkeiten. Im Unterschied zum pluralistischen Vereins- und Parteiwesen des demokratischen Zeit-

⁵⁸ Ebenda, S. 30.

⁵⁹ Eric Voegelin, *Wissenschaft, Politik und Gnosis*, München 1959.

⁶⁰ Eric Voegelin, *Religionsersatz*, S. 18.

⁶¹ Klaus Vondung, *Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus*, Göttingen 1971; Ludwig Rohner, *Kalendergeschichte und Kalender*, Wiesbaden 1978, S. 476f.; Gerhard Hay, *Religiöser Pseudokult in der NS-Lyrik am Beispiel Baldur v. Schirach*, in: Hansjakob Becker/Reiner Kaczynski (Hrsg.), *Liturgie und Dichtung I*, St. Otilien 1983, S. 855–863; Peter Scheibert, *Lenin an der Macht*, S. 335; Heinz Zemanek, *Kalender und Chronologie*, München 1987, S. 102; Claude Langlois, *La Religion révolutionnaire (Rapport)*, in: *Pratiques religieuses, mentalités et spiritualités dans l'Europe révolutionnaire (1770–1820)*. Actes du Colloque Chantilly 27–29 novembre 1986, réunis par Paule Lerou et Raymond Dartevelle sous la direction de Bernard Plongeron, Turnhout 1988, S. 369–378; Hans Maier, *Über revolutionäre Feste und Zeitrechnungen*, in: *Internationale Katholische Zeitschrift* 17 (1988), S. 99ff.; Hans Günter Hockerts, *Mythos, Kult und Feste*. München im nationalsozialistischen „Feierjahr“, in: *München – „Hauptstadt der Bewegung“*, München 1993; Arnold Angenendt, *Heilige und Reliquien*, München 1994, bes. das Kapitel „Die totalitären Ideologien“, S. 327–330.

alters mit seinen lockeren, stets revidierbaren Formen der Mitgliedschaft schaffen „totalitäre“ Parteien „existentiell riskante“ Zugehörigkeiten, deren Strukturen vielfach auf die der Kirchenzugehörigkeit mit den entsprechenden Ein- und Austrittsbedingungen, Sanktionen usw. verweisen. Die entsprechenden Bezeichnungen, obwohl meist „bewußtlos“ verwendet, sprechen eine deutliche Sprache: Es gibt in den modernen Gewaltregimen „reine Lehren“, „heilige“ (oder doch kanonisch gültige) Bücher und Testamente; es gibt Ketzer und Ketzergerichte, strafbewehrte Sorge für „Glaube“ und „Sitte“, „Inquisition“; es gibt Häresie und Ketzerei, Dissidenten und Renegaten, Apostaten und Proselyten usw. Die systematische Aufschlüsselung dieser Phänomene steckt noch in den Kinderschuhen – ein erster Versuch der Analyse liegt jetzt mit Michael Rohrwassers Untersuchung der „Renegatenliteratur“ (Orwell, Koestler, Kantorowicz, Sperber, Sahl, Krebs, Glaser usw.) vor⁶².

An die kirchensoziologische Betrachtung knüpft endlich – wiederum mit vielen Überschneidungen – eine Betrachtung der modernen Gewaltregime unter kirchen- und universalgeschichtlichen Gesichtspunkten an. Sie sieht in diesen Bewegungen eine Negation der für die europäische Geschichte grundlegenden Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt, ein Nachlassen des christlichen „Exorzismus am Staat“, eine Rückbewegung hin zur antiken Ungeschiedenheit von Polis und Religion, Kult und Politik. Klassisch formuliert ist dieser Zusammenhang bei Hermann Heller: „Der Staat kann nur totalitär werden, wenn er wieder Staat und Kirche in einem wird, welche Rückkehr zur Antike aber nur möglich ist durch eine radikale Absage an das Christentum.“⁶³ Diese Forschungsperspektive führt zur Neuentdeckung der antiken „politischen Theologie“ und zu ihrer Verwendung als Instrument der Analyse moderner Ideologien. Schlüsselfigur ist der Theologe Erik Peterson⁶⁴, dessen Untersuchungen – ursprünglich als Entgegnung auf Carl Schmitts „Politische Theologie“ (1922, 21934) gedacht⁶⁵ – auf Jacques Maritain, Jacob L. Talmon und John C. Murray eingewirkt haben.

⁶² Michael Rohrwasser, *Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten*, Stuttgart 1991.

⁶³ Hermann Heller, *Europa und der Fascismus*, S. 56; vgl. auch ders., *Staatslehre* Leiden 1931, 21961 (Hrsg. Gerhart Niemeyer), S. 209.

⁶⁴ Erik Peterson, *Der Monotheismus als politisches Problem*, Leipzig 1935; wiederabgedruckt in Petersons Aufsatzsammlung *Theologische Traktate*, München 1951, S. 45 ff., Neuausgabe Würzburg 1994. Zum Biographischen vgl. Franco Bolgiani, *Dalla teologia liberale all' escatologia apocalittica; il pensiero e l'opera di Erik Peterson*, in: *Rivista di Storia e Letteratura Religiosa* 1 (1965), S. 1 ff., und Barbara Nichtweiß, *Erik Peterson. Neue Sicht auf Leben und Werk*, Freiburg i.Br. 1992.

⁶⁵ Hans Maier, *Erik Peterson und das Problem der politischen Theologie*, in: ders., *Nachdenken über das Christentum*, München 1992, S. 189 ff.

IV.

Angesichts eines so breiten und vielfach neuen Angebots erklärender Semantik könnte gefragt werden, ob es wirklich sinnvoll sei, die Despoten des 20. Jahrhunderts nicht mehr mit den alten Schulbegriffen zu beschreiben, sondern sich auf neue Begriffsbildungen und Namensgebungen einzulassen. Sind denn Neologismen in jedem Fall tauglicher zur Erfassung einer neuen Wirklichkeit? Können nicht manchmal auch alte Namen und Begriffe an neuen Erscheinungen Erhellendes zutage fördern? Besteht nicht Gefahr, daß sich der Historiker vom Neuen allzu schnell und leicht davontragen läßt, wenn er auf alteingeführte Definitionen, auf grammatische Sicherungen zugunsten einer neuen „schwebenden“ Notation verzichtet? Und wenn manche der alten Begriffe heute schulmäßig, ja verstaubt erscheinen mögen – kann nicht ihr Potential im Licht zeitgenössischer Erfahrungen aktualisiert und entfaltet werden, wie es die Meister der „neuen Wissenschaft der Politik“ in unserem Jahrhundert gezeigt haben⁶⁶?

Der Einwand ist nicht leicht zu nehmen, und man sollte ihn nicht wegwischen mit dem Argument, die Auslegungstraditionen des „Totalitarismus“ und der „politischen Religionen“ seien ihrerseits – was nicht bestritten werden kann – ein Stück der Geschichtserfahrungen unseres Jahrhunderts. Daher seien abschließend einige Bemerkungen gestattet zur hermeneutischen „Tauglichkeit“ der geschilderten Konzepte – zu ihrer möglichen Erkenntnisleistung im Vergleich mit anderen Begriffen und Deutungsmustern.

Am leichtesten dürfte es sein, Übereinstimmung bezüglich des Begriffs der „Diktatur“ zu erreichen. Ihm kann, wenn man ihn ernst nimmt und im Licht der Tradition betrachtet, ein letzter Rest an rechtlicher, formaler, verfahrensmäßiger Substanz kaum entzogen werden⁶⁷, es sei denn, man „entkerne“ ihn gänzlich – wie in Lenins und Trotzki's Deutung der „Diktatur des Proletariats“⁶⁸. Als Bezeichnung für die Willkürherrschaft Lenins, Stalins, Hitlers, selbst Mussolinis ist „Diktatur“ jedenfalls ein allzu beschönigender und verharmlosender Terminus. Bolschewismus, Faschismus, Nationalsozialismus unter der Überschrift „Diktaturen des 20. Jahrhunderts“ vorzustellen – das liefe auf den Versuch hinaus, etwas als staatlich, in Maßen berechenbar zu begreifen, was in Wahrheit ein überdimensionaler Landfriedensbruch, ein Exzeß an Gewalt und Irrationalität war.

Näher an der politischen Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts scheint der Begriff Tyrannis zu sein. Er trifft genau jenen Willkürcharakter, jenes Element des Unberechenbaren, nicht in Regeln zu Fassenden, das die modernen Despoten kennzeich-

⁶⁶ So vor allem Leo Strauss, Alexandre Kojève, Michael Oakeshott, Eric Voegelin.

⁶⁷ Siehe oben S. 389f.

⁶⁸ Die russische Diktatur wird freilich, wie schon Kautsky in seiner Schrift *Terrorismus und Kommunismus*, S. 123ff., bemerkte, weder vom Staat noch vom Proletariat ausgeübt; sie ist allein die Diktatur der Führer der Kommunistischen Partei.

net. Aber abgesehen davon, daß der ehrwürdige Begriff tatsächlich etwas von „Schule“ (und auch etwas von modernem Dramenpathos) an sich hat, verschiebt das Wort Tyrann den Akzent zu weit ins Persönliche, Subjektive – so als sei die in den Despotien wirksame Logik des Bösen nur eine Logik böser Menschen. Ist der Diktaturbegriff zu sachlich-objektiv, so ist der Tyrannisbegriff zu personalistisch. Den unlöslichen Zusammenhang objektiver und subjektiver Momente, das Ineinander von Gewalt und rechtfertigender Ideologie drückt keiner der beiden Begriffe befriedigend aus. Nicht zu reden von der Schwierigkeit, den Tyrannen kraft Usurpation vom *tyrannus velatus et tacitus*, der sich erst während seiner Regierung als solcher entpuppt, zu unterscheiden – ein Problem, das Juristen und Theologen schon seit dem 14. Jahrhundert beschäftigte⁶⁹. Wie mühsam es ist, das klassische „In tyrannos!“ in ein Aktionsprogramm des Widerstands unter modernen Bedingungen zu verwandeln, das zeigen die intensiven, jedoch oft hilflosen Diskussionen über Tyrannis und Tyrannenmord in Kreisen der deutschen Opposition gegen Hitler 1938–1944⁷⁰.

Einem anderen Konzept vergleichenden und universalisierenden Vorgehens ist durch Geschichte wie Geschichtswissenschaft der Boden entzogen worden: dem erweiterten Faschismusbegriff. Er war nach 1960, als die weltpolitischen Antagonismen sich zu lockern begannen und die Politik der Entspannung Boden gewann, auf dem besten Weg, den bis dahin herrschenden Totalitarismusbegriff abzulösen. Doch war sein Radius von Anfang an – trotz mancher Erweiterungsversuche⁷¹ – auf den Bereich des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus beschränkt. Insofern taugte er nicht dazu, die Despotien des 20. Jahrhunderts insgesamt zu kennzeichnen. Inzwischen hat die Geschichtswissenschaft die Unterschiede zwischen dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus scharf herausgearbeitet⁷². Der historisch klar umrissene Typus des italienischen *fascismo* eignet sich kaum noch für Generalisierungen und Universalisierungen. Es ist schon umstritten, ob der Faschismusbegriff für die südost- und mitteleuropäischen, die spanischen und portugiesischen Autokratien und Diktaturen der Zeit zwischen 1918 und 1975 verwendet werden kann⁷³. Schwerlich aber kann er

⁶⁹ Bartolus a Saxoferrato, *Tractatus de tyrannia*, Basel 1588.

⁷⁰ Klemens von Klemperer, *Reflections and Reconsiderations on the German Resistance*, und Heinz Hürten, *Zehn Thesen eines profanen Historikers zur Diskussion um den Widerstand der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit*, beide in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 1/1988, S. 13 ff., 116 ff.

⁷¹ So sprach schon Kurt Schumacher kapriziös von Kommunisten in Ostdeutschland als „rotlaktierten Nazis“. Spätere Wortprägungen wie „linker Faschismus“, „Linksfaschismus“ – wohl auf Jürgen Habermas zurückgehend – weisen in die gleiche Richtung. Allgemein geworden ist dieser Sprachgebrauch jedoch nicht.

⁷² Es genügt, an Renzo De Felice, Rudolf Lill, Jens Petersen und Leo Valiani zu erinnern; vgl. *Totalitarismus und Faschismus* (Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte am 24.11. 1978), München/Wien 1980; Karl Dietrich Bracher/Leo Valiani (Hrsg.), *Faschismus und Nationalsozialismus*, Berlin 1991.

⁷³ Hierzu künftig: Erwin Oberländer u. a. (Hrsg.), *Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa 1919–1944* (erscheint 1995).

für Mussolinis Italien und Hitlers Deutschland gemeinsam stehen: Wer ihn so gebraucht, dämonisiert den Faschismus (der eine Praxis der Massenvernichtung nicht kannte), und er verharmlost den Nationalsozialismus (wo unter militanten Parteigenossen das Wort „faschistisch“ durchaus auch einmal polemisch gebraucht werden konnte).

Bedenkt man dies alles und stellt man in Rechnung, daß sich die Forschung seit den siebziger Jahren immer mehr den Großverbrechen des Jahrhunderts – Auschwitz und GULag – zugewandt hat, die heute zurecht als Schlüssel zum Verständnis nationalsozialistischer wie bolschewistischer Gewaltherrschaft gelten⁷⁴, so versteht man, weshalb die Totalitarismusthese, aber auch das Konzept der „politischen Religionen“ nach wie vor als Hilfen beim „Begreifen des Unbegreiflichen“ unentbehrlich sind. Denn spezifische Dimensionen des Nationalsozialismus und des Bolschewismus kommen nur auf diese Weise in den Blick: die absolute Entgrenzung der Gewalt und ihre ebenso absolute Rechtfertigung; die Existenz „politischer Feinde“, die ohne Schuld, einzig aufgrund ihrer Rassen- oder Klassenzugehörigkeit, wie Schädlinge vernichtet werden dürfen; die Bereitschaft vieler Menschen, alles, und sei es das Entsetzlichste, im Dienst der „neuen Zeit“ zu tun; die Ablösung des Rechtsbewußtseins durch die Initiation in die Zwecke der Geschichte – und in alledem der unbeirrbar Glaube an die revolutionäre Notwendigkeit, welcher der entfesselten Gewalt ihr erschreckend gutes Gewissen gibt.

Beide Konzeptionen, die des „Totalitarismus“ wie die der „politischen Religionen“, haben gewiß auch ihre Grenzen. So ist der Totalitarismusbegriff zwar umfassend; er „paßt“ auf alle Regime, welche die Grenzen autoritärer Herrschaft (oder einer zeitlich befristeten Notstandsdictatur) in Richtung auf eine dauerhafte, nicht mehr ablösbare Gewalt-Etablierung überschreiten. Aber zugleich ist er in hohem Maß formal und daher ausfüllungsbedürftig; immer neue Konkretisierungen und Varianten bieten sich an – bis hin zu C.J. Friedrichs umständlich-genauer check-list der Elemente totalitärer Herrschaft. Umgekehrt bezieht sich das Konzept der „politischen Religionen“ zwar unmittelbar auf die Logik der Rechtfertigung moderner Despotien und vermag sie mit Hilfe religionspsychologischer und -soziologischer Kategorien verständlicher zu machen; aber notwendigerweise treten in ihm die „technischen“ Aspekte des Machterwerbs und der Machtbehauptung vor den mentalen und psychologischen zurück – so daß sich die reale Geschichte manchmal in Geistes- und Religionsgeschichte aufzulösen droht.

⁷⁴ Hans Günter Adler, *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*, Tübingen 1974; Alexander Solschenizyn, *Der Archipel GULag*, 3 Bde., Reinbek 1978; Raul Hilberg, *The Destruction of The European Jews*, Chicago 1961, dt. *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a. M. ⁶1994; Robert Conquest, *The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and the Terror-Famine*, London 1986, dt. *Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933*, Berlin 1991; Wolfgang Benz (Hrsg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991; Zygmunt Bauman, *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*, Hamburg 1992; Wolfgang Sofsky, *Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager*, Frankfurt a. M. ³1993.

Bei der Analyse moderner Despotien müßte aber beides erklärt und interpretiert werden: die Maschinerie des Terrors ebenso wie die Psychologie der Täter, die Logik der Macht ebenso wie die sie überdeckende (und unsichtbar machende) Logik der Rechtfertigung. Das ist bisher nur in Ansätzen gelungen – am beeindruckendsten wohl in den Arbeiten von Raymond Aron, Hannah Arendt und Eric Voegelin. Eine umfassende Theorie der Despotien des 20. Jahrhunderts steht gleichwohl trotz wichtiger Vorarbeiten noch aus.

FREYA EISNER

KURT EISNERS ORT IN DER SOZIALISTISCHEN BEWEGUNG

Trotz mehrerer abgewogener Urteile in der neueren Literatur¹ ruft der Name Kurt Eisner noch immer häufig Assoziationen wie „Schwärmer“ und „weltfremder Idealist“ hervor. Dieses Bild beruht auf Verzeichnungen von Autoren unterschiedlicher politischer Richtung². Namentlich Historiker der Arbeiterbewegung sehen in ihm eine exzentrische Randfigur der Parteigeschichte und dies nicht nur, weil er sich wie nahezu alle bedeutenden Parteintellectualen 1917 der USPD angeschlossen hat. Dabei fällt auf, daß offenbar parteiunabhängige Autoren, die Eisners Wirken zunächst sachlich gewürdigt hatten, in späteren, von z. T. parteinahen Stiftungen oder Verlagen veröffentlichten Arbeiten die üblichen sozialdemokratischen Einschätzungen übernahmen³.

Eisner galt schon in der SPD, der er Ende 1898 beitrug, als „Schöngest“ und „Phantast“, als „Literat“ und „Feuilletonist“⁴, obwohl er leitender politischer Redak-

¹ Franz Schade, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Hannover 1961; Falk Wiesemann, Kurt Eisner. Studie zu seiner politischen Biographie, in: Karl Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München 1969, S. 387–426; Martin Müller-Aenis, Sozialdemokratie und Rätebewegung in der Provinz Schwaben und Mittelfranken in der bayerischen Revolution 1918–1919, München 1986; Ingrid Gilcher-Holtey, Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie, Berlin 1986, S. 198–219; vgl. hierzu meine Rezension in der Süddeutschen Zeitung, 5. 5. 1987; Waltraud Berle, Heinrich Mann und die Weimarer Republik. Zur Entwicklung eines politischen Schriftstellers in Deutschland, Bonn 1983, passim; vgl. hierzu meine Rezension in: Die Neue Gesellschaft 30 (1983), S. 583 ff.; Markus Bauer, Passage Marburg. Ausschnitte aus 24 Lebenswegen, Marburg 1994, darin: Redakteur zwischen Kant und Sozialismus, S. 140–151.

² Siehe Freya Eisner, Kurt Eisner. Der Publizist und Politiker. Seine Einschätzung durch Zeitgenossen und in jüngerer Literatur, Diss. phil. Bremen 1991, S. 118–141; sowie dies., Kurt Eisner. Die Politik des libertären Sozialismus, Frankfurt a. M. 1979, S. 205–213.

³ Siehe Detlef Lehnert, Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD, Frankfurt/New York 1983, S. 127 f.; dagegen ders. im Lexikon des Sozialismus, hrsg. von Thomas Meyer/Karl-Heinz Klär/Susanne Miller u. a., Köln 1986, S. 447 f.; vgl. hierzu auch meine Rezension in der Süddeutschen Zeitung, 4. 11. 1986; siehe auch Karl Heinrich Pohl, Bausteine für die Unterrichtspraxis. Die Rede Kurt Eisners auf der 1. Sitzung des Münchner Arbeiterrats am 5. 12. 1918, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 42 (1991), S. 290–302; ders., Kurt Eisner und die Räterepublik in München, in: Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, hrsg. von Manfred Hettling u. a., München 1991, S. 225–236; dagegen ders., Die Münchner Arbeiterbewegung. Sozialdemokratische Partei, Freie Gewerkschaften, Staat und Gesellschaft in München 1890–1914, München 1992, insbesondere S. 152.

⁴ Siehe z. B. Victor Adler an August Bebel am 30. 8. 1908, in: Victor Adler, Briefwechsel mit August

teur war. Ungeachtet der Diskriminierungen, die er deshalb in der Partei erfuhr, schrieb er allerdings auch eine Vielzahl politischer Feuilletons. Da er jedoch offensichtlich weder Neigung noch Eignung besaß, seine in verschiedenen Zeitungen erschienenen Artikel unter dem Aspekt ihrer politischen Bedeutsamkeit gesammelt zu veröffentlichen, und spätere Herausgeber einseitig auswählten⁵, ist eine feuilletonistisch selektierte Präsentation seines publizistischen Schaffens und somit seine Abwertung als „Literat“, das heißt die Vorenthaltung der Bezeichnung „Politiker“, möglich geworden.

In ähnlicher Weise wird gelegentlich das rhetorische Pathos, in das Eisner während seiner Regierungszeit, durch die historische Situation bedingt, gelegentlich verfiel, in isolierter Form präsentiert, um ihn als Schwarmgeist erscheinen zu lassen. Hier sind tendenziöse Entstellungen nachweisbar⁶.

Kurt Eisner hat, was die Forschung bisher nicht beachtete, in der „Hessischen Landeszeitung“, im „Vorwärts“ und in der „Fränkischen Tagespost“ regelmäßig politische Leitartikel geschrieben. Sie sind zumeist ungezeichnet bzw. wie in der „Hessischen Landeszeitung“ mit Kürzeln versehen erschienen. Doch ließen sich an Hand sprachanalytischer und inhaltlicher Vergleiche mit namentlich gezeichneten Publikationen und mit Redebeiträgen Eisners auf sozialdemokratischen Parteitagungen sowie durch Rückschlüsse im Kontext der innerparteilichen Auseinandersetzungen weit über hundert dieser Leitartikel als aus seiner Feder stammend identifizieren. Sie geben Aufschluß über seine politischen Intentionen und sein Wirken in der Partei, das ein doppeltes Ziel verfolgte: der Sozialdemokratie einerseits den Weg zu einer konstruktiven Oppositionsrolle zu weisen und sie andererseits zu einer aktiven Systemveränderung anzutreiben. Im Protest gegen die bestehende sollte der Gestaltungswille der zukünftigen

Bebel und Karl Kautsky, Wien 1954, S. 489. Im Briefwechsel sowie in Memoiren bekannter Sozialdemokraten wird Eisner so gut wie durchweg negativ beurteilt; vgl. z.B. August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, hrsg. von Karl Kautsky jr., Assen 1971, S. 122, 157, 159f., 197f.; Philipp Scheidemann, Meine Erinnerungen an Kurt Eisner, 8-Uhr-Abendblatt der National-Zeitung, 19.2. 1929; Friedrich Stampfer, Der Fall Kurt Eisner, in: Vorwärts, 2.12. 1918; ders., Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik, Offenbach 1947; ders., Erfahrungen und Erkenntnisse, Köln 1957. Auch Wilhelm Hausenstein, Erinnerung an Eisner, in: Der Neue Merkur, April 1919, S. 56–68, vermittelt ein verzerrtes Bild Kurt Eisners. Vgl. hierzu F. Eisner, Kurt Eisner, S. 118–141.

⁵ Kurt Eisner, Wachsen und Werden. Aphorismen, Gedichte, Tagebuchblätter, Dramatische Bruchstücke, Prosa usw., Leipzig 1926; Welt werde froh! Ein Kurt-Eisner-Buch. Aus dem Nachlaß zusammengestellt von Erich Knauf, Nachwort von Heinrich Knauf, Berlin 1929.

⁶ Z.B. Wolfgang Frühwald, Sprache und Bekenntnis. Kunst als Tat und Leben. Über den Anteil deutscher Schriftsteller an der Revolution in München 1918/1919, Berlin 1971, S. 361–389; Birgit Schönau, Des sanften Literaten Traum von der „produktiven Demokratie“, Frankfurter Rundschau, 21.2. 1989. Es handelt sich hier um eine Seminararbeit, die unter der Leitung Hans Mommsens entstand und die der Historiker selbst an die Frankfurter Rundschau sandte; Norbert Seitz, Bürger-Sozialist und Künstler-Anarchist. Vor siebzig Jahren wurde Kurt Eisner ermordet, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 2, 1989, S. 100–103; ders., Ein radikaler Schwabinger Bohemien, Süddeutsche Zeitung, 9./10.5. 1992. Vgl. auch F. Eisner, Kurt Eisner, S. 142–171.

gen Ordnung zur Geltung gebracht werden. Was ihm vorschwebte, war eine „Volkspartei“, die dem Umwandlungsziel verpflichtet blieb. Die sozialdemokratische Presse wünschte er an die „Spitze aller Organe der öffentlichen Meinung“ zu befördern⁷.

Diese Leitartikel werden in der Literatur auch nicht als Stellungnahmen des Zentralorgans der Sozialdemokratie herangezogen. Ebenso wenig finden zum Beispiel Eisners namentlich gezeichnete, durchaus bemerkenswerte Erörterungen über den Budgetstreit⁸ und – auf dem Parteitag in Leipzig 1909 – über eine „Radikalisierung der parlamentarischen Arbeit“ Erwähnung⁹.

Kurt Eisner verfolgte konsequent einen mittleren Kurs in der Partei, der im folgenden zu untersuchen sein wird. Er selbst charakterisierte ihn als „ein ganz einheitlich gedachtes System der Aktion (. . .), das keiner Gegenwartsarbeit aus dem Weg geht, das aber auch kein Mittel verschmäht, weder den Kompromiß noch die Revolution“. Zwar stellte er fest, daß sich „beide Lager“, die „Radikalen“ und die „Revisionisten“, über ihn „ärgern“ und mit ihm „nichts anzufangen wissen“¹⁰; doch scheint er nicht völlig isoliert gewesen zu sein. Denn er wurde, was in der Parteigeschichte ebenfalls übergangen wird, für die Reichstagswahl 1912 als Kandidat aufgestellt. Wegen „Veränderung seiner beruflichen und persönlichen Verhältnisse“ legte er die Kandidatur jedoch nieder. Da Wolfgang Heine, der sie übernahm, das Mandat 1912 für die Sozialdemokratische Partei erhielt, ist nicht auszuschließen, daß auch Kurt Eisner in den Reichstag gelangt wäre¹¹.

Als Konstitutionselement seines „einheitlich gedachten Systems der Aktion“ und damit seines politischen Handelns erweist sich sein ethisch begründetes Sozialismusverständnis. Es wurzelte in der Moralphilosophie und der Pädagogik Immanuel Kants und fand seine Konkretisierung in der politisch-sozialen Theorie des Neukantianismus der Marburger Schule. Damit stand es freilich im Widerspruch zur materialistischen Geschichtsauffassung, an der sich die Sozialdemokratie zu jener Zeit orientierte¹². Bei seinem Versuch, die historisch-ökonomische Begründung des Sozialismus durch die Kantische Ethik zu ergänzen, negierte Eisner die Unvereinbarkeit

⁷ Licht in der Not, Fränkische Tagespost, 28.12.1907. Vgl. zu Eisners Politik Freya Eisner, Zwischen Kapitalismus und Kommunismus (Eisners dritter Weg), Die Zeit, 18.2.1994, und in: Friedrich Weckerlein (Hrsg.), Freistaat! Die Anfänge des demokratischen Bayern 1918/19, München 1994, S.99–108.

⁸ Vier Fragen, in: Kurt Eisner, Sozialismus als Aktion. Ausgewählte Aufsätze und Reden, hrsg. von Freya Eisner, Frankfurt a.M. 1975, S.26–39. Auf Seite 31 unten muß es richtig heißen: wäre es unsere Aufgabe, die Massen zu überzeugen, daß es . . .

⁹ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Leipzig 1909, S.193, 221, 322ff.; F.Eisner, Die Politik des libertären Sozialismus, S.54ff.

¹⁰ Kurt Eisner an Joseph Bloch am 2.9.1907; Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), Sozialistische Monatshefte (künftig: SM) Korrespondenz, R 117, Bl.231–235. Den Hinweis auf diese Korrespondenz verdanke ich dem Historiker Roger Fletcher.

¹¹ Aus der Partei, Fränkische Tagespost, 15.2.1909, 8.8.1910; vgl. auch Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Leipzig 1909, Präsenzliste, S.520.

¹² Vgl. Hans-Josef Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, Bonn–Bad Godesberg 1979, S.100ff.

der beiden Denksysteme in der Praxis, das heißt der anzuwendenden Methoden zur Verwirklichung des sozialistischen „Endziels“. Hierin liegt die eigentliche Ursache für das erzwungene Ausscheiden Eisners aus der „Vorwärts“-Redaktion¹³.

Eisner täuschte sich in seiner Annahme, er könne in geduldiger, zäher Arbeit seine „bestgegründete Überzeugung (...) gegen die herrschende starke Strömung“ in der Partei durchsetzen¹⁴. Er projizierte seinen eigenen transformativen Tatendrang auf die, wie er hoffte, für die „große Sache“ zu begeisternden Sozialdemokraten. Sein Grundproblem kann in seiner Forderung gesehen werden, „alles politische Geschehen an den Grundsätzen sittlicher Weltanschauung“ zu messen¹⁵, und in seinem Glauben daran, daß der „homo noumenon“, der Mensch des Geistes¹⁶, in der Politik den Fortschritt der Kultur bewirken könne. Einen Schlüssel zum Verständnis Eisners bildet sein bereits in den Frühschriften aufscheinendes Bewußtsein von den Zerstörungspotentialen, die dem ökonomischen Liberalismus innewohnen. Von daher rührt seine geradezu missionarische Tatentschlossenheit. In diesem Sinn ist auch seine während seiner Regierungszeit ausgesprochene Prophezeiung zu verstehen: „Wir gehen entweder zu Grunde, oder wir gewöhnen uns an den Gedanken einer neuen Weltordnung“ – „In keinem Lande ist es möglich, in der bisherigen Weise fortzuwirtschaften.“¹⁷

Als bayerischer Ministerpräsident wollte er „die Zeit ausnutzen“, um seine „alten Ideen und Ideale, soweit es möglich, in kurzer Zeit zu fördern“¹⁸. Zu nennen sind hier seine Impulse zu durchgreifender Demokratisierung in Staat und Gesellschaft, sein Modell einer Synthese von Räten und Parlament, in der die Räte eine basisdemokratische Komponente der herkömmlichen Volksvertretung darstellten; sein differenziertes Wirtschaftsprogramm¹⁹ sowie sein Eintreten für den föderalistischen Aufbau der Republik²⁰ und für die Verankerung des Plebiszits in der bayerischen Verfassung²¹.

¹³ Vgl. hierzu auch Gilcher-Holtey, Mandat.

¹⁴ Preußische Erinnerungen, Fränkische Tagespost, 27.6. 1908.

¹⁵ Der goldene Magnetberg, in: Kurt Eisner. Gesammelte Schriften, Bd.1, Berlin 1919, S.264–284, hier S.268.

¹⁶ Zolas Werk, in: Die Neue Zeit 21,1 (1902–03), S.133–141, hier S.134.

¹⁷ Der Sozialismus und die Jugend. Vortrag, gehalten auf Einladung der Baseler Studentenschaft, Basel 1919, S.11; Wahlrede „Vor den Unabhängigen“, in: Kurt Eisner, Die neue Zeit, 2. Folge, München 1919, S.45.

¹⁸ Provisorischer Nationalrat, 4.Sitzung vom 17.12. 1918, S.63, in: Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volkstaates Bayern im Jahre 1918/1919, Stenographische Berichte 1 bis 10 und Beilagenband.

¹⁹ Kurt Eisner, Die Aufgabe des bayerischen Sozialisierungs-Ausschusses, in: Sozialismus als Aktion, S.124–132. Auf Seite 127 muß es in der 11.Zeile von unten richtig heißen: [Die Privatinitiative] soll psychisch sozial in den Dienst der Gesamtheit gestellt werden.

²⁰ Vgl. Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Müller unter Mitwirkung von Heinrich Pothoff, Düsseldorf 1969, 2. Teil, S.266f., 308, Anm. 4, 325, Anm. 10.

²¹ Das Staatsgrundgesetz. Undatierte Niederschrift Kurt Eisners im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), MA I 988.

Eisner konzipierte und praktizierte eine Alternative sowohl zur „verbürgerlichten“ Politik der Sozialdemokratie als auch zur Diktatur der Bolschewiki und suchte sich nach beiden Seiten abzugrenzen. Doch überschätzte er das Vermögen seiner Zeitgenossen, zwischen zwei mehr oder weniger festgefügt Systemen eine eigenständige, Anfechtungen ausgesetzte mittlere Position zu behaupten und in der Realität wirksam werden zu lassen. Gleichwohl war Eisner, wie sich herausstellt, mit seinen Ideen und Idealen und seinem praktischen Handeln keine singuläre Erscheinung in der internationalen sozialistischen Bewegung.

I.

Kurt Eisners Vater, der Berliner Kaufmann Emanuel Eisner, stammte aus Studnitz in Böhmen und war der Sohn des Handelsmanns Hermann Eisner. Nach dem Tod seiner Frau, die ihm zwei Söhne hinterließ, heiratete Emanuel Eisner 1863 die Kaufmannstochter Hedwig Levenstein. Sie brachte am 14. Mai 1867 Kurt Eisner zur Welt. Zwei Geschwister starben bald nach der Geburt. Mit einer 1872 geborenen Schwester zusammen wuchs Kurt Eisner auf. Nach dem Besuch des Askanischen Gymnasiums immatrikulierte er sich an der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin für das Fach Philosophie, das zu jener Zeit eine Reihe weiterer Geisteswissenschaften einschloß. Ungünstige finanzielle Verhältnisse seines Vaters zwangen ihn, das Studium nach acht Semestern zu beenden. Die in Angriff genommene Dissertation über Achim von Arnim blieb unvollendet, die akademische Laufbahn, für die er sich berufen fühlte, versperrt.

Er nahm eine Stellung als Korrespondent im Berliner Depeschensbüro Herold an, die er aber bald aufgab, und zwar aus „idealen Rücksichten und moralischen Skrupeln“²². Denn schon als Student hatte er sich sozialkritisch engagiert und seine Sympathie für den Sozialismus bekundet. Sein sozialistischer Standpunkt verrät sich denn auch bereits in seinem Erstlingswerk „Psychopathia spiritualis. Friedrich Nietzsche und die Apostel der Zukunft“ – einer weitausholenden Auseinandersetzung mit Nietzsches Werk „Also sprach Zarathustra“, das in dem seinerzeit vom Kulturpessimismus befallenen Bildungsbürgertum überaus starken Anklang fand. Im Rahmen eines systemkritischen Aufwurfs der vielschichtigen geistigen Strömungen, der sozialen Probleme und der gesellschaftlichen Verfallserscheinungen im Gefolge des den Eigennutz sanktionierenden Wirtschaftsliberalismus setzt Kurt Eisner vehement Nietzsches „Religion der mitleidlosen Härte“ und Nietzsches Wunschbildern vom Übermenschen seine eigenen Einsichten in die Menschennatur und über die gesellschaftlichen Mißstände entgegen. Die Beseitigung ihrer Ursachen hielt er schon in dieser ersten Schrift nicht nur für notwendig, sondern auch für möglich. In seinem Plädoyer für eine „soziale Umgestaltung“ schien ihm der „Verstaatli-

²² K. Eisner, Das Stehaufmännchen. Eine Erscheinung aus der Studentenzeit, in: Sozialistische Monatshefte 5,2 (1901), S. 519–524. Siehe hierzu auch F. Eisner, Kurt Eisner, S. 12 ff.

chungs-Gedanke“ die „zweckmäßigste Regelung von Produktion und Konsumtion“ zu sein²³.

Merklich dem Ideengut der Aufklärung verhaftet, stellt Eisner die sittliche Disposition, die Vernunftbegabtheit und die Befähigung der Menschen nicht in Frage, ihre Individualität in der Gemeinschaft und durch die Gemeinschaft zu entfalten und ihren Egoismus in solidarisches Handeln einzubringen. Er zeigte eine korrelative Wirksamkeit zwischen Egoismus und Altruismus auf und schloß auf eine Vereinheitlichung beider Wesensinhalte „in der praktischen Ethik“²⁴. Hieraus folgert er – relevant für sein Sozialismusverständnis –, daß die Weltanschauungen des Individualismus und des Sozialismus „keine Gegensätze, sondern umgekehrt sich gegenseitig bedingende und ermöglichende Ergänzungen“ seien²⁵.

Der Einfluß Kants und David Humes ist unverkennbar. Eisners sozialpsychologische Reflexionen nähern sich den Theoremen des neukantianischen ethischen Sozialismus, noch bevor er Schüler des bekannten Neukantianers Hermann Cohen wurde. Die von David Hume entdeckte Sein-Sollen-Dichotomie in Verbindung mit Kants Forderung, das Sollen müsse zum Wollen des Könnens werden, bewegte ihn schon als Student. Im August 1889 schrieb er an die Schwester seiner späteren Frau, daß der „Jammer des Lebens“ in den Klüften „zwischen den drei Hilfsverben: Wollen, Sollen und Können“ liege: „Wollen und Sollen! Himmelweit getrennte Gebiete, die ganze Menschheit liegt zwischen ihnen.“²⁶

Eisner veröffentlichte „Psychopathia spiritualis“ 1891 in zwei Teilen im November- und Dezemberheft der Monatsschrift „Die Gesellschaft“, deren Herausgeber auch die Buchausgabe besorgte. Nachdem in diesem Periodikum eine nur zum Teil zustimmende Besprechung seiner Nietzsche-Schrift erschienen war, verfaßte Eisner eine polemische Antikritik, die insofern belangvoll ist, als sie sein späteres bekanntes Pseudonym „Tat-Twam“ enthält. Nietzsche habe, schreibt Eisner, den Menschen die Larve vom Antlitz gerissen, sie im Sanskrit angedonnert: „Tat twam asi – das bist du“ – und vermutlich hinzugefügt: „Das sollst du auch sein.“²⁷ Offensichtlich kam ihm dabei der Einfall, für seine kritischen Beobachtungen der Menschen und der von ihnen geschaffenen Zustände seiner Zeit „Tat-Twam“ als Decknamen zu benutzen, jedoch, seiner optimistischen Anthropologie entsprechend, nicht im Diktum der Endgültigkeit.

Erwähnenswert ist, daß Franz Mehring Eisners „Psychopathia spiritualis“ im theoretischen Organ der Sozialdemokratischen Partei „Die Neue Zeit“ rezensierte

²³ K. Eisner, *Psychopathia spiritualis*. Friedrich Nietzsche und die Apostel der Zukunft, Leipzig 1892, S. 84.

²⁴ Ebenda, S. 62.

²⁵ Ebenda, S. 45, auch S. 75 und 77.

²⁶ Kurt Eisner an Doris Hendrich vom 13. 8. 1889 (Im Besitz der Verfasserin).

²⁷ C. Vedente, *Psychopathia spiritualis*, in: *Die Gesellschaft* 1892, S. 629–633. Kurt Eisner, *Nochmals: Psychopathia spiritualis*. Ein Scheidewort, in: *Die Gesellschaft* 1892, S. 1053–1059; F. Eisner, Kurt Eisner, S. 18 f.

und deren Lesern das Buch „dringend“ als Lektüre empfahl²⁸. Kurt Eisner war also schon 1892 zumindest den Parte intelektuellen als Publizist bekannt.

Im Herbst 1891 hatte ihn die „Frankfurter Zeitung“ als Hilfskorrektor eingestellt. Er hatte „nicht nur Leitartikel, Feuilletons u. dergl. druckfertig zu machen, sondern auch Inserate, Bankprospekte, Lotterielisten auf ihre absolute Fehlerlosigkeit zu prüfen“. Da ihn diese Tätigkeit deprimierte, wollte er mit Leopold Sonnemann, dem Begründer der „Frankfurter Zeitung“, reden, ob er nicht in „absehbarer Zeit“ einen seinen „Kräften und Neigungen angemessenen Posten“ erhalten könne²⁹. Um sein geringes Gehalt aufzubessern, schrieb er nebenbei Feuilletons und Versammlungsberichte. Gern hätte er Leitartikel verfaßt, aber „die politischen Herren“ ließen „keinen aufkommen“ und seien „überhaupt gräßliche Kerls“, klagte er seiner Verlobten³⁰. Wegen seiner schriftstellerischen Nebenbeschäftigung geriet er mit seinem Vorgesetzten in Streit, so daß er zum 1. April 1893 kündigte³¹.

II.

Nachdem Kurt Eisner im Herbst 1893 politischer Redakteur des im Juni 1894 in „Hessische Landeszeitung“ umbenannten „General-Anzeiger für Marburg und Oberhessen“ geworden war, übersiedelte er mit seiner Frau, die er im Juli 1892 geheiratet hatte, nach Marburg. Neben seiner redaktionellen Tätigkeit, die in zahlreichen Leitartikeln ihren Niederschlag fand, schrieb er von Juli 1896 an für die Berliner Wochenschrift „Die Kritik“ seine wegen ihrer provinziellen Herkunft so genannten „Provinzialbriefe“: „Glossierende Betrachtungen über die politischen Geschehnisse der Zeit“³².

Sowohl in der „Hessischen Landeszeitung“ wie auch in der „Kritik“ behandelte er, formal und inhaltlich unterschiedlich strukturiert, Fragen des politischen, des wirtschaftlichen, des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens sowie der Außenpolitik. Außerdem verfaßte er historische Studien. Diese frühen Schriften prägt schon die für sein Denken charakteristische Ambiguität von realistischer Gegenwartsschau und idealistischer Zukunftszuversicht. Dem entsprach der Wechsel von nüchternen Befunden der herrschenden Zustände in Politik und Gesellschaft und enthusiastischen Verheißungen künftiger humaner Lebensverhältnisse. Eisner verfuhr hier annähernd im Sinne des Neukantianismus, indem er die bestehende Gesellschaft unter dem Aspekt eines vernunftgemäß möglichen Wandels kritisierte. Allerdings wurde

²⁸ Franz Mehring, in: Die Neue Zeit, 10,2 (1891/92), S. 667–669.

²⁹ Kurt Eisner an Lisbeth Hendrich vom 26. 10. 1891 (Privatbesitz).

³⁰ Kurt Eisner an Lisbeth Hendrich vom 24. 10. 1891 (Privatbesitz).

³¹ Kurt Eisner an die Administration der Frankfurter Zeitung vom 3. und 19. 10. 1892 (Abschriften im Privatbesitz).

³² Provinzialbriefe I–XLIX vom 4. 7. 1896–4. 9. 1897. Siehe auch F. Eisner, Kurt Eisner, S. 38–58. In den Provinzialbriefen befinden sich zahlreiche Druckfehler, die Eisner häufig in der jeweils nächsten Nummer berichtigte. Bei Zitierung daraus wird die Orthographie der heutigen angepaßt.

sein Glaube daran, daß die Menschen zur „Erkenntnis ihres Menschentums reifen“³³, von der Befürchtung bedrängt, daß dieses Ziel schuldhaft verfehlt und der Untergang der Menschheit heraufbeschworen werden könnte. So befand er zum Beispiel in einem Leitartikel vom 16. Februar 1896: „Statt durch Ideen die Tatsachen zu lenken, sind wir stets gewärtig, von den brutalen Tatsachen aus dem Hinterhalt überrascht und zermalmt zu werden.“³⁴

Als „Wahn“ galt Eisner die „kapitalistische Anarchie“ mit ihrem von ihm schon in seiner Nietzsche-Schrift angeprangerten „größten Verbrechen“: dem „industriellen Massengiftmord“³⁵. Als tödlich prognostizierte er das Konkurrenzprinzip, das nach seiner Beobachtung die Entartung zur Korruption in sich trage³⁶. „Nach neuen Formen, neuen Gedanken, neuen Systemen sehnt sich die Welt“, schrieb er am 31. Dezember 1893 und mahnte, daß wir „an einem Punkt der Entwicklung angelangt“ seien, „an dem wir Halt machen müssen, um neue Bahnen zu eröffnen“³⁷.

Die Initiative hierzu sollten die Intellektuellen, die Gelehrten, vor allem die Publizisten ergreifen. An sie stellte Eisner den Anspruch, sowohl Richter und Mahner als auch Erzieher und Wegweisende zu sein: „Realisierungsarbeiter der Idee“³⁸. Sie hatten die „Sanierung des öffentlichen Geistes“ zu betreiben und „Hand an(zu)legen, um der Verwüstung des Lebens durch die Gesellschaft Einhalt zu gebieten“³⁹. Die publizistische Tätigkeit, die seiner Meinung nach universelle Bildung und Vertrautheit mit allen Bereichen der Politik und Gesellschaft verlangte, dachte sich Eisner als Schule für Politiker.

Objekt seiner harten Kritik sind immer wieder die Liberalen und der Liberalismus, den er, nicht unbegründet, auf den ökonomischen reduzierte. Seine zunächst wohlwollend kritische Befassung mit Friedrich Naumann schlug bald in Ungehaltenheit um. Er nannte ihn einen „zwecksicheren Taktiker“, dessen Anschauungen sich in Wahrheit in nichts unterschieden von den „liberal-manchesterlichen kapitalistischen Marktmeinungen“⁴⁰. Dem Soziologen Max Weber warf er vor, „auf dem Erfurter Vereinstag“ der Nationalsozialen „ganz munter das Evangelium eines radikalen Individualismus gepredigt“ zu haben⁴¹. Hieraus erhellt schon, daß Kurt Eisner kein Anhänger der nationalsozialen Bewegung war und dem Linksliberalismus nicht nahestand, wie in manchen Lexika, Handbüchern und Publikationen angegeben.

³³ Beelzebub der Große, XXXII, Die Kritik 128, 13. 3. 1897; Weltpolitik, XXXIV, Die Kritik 131, 3. 4. 1897; aufgenommen in: Kurt Eisner, Taggeist. Culturglossen, Berlin 1901, S. 149.

³⁴ Wohin? Hessische Landeszeitung, 16. 2. 1896.

³⁵ K. Eisner, Psychopathia, S. 61.

³⁶ Im Bann des Schreiens, V, Die Kritik 96, 1. 8. 1896.

³⁷ Ein Rückblick, Hessische Landeszeitung, 31. 12. 1893.

³⁸ Die Philosophie der Untat, XII, Die Kritik 104, 26. 9. 1896.

³⁹ Schöne Leichen, XVII, Die Kritik 110, 7. 11. 1896; Der Fall Harden, XXVI, Die Kritik 119, 9. 1. 1897.

⁴⁰ National-soziale Grundirrtümer I-V, Hessische Landeszeitung, 17. 1.–12. 2. 1897; K. Eisner, Taggeist, S. 194f., 206.

⁴¹ Almela, XXI, Die Kritik 114, 5. 12. 1896; K. Eisner, Taggeist, S. 190.

Häufig dagegen erwähnte er, insbesondere in den „Provinzialbriefen“, positiv die Sozialdemokratie und warb für sie bei den Lesern der „Kritik“ – progressiven Bürgerlichen, unter denen er die Idealisten, die „intellektuell und sittlich unversehrten Elemente“ für die Partei zu gewinnen hoffte. Doch bemerkte er auch, daß in der Sozialdemokratie „viel innerlicher Zwist und Streit“ herrschte, daß „Intrigen sich spinnen und Ränke geschmiedet werden“ und daß es dort viel inneres „Märtyrertum“ gebe, das aber, wie er, gleichsam sein eigenes Los in der Partei voraussehend, betonte, stets getragen werden müsse, „wo eine große Sache mit der kleinen Menschlichkeit der Person zusammenstößt“⁴².

III.

Obschon nach Eisners Verständnis der Sozialismus mit dem Individualismus koinzierte, wandte er sich scharf gegen den Anarchismus, der das Individuum in den Mittelpunkt seiner gesellschaftlichen Idealkonstruktion stellt. Eisner redete einer „reine(n) Scheidung“ der Sozialdemokratie von den Anarchisten das Wort; sie bedeutete, schrieb er, „einen erheblichen Fortschritt“ und stärke die sozialistische Bewegung⁴³. Auch hier unterschied er indes nicht zwischen den einzelnen Strömungen und den geistesgeschichtlichen Ursprüngen des Anarchismus.

Schon in „Psychopathia spiritualis“ hatte Eisner die „radikalen Naturen, die stets auf dem äußersten Flügel stehen wollen“, als „Schauspieler ihres Ichs“ charakterisiert⁴⁴. Er sprach von „anarchistischen Wirkköpfen“, die „getreu dem Prinzip der Herrschaftslosigkeit ihre Individualität ausleben“, von „Schwadroneure(n), die nur psychologisch, aber nicht logisch zu begreifen sind“⁴⁵. Er stellt eine unmittelbare Beziehung her zwischen den anarchistischen Träumen von einem Gemeinschaftsleben auf der Basis schrankenloser Freiheit aller Einzelnen und dem Freiheitsverständnis des (Manchester-)Liberalismus als uneingeschränkter Bereicherungsfreiheit. Der Anarchismus erscheint ihm als Zerrbild des individualistischen Liberalismus. Dem „liberalen Freiheitswahn“, erklärte er, entstehe im Anarchismus eine Parodie: „Während der Anarchismus als Gesellschaftsordnung eine unvollziehbare Wahnvorstellung ist, ist die anarchistische Weltstimmung“ als Produkt kranker Hirne die „verzerrte Spiegelung der realen Zustände“⁴⁶. Er deutete also den Anarchismus als psychopathologische Variante des „radikalen Individualismus“, in dem auch der Liberalismus wurzle, und zugleich als paranoide Reaktion auf dessen realgeschichtliche Wirkungsmacht.

Eisners erklärte Gegnerschaft zum Anarchismus erlaubt es also nicht, ihn in die Anarchisten und Dichter der Münchner Räterepublik einzureihen. Seine hundert

⁴² Allerlei Kulturkämpfer, XVI, Die Kritik 109, 31.10. 1896; K. Eisner, Taggeist, S. 124.

⁴³ Der Einbund, VI, Die Kritik 97, 8.8. 1896; K. Eisner, Taggeist, S. 113.

⁴⁴ K. Eisner, Psychopathia, S. 86 ff.

⁴⁵ Der Einbund, VI, Die Kritik 97, 8.8. 1896.

⁴⁶ Das Würgeisen als Erzieher, XLVIII, Die Kritik 152, 28.8. 1897.

Tage währende Revolutionsregierung darf daher keinesfalls unter die erst als fatale Folge seiner Ermordung möglich gewordenen Unternehmungen der Anarchisten und Kommunisten subsumiert werden.

IV.

In Marburg nahm sich Kurt Eisner die Zeit, an der dortigen Universität die Lehrveranstaltungen des Neukantianers Hermann Cohen zu besuchen, mit dem er bald freundschaftlich verkehrte. In der von Cohen geleiteten „Marburger Schule“ des Neukantianismus fand Eisner in der Tat seine „Ideen und Ideale“ wissenschaftlich verifiziert.

Im Zuge des Rufes „Zurück zu Kant“, der nach dem Versanden des Hegelianismus und angesichts der Ohnmacht der Philosophie gegenüber den neuen Entwicklungen in Natur- und Geschichtswissenschaft⁴⁷ im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts laut geworden war, stellte der Neukantianismus den einzigen Versuch von Belang dar, „der Philosophie ihren verlorenen Beruf, als solche zugleich politisch-soziale Theorie zu sein, zurückzugewinnen“⁴⁸. So war um die Jahrhundertwende der Neukantianismus die führende philosophische Richtung in Deutschland, die auch nach Österreich und Frankreich ausstrahlte. Insbesondere die Marburger Schule begab sich auf das Gebiet der Sozialphilosophie und entwickelte eine Theorie zur Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die erkenntniskritische Methode Kants bot sich den Marburger Neukantianern, einem kleinen Kreis von Gelehrten, als Instrument an, jenseits der empirischen Realität ein vom Sollen der Ethik und der Vernunft bestimmtes Ideales als sittlich Mögliches festzustellen. Mit diesem Maßstab galt es, die bestehende Wirklichkeit, das hieß die sozialen Probleme der Zeit, kritisch zu bewerten und Lösungen zur Verwirklichung dieses sittlich und vernünftig Möglichen zu finden. Entscheidend war dabei der Erkenntniswert der Erfahrung, daß Erfahrung Erkenntnis, Erkenntnis nur in der Erfahrung sei. Als Ausgangspunkt diente Kants Sittengesetz: „Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden andern, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchest.“⁴⁹

Von dieser hohen Warte aus kritisierte Hermann Cohen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, indem er vorbrachte, daß der Arbeiter „daher niemals bloß als

⁴⁷ Vgl. Neukantianismus. Texte der Marburger und der Südwestdeutschen Schule, ihrer Vorläufer und Kritiker. Mit einer Einleitung hrsg. von Hans-Ludwig Ollig, Stuttgart 1982, S. 6.

⁴⁸ Hermann Lübke, Die politische Theorie des Neukantianismus und der Marxismus, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (1958), S. 336. Vgl. zum folgenden auch Roger Fletcher, A Revisionist Dialogue on Wilhelmine Weltpolitik: Joseph Bloch and Kurt Eisner, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 16(1980), S. 453–477, hier v. a. S. 466 ff.

⁴⁹ Immanuel Kant, Kritik der praktischen Vernunft. Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Frankfurt a. M. 1974, S. 61.

Ware zu verrechnen sein“ könne, „auch für die höheren Zwecke des angeblichen Nationalreichtums nicht“, sondern „jederzeit zugleich als Zweck“ betrachtet und behandelt werden müsse. Folgerichtig vertrat er den Standpunkt, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln zur Quelle eines elementaren Unrechts werde, weil es ein Mittel der Herrschaft über die Person, über deren Arbeitskraft sei⁵⁰.

Die Sozialphilosophie der Marburger Schule verstand sich als eine Verbindung von Kantianismus und Sozialismus, dem Hermann Cohen eine ethische Begründung gab in dem Apodiktum: „Der Sozialismus ist im Recht, sofern er im Idealismus der Ethik gegründet ist. Und der Idealismus der Ethik hat ihn begründet.“ Aus Cohens Sicht war Kant sogar der „wahre und wirkliche Urheber des deutschen Sozialismus“⁵¹ – eine Auffassung, die seine Kollegen und Schüler nicht unbedingt teilten, auch Kurt Eisner nicht. Doch begriffen sie Kants Ethik als Gemeinschaftsethik und sahen hierin die grundlegende Übereinstimmung mit dem Sozialismus, der auf diese Weise das Attribut „ethisch“ erhielt.

Eisner traf Cohen fast täglich in seinem Hörsaal und auf dem gemeinsamen Heimweg. Jahre später legte er das „persönliche Bekenntnis“ ab, daß niemand anderer als Hermann Cohen, „der Menschenbildner“, „auf die Dauer Gewalt“ über ihn, das hieß „geistigen Einfluß auf das Innerste“ seines Wesens gewonnen habe⁵².

Eine Bestätigung seiner sozialpsychologischen Überzeugungen vermittelten Eisner auch die Ideen der anderen bekannten Vertreter des neukantianischen ethischen Sozialismus. So lehrte Paul Natorp, zweites Haupt der Marburger Schule, daß Menschenbildung nur in der Gemeinschaft und durch sie ermöglicht werde, weshalb alle Pädagogik im Grunde Sozialpädagogik sei: Arbeit am Einzelnen wie an der Gesellschaft. Ebenso wie Eisner glaubte auch Natorp, daß echter Sozialismus den berechtigten Individualismus nicht aus-, sondern einschließe, weil die Erhebung zur Gemeinschaft nicht Beschränkung, sondern Erweiterung des eigenen Selbst bedeute⁵³.

Eisners grundsätzliches Politikverständnis kongruierte schließlich mit der Definition des neukantianischen Sozialwissenschaftlers Franz Staudinger, wonach „Kritik der gegebenen Ordnung nach dem sittlichen Maßstabe, und die Fortbildung dieser Ord-

⁵⁰ Hermann Cohen, Biographisches Vorwort und Einleitung mit kritischem Nachtrag zu Friedrich Albert Lange, *Geschichte des Materialismus und Kritik seiner Bedeutung in der Gegenwart*, 2. Buch: *Geschichte des Materialismus seit Kant*, Leipzig 1896, S. LXVI; ders., *Ethik des reinen Willens*, Berlin 1904, S. 572f., 580ff.

⁵¹ Hermann Cohen, Biographisches Vorwort, S. LXV. Vgl. hierzu Karl Otmar Frhr. von Aretin, der im Zusammenhang mit Eisners Bemerkung, daß Kants Ethik nur im Sozialismus zu verwirklichen wäre, behauptet: „Soweit wollte Cohen nicht gehen“, in: Vortrag zum 70. Jahrestag der Ermordung Kurt Eisners auf einer Veranstaltung der Sozialdemokratischen Partei Bayerns (unveröffentlichtes MS.); ebenso in seinem Aufsatz: Kurt Eisner. Gründer des Freistaats und sein erster Ministerpräsident, in: Weckerlein (Hrsg.), *Freistaat!*, S. 83.

⁵² Hermann Cohen. Zum 70. Geburtstag des Philosophen, I und II, *Münchener Post*, 5. und 6. 7. 1912.

⁵³ Karl Vorländer, *Kant und der Sozialismus unter Berücksichtigung der neuesten theoretischen Bewegung innerhalb des Marxismus*, Berlin 1900, S. 23.

nung nach dem sittlichen Ziele hin“ Politik heiße⁵⁴. Mit Staudinger war Eisner auch der Überzeugung, daß die Widersprüche des Kapitalismus nur zusammen mit diesem selbst beseitigt werden könnten. Staudinger propagierte die Ersetzung des von ihm scharf kritisierten „Profitsystems“ durch genossenschaftliche Arbeits- und Organisationsformen. Im Genossenschaftswesen sahen auch Cohen, Natorp und der neukantianische Rechtsphilosoph Rudolf Stammler ein vernunftgemäßes Gestaltungsprinzip zumindest des ökonomischen Lebens und somit eine Alternative zur kapitalistischen Wirtschaftsweise. Kurt Eisner griff den Genossenschaftsgedanken in dieser Form nicht auf. Er befürwortete später lediglich eine Stärkung der sozialdemokratischen Konsumgenossenschaften und ihre Verbindung mit einzurichtenden bäuerlichen Produktionsgenossenschaften⁵⁵. Als Erklärung hierfür könnte angenommen werden, daß weder aus der Sozialkritik der neukantianischen Gelehrten noch aus ihren Postulaten einer sittlichen Erneuerung der Gesellschaft eindeutig hervorgeht, ob sie die Realisierung einer genossenschaftlichen, also höheren Form des Wirtschaftens als Vehikel einer friedlichen und legalen Systemtransformation betrachteten. Hermann Cohen äußerte – indes primär gegen die revolutionäre Ideologie der Marxisten gerichtet –, daß der Gefahr der „Revolution als Eruption vorzubeugen“ sei⁵⁶.

Nach Kurt Eisners Interpretation hat Cohen keineswegs den zwingenden wirtschaftlichen Mechanismus verkannt, in dem sich das gesellschaftliche Dasein vollziehe; aber „indem die Menschheit durch den Klassenzwang der wirtschaftlichen Machtverhältnisse getrieben“ werde, entstehe „zugleich die sittliche Freiheit der Auflehnung“. Im Sinn der neukantianischen Übertragung des Erkannten in das Gesollte, das zu verwirklichen sei, argumentierte er, es bliebe ohne diese Auflehnung die Erkenntnis, „daß wir Opfer der wirtschaftlichen und technischen, in den sozialen Klassenscheidungen sich gesetzmäßig auswirkenden Kräfte sind, (. . .) Leer, sinnlos, gleichgültig“⁵⁷. Er deutete den ethischen Sozialismus Cohens also nicht als Bestreben, das kapitalistische System lediglich zu ethisieren. Franz Staudinger räumte 1907 immerhin ein, daß die Durchsetzung des Sozialismus eine Macht-(nicht Gewalt-)frage sei; der erste Schritt müsse sein: „Niederwerfung des Monopoldespotismus und demokratische Ordnung“, der zweite sodann die „soziale Organisation der Arbeit“⁵⁸.

Die Gelehrten um Hermann Cohen standen, ohne Mitglieder zu sein, der Sozialdemokratie nahe und wünschten, daß ihre Sozialphilosophie dort aufgenommen würde. Während Cohen allerdings die Vereinbarkeit der materialistischen Geschichtsauffassung, von der die Partei ausging, mit einer ethischen Begründung des

⁵⁴ Franz Staudinger, *Ethik und Politik*, Berlin 1899, S. 83.

⁵⁵ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der SPD in Nürnberg 1908, S. 457; *Fränkische Tagespost*, 23. 11. 1909.

⁵⁶ Hermann Cohen, *Biographisches Vorwort*, S. LXIX.

⁵⁷ Hermann Cohen. Zum 70. Geburtstag des Philosophen II, *Münchener Post*, 6. 7. 1912; F. Eisner, Kurt Eisner, S. 75–82.

⁵⁸ Zit. nach Karl Vorländer, *Kant und Marx. Ein Beitrag zur Philosophie des Sozialismus*, Tübingen 1911, S. 151.

Sozialismus verneinte, glaubten vor allem Staudinger und der neukantianische Philosophiehistoriker Karl Vorländer, aber im Grunde auch Paul Natorp und Rudolf Stammler, ebenso wie Kurt Eisner, den Marxschen Materialismus mit Kants Ethik vereinigen zu können. Sie anerkannten die Abhängigkeit der Verwirklichung des sozialistischen Ideals von ökonomischen und politischen Bedingungen. Jedoch meinten sie, wie Franz Staudinger darlegte, daß der Marxismus nur leistungsfähig sei, solange er das soziale Werden nach dem kausalen Gesichtspunkt verfolge. Sobald er sich aber die bewußte und planmäßige Umgestaltung des Gegebenen zum Ziel setze, könne er den Maßstab hierzu nicht in jenem sozialen Werden entdecken⁵⁹.

Karl Vorländer, der darauf hinwies, daß der Neukantianismus nicht Zustimmung zur gesamten Kantischen Philosophie bedeute, gestand zu, daß Kants „Reich der Zwecke“, also das Prinzip der Menschheit als Selbstzweck, „nur ein Ideal“ sei; aber, so fügte er hinzu, es handle sich um ein Ideal, das „durch unser Tun und Lassen wirklich werden kann“⁶⁰. Der ethische Sozialismus postulierte denn auch die politisch bewußte Tat.

Eisners Marburger Zeit endete mit seiner Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Haft. Eine Fabel über einen idealistisch gesinnten, von praktischem Tatendrang beseelten Staatsmann, die zum Teil wie eine Vision seiner späteren Ministerpräsidentschaft anmutet, trug ihm die Anklage ein, Kaiser Wilhelm II. „in der öffentlichen Meinung“ herabgesetzt zu haben. Am 1. November 1897 begab er sich in das Gefängnis Plötzensee⁶¹.

Die „Eigentümlichkeiten des Gefängniswesens“ schilderte er in zitierenswerter Weise Hermann Cohen, der ihm ins Gefängnis geschrieben hatte. Eisner beklagte, daß der Strafvollzug keine Resozialisierung der Inhaftierten leisten könne, weil der „kausale Zwang der pathologischen Desorganisation der Gesellschaft so stark“ sei, „daß die erzieherische Kausalität der Strafe sich nicht durchzusetzen“ vermöge; außerdem verstärke die Haft „in verhängnisvoller Weise die Solidarität der Ausgestoßenen“. Aufschlußreich ist, daß er sich im Gefängnis den „Vorbereitungen zu einem wissenschaftlichen, systematischen Lebenswerk“ widmete, das er aber, wie er freimütig gestand, „vermutlich in diesem Leben nicht mehr vollenden werde“. Jedoch hoffte er, Hermann Cohen „demnächst ein in sich abgeschlossenes Kapitel“ seiner Arbeit senden zu können⁶².

⁵⁹ Staudinger, *Ethik und Politik*, S. 159.

⁶⁰ Immanuel Kant, *Kritik*, S. 70; Vorländer, *Kant und Marx*, S. 4, ders., *Kant und der Sozialismus*, S. 7. Siehe hierzu auch Karl Vorländer, *Die Stellung des modernen Sozialismus zur philosophischen Ethik*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 22. Bd. (1906), S. 727–764.

⁶¹ Ein undiplomatischer Neujahrsempfang, XXV, *Die Kritik* 118, 2. 1. 1897; Kriminelle Majestätsverherrlichung, XXVIII, *Die Kritik* 122, 30. 1. 1897; Dolus eventualissimus, XXXVIII, *Die Kritik* 136, 8. 5. 1897; K. Eisner, *Taggeist*, S. 211–240; F. Eisner, *Kurt Eisner*, S. 53 ff.

⁶² Kurt Eisner an Hermann Cohen, datiert Plötzensee 1898, in: Internationales Institut für Sozialgeschichte (künftig: IISG) Amsterdam, *Kleine Korrespondenz*; Original im Marx-Engels-Institut Moskau. Die zweite Frau Kurt Eisners, Else Belli, an die sein Nachlaß fiel, hat zahlreiche Briefe an und von Kurt Eisner an in- und ausländische Institute verkauft. Der Text eines eindrucksvollen

Sein Selbstverständnis spricht aus einem Artikel, den er, datiert 1898, nur im Gefängnis niedergeschrieben haben konnte: Unter dem Titel „Die Meinungen des Dritten“ diskutieren hier ein Kulturpessimist einerseits und ein Verteidiger des Bestehenden andererseits mit einem Dritten, der eigenständige Positionen vertritt und die Ergründung und Lösung aktueller Probleme, die in dem fiktiven Dreiergespräch ventiliert werden, auf einem dritten Weg sucht⁶³.

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis bot er dem „Berliner Tageblatt“ seine Mitarbeit an. Am 27. November 1898 teilte er seinen Eltern mit, daß er „gänzlich unerwartet“ und ohne daß er „einen Finger darum gerührt hätte, einen höchst ehrenvollen Ruf nach Berlin“ erhalten habe⁶⁴. Wilhelm Liebknecht hatte ihm den Posten eines politischen Redakteurs am Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, dem „Vorwärts“, angetragen.

Eisners Ansehen in Marburg belegt ein Brief, den Paul Natorp an seinen Schüler Albert Görland schrieb: „Auch hat jetzt der Vorwärts an Stelle des ausgewiesenen A. Braun unsern K. Eisner, der in – Plötzensee gründlich Cohen und Stammler studiert hat, einen geschultesten Kantianer – zum 1. politischen Redacteur berufen! Es scheint, daß heutzutage die Philosophen zwar nicht Könige werden, aber doch etwas, was unter heutigen Verhältnissen ein fernes Analogon dazu bildet.“⁶⁵ Kurt Eisner wurde also sozusagen von offizieller Seite der Marburger Schule der Neukantianer zugeordnet.

V.

Am 1. Dezember 1898 trat Kurt Eisner in die Redaktion des „Vorwärts“ ein und übernahm nach Wilhelm Liebknechts Tod im August 1900 deren Leitung. Liebknecht war weder der „Mentor“ und „Gönner“⁶⁶ noch der „Lehrmeister“⁶⁷ des bereits berufserfahrenen 31jährigen Eisner.

Briefes Hermann Cohens an Kurt Eisner vom 14. 8. 1902 ist abgedruckt in: Hermann Cohen (1842–1918). Ausstellungskatalog, Schriften der Universitätsbibliothek Marburg 63. Mit einer Einführung von Reinhard Brandt, Marburg 1992, S. 127f.; weitere Briefe Eisners aus dem Gefängnis Plötzensee in: Die Weltbühne 7 (1925), S. 233 ff.

⁶³ Die Meinungen des Dritten, in: K. Eisner, Taggeist, S. 316–337.

⁶⁴ In einem Brief an seine Eltern vom 17. 10. 1898 (Privatbesitz) heißt es, er habe ein „sehr liebenswürdiges Einladungsschreiben vom alten Liebknecht“ erhalten.

⁶⁵ Abgedruckt in: Hermann Cohen. Ausstellungskatalog, S. 128. Dagegen Aretin, Gründer, S. 85, der die Behauptung aufstellt, Eisner sei als Bohemien verschrien gewesen.

⁶⁶ So bei Allan Mitchell, Revolution in Bayern 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967, S. 41 und 43. Mitchells Beschreibung der Persönlichkeit Eisners stellt eine gravierende Verzeichnung dar. Siehe F. Eisner, Kurt Eisner, S. 166–169; dies., Die Politik des liberalen Sozialismus, S. 212.

⁶⁷ So bei Bernhard Grau, Parteioption – Kurt Eisner und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, in: Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992. Im Auftrag der Georg-von-Vollmar-Akademie hrsg. von Hartmut Mehringer, München 1992, S. 128; vgl. hierzu meine Rezension in der Süddeutschen Zeitung, 7. 10. 1992.

Die Partei wurde damals vom Richtungsstreit beherrscht: Der Gegensatz zwischen „prinzipieller“ und „opportunistischer“ Taktik rief heftige Kontroversen auch in der internationalen Sozialdemokratie hervor und schied die Repräsentanten der Arbeiterbewegung in „Radikale“ und „Revisionisten“. Kurt Eisner berichtete in Leitartikeln im „Vorwärts“ von 1899 bis 1905 und in der „Fränkischen Tagespost“ von 1907 bis 1909 eingehend über die Debatten auf den Parteitag der deutschen und den Kongressen der internationalen Sozialdemokratie. Seine Darlegungen dokumentieren das innerparteiliche Geschehen und vermitteln einen Eindruck von den „leidenschaftlichen Szenen“, die nach seiner Feststellung der „trockene Verhandlungsbericht in Stimmung und Wirkung nicht wiederzugeben vermag“⁶⁸.

Der Theoretiker des Revisionismus, Eduard Bernstein, trat der in der marxistisch orientierten Partei vorherrschenden Erwartung einer bevorstehenden sozialen Katastrophe und der hiervon bestimmten Taktik der politischen Abstinenz entgegen. Er führte den Nachweis, daß sich die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht in der Weise vollzogen habe, wie das von Marx und Engels verfaßte „Kommunistische Manifest“ sie geschildert hatte, und verlangte von der Sozialdemokratie eine konsequente Reformpolitik auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Dabei betonte er, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auch den ethischen Faktoren einen großen Spielraum selbständiger Betätigung lasse und der Sozialdemokratie ein Kant not tue⁶⁹.

Erneut auf Kant bezog sich Bernstein in seinem damals vielbeachteten und in der Partei umstrittenen Vortrag: „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“⁷⁰ In dessen Verlauf kündigte er an, er werde die gestellte Frage im „kritischen Geiste“ Kants⁷¹ behandeln. Unter diesem Vorsatz sprach er dem Sozialismus, der aus dem Willen erwachse, den reinen Wissenschaftscharakter ab. Man könne wollen, erläuterte er nachträglich, „daß Ausbeutung, Unterdrückung und Not von der Erde verschwinden und der Collectivismus herrsche“; es liege jedoch keine unbedingte Gewißheit vor, „daß es sein wird“; das heiße: „Wo unser Wille in eine Lehre hinein spielt, hört sie auf, reine Wissenschaft zu sein.“⁷²

Kurt Eisner, der zu Bernsteins Vortrag im „Vorwärts“ Stellung nahm, definierte dagegen Wissenschaft als „die Produktion allgemeiner Gesetzmäßigkeit in Natur

⁶⁸ Unser Tag IV, Vorwärts, 15.10.1899.

⁶⁹ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Stuttgart 1898, S. 123; Eduard Bernstein. Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, hrsg. von Günther Hillmann, Reinbek 1969, S. 217; ders., Der Revisionismus in der Sozialdemokratie, in: Handbuch der Politik, 2. Bd., Berlin/Leipzig 1912/13, S. 55 ff.

⁷⁰ Eduard Bernstein. Ein revisionistisches Sozialismusbild. Drei Vorträge, hrsg. und eingeleitet von Helmut Hirsch, Berlin/Bonn/Bad Godesberg 1976, S. 53–90; siehe auch Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Lübeck 1901, S. 135–185.

⁷¹ Bernstein, Ein revisionistisches Sozialismusbild, S. 64.

⁷² Eduard Bernstein, Idealismus, Kampftheorie und Wissenschaft, in: Sozialistische Monatshefte 5,2 (1901), S. 603.

und Gesellschaft, in einheitlichem System gegliedert, methodisch erzeugt“; und in diesem höchsten Sinn, beschied er, sei Sozialismus Wissenschaft. Indem er auf das Kantische Kriterium der Einheitlichkeit der Zwecke verwies und eine Gesetzmäßigkeit auch des Gesellschaftswillens zugrunde legte, argumentierte er in neukantianischen Kategorien und deutete auf die ethische Begründbarkeit des wissenschaftlichen Sozialismus hin. In diesem Kontext bezweifelte er Bernsteins erkenntnistheoretisches Verständnis⁷³. Karl Vorländer, der Eisners Ausführungen zustimmend zitierte, wies Bernsteins Berufung auf Kant als verfehlt zurück⁷⁴. Bernstein wurde nicht zum Kreis der neukantianischen ethischen Sozialisten gezählt.

Als Neukantianer meldeten sich in der Partei namentlich der philosophische Schriftsteller Ludwig Woltmann und der Nationalökonom Conrad Schmidt zu Wort. Woltmann, der bereits 1907 starb, wertete zwar Kants Moralphilosophie als Ethik des Sozialismus, doch verfocht er eine „eigenartige Verbindung von Kant, Darwin und Marx“, so daß er nicht als authentischer Vertreter des ethischen Sozialismus angesehen werden konnte⁷⁵. Conrad Schmidt indes stellte eine Analogie zwischen Kants Geschichtsphilosophie und Marx' materialistischer Geschichtsauffassung heraus, wollte aber eine Verknüpfung der letzteren mit der Kantischen Moralphilosophie nicht anerkennen⁷⁶. Er war also auch kein ethischer Sozialist im Sinn des Marburger Neukantianismus.

Franz Staudinger, dessen ethischem Sozialismusverständnis Kurt Eisner im wesentlichen wohl zustimmte, war nicht Mitglied der Partei. Doch beteiligte er sich an den Diskussionen über eine Inbeziehungsetzung von Marx und Kant, die neben den Revisionismusdebatten, aber auch in Verquickung mit ihnen, hauptsächlich in der „Neuen Zeit“ und in den „Sozialistischen Monatsheften“ geführt wurden. Auf Kant beriefen sich gelegentlich Wolfgang Heine und Eduard David⁷⁷, die, ebenso wie Woltmann und Conrad Schmidt, zu den Revisionisten gehörten. Revisionistische Kantianer weniger bekannten Namens scheint es, einem Brief Eisners vom 24. August 1909 an Joseph Bloch zufolge, in der Partei gegeben zu haben. Der Revisionismus ist jedoch nicht mit dem ethischen Sozialismus gleichzusetzen, wie Kurt Eisner und die Marburger Gelehrten ihn vertraten. Namhafte Sozialdemokraten, die den Neukantianismus weniger wissenschaftstheoretisch als vielmehr in seinen ethischen Konsequenzen als notwendige Ergänzung der materialistischen Geschichtsauffassung betrachteten, also ethische Sozialisten, die nicht im Lager der Revisionisten standen, sind in der Partei, soweit zu sehen, außer Kurt Eisner nicht hervorgetreten.

⁷³ Vorwärts, 15. 6. 1901 und 18. 6. 1901.

⁷⁴ Vorländer, Kant und Marx, S. 181–189.

⁷⁵ Karl Vorländer, Von Machiavelli bis Lenin. Neuzeitliche Staats- und Gesellschaftstheorien, Leipzig 1926, S. 255f.

⁷⁶ Vgl. Conrad Schmidt, Über die geschichtsphilosophischen Ansichten Kants, in: Sozialistische Monatshefte 7,2 (1903), S. 683–692.

⁷⁷ Vgl. hierzu Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, S. 57, 90f., 96–106.

Kurt Eisner lehnte nicht nur den Wissenschaftsbegriff Bernsteins ab, sondern auch dessen Theorien über die Verwirklichung des Sozialismus. Zwar verurteilte auch Eisner die politische Enthaltbarkeit, die „Politik des demonstrativen Nichtstuns“⁷⁸ der marxistischen Parteifunktionäre, und plädierte für ein „tägliches, tatkräftiges Eingreifen in die Politik“⁷⁹. Doch hatte diese „positive Arbeit“ nicht systembewahrende Verbesserungen der bestehenden Ordnung zum Ziel. Vielmehr sollten im Gegenwartsstaat notwendige soziale und politische Rechte energisch durchgesetzt werden, und zwar bis hin zu der vom kapitalistischen System selbst aufgerichteten Schranke⁸⁰. Im Gegensatz zu den Revisionisten glaubte Eisner nicht an ein „Hineinwachsen“ der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform in den Sozialismus und nahm nicht an, daß sich im wilhelminischen Obrigkeitsstaat auf parlamentarischem Weg die Macht- und Besitzverhältnisse ändern ließen. Er rechnete mit einem früher oder später innerhalb des bürgerlichen Regierungsapparats ausbrechenden Konflikt, der es den Sozialdemokraten ermöglichte, in einer „revolutionären Aktion“ die Macht zu erringen⁸¹. Für eine solche Aktion, etwa durch einen Massenstreik oder in einem „Auf-die-Straße-Gehen“ realisiert, würde er, so schrieb er am 2. September 1907 an Joseph Bloch, die Verantwortung „ohne jedes Bedenken mit allen Konsequenzen“ auf sich nehmen⁸².

Seine wiederholten detaillierten Forderungen einer auf eigenen Initiativen basierenden Beteiligung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an der Gesetzgebungsarbeit, die durch außerparlamentarische, von der Partei zu organisierende „Massenaktionen“ unterstützt werden sollten, wurden auf den Parteitag in Dresden 1903 und in Leipzig 1909 als „Überschätzung des Parlamentarismus“ abgelehnt und sogar „bekämpft“⁸³.

Eisner hat seine „schroffste“ Gegnerschaft zum Revisionismus des öfteren zum Ausdruck gebracht⁸⁴. Bestätigt wird sie in seinem Briefwechsel mit Joseph Bloch, dem Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte“, der ihn ständig um Beiträge bat. Eisner veröffentlichte in diesem revisionistischen Organ Essays über das soziale und politische Engagement bekannter Dichter und Schriftsteller, jedoch keine politischen oder den Richtungsstreit betreffenden Artikel. In zuweilen recht aggressivem Ton griff er Bloch und die Revisionisten an. Einen seiner Briefe unterzeichnete er

⁷⁸ Preußische Erinnerungen, Fränkische Tagespost, 27.6. 1908.

⁷⁹ Der Parteitag in Essen, Fränkische Tagespost, 14.9. 1907.

⁸⁰ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Dresden 1903, S. 128; Kurt Eisner, Der Fall Molkenbuhr, in: Die Neue Gesellschaft 21 (1907), S. 248.

⁸¹ Vier Fragen, in: Sozialismus als Aktion.

⁸² BAK, R 117, Bl. 231–235.

⁸³ Parteitag SPD 1903, S. 127 f., 284; Dresden, Vorwärts, 13.9. 1903; Parteitag SPD 1909, S. 352.

⁸⁴ K. Eisner, Zur Literaten-Psychologie, in: Die Neue Gesellschaft 34 (1905), S. 406 f.; Der Vorwärts-Konflikt. Gesammelte Aktenstücke, hrsg. von Büttner/Gradnauer/Eisner/Kaliski/Schröder/Wetzker, München 1906, S. 82 f.; Fränkische Tagespost, 10.6. 1909; Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/1919, 5. Sitzung am 18.12. 1918, S. 132; Wahlrede „Vor den Unabhängigen“, S. 22 (wie Anm. 17).

„Mit antirevisionistischem Gruß“⁸⁵. Mehrere Male umschrieb er seine mittlere Position und unterstrich, daß er zu keiner der beiden Richtungen gehöre⁸⁶.

Sozialdemokratische und der Partei nahestehende Autoren ordnen Kurt Eisner indessen beharrlich dem Revisionismus zu⁸⁷, während ihn kommunistische als bürgerlichen Reformen denunzieren⁸⁸.

VI.

Kurt Eisner war im Grunde kein Marxist. Der „Bewegung der Dinge“, der Marx die geschichtliche Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zuwies, stellte Eisner die „Einzelanstrengung der Personen“ gegenüber. Zwar setzte er sie in Beziehung zur „Universalität der Personen“, welche „die Bewegung der Dinge vollziehen“. Doch er verstand Politik, neukantianisch, „in ihrem höchsten Begriff (als) Arbeit an der menschlichen Gesellschaft, unter Voraussetzung all ihrer geschichtlich gewordenen Bedingungen, eine alle Gebiete des staatlichen Daseins umfassende Arbeit, die zugleich den Dingen sich anpaßt und sie beeinflusst, unter dem richtungsbestimmenden Erkennen und Wollen eines höchsten Endziels gesellschaftlicher Verfassung, Arbeit, die jedes taugliche Mittel nutzt“⁸⁹.

Wiederum mit neukantianischem bzw. ethisch sozialistischem Bezug versah er in einem seiner Leitartikel im Kontext der sozialistischen Zielbeschreibung den Begriff Sozialismus mit dem Adjektiv „freiheitlich“ – gewissermaßen als Gegenposition zu einem im Marxismus präformierten nicht-freiheitlichen Sozialismus⁹⁰.

Die Marxisten hielten an dem Glauben fest, daß der Kapitalismus auf Grund der ihm eigenen Widersprüche untergehen werde, in seinem Schoß jedoch die Formen der künftigen sozialistischen Ordnung herausbilde; daß sodann die entwickelten Pro-

⁸⁵ Postkarte, undatiert (Frühjahr 1908), in: BAK, R 117, Bl. 245.

⁸⁶ Z. B. 30.7., 29.8. 1907, Bl. 225, 227; 2.9. 1907, Bl. 231, 234.

⁸⁷ Vgl. Helga Grebing, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München ¹¹1981, S. 143; Susanne Miller/Heinrich Potthoff, *Kleine Geschichte der SPD*, Bonn ¹1981, S. 77 und 78; Susanne Miller, *Burgfrieden und Klassenkampf*, Düsseldorf 1974, S. 61, Anm. 10; Joseph Rovin, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, Frankfurt a. M. 1980, S. 115; Detlef Lehnert, *Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848–1983*, Frankfurt a. M. 1983, S. 112; Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 1, Hannover 1961, S. 308; Peter Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie*, Berlin 1967, S. 75.

⁸⁸ Z. B. Hans Beyer, *Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München*. Mit einem Vorwort von Ernst Engelberg, Berlin (Ost) 1957; ders., *Die Revolution in Bayern 1918–1919*, Berlin (Ost) 1982; Annelies Laschitzka, *Kurt Eisner – Kriegsgegner und Feind der Reaktion*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 9(1967) S. 454–489; Günter Kopp, *Emanzipation durch Räte? Die Lehren von München 1918/19*, München 1973; Volker Arnold, *Rätebewegung und Rätetheorien in der Novemberrevolution*, Hamburg 1985. Siehe hierzu F. Eisner, *Kurt Eisner*, S. 148–152.

⁸⁹ Marx und Bakunin, *Münchener Post*, 24. und 26.8. 1913; F. Eisner, *Die Politik des libertären Sozialismus*, S. 11.

⁹⁰ Nach Hannover, *Vorwärts*, 15. 10. 1899.

duktivkräfte die bisherigen Produktionsverhältnisse sprengen würden, während die Arbeiterklasse unter der Unerträglichkeit des Leidensdrucks revolutionäres Bewußtsein entfaltet habe und der Umsturz statfinde. Unabhängig davon, ob sie ihre Krisen-, Verelendungs- und Konzentrationstheorie absolut oder relativ auffaßten: Die Marxisten warteten auf die Zuspitzung der Klassengegensätze und begriffen demgemäß ihre Aufgabe in der Vorbereitung der Arbeiterklasse auf die entscheidende Auseinandersetzung durch Anprangerung des „Klassenstaats“ und Propagierung des „Endziels“. So maßen sie der praktischen Reformarbeit wenig Bedeutung bei und deklarierten sie nur als Mittel, um das Proletariat kampffähiger zu machen. Dabei konnten sie sich nicht verhehlen, daß die Durchsetzung sowohl sozialer als auch politischer Reformen den Leidensdruck mildern und den Kampfwillen der Arbeiter schwächen mußte.

Dem setzte Kurt Eisner eine von ihm so genannte „Spannungstheorie“ entgegen, die an die Stelle der Verelendungstheorie treten sollte. Sie diagnostizierte ein Spannungsverhältnis, das auch nach einer durch sozialstaatliche Intervention erfolgten Entschärfung gesellschaftlicher Konfliktpotentiale zwischen Kapitaleignern und Arbeiterschaft bestehen bleibe: eine „sinnlose Spannung“ zwischen dem Reichtum der Wenigen und den kümmerlichen Verbesserungen in der Lebenslage der Masse⁹¹. Das bedeutete wiederum, daß Eisner von der Einsicht in die „Sinnlosigkeit“ den „moralischen Mut“ zur Tat erwartete, jenen „revolutionäre(n) Idealismus“, der „die in den Willen, in die Entschlußkraft aufgenommene Summe aller ökonomisch-historischen Bedingungen“ sei, wie er in einem seiner Dispute mit dem damals orthodoxen Marxisten Karl Kautsky formulierte⁹².

Es war jedoch marxistische Überzeugung, daß der Sozialismus nicht deshalb kommen werde, weil er wünschenswert und ethisch berechtigt sei, sondern weil er das unabwendbare Resultat der Klassenkämpfe darstelle. Ethik und Moral sind im Marxismus lediglich klassenbedingte Epiphänomene der ökonomischen Bewegungsgesetze. Zwar brauchte die behauptete objektive historische Notwendigkeit des Sozialismus seine ethische Berechtigung nicht zu verneinen, sondern konnte mit der kausalen Bewirkung zusammenfallen. Eisner vertrat denn auch die Ansicht, daß bei der marxistisch gereiften Sozialdemokratie Ökonomie und Ethik in der Praxis nicht im Kampf miteinander lägen und jeder sozialistische Ökonom zugleich ein sozialistischer Ethiker sei und umgekehrt⁹³. Es stand aber dem Dogma der Marxisten, daß der Sozialismus kommen *müsse*, der Glaubenssatz der ethischen Sozialisten gegenüber, daß der Sozialismus kommen *solle*. Während das Sollen die politisch bewußte

⁹¹ Das vorgeschrittene Hinterpommern. Zur Theorie der deutschen Entwicklung, Fränkische Tagespost, 8.–11. 9. 1908; enthalten in: Sozialismus als Aktion, S. 40–57. Auf Seite 43 muß der letzte Satz des 2. Absatzes richtig heißen: Das Geschichtsgesetz des Kommunistischen Manifests wandelte sich allmählich in die Theorie der relativen Verelendung, ohne daß man bis jetzt zu einer konsequenten klaren Formulierung durchgedrungen wäre.

⁹² Debatten über Wenn und Aber, I–VII, Vorwärts, 2.–13. 9. 1905; hier V, 9. 9. 1905; vgl. auch Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Jena 1905, S. 350ff.

⁹³ Debatten über Wenn und Aber, VI, Vorwärts, 10. 9. 1905.

Tat im Sinn konstruktiven Vorgehens zur Verwirklichung des Sozialismus verlangte, gebot die marxistische Fixierung auf seine Unvermeidbarkeit jenen agitatorisch auf den politischen Umsturz eingestellten Fatalismus, den Eisner als die „Politik des demonstrativen Nichtstuns“ kritisierte. Daß sich aus diesen unterschiedlichen Denkrichtungen im Grunde einander ausschließende Handlungskonsequenzen ergaben, scheint Eisner erst im Verlauf seiner verschiedenen Auseinandersetzungen mit Kautsky, die schließlich zu seinem Ausscheiden aus dem „Vorwärts“ führten, bewußt geworden zu sein. Denn er schrieb an Kautsky: „Es handelt sich zwischen uns in der Tat um zweierlei Welten sittlicher Auffassung“; er habe aber, fügte er hinzu, das Bewußtsein zurückgewonnen, daß sein „bescheidenes Wirken in der Partei mehr denn je notwendig“ sei⁹⁴.

Diese Notwendigkeit hatte er schon bei seinem Eintritt in die „Vorwärts“-Redaktion darin gesehen, den Revisionismusstreit nicht als Gegensatz der Auffassungen zu behandeln, sondern als taktische Differenzen, die nur „unter der Zuspitzung der polemischen Kontraste“ auseinanderwichen⁹⁵. In seinem Bestreben, die disparaten Richtungen zu vereinheitlichen, prägte er die Formel „Logische Einheit von Agitation und Aktion“⁹⁶ und meinte, es sei eine Verbindung herzustellen von reformistischer Gegenwartsarbeit, wie er sie praktiziert wissen wollte, und revolutionärer Endzielpolitik im Sinn der Bereitschaft zur „Aktion“ im gegebenen Augenblick.

Der Parteivorsitzende August Bebel, der scharfe Zurechtweisungen der Revisionisten im „Vorwärts“ wünschte, mißbilligte jedoch Eisners Verfahren als „Vertuschung und Verkleisterung der Gegensätze“. Gezielt auf Eisners einschlägige Leitartikel, räsionierte Bebel im August 1903 in der „Neuen Zeit“, man solle endlich aufhören mit dem „Komödienspiel“, „immer wieder von Einigkeit und Einheit in der Partei zu reden und nach jedem Parteitag diese Melodie aufs neue anzustimmen, wo von Einigkeit und Einheit keine Rede mehr“ sei. Außerdem beschuldigte er die Redaktion, also den Verfasser des betreffenden Leitartikels, Kurt Eisner, „zu dichten“⁹⁷. Eisner hatte in einem parteigeschichtlichen Rückblick daran erinnert, daß frühere Wahlenthaltungsbeschlüsse revidiert werden mußten⁹⁸, was der bayerische Sozialdemokrat Georg von Vollmar bestätigte⁹⁹. In einem persönlichen Schreiben an Bebel wies Eisner unter Benennung urkundlichen Materials den Vorwurf zurück und erlaubte sich, Bebel zu maßregeln: „Sie befinden sich eben im Irrtum und werfen uns ‚dichten‘ vor.“ Nachdem er noch andere Mißhelligkeiten vorgebracht hatte, deutete er seine Bereitschaft an, aus der Redaktion auszuschneiden: „Will man mich nicht mehr – ich kann's nicht ändern, obwohl mein Lebensinhalt in dem Kampf für unsere Sache

⁹⁴ Kurt Eisner an Karl Kautsky am 15.12.1905, in: IISG, K.DX 159.

⁹⁵ Unser Tag III, Vorwärts, 12.10.1899.

⁹⁶ Dresden, Vorwärts, 13.9.1903; Die Einheit der Aktion, Vorwärts, 11.9.1903.

⁹⁷ August Bebel, Ein Nachwort zur Vizepräsidentenfrage und Verwandtem, in: Die Neue Zeit 21,2 (1902/03), S.708–729.

⁹⁸ „Neue Taktik“, Vorwärts, 30.8.1903; vgl. auch Die Einheit der Aktion, Vorwärts, 11.9.1903.

⁹⁹ Parteitag SPD 1903, S.327.

besteht. Aber, das fühle ich, niedrigen Verdächtigungen und eklen Intriguen ist meine Nervenkraft auf die Dauer nicht gewachsen.“¹⁰⁰

Zwischen Bebel und Eisner kam es mehrere Male zu Unstimmigkeiten, so daß dem Parteivorsitzenden die als „Vorwärts“-Konflikt in die Parteigeschichte eingegangene tatsächliche Intrige gegen Eisner und fünf seiner Kollegen, die zu ihm gestanden hatten, nicht mißfallen haben mag¹⁰¹.

Durch seine fortgesetzten Ermahnungen zu produktiver Arbeit hat Eisner ohne Zweifel zumal die marxistischen Parteintellektuellen irritiert. Zudem verhehlte er nicht seinen Unmut über die „unerfreulichen Erscheinungen“, die auf den Parteitagen die Beratung aktueller Probleme der Politik verhinderten. Ungehalten tadelte er die „erbitterte Heftigkeit der Fehde“ und die „erniedrigenden Anschuldigungen der führenden Männer wider einander“, die sich gegenseitig „bis zur Ehrenkränkung“ herabsetzten. Schließlich beanstandete er die „Dürftigkeit und Unzulänglichkeit“ der Tagesordnung der Parteitage und deren Aufstellung allein durch den Parteivorstand ohne Mitsprache der Mitglieder¹⁰².

Eisner nahm für sich in Anspruch, „die Personen, ihre Motive und ihre Richtungen zuverlässig“ einschätzen zu können, da er lange genug „hinter den Kulissen gestanden“ habe. An Konrad Haenisch, der zu jener Zeit im Lager der Radikalen stand, schrieb er am 21. August 1908, er erblicke die Gefahr darin, daß die „Macher Formeln von suggestiver Gewalt wählen, die minder widerstandsfähige Urteilsvermögen mitreißen“. Daß er damit die Marxisten meinte, belegt der nächste Satz: „Die Hurra-Berufung auf Radikalismus siegt immer.“ In diesem Brief formulierte er sein eigenes Radikalismusverständnis, das seine mittlere Position bestätigte: „Es gibt nur einen Radikalismus der Theorie und der Praxis: Die zähe positive Arbeit, mit der Entschlossenheit der Aktion vereinigt.“¹⁰³

VII.

Nach seiner eigenen Bekundung hegte Kurt Eisner eine „unbegrenzte Hochachtung“ für die österreichischen, insbesondere die Wiener Sozialdemokraten. An Bloch schrieb er am 23. Juni 1908: „Warum haben wir nicht die klaren Köpfe aus Wien, die Max Adler, Otto Bauer, Renner?“¹⁰⁴ Der Philosoph Max Adler arbeitete einen ideengeschichtlichen Zusammenhang zwischen marxistischen und kantischen Denkmotiven heraus. Die Bedeutung der Ethik Kants sah er aber nicht darin, „daß ihre Forderungen mit denen des Sozialismus übereinstimmen und so der letztere wesent-

¹⁰⁰ Kurt Eisner an August Bebel am 8. 9. 1903, in: HSG, B 81/2–4.

¹⁰¹ Der Vorwärts-Konflikt (wie Anm. 84); E. Eisner, Die Politik des libertären Sozialismus, S. 36–40.

¹⁰² Der Parteitag, Vorwärts, 22. 9. 1903; Die Tagesordnung der Partei, Vorwärts, 6. 7. 1905.

¹⁰³ Kurt Eisner an Konrad Haenisch am 21. 8. 1908, in: BA Potsdam, 90 Ha 4, NL/Haenisch Nr. 84, Bl. 3 f.

¹⁰⁴ Kurt Eisner an Karl Kraus am 1. 2. 1906, in: Die Fackel, Nr. 601–607, 1922, S. 66; Kurt Eisner an Joseph Bloch am 23. 6. 1908, in: BAK, R 117, Bl. 252.

lich nur als sittliche Notwendigkeit begriffen würde“, sondern darin, „daß sie erst ermöglicht, ein allgemeingültiges Richtmaß für die ethische Wertung aufzustellen“¹⁰⁵. Adlers Gedankengänge, die auch die Signifikanz von Kausalität und Teleologie im neukantianischen Sozialismus zur Geltung bringen, standen nicht im prinzipiellen Gegensatz zu jenen Kurt Eisners.

Otto Bauer begriff den Sozialismus ebenso wie Eisner als sittliche Forderung und betrachtete Kants Ethik als dem Marxismus nicht entgegenstehend. Er warf die Frage auf, ob das, was sein werde – also der Sozialismus –, auch das sei, was sein solle. Wenn Bauer freilich bemerkte, die Erkenntnis, daß der Sozialismus sein werde, mache ihn selbst noch nicht zum Kämpfer für ihn¹⁰⁶, so zeugt dies vom Bewußtsein, daß nur das sittliche Wollen den Kampf für das erkannte Sollen zu begründen vermag.

Bauers Bekenntnis zum Marxismus schloß die Rezeption moderner Geistesströmungen, vor allem sozialphilosophischer Lehren wie die des Neukantianismus, nicht aus. Er befaßte sich mit Hermann Cohens und Rudolf Stammiers Werken¹⁰⁷. Theoretische Meinungen, die dem praktischen Handeln zugrunde lägen, mußten nach seiner Überzeugung, die auch Eisner teilte, immer wieder nachgeprüft und mit dem ganzen Wissen der Gegenwart in Beziehung gesetzt werden. Auch Bauers Einräumung, daß man nicht „mit knechtischer Gedankenlosigkeit jeden Rat befolgen“ könne, „den Marx in einem anderen Lande zu anderer Zeit und unter anderen Verhältnissen der kämpfenden Arbeiterklasse gegeben“ habe¹⁰⁸, lag im Sinn Kurt Eisners¹⁰⁹. In Bauers Gesellschaftsentwurf gestaltete sich der persönliche Wille zum Gesamtwillen, das Individuum besaß Eigenwert, und die individuelle Freiheit korrelierte mit der Gemeinschaft und solidarischem Handeln. Auch diese Thesen deckten sich mit den Leitlinien Kurt Eisners.

Der Terminus „demokratischer Sozialismus“¹¹⁰, den Bauer verwendete, findet sich bei Eisner bereits 1896¹¹¹. Doch verbanden weder er noch Bauer damit die Preisgabe des Umwandlungsziels. Darüber hinaus war mit Bauer auch Eisner der Meinung, daß nach einer Beseitigung der Klassengegensätze durch den demokratischen Sozialismus nicht alle Interessengegensätze in der Gesellschaft aufgehoben seien. Bauer veranschaulicht sie am Beispiel der Standortwahl für eine zu errichtende Schuhfabrik¹¹².

¹⁰⁵ Vgl. Max Adler, Kant und der Marxismus. Gesammelte Aufsätze zur Erkenntnistheorie und Theorie des Sozialen, Berlin 1925, darin: Kant und der Sozialismus (1904), S. 95 ff., 107, 109, 113.

¹⁰⁶ Vgl. Otto Bauer, Marxismus und Ethik, in: Die Neue Zeit 24,2 (1905/06), S. 487, 497.

¹⁰⁷ Vgl. Otto Bauer, Die Geschichte eines Buches (1908), in: Julius Braunthal, Otto Bauer. Eine Auswahl aus seinem Lebenswerk, Wien 1961, S. 187 f.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 193.

¹⁰⁹ Vgl. Das vorgeschrittene Hinterpommern, in: Sozialismus als Aktion, S. 41, 43; Debatten über Wenn und Aber, VI, Vorwärts, 10. 9. 1905.

¹¹⁰ Z. B. Otto Bauer, Marxismus und Ethik, S. 496; ders., Die Verwirklichung der nationalen Kulturgemeinschaft (1907), in: Braunthal, Otto Bauer, S. 158.

¹¹¹ Almela XXI, Die Kritik 114, 5. 12. 1896.

¹¹² Bauer, Marxismus und Ethik, S. 496.

Gleiche Erfahrungen wie Bauer sammelte Eisner in der Bildungsarbeit, in der sich beide Sozialisten – Eisner insbesondere in Nürnberg, aber auch in München – intensiv betätigten. Was Bauer bewegte – „Wer jemals unsere Arbeiter gesehen, wie sie (...) mit dem furchtbaren Hemmnis der schlechten Vorbildung ringen, die jedes Fremdwort ihnen zur Schwierigkeit macht (...)“¹¹³ –, beklagte Eisner auf dem Nürnberger Parteitag 1908 mit der Bemerkung, die Bildungsbestrebungen der Massen scheiterten daran, „daß ihnen die einfachsten Begriffe und Worte fehlen“¹¹⁴. Dieser Vorgang ist auch deshalb erwähnenswert, weil Eisner hier von den Orthodoxen, namentlich von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Wilhelm Pieck aufs heftigste angegriffen wurde, denn er vertrat die Ansicht, man müsse den Arbeitern, bevor man sie über den Marxismus unterrichte, erst einmal „elementare Bildung beibringen“¹¹⁵.

Bauers zitierte Äußerung stand im Zusammenhang mit der von ihm – wie wiederum auch von Eisner – geforderten „Erziehung der breiten Massen des arbeitenden Volkes zur Teilnahme an der geistigen Kultur der Nation“¹¹⁶. Ähnlich wie Eisner hoffte auch Bauer auf den Anschluß nicht-proletarischer Schichten an die Sozialdemokratie. Beide betrachteten den Sozialismus über die Klassegebundenheit hinaus als allgemeines menschliches Ideal, als Kulturbewegung.

Daß Otto Bauer die „fruchtbare Marxsche Methode auf immer neuen, immer weiteren Arbeitsgebieten“ anwenden und neue Erkenntnisse umsetzen wollte „in tatkräftige praktische Arbeit“¹¹⁷, konnte Eisner als Bestätigung seiner eigenen Initiativen empfinden. Andererseits glaubte aber auch Bauer nicht, daß auf dem Weg über Reformen das Umgestaltungsziel verwirklicht werden könne. Wie Eisner war er Gegner des Revisionismus. 1913, als der Revisionismus in den meisten westlichen sozialdemokratischen Parteien schon dominierte, warnte Bauer nachdrücklich vor reformistischen Illusionen, gleichzeitig aber auch vor unbesonnenen Revolten, die nichts anderes erreichten „als die blutige Rache der Staatsgewalt“¹¹⁸. Demnach nahm Bauer auch hier die gleiche Position wie Kurt Eisner ein: daß eine revolutionäre Aktion nur dann gewagt werden dürfe, aber auch gewagt werden müsse, wenn Aussicht auf Unterstützung durch ein überwiegend mit dem Sozialismus sympathisierendes Volk bestehe.

Unklar ist, inwieweit Eisner sich seiner Geistesverwandtschaft mit Otto Bauer bewußt war. Bauer verstand sich nicht als ethischer Sozialist im neukantianischen Sinn. Er wollte den Sozialismus nicht ethisch begründen, sondern allein auf dem Weg, den Marx gewiesen hatte¹¹⁹. Außerdem galt Bauer schon zu jener Zeit als hervorragender Theoretiker. Er repräsentierte die österreichische Schule des Sozialismus, die sich im

¹¹³ Ders., *Verwirklichung*, S. 156.

¹¹⁴ Parteitag SPD 1908, S. 235 ff.

¹¹⁵ Ebenda.

¹¹⁶ Bauer, *Verwirklichung*, S. 156.

¹¹⁷ Ders., *Geschichte eines Buches*, S. 192 f.

¹¹⁸ Ders., *Die Gefahren des Reformismus*, in: *Die Neue Zeit* 32,1 (1913/14), S. 249–255.

¹¹⁹ Ders., *Marxismus und Ethik*, S. 496.

Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg zwischen der marxistischen Orthodoxie und dem Revisionismus herausgebildet hatte, noch bevor die Kennzeichnung „Austromarxismus“ aufgekommen war. Eisner dagegen war ein Parteiintellektueller, der seine Theorie im Grunde aus der Anwendung in der Praxis bildete, das heißt ein praxisgeleitetes Theorieverständnis besaß. Eine größere wissenschaftliche Arbeit, mit der er sich möglicherweise als Otto Bauer ebenbürtig hätte erweisen können, bereitete er, nachdem er während des von ihm initiierten Streiks im Januar 1918 verhaftet worden war, im Gefängnis vor. Er gab ihr den bezeichnenden Titel „Der demokratische Sozialismus. Vier Bücher von der Sozialdemokratie“. Als im Vorwort des Werkes darzulegende Ausgangspunkt nannte er das „Fehlen eines alle Probleme einheitlich umfassenden Systems des Sozialismus“. Dabei intendierte er bemerkenswerterweise die „Wiederherstellung im Geiste von Karl Marx“ in „selbständiger Ergänzung (und) Fortführung“¹²⁰. Zur Ausarbeitung ist er nicht mehr gekommen.

Eisners mittlere Position mit ihren geistigen und ideellen Begründungen sowie sein Bestreben, philosophische Erkenntnisse in die politisch bewußte Tat umzusetzen, harmonierten nahezu vollkommen mit der Theorie und Praxis Otto Bauers. Deswegen geachtet resümierte Eisner 1919, er habe in seiner politischen Gesamtauffassung dem französischen Sozialisten Jean Jaurès näher gestanden als irgendeinem anderen Haupt der sozialistischen Internationale¹²¹.

Tatsächlich bezog sich auch Jaurès auf Kant und glaubte an eine Synthese von materialistischer und idealistischer Geschichtsauffassung¹²². Zwischen Individualismus und Sozialismus sah auch er keinen Gegensatz. In seinen Augen war Sozialismus „an sich eine Moral“; für „jedermann“ sei es „eine Pflicht der Gerechtigkeit (...) Sozialist zu sein“¹²³, schrieb er weitaus idealistischer als Eisner. Jaurès' Auffassung, daß das wirtschaftliche Leben nicht zu trennen sei vom moralischen und daß die Verstaatlichung der Industrie nicht zu Bürokratisierung führen werde, weil die in ihr tätigen Menschen ihr Kraft und Leben verleihen würden¹²⁴, stimmte Eisner ausdrücklich zu. Ebenso stimmten beide darin überein, daß die dem Sozialismus fernstehenden, in ihrer Klassenlage jedoch ansprechbaren Schichten gewonnen werden müßten und daß reformerisches Handeln notwendig sei. Priorität besaß für Jaurès allerdings der legale Weg, doch schloß er eine Revolution nicht aus, sofern sie von der Mehrheit der Bevölkerung gebilligt würde¹²⁵.

¹²⁰ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (künftig: SAPMO-BA), NL 60/13, Bl. 24, 25.

¹²¹ Jaurès, in: K. Eisner, *Gesammelte Schriften*, 1. Bd., S. 19.

¹²² Vgl. Vorländer, *Kant und der Sozialismus*, S. 42f.

¹²³ Jean Jaurès, *Aus seinen Reden und Schriften*. Eingeleitet und ausgewählt von Louis Lévy, Wien 1949, S. 163, 234, 239.

¹²⁴ Vgl. Vorländer, *Kant und der Sozialismus*, S. 44; Leszek Kolakowski, *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall*, München 1981, 2. Bd., S. 152.

¹²⁵ Vgl. Protokoll des Internationalen Sozialisten-Kongresses zu Amsterdam 1904, S. 36; Jean Jaurès, *Aus Theorie und Praxis*. *Socialistische Studien*, Berlin 1902, S. 55f.; Jaurès, *Aus seinen Reden*, S. 188f.

Obwohl Jaurès Bernsteins Revisionismus kritisch gegenüberstand, nannte Bebel ihn auf dem Amsterdamer Internationalen Sozialisten-Kongreß 1904 den Repräsentanten der revisionistischen Strömung in der französischen Partei. Denn Jaurès bestand auf Zusammenarbeit der Sozialisten mit bürgerlichen Parteien, womit er dem sozialistischen Ideal ebenso wie den Interessen des Proletariats zu dienen glaubte. Kurt Eisner hatte diesen „Jaurèsismus“ seinerzeit kritisiert, da dessen „schlimmster Fehler“ sei, „daß er die Block-Politik nicht als der Übel verhältnismäßig geringstes widerstrebend mitmacht, sondern sie überschwenglich als der Güter höchstes preist“¹²⁶.

In eklatantem Widerspruch hierzu erklärte er 1919, er habe 1904 „in der Partei, als Vorwärts-Redakteur, gefährlich isoliert, auf der Seite Jaurès“ gestanden¹²⁷. Schon 1907 glaubte er, nachdem Jaurès ihn besucht hatte, er sei mit dem französischen Sozialistenführer einer Meinung, ein Jahr später hingegen äußerte er wiederum Zweifel¹²⁸. Möglicherweise stand für Eisner im Vordergrund seines persönlichen Gedankenaustauschs mit Jaurès dessen Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr, den auch Eisner führte. Seine Warnungen vor dem Herannahen eines Weltkriegs als Folge der deutschen Marokkopolitik wurden jedoch in der Partei nicht ernstgenommen und auf dem Parteitag in Leipzig 1909 als „Weltpolitikasterei und Kriegspropheetie“ verhöhnt¹²⁹.

VIII.

Im August 1914, als der Erste Weltkrieg begann, hatte sich eine Voraussage Kurt Eisners aus dem Jahr 1905 bewahrheitet: Die sozialdemokratische Partei war – in ihrer Mehrheit – revisionistisch geworden¹³⁰. Zur oppositionellen Minderheit gehörten indes so gut wie alle hervorragenden Parteintellektuellen sowie bedeutende Gewerkschafter. Durch den Krieg war ihr Widerspruch gegen die „Verbürgerlichung“ der offiziellen sozialdemokratischen Partei manifest geworden. Nach vergeblichen Bemühungen, eine Kurskorrektur der „Burgfriedenpolitik“ zu erreichen, gründeten sie im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Ihr schlossen sich die in der Spartakusgruppe vereinigten extremen Linken an, die wegen des verhängten Belagerungszustands ein „schützendes Dach“ und ein „Rekrutierungsfeld“ suchten¹³¹. Außerdem traten einige Radikale mit dem Vorsatz bei,

¹²⁶ Sozialdemokratie und Staatsform. Eine öffentliche Diskussion zwischen Kurt Eisner und Karl Kautsky, in: K. Eisner, *Gesammelte Schriften*, 1. Bd., S. 285–310, hier S. 310; vgl. auch *Einheit!*, Vorwärts, 21. 8. 1904; Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam 1904, S. 58 f., 73 f.

¹²⁷ Sozialdemokratie und Staatsform, S. 285.

¹²⁸ Kurt Eisner an Joseph Bloch am 29. 8. 1907, in: BAK, R 117, Bl. 227; Kurt Eisner an Konrad Haenisch am 21. 8. 1908, in: BA Potsdam, 90 Ha 4, NL/Haenisch Nr. 84., Bl. 3 f.

¹²⁹ K. Eisner, *Gesammelte Schriften*, 1. Bd., S. 330.

¹³⁰ K. Eisner, *Zur Literaten-Psychologie*, S. 407.

¹³¹ Wilhelm Dittmann, *Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in: *Handbuch der Politik*, 3. Bd., *Die politische Erneuerung*, Berlin/Leipzig 1921, S. 119; siehe zum folgenden auch ders., *Erinnerungen*, bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, Frankfurt/New York 1995, Kapitel XIII–XVI; vgl. auch meine Rezension in der *Süddeutschen Zeitung*, 13./14. 5. 1995.

die führenden USPD-Mitglieder, die sie als Reformisten und Opportunisten denunzierten, zu bekämpfen¹³². So hatten die den Kern bildenden Unabhängigen Sozialdemokraten von Anfang an eine mittlere Position zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den mit den Bolschewisten sympathisierenden radikalen Linken zu behaupten. Zwar galt ihre Aktivität zunächst der Beendigung des Krieges, doch ließen ihre programmatischen Grundsätze erkennen, daß sie nach dem Sturz der Monarchie eine demokratisch sozialistische Gesellschaftsordnung anstrebten.

Bei den maßgebenden Unabhängigen Sozialdemokraten – namentlich Hugo Haase, Karl Kautsky, Rudolf Hilferding, Wilhelm Dittmann, Rudolf Breitscheid, Arthur Crispian, Heinrich Ströbel – handelte es sich ohne Zweifel um eine Gruppe kongenialer Persönlichkeiten von menschlicher Integrität und offenkundig ethischer Motivation, ohne daß sie sich zum ethisch begründeten Sozialismus bekannten. Sie verstanden sich als Marxisten, allerdings nicht als orthodoxe. Auch Karl Kautsky hatte sich vom Dogmatismus gelöst. Kurt Eisner stand mit ihm wie auch mit Hugo Haase und mit Eduard Bernstein, der ebenfalls zur USPD übergetreten war, im Briefverkehr¹³³.

Es lag nahe, daß Eisner an der Gründungskonferenz der Opposition im Januar 1917 und am Gründungsparteitag der USPD Ostern 1917 teilnahm und dort wiederholt das Wort ergriff. Eine von ihm formulierte Resolution gegen die Kriegspolitik der Regierung und des sozialdemokratischen Parteivorstands wurde einstimmig angenommen¹³⁴.

In der USPD konnte Eisner nun zweifellos die Erfüllung seiner jahrelang erhobenen, von der alten Partei ignorierten Forderung nach einer in der Opposition produktiven, auf das Ziel des Umsturzes gerichteten Politik erwarten. So bestand denn auch nach der Entmachtung des monarchischen Regimes ein hohes Maß an Einvernehmen zwischen den Funktionsträgern der USPD in Berlin und Kurt Eisner über den Aufbau einer demokratisch sozialistischen Republik. Sowohl seine Parteifreunde als auch er betrachteten die Revolution als „eine Quelle der Rechtsschöpfung“, die die „Grundlage schafft, auf der sich der neue Rechtszustand aufbaut“¹³⁵.

Eisners Pläne zur Umgestaltung der Wirtschaft entsprachen ebenso den von Kautsky entworfenen „Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm“ – für die dieser „reiche Anregungen“ von den österreichischen Sozialisten erhalten hatte¹³⁶ – wie

¹³² Vgl. Walter Stoecker, *Unser Ziel*, in: *Kommunistische Rundschau* 1, 1920, S. 1f.; ders., *Die Kommunisten und wir*, in: *Ebenda*, 2, 1920, S. 9f.

¹³³ Die teilweise Abschrift eines Briefes an Kautsky vom 3. 12. 1915, IISG, K.DX 162, befindet sich in SAPMO-BA, NL 60/67. Sie wurde, lückenhaft und mit zahlreichen Fehlern, in *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, H. 3, 1967, S. 464 ff., veröffentlicht.

¹³⁴ Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der USPD vom 6.–8. 4. 1917 in Gotha, Anhang: Bericht über die Gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft mit der Spartakusgruppe vom 7. 1. 1917 in Berlin, hrsg. von Emil Eichhorn, Berlin 1921, S. 25, 72f., 100f., 118f.

¹³⁵ Rudolf Hilferding, *Klarheit!, Freiheit*, 23. 11. 1918.

¹³⁶ *Freiheit*, 28. 1. 1919; Otto Bauer, *Der Weg zum Sozialismus*, Berlin 1919.

den Sozialisierungsforderungen Rudolf Hilferdings¹³⁷. Man dachte an Maßnahmen der Verstaatlichung, der Kommunalisierung und Vergenossenschaftlichung. Eisner erwog darüber hinaus die Errichtung gemeinwirtschaftlicher und gemischtwirtschaftlicher Unternehmen.

Die psychologischen Voraussetzungen für diesen Umwandlungsprozeß schätzten die Unabhängigen günstig ein, weil, wie Hilferding sagte, „weite Kreise der kapitalistischen Unternehmer damit rechneten, daß ihre Tage abgelaufen“ seien. Hilferding gab die Überzeugung der führenden USPD-Politiker wieder, „daß die Stunde des Sozialismus gekommen“ sei¹³⁸. Tatsächlich herrschte unmittelbar nach dem Ende des Krieges in großen Teilen der Bevölkerung Aufgeschlossenheit für Impulse gesellschaftlicher Erneuerung.

Allerdings engten die rigorosen Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte den politischen Handlungsspielraum ein, und die Unabhängigen, insbesondere Kurt Eisner, täuschten sich über den Einfluß ihrer Schwesterparteien auf die Regierungen der Entente. Des weiteren aber widersetzten sich die regierenden Mehrheitssozialdemokraten strukturverändernden Reformen. Im Rat der Volksbeauftragten in Berlin kam es ebenso wie in Eisners Kabinett in München zu Auseinandersetzungen zwischen den Politikern der MSPD und der USPD¹³⁹, die hier wie dort eine Koalition eingegangen waren. Den Räten gestanden die Führer der MSPD lediglich eine Übergangsfunktion zu.

Hinzu kam die Agitation der radikalen Linken, die für die Forderung „Alle Macht den Räten“ eintrat und in Berlin wie in München aufrührerische regierungsfeindliche Umzüge veranstaltete. Zugleich rüsteten hier wie dort rechtsradikale Elemente zur Konterrevolution¹⁴⁰. Die kontraproduktiv eskalierende Wechselwirkung zwischen den Umtrieben der Kommunisten und Anarchisten einerseits und der Obstruktionspolitik der Mehrheitssozialdemokraten sowie der Komplote der Rechtsradikalen andererseits, zusammen mit den Verunglimpfungen der Revolutionäre durch die mehrheitssozialdemokratische und bürgerliche Presse¹⁴¹, muß als Hauptcharakteristikum

¹³⁷ Rudolf Hilferding, Die Einigung des Proletariats, Freiheit, 9.2.1919; K. Eisner, Die Aufgabe des bayerischen Sozialisierungs-Ausschusses; vgl. auch: Richtlinien für die künftige sozialistische Politik, Maschinenschrift mit handschriftlichen Korrekturen Kurt Eisners, undatiert, in: BayHStA, MA 1027, veröffentlicht: Neue Zeitung, 15.1.1919.

¹³⁸ Korreferat Rudolf Hilferdings zur Sozialisierungsfrage, in: Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands in Nürnberg 1919, S. 558f.; ders., Klarheit, Freiheit, 23.11.1918.

¹³⁹ Dittmann, Unabhängige, S. 119; ders., Erinnerungen, S. 561–564; Franz J. Bauer (Bearb.), Die Regierung Eisner 1918/19. Ministerratsprotokolle und Dokumente, Düsseldorf 1986; vgl. hierzu auch meine Rezension in der Süddeutschen Zeitung, 12./13.3.1988. Zu den Problemen der Revolution 1918/19 vgl. zusammenfassend Heinrich A. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1985.

¹⁴⁰ Vgl. die einschlägigen Kapitel in: F. Eisner, Die Politik des libertären Sozialismus.

¹⁴¹ Ebenda; ferner Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, Teil 1, Frankfurt a. M. 1990, S. 389–399.

der Revolution und als wesentlicher Grund für ihre Unergiebigkeit angesehen werden. Denn sie verunsicherte die durch die Folgen des Krieges notleidende Bevölkerung und wirkte der revolutionären, veränderungswilligen Aufbruchsstimmung entgegen. Kurt Eisners Bemühen, den Kommunistenführer Karl Liebknecht, der gemeinsam mit Rosa Luxemburg die Unruhen in Berlin schürte, zur Mitarbeit in einer aus den drei Richtungen bestehenden neuen Reichsregierung zu gewinnen, war vergeblich. Liebknecht erklärte, es müsse erst alles vollkommen niedergedrückt werden, bevor die Durchführung des Sozialismus möglich sei. Eisner konstatierte resigniert: „Die Revolution scheitert. Ohne Liebknecht wäre nie alles gescheitert.“¹⁴² Dies deutet auf seine Erkenntnis hin, daß die Kräfte der Bewegung in der Geschichte nicht nur von den Kräften der Beharrung zum Scheitern gebracht werden können, sondern mehr noch von jenen der Destruktion.

Während alle bekannten Unabhängigen Sozialdemokraten die „Verbürgerlichung“ der führenden Mehrheitssozialdemokraten brandmarkten, übten die meisten, vor allem als Folge ihrer Enttäuschung über die MSPD, gegenüber den Bolschewiki Nachsicht. Sie redeten sich ein, dieser – vermeintlich – erste Versuch, Sozialismus zu verwirklichen, sei im industriell rückständigen Rußland nicht gewaltlos zu bewerkstelligen. Zumal unter dem Eindruck des Bürgerkriegs und der alliierten Intervention glaubten sie den russischen Genossen Solidarität bekunden zu müssen. Allein Karl Kautsky wagte es, den Terror der Bolschewiki öffentlich anzuprangern¹⁴³.

Auch Kurt Eisner lehnte den Bolschewismus ab. Hatte er schon im November 1917 in einer Versammlung in München die gewaltsame Machtaneignung der Bolschewiki verurteilt, so äußerte er während seiner Regierungszeit die Ansicht, daß man in Rußland „den Sozialismus nicht begriffen“ habe, daß „auf russischem Wege (. . .) die Demokratie und die sozialistische Gesellschaft“ nicht geschaffen werden könnten¹⁴⁴. Hier sind wiederum Parallelen zur Haltung Otto Bauers festzustellen, der als Staatssekretär des Äußeren in Wien den Kampf gegen den Bolschewismus als dringendste Aufgabe ansah¹⁴⁵.

Eisner war aber zugleich der Meinung, daß eine „Regierung Noske (. . .) ebenso gefährlich“ sei „wie eine Bolschewiki-Regierung“. Er forderte eine Abgrenzung sowohl nach rechts, von den „Gewaltmitteln der Militärs“ der Berliner Mehrheitssozialdemokraten, als auch eine „scharfe Scheidung von den Methoden der Bolschewiki und ihres deutschen Nachtrabes“, den Kommunisten also¹⁴⁶.

¹⁴² Aktennotiz vom 23.11.1918, in: BayHStA, MA I 1027; vgl. F. Eisner, *Die Politik des libertären Sozialismus*, S. 112; auch Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/1919*, Düsseldorf 1962, S. 140 f.

¹⁴³ U. a. Karl Kautsky, *Die Diktatur des Proletariats*, Wien 1918; vgl. hierzu Jürgen Zarusky, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933*, München 1992, S. 35, 50, 53–57; vgl. hierzu meine Rezension in der *Süddeutschen Zeitung*, 28.7.1992.

¹⁴⁴ *Neue Zeitung*, 16.1.1919; *Basler National-Zeitung*, 5.2.1919; *Die neue Zeit*, 1. Folge, S. 55 f.

¹⁴⁵ Julius Braunthal, *Otto Bauer*, S. 38.

¹⁴⁶ *Neue Zeitung*, 15.1.1919.

Der Dissens über die Beurteilung des Bolschewismus trat auch auf der Internationalen Arbeiter- und Sozialisten-Konferenz zutage, die Anfang Februar 1919 in Bern stattfand¹⁴⁷. Als federführendes Mitglied der Kommission, die unter dem Begriffspaar „Demokratie und Diktatur“ auf den Bolschewismus einging, bezeichnete Eisner die politischen Freiheiten der Rede und Schrift, der Versammlung und Koalition sowie das parlamentarische System unter Mitarbeit und Entscheidung des Volkes als die demokratischen Werkzeuge des Kampfes für den Sozialismus. Außerdem forderte er die planvolle Umwandlung der Wirtschaft durch die demokratische Gesellschaft¹⁴⁸.

Gegen diese indirekte Kritik der bolschewistischen Praktiken verwahrte sich eine Minderheit der Konferenzteilnehmer und protestierte „gegen jede wie immer geartete Brandmarkung der Zustände in der Sowjetrepublik“. Die Mehrheit der Delegierten stimmte jedoch Eisners politischen Leitlinien zu. Gleichzeitig distanzierte sie sich von den deutschen Mehrheitssozialdemokraten, die die kaiserliche Kriegspolitik unterstützt hatten und keine Bereitschaft zeigten, die Verfehltheit ihres Verhaltens einzugestehen¹⁴⁹.

Unabhängig von seinem eigenständigen, ethisch begründeten Sozialismusverständnis wurde Eisners mittlere Position hier als mehrheitsfähig akzeptiert, und er konnte sich schließlich in seiner Lebensarbeit für den Sozialismus bestätigt fühlen. Die weitere Entwicklung, die bald zur Zerstörung dieser mittleren Richtung in der internationalen bzw. europäischen Arbeiterbewegung führte¹⁵⁰, erlebte er nicht mehr. Wenige Tage nach seiner Rückkehr aus der Schweiz, nachdem die Verleumdungen seiner Person in der bürgerlichen und mehrheitssozialdemokratischen Presse durch Fälschungen seiner Reden in Bern¹⁵¹ ihren Höhepunkt erreicht hatten, wurde er auf dem Weg zum Landtag, wo er seinen Rücktritt erklären wollte, ermordet.

¹⁴⁷ In der Literatur wird behauptet, Eisner sei als selbsternannter Delegierter nach Bern gereist; vgl. Die II. Internationale 1918/1919. Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen, hrsg., eingeleitet und kommentiert von Gerhard A. Ritter, Bd. 1, Berlin/Bonn 1980, S. 53f. Dagegen teilte die in der Regel gut unterrichtete Berliner Zeitung „Die Republik“ am 24.1. 1919 mit, daß die USP Bayern Kurt Eisner „als Delegierten zum internationalen Kongreß“ gewählt habe.

¹⁴⁸ Offizielles Bulletin der Internationalen Arbeiter- und Sozialisten-Konferenz, Bd. I, Nr. 12, 14.2. 1919; vgl. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der USPD in Berlin 1919, S. 123f. Nach den Worten Karl Kautskys, der anstelle des ermordeten Kurt Eisner über „Die internationale Konferenz in Bern“ referierte (S. 113–128) und Eisners dortiges Wirken würdigte, war die „Endresolution (...) vornehmlich Eisners Werk“. Vgl. auch F. Eisner, Die Politik des libertären Sozialismus, S. 168–175; K. Eisner, Sozialismus als Aktion, S. 7f.; Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten, S. 79–83.

¹⁴⁹ Parteitag USPD Berlin 1919, S. 120.

¹⁵⁰ Der in der Literatur gebrauchte Terminus „Zentrismus“ ist insofern anfechtbar, als Lenin und andere Bolschewistenführer die Vertreter der mittleren Richtung in abfälliger Bedeutung „Zentristen“ nannten und das Substantiv von kommunistischen Autoren und in der DDR-Historiographie denunziatorisch verwendet wurde.

¹⁵¹ Vgl. F. Eisner, Die Politik des libertären Sozialismus, S. 172f.

BERND STÖVER

LOYALITÄT STATT WIDERSTAND

Die sozialistischen Exilberichte und ihr Bild vom Dritten Reich

Die gerade in letzter Zeit erneut entfachte Kontroverse um die Frage des Bevölkerungsverhaltens im NS-Staat rückt wieder in das Bewußtsein, wie umstritten das Thema auch fast fünfzig Jahre nach dem Untergang des Dritten Reiches ist. Besondere Aufmerksamkeit findet dabei immer deutlicher der Aspekt der Anpassung, nachdem über Jahre hinweg die Erforschung der Dissenspotentiale im Vordergrund stand. So ist zuletzt der 1981 von Martin Broszat in die historische Debatte eingeführte Begriff der Resistenz erneut in die Kritik geraten, weil er, so der Einwand, „die Konsensdimensionen systematisch unterschlägt“¹. Die Diskussion, welches Verhalten vorherrschend war oder in welchem Verhältnis beide Verhaltensweisen zueinander standen, entzündete sich dabei nicht zuletzt an der Aussagekraft und Glaubwürdigkeit der benutzten Quellen. Gerade aus diesem Grund sind auch die bisher hauptsächlich zur Rekonstruktion der Volksmeinung verwandten regimainternen Meldungen, also vor allem die Berichte des Sicherheitsdienstes (SD) und der Gestapo, in der Kritik. Sie hätten „häufig zu rosig“² berichtet, seien ideologisch voreingenommen³ und würden sich durch eine „überbewertende, politisierende Optik“⁴ auszeichnen. Entsprechendes wurde für das übrige staatliche und parteiamtliche Berichtswesen der NS-Zeit konstatiert, also unter anderem für die Meldungen der Regierungspräsidenten, Landräte, Bezirksamter, der Kreis- oder Gauleitungen⁵.

Trotz dieser Vorbehalte hat die historische Forschung die zweite große Quellengruppe zur Volksmeinung, die sozialistischen Exilberichte, verhältnismäßig wenig

¹ Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 41 (1993), S. 99–116, hier S. 99. Der Begriff „Resistenz“ wurde allerdings schon in den dreißiger Jahren gerade auch in den Exilberichten parallel zu den Termini „Widerstand“ oder „Opposition“ gebraucht.

² Marlis G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1970, S. 41.

³ Vgl. z. B. Bernd Hey, Bielefeld und seine Bevölkerung in den Berichten des Sicherheitsdienstes (SD) 1939–1942, in: 70. Jahresbericht des historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg 76 (1975), S. 227–273; hier S. 234.

⁴ Mallmann/Paul, Resistenz, S. 99.

⁵ Vgl. Martin Broszat u. a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. I, Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München u. a. 1977, S. 17 f.

herangezogen⁶. Vor allem die Meldungen des SPD-Parteivorstands (Sopade) und der linkssozialistischen Gruppe Neu Beginnen bieten, wie im weiteren zu zeigen sein wird, ausgezeichnetes Material gerade für die Frage nach der Anpassungsbereitschaft der Deutschen gegenüber dem Nationalsozialismus. Eine gewisse Renaissance in der Forschung erfuhren bisher lediglich die zwischen 1934 und 1940 erstellten „Deutschland-Berichte“ (DB) der Sopade, welche 1980 unkommentiert als Nachdruck neu aufgelegt worden waren⁷. Zwei Aufsätze sind hier zu nennen; zum einen die 1981 entstandene Untersuchung von Michael Voges zu den Deutschland-Berichten „als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich“, zum anderen eine Arbeit von Peter Maser zur Darstellung des Kirchenkampfes⁸. Die zwischen 1940 und 1948 vom Parteivorstand publizierten „Sozialistischen Mitteilungen“ (SM), jene Zeitschrift, die seit Einstellung der Deutschland-Berichte „zum bedeutendsten Organ der Sopade avancierte“⁹, wurde, obwohl sie ebenso vollständig wie die Deutschland-Berichte im Bonner Archiv der sozialen Demokratie lagert, nicht mehr neu herausgegeben. Entsprechend selten finden sich in der Literatur Angaben dazu. Noch stärker als die Parteivorstands-Publikationen sind die Lageberichte der Gruppe Neu Beginnen in den Hintergrund getreten, obwohl sie nicht nur ebenfalls bis 1945 erschienen, sondern mit der ersten Ausgabe im Dezember 1933 sogar fast ein halbes Jahr früher als die Sopade-Meldungen einsetzten. Diese Tatsache macht sie zweifellos zu einer wichtigen Quelle für die Konstituierungsphase des Dritten Reiches. Zu ihnen zählen die „Berichte über die Lage in Deutschland“ (NB-Lageberichte; 1933–1936), die „Nachrichten des Auslandsbüros“ (NB-Nachrichten; 1935–1937), der „Sozialdemokratische Wochenbrief“ (SWB; 1936/37), der „Sozialistische Informationsbrief“ (SIB; 1938/39), die IB (= Innenbüro)-Berichte (1938–1940) und die „Deutschen Inlandsberichte“ (DIB; 1936–1940). Letztere wurden von 1940 bis Ende 1941 unter dem Titel „Reports from Inside Germany“ (RIG) veröffentlicht. Zu den NB-Publikationen kann man zudem noch die ab 1939 im US-Exil unter Neu Beginnen-Einfluß entstandenen „Inside Germany Reports“ (IGR) rechnen, die in den ersten Ausgaben noch auf der Materialbasis der Deutschen Inlandsberichte erschienen und bis April 1945 herausgege-

⁶ Dieser Aufsatz fußt zum Teil auf der 1993 erschienenen Untersuchung zum Thema; Bernd Stöver, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993.

⁷ Klaus Behnken (Hrsg.), Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, Frankfurt a.M. u.a. 1980.

⁸ Vgl. Michael Voges, Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“. Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade (1934–1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: Werner Plum (Hrsg.), Die „Grünen Berichte“ der Sopade. Gedenkschrift für Erich Rinner (1902–1982), Bonn 1984, S.201–298; Peter Maser, Kirchenkampf „von außen“. Die Deutschland-Berichte über Kirchen und Christen im Dritten Reich, in: Plum, Grüne Berichte, S.303–390.

⁹ Gerd Greiser, Exilpublizistik in Großbritannien, in: Hanno Hardt (Hrsg.), Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945, München 1979, S.223–253, hier S.229.

ben wurden¹⁰. Gerade diese Meldungen vermitteln in manchen Bereichen wesentlich deutlichere Einblicke in das Bevölkerungsverhalten während des Krieges als die Sozialistischen Mitteilungen der Sopade. Wenn sie auch bei weitem nicht die Dichte und die Qualität der SD-Meldungen in diesem Zeitraum erreichen, so bieten sie zumindest eine Ergänzung aus einem anderen Blickwinkel.

Warum die Exilberichte kaum benutzt wurden, ist nur zu vermuten. Dabei spielt möglicherweise eine Rolle, daß vollständige Jahrgänge selbst der bekannteren Exilzeitschriften schon in den fünfziger Jahren einen „ausgesprochenen Seltenheitswert“ bekommen hatten¹¹. Wie jedoch Archivrecherchen gezeigt haben, sind die oben genannten Publikationen, wenn auch sehr verstreut, noch weitgehend zu erhalten. Entscheidender ist deshalb wohl, daß Berichte aus dem Exil lange Zeit zu Unrecht mit dem Vorurteil parteilicher Berichterstattung zu kämpfen hatten, während man den regimeinternen Meldungen häufig ebenso ungerechtfertigt „eine Art ‚institutionelle Neutralität‘“ bescheinigte¹². Die ohnehin relativ späte Beachtung des Arbeiterwiderstands in der westlichen Historiographie mag darüber hinaus eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Gerade gegenüber der Gruppe Neu Beginnen war nach dem Krieg zudem eine erhebliche Voreingenommenheit selbst innerhalb der Sozialdemokratie vorhanden. Führende Angehörige der Gruppe wie Waldemar von Knoeringen arbeiteten im SPD-Vorstand nur unter deutlicher Distanzierung von ihrer bisherigen politischen Einstellung mit¹³, und dies verhinderte wohl auch die Aufarbeitung der Publikationen.

I. Berichterstattung als politischer Widerstand

Die Berichterstattung der beiden wichtigsten sozialistischen Exilgruppierungen, der Sopade und der Gruppe Neu Beginnen, entwickelte sich nach der Machtergreifung ähnlich. Während sich allerdings der SPD-Parteivorstand erst im Mai 1933 zur illegalen Arbeit durchrang und dafür eine innerdeutsche Organisation und eine Auslandsstelle einrichtete, gleichzeitig sich aber darüber zerstritt, ob und wie man den Legali-

¹⁰ Die NB-Auslandsarbeit wurde im Sommer 1939 zwischen London und New York geteilt. Während in England die Sopade-NB-Zusammenarbeit im Rahmen der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ funktionierte, gelang dies im US-Exil nicht. Hier initiierte der führende NB-Mitarbeiter Karl Frank, alias Paul Hagen, in Kooperation mit dem Liberalen Reinhold Niebuhr die American Friends of German Freedom (AFGF). Im Sponsoring Committee der IGR rangierten zeitweilig so illustre Namen wie Thomas Mann oder Paul Tillich. Die letzten Ausgaben der IGR wurden von der „American Association for a Democratic Germany“ (AADG) herausgegeben, in der Karl Frank ebenfalls maßgeblichen Einfluß genoß.

¹¹ Vgl. Karl Otto Paetel, *Die Presse des deutschen Exils 1933–1945*, in: *Publizistik* 4 (1959), S. 241–252, hier S. 249.

¹² Vgl. Voges, *Klassenkampf*, S. 219, Anm. 29.

¹³ Vgl. Hartmut Mehringer, *Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie*, München u. a. 1989, S. 266 ff. Die Rückkehr des langjährigen Organisators der Neu Beginnen-Berichterstattung, Karl Frank, blieb trotz Bemühungen Ernst Reuters politisch unerwünscht; vgl. Werner Röder u. a. (Bearb.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933* (BHE), Bd. 1, München u. a. 1980, S. 188.

tätskurs der Löbe-Fraktion im Reich fortsetzen solle, überführte Walter Loewenheim, Deckname „Miles“, seine aus Sozialisten und Kommunisten zusammengesetzte „Leninistische Organisation“¹⁴ bereits nach dem Reichstagsbrand in die Untergrundarbeit. Gerade in dieser Entwicklung zeigten sich die unterschiedlichen Charaktere der Gruppen. Der Parteivorstand reagierte mehr unter dem Druck, dem er sich von seiten der innerparteilichen sozialistischen Opposition und besonders von der aktiveren kommunistischen Konkurrenz ausgesetzt sah¹⁵. Im Gegensatz zu der Parteispitze war die Miles-Gruppe, begünstigt durch ihren Sektencharakter von knapp 100 Mitgliedern¹⁶, nicht nur relativ rasch auf die Bedingungen der Illegalität eingestellt, sondern begann nach der Machtergreifung sofort die Mitglieder in der konspirativen Praxis zu schulen. Für ihren ebenfalls im Mai 1933 vollzogenen Schritt in das europäische Exil waren allerdings ähnliche Gründe wie bei der Sopade verantwortlich. Nur aus dem Ausland war auf Dauer sowohl Nachrichtenarbeit als auch die Finanzierung illegaler Tätigkeit möglich¹⁷. Leiter der Neu-Beginnen-Auslandsorganisation wurde der ursprünglich aus der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) stammende Karl Frank. In der Sopade bestellte man das vor allem als Wirtschaftsexperte bekannte Parteivorstandsmitglied Erich Rinner zum Organisator der publizistischen Arbeit im Exil.

Die Widerstandskonzepte, die in auffallender zeitlicher und inhaltlicher Parallelität entstanden, machen die auch von den Beteiligten empfundene Konkurrenz beider Organisationen noch sichtbarer. Das Sopade-Modell, das als „Wahrheitsoffensive“¹⁸

¹⁴ Der später übliche Gruppenname Neu Beginnen leitete sich aus der Loewenheim-Schrift „Neu Beginnen“ vom August 1933 ab, abgedruckt in: Kurt Klotzbach (Hrsg.), *Drei Schriften aus dem Exil*, Berlin u. a. 1974, S. 1–88. Zur Gründung von Neu Beginnen aus eigener Sicht: Auslandsbüro Neu Beginnen (Hrsg.), *Neu Beginnen. Was es will, was es ist und wie es wurde*, London o. J. [1940], S. 9ff. Im weiteren dazu Hans Joachim Reichardt, *Neu Beginnen. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 12 (1963), S. 150–188; Hartmut Mehringer, *Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand*, in: Martin Broszat u. a. (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand*, München u. a. 1983, S. 287–432, hier S. 391 ff.

¹⁵ So heißt es in einem Gestapo-Bericht vom 17. 7. 1935, der Parteivorstand der SPD sei nur durch das „aggressive Vorgehen oppositioneller Gruppen“ zur Aktivität „gedrängt“ worden, weshalb er „14 Grenzsekretariate einrichten mußte“; Bundesarchiv Koblenz (BAK), R 58/2, Bl. 107, Bericht Stapo Breslau, 17. 7. 35.

¹⁶ Vgl. Archiv der sozialen Demokratie Bonn (AdsD), Nachlaß Knoeringen (NLK)/136: „Bericht über die Organisation von der faschistischen Machtergreifung bis zur Verhaftungswelle im Herbst 1935“, 14. 5. 1939, S. 2.

¹⁷ Vgl. NB, *Was es will*, S. 21.

¹⁸ Vgl. Rundschreiben (RS), 3. 6. 1935, in: Erich Matthias u. a. (Hrsg.), *Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration*. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer ergänzt durch andere Überlieferungen, Düsseldorf 1968, Dok. 2, S. 175–180, hier S. 180; DB 1935 (Nov.), S. 1363 ff., passim. Zur Bewertung des Widerstandskonzeptes allgemein Michael Voges, *Politische Opposition als Organisationsprozeß gesellschaftlicher Erfahrung. Zum Widerstandskonzept der Sopade im Dritten Reich*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 26/1984, S. 13–24.

bezeichnet wurde, setzte ebenso wie das Neu-Beginnen-Konzept den Schwerpunkt auf die Bewußtseinsveränderung durch Überwindung der „Atomisierung“ des Einzelnen im NS-Staat. Kurz zusammengefaßt sollte die durch die Publikationen betriebene Aufklärung über das Dritte Reich zu einer Rückführung in die Realität jenseits nationalsozialistischer Propaganda führen. Die daraus erwartete klassenübergreifende Solidarität mußte dann, weil sie nach dieser Vorstellung die auf Vereinzelung durch „Vermassung“ ausgelegte Machtbasis des Dritten Reiches untergrub, zum Sturz des Regimes führen. Eine solche Entwicklung erschien auch nach der marxistischen Theorie als zwangsläufig. Der NS-Staat war demnach ein kapitalistisches System, das gesetzmäßigen Widersprüchen und Krisen unterlag.

Schwerpunkt illegaler Tätigkeit waren die Betriebe, insbesondere die Industrieunternehmen, obwohl auch die anderen Bereiche des öffentlichen Lebens erreicht werden sollten. Grundlage dafür war insbesondere die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung vor 1933 dort ihren größten Anhang hatte, aber auch, daß die NSDAP hier besonders massiv Propaganda betrieb. Die Aufgabe der illegalen Vertrauensleute war hier deshalb neben der Berichterstattung, „die vorhandenen Bewegungen auf eine höhere Stufe zu heben, indem sie ihnen Zusammenhang und einheitliche Ausrichtung geben“¹⁹.

Wann auf diesem Weg mit einem Sturz gerechnet werden konnte, blieb bei beiden Gruppen relativ offen. Es ist jedoch erkennbar, daß man vor allem innerhalb der Führung von Neu Beginnen bereits am Anfang sehr skeptisch gegenüber allzu optimistischen Prognosen eingestellt war. Schon in der Schrift „Neu Beginnen“ vom August 1933 ist dies erkennbar. Walter Loewenheim führte darin aus, wer ein kurzfristiges „Ende des Faschismus von dem spontanen Aufstand der Volksmassen“ erwarte, gehe grundsätzlich an der Wirklichkeit vorbei, denn es gebe keine „dem Proletariat innewohnende revolutionäre Spontaneität“²⁰. Innerhalb der Sopade setzte sich diese Erkenntnis erst später wirklich durch. Allerdings erhob Erich Rinner bereits früh Vorbehalte gegen allzu optimistische Vorstellungen, und spätestens nach dem Röhm-Putsch wurden die eigenen Illusionen über die tatsächliche Entwicklung des Dritten Reiches deutlich. Briefe der Exilierten untereinander zeigen, daß man Mitte der dreißiger Jahre bereits mit einer sehr langen nationalsozialistischen Regierungszeit rechnete²¹.

Ein weiterer Aspekt, der beide Gruppen verband, war die Ablehnung kommunistischer Widerstandskonzeptionen. Neu Beginnen verurteilte wie die Sopade unter anderem „alle terroristischen Maßnahmen“ und besonders opferreiche Strategien²². Der Krieg änderte nach eigener Aussage an dieser Grundkonzeption nichts. Allerdings verstärkten sich vor allem in der Neu Beginnen-Führung die Stimmen, die eine aktivere und militantere Politik forderten. „Wir sind keine Pazifisten“, schrieb dazu

¹⁹ Vgl. Miles, NB, S. 79.

²⁰ Ebenda, S. 7.

²¹ AdsD, Rinner Korrespondenz (RK)/4, Alfred Braunthal an Erich Rinner, 7.4. 1935.

²² SWB 31 (Okt. 1937), S. 7f.

im Dezember 1939 das Auslandsbüro Neu Beginnen, „wir lehnen die Gewalt als Mittel des Kampfes um den Sozialismus nicht ab, [...] die Gewalt zur Abwehr faschistischer Aggression“²³. Auch wenn diese Einstellung sicherlich nicht die Mehrheitsmeinung innerhalb der Gruppe widerspiegelte, allein die Vorstellung war in der Sopade undenkbar. Allerdings hatte der später zum Verschwörerkerkreis des 20. Juli 1944 zählende Theodor Haubach 1931 ebenfalls ein militantes Vorgehen gegen die Bedrohung von rechts gefordert²⁴. Diese Position war allerdings nach 1933 im Parteivorstand fast gänzlich zurückgedrängt worden.

Die Bedeutung der Nachrichtenarbeit wird in der Verknüpfung mit den Widerstandskonzepten deutlich. Deren Erfordernissen war die Aufgabenzuweisung an die Berichterstattung angepaßt, die bei Neu Beginnen auffallend genau den Vorgaben entsprach, die auch Rinner für die Deutschland-Berichte formuliert hatte²⁵. Die Nachrichtensammlung diente im In- und Ausland der „Zusammenfassung aller wertvollen Kräfte der deutschen illegalen Bewegung im Rahmen der Sozialdemokratie“²⁶, dem Kampf gegen das Informationsmonopol des NS-Staates²⁷, und sie wollte vor allem im Ausland „die Augen der Welt auf die [...] ausgebrochene Blutgier der faschistischen Henker [...] lenken“²⁸, um dort die „Linie allzu großen Entgegenkommens“ gegenüber dem Nationalsozialismus zu beseitigen. Je näher der Krieg rückte, desto stärker wurde versucht, auch das Ausland durch die Lageberichte zu aktivieren, da man dort „die natürlichen Verbündeten des deutschen Volkes“ vermutete²⁹.

Grundsätzlich, so läßt sich resümieren, fühlten sich beide Gruppen zur Führung eines Aufstandes gegen das Dritte Reich prädestiniert, auch wenn man sich gegenseitig die Kompetenz beharrlich absprach. Im Primärziel, Beseitigung des Nationalsozialismus durch die Arbeiterschaft im Bündnis mit dem Bürgertum, unterschieden sie sich nicht, wenn auch für das Deutschland nach Hitler andere Entwicklungen angestrebt waren. Gemeinsam war ihrem Konzept auch die Strategie des strikten Abwartens bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Dissens das kritische Maß erreichen würde. Da dieser nur durch ständige Beobachtung zu erkennen war, wurde die Nachrichtenarbeit für beide Gruppen zum Mittelpunkt ihres Widerstandskonzeptes.

Das Konkurrenzdenken setzte sich bis in die Publikationen fort. Neu Beginnen gelang es bereits im Dezember 1933, also fünf Monate vor den Deutschland-Berichten, den ersten „Bericht über die Lage in Deutschland“ erscheinen zu lassen³⁰. Man

²³ SIB 49 (Dez. 1939), S. III.

²⁴ Vgl. Theodor Haubach, Die militante Partei, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 208–213.

²⁵ Für die Sopade vgl. DB 1937 (Mai), S. 744–759.

²⁶ NB-Nachrichten 2 (Sept. 1935), S. 1.

²⁷ Vgl. SIB 45 (April 1939), S. 3; NB-Nachrichten 6 (Juni 1936), S. 2.

²⁸ NB-Lagebericht 15 (Juni 1935), S. 1. Folgendes Zitat in: NB-Nachrichten o. Nr. (Dez./Jan. 1937), S. 11.

²⁹ Vgl. SIB 45 (April 1939), S. 4.

³⁰ Vgl. NB, Was es will, S. 23, folgende Zitate ebenda. Die erste Ausgabe trug den Vermerk „abgeschlossen Ende November 1933“. Die Darstellung bei Lieselotte Maas, Handbuch der deutschen

teilte dazu nicht ohne Stolz mit, man sei die „erste deutsche Organisation“, die mit einer regelmäßigen Berichterstattung im Ausland begonnen habe. Die Kontakte seien „die ersten funktionierenden Verbindungen in Deutschland“ gewesen. Daß sich die Berichte allerdings zunächst noch auf den Berliner Raum bezogen, wurde wiederum von der Sopade mit einer gewissen Genugtuung verzeichnet³¹. Als deren erste Sammlung von Meldungen im April/Mai 1934 erschien, war sie mit dem ausdrücklichen Hinweis versehen, man wolle sich von der Neu-Beginnen-Berichterstattung absetzen³².

II. Exilberichte als sozialhistorische Quelle

Das Nachrichtensystem beider Gruppen basierte auf den Grenzsekretären und den Vertrauensleuten im Inland. Außerhalb der Reichsgrenzen wurden die Berichte der Vertrauensleute im Reich gesammelt, ausgewertet und als Broschüre zusammengestellt. Danach wurden sie sowohl wieder in das Reichsgebiet als auch zu ausgewählten Personen und Institutionen im Ausland gesandt. Auch in bezug auf das Nachrichtensystem³³ standen Sopade und Neu-Beginnen in teilweise scharfer Konkurrenz zueinander, obwohl der Parteivorstand die „Neu-Beginner“ bis Ende 1934 finanzierte. Die Verflechtung ging so weit, daß einzelne Grenzsekretäre sowohl für den Parteivorstand als auch für Neu-Beginnen oder andere Organisationen tätig waren. So war das erste sozialdemokratische Grenzsekretariat im tschechischen Karlsbad unter anderem von Karl Böchel eingerichtet worden, der zwar bis 1934 dem Parteivorstand angehörte, gleichzeitig aber den Revolutionären Sozialisten, einer weiteren Oppositionsgruppe innerhalb der SPD, nahestand. Waldemar von Knoeringen, einer der profiliertesten Grenzsekretäre der Sopade, der zunächst von Tirol und Wien, dann vom tschechischen Neuern aus Bezirksgruppen in Südbayern aufbaute, gehörte Neu-Beginnen an. Auch die Grenzsekretäre Erwin Schoettle im schweizerischen St. Gallen, Franz Bögler in tschechischen Trautenau und Willi Lange im tschechischen Karlsbad engagierten sich trotz der Besoldung durch den Parteivorstand in erheblichem Umfang für die innerparteiliche Opposition.

Insgesamt sind zwölf solcher Außenstellen nachweisbar, die zum Teil für beide Gruppierungen arbeiteten³⁴. Sie waren rund um das Reich verteilt und jeweils für

Exilpresse 1933–1945, Bd. 1, München 1976, S. 118, ist daher offensichtlich nicht zutreffend. Auch die von mir verwendete Ausgabe aus dem AdsD trägt den unrichtigen handschriftlichen Vermerk „2“. Die Zählung der folgenden Ausgaben legt nahe, daß es sich vermutlich um eine Doppelnummer (Nr. 1–2) handelt.

³¹ AdsD, Emigration Sopade (ES)/206, Denkschrift „Miles-Gruppe“, undatiert [handschr. „1934“], S. 4.

³² Vgl. DB 1934 (April/Mai), S. 78.

³³ Zu den Einzelheiten vgl. u. a. Voges, Klassenkampf, S. 206 ff.; Mehringer, Knoeringen, S. 80 ff.; Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu-Beginnen“, Diss. (MS), Marburg 1957; Stöver, Volksgemeinschaft, S. 55 ff.

³⁴ Vgl. Mehringer, Knoeringen, S. 85.

ein bestimmtes Gebiet zuständig. Im tschechischen Neuern, von wo aus er Südbayern betreute, wurde beispielsweise Waldemar von Knoeringen 1934 allein von 250 Mitarbeitern und 42 Kurieren mit Material versorgt³⁵. Die daraus entstehenden Nachrichten aus dem Inland sollten, so Neu Beginnen, „nicht auf Sensationen, auf ‚Greuel‘, sondern auf die Gewinnung eines Durchschnittsbildes der gesellschaftlichen Entwicklung, der betrieblichen Kampfformen usw. ausgerichtet“ sein³⁶. Auch die Redaktion der Deutschland-Berichte betonte immer wieder, es komme ihr nur auf die Tatsachen an, „wie groß oder wie klein sie auch sein mögen“³⁷.

Nach Erich Rinner war der Prototyp eines vorbildlichen Vertrauensmannes ein in sein gewohntes soziales Umfeld eingebundener einfacher Arbeiter, der, unbeeinflusst von störenden intellektuellen Ambitionen, objektiv und systematisch über einen längeren Zeitraum hinweg immer die gleichen Objekte betrachtete und darüber seinem Grenzsekretär berichtete³⁸. Auch Neu Beginnen favorisierte „einfache Menschen, die ohne journalistisches Beiwerk das Leben nach ihren Eindrücken beschreiben“³⁹. Jenseits dieser idealisierten Form von Nachrichtenarbeit war es allerdings allen Beteiligten klar, daß sich das angestrebte Niveau der Berichterstattung, in der auch Meldungen aus Ministerien⁴⁰ oder von „einflußreichen politischen Persönlichkeiten“⁴¹ abgedruckt wurden, kaum auf diese Art realisieren ließ. In der Praxis arbeiteten daher auch Akademiker⁴² und Diplomaten⁴³, da ansonsten der nachgewiesene Kontakt, etwa zu Beamten des NS-Staates⁴⁴, einem Führer der HJ⁴⁵ oder einem französischen Generalstabsoffizier⁴⁶ nicht möglich gewesen wäre. Ausdrücklich erwähnt auch eine Mitteilung des Geheimen Staatspolizeiamtes aus dem Jahr 1938, daß von der Gruppe Neu Beginnen „Arbeitslose und auf einem niedrigen geistigen Niveau stehende Sozialisten grundsätzlich nicht zur illegalen Arbeit herangezogen“ würden⁴⁷.

Die von beiden Gruppen unermüdlich gegebene Versicherung, es gehe ihnen nur um „Tatsachen“, ging von der Einsicht aus, allein die kontinuierliche Auswertung

³⁵ Vgl. Voges, *Klassenkampf*, S.214. Die Zahlenangabe widerspricht allerdings anderen Quellen. Hans Vogel sprach 1939 in einer Unterredung mit Léon Jouhaux z.B. von 120 Personen. Vgl. Mathias, *Gesicht*, Dok.71, S.416–419, hier S.416.

³⁶ NB-Nachrichten 6 (Juni 1936), S.2.

³⁷ AdsD, RK/3, Erich Rinner an Werner Blumenberg am 23.3. 1939.

³⁸ DB 1937 (Mai), S.748ff., *passim*.

³⁹ DIB 58 (20.12. 1939), S.1.

⁴⁰ Z.B. NB-Lagebericht 11 (Dez./Jan. 1935), S.11.

⁴¹ AdsD, NLK/135, interne Ergänzung zum IB-Bericht 11 (Mai/Juni 1938).

⁴² AdsD, NLK/141, Bericht Knoeringens [nach 1945], S.2.

⁴³ BAK, R 58/2, Bl.98, Bericht Stapo Breslau, 17.7. 1935. So war beispielsweise das Neu Beginnen-Mitglied Leopold Kulcsar ab 1937 Angehöriger der Gesandtschaft der spanischen Republik in Prag; vgl. Mehringer, *Knoeringen*, S.148.

⁴⁴ BAK, R 58/2, Bl.96, Stapo Breslau, 17.7. 1935.

⁴⁵ Ebenda, Bl.220, V-Mann-Bericht, 13.3. 1937.

⁴⁶ Ebenda, Bl.258, V-Mann-Bericht, 9.6. 1938.

⁴⁷ Ebenda, Bl.254, Gestapa/II A 2, 13.6. 1938.

von Realitäten lasse eine „einigermaßen sichere politische Deutung“⁴⁸ zu, die schließlich Grundlage für mögliche Strategien gegen den Nationalsozialismus sein könne. Man wolle zwar „nicht das Gras wachsen hören“, schrieb Erich Rinner, aber immerhin feststellen, „wo es wächst und wo es nicht wächst“, auch das sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht einfach⁴⁹. Zur Realisierung der hohen Ansprüche gaben beide Gruppen ihren Mitarbeitern Richtlinien zur Nachrichtengewinnung an die Hand, die eine normierte, das heißt qualitativ gleichbleibende Berichterstattung gewährleisten sollten⁵⁰.

Was ist nun zur Frage der Glaubwürdigkeit und damit zur Verwendbarkeit der sozialistischen Meldungen als sozialgeschichtliche Quelle festzuhalten? Zunächst ist zu betonen, daß der enorme Vorteil der Exilberichte gegenüber den regimeinternen Meldungen darin lag, daß die Vertrauensleute nicht nur ebenso unmittelbar im Alltag des Dritten Reiches standen, sondern darüber hinaus ohne Zwang ihre Erkenntnisse sammeln und an die Auslandsstelle weiterleiteten. Vergleicht man dies mit der Praxis etwa der SD-Berichterstattung, in der die Informanten häufig „unter Druck, wenn nicht gar durch Erpressung zur Mitarbeit veranlaßt wurden“⁵¹ und infolgedessen eben auch übertriebene oder geschönte, insgesamt „zu rosige“ Meldungen verfaßten, um den Anforderungen gerecht zu werden, war die Informationsbeschaffung des Exils sicher die geeignetere. Naturgemäß fehlten in den Exilberichten jene Verzerrungen, die zum Beispiel gehäuft in Kreisleiterberichten, Meldungen der Gaupropagandaleitungen und anderen regimeinternen Berichtsserien auftauchten. Diese schrieben häufig die offiziellen Propagandaphrasen fort⁵² und orientierten sich an der Erwartungshaltung übergeordneter Dienststellen. Anders als beispielsweise bei den Beamten des SD, denen immer wieder der Vorwurf der „Stänkereien“ und des „Defaitismus“ gemacht wurde und die sich deshalb mit der Forderung Himmlers konfrontiert sahen, die Berichtersteller negativer Meldungen zur Verantwortung zu ziehen⁵³, gab es solche zweifellos ernstgemeinten Drohungen in den Redaktionen der Exilberichte nicht. Es ist kein Fall bekannt, in dem einem Vertrauensmann wegen Nachrichten, die der Erwartungshaltung der Redakteure widersprachen, Nachteile entstanden wären, obwohl abweichende Meinungen zu bestimmten Sachverhalten durchaus üblich waren.

⁴⁸ DB 1937 (Mai), S. 755.

⁴⁹ DB 1937 (April), S. 463 f.

⁵⁰ Zu Sopade vgl. AdsD, ES/7, RS an die Grenzsekretäre, 18. 4. 1934. Zu Neu Beginnen vgl. Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam (IISG), Collection Neu Beginnen (CNB)/45, Führerbrief, S. 5; AdsD, NLK/136, Aktuelle Fragen zur deutschen Inlandsarbeit, 12. 7. 1939, S. 18; Führerbrief Nr. 2, abgedruckt bei Kliem, NB, Teil II, Dok V, S. 24–30.

⁵¹ Heinz Boberach (Hrsg.), Einführung, in: *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS (1938–1945)*, Herrsching 1984, Bd. 1, S. 11–40, hier S. 17.

⁵² Vgl. dazu die quellenkritischen Erläuterungen zu den Kaltenbrunner-Berichten; Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt*, Bd. 1, Stuttgart 1989, Vorbemerkung zur Edition.

⁵³ Vgl. Boberach, *Meldungen*, Bd. 1, S. 36.

Ein weiterer Punkt spricht für die Exilberichte. Es ist einsichtig, daß es nicht im Interesse der Emigration liegen konnte, Falschmeldungen zu verbreiten. Die fest in die Widerstandskonzeptionen eingebundene Nachrichtenarbeit sollte ja, zumindest theoretisch, gerade die Grundlage für Eingreifstrategien sein. Mit Sicherheit war dies bei den staatlichen und parteiamtlichen Ermittlern der öffentlichen Meinung, gerade beim SD oder der Gestapo, weniger bei untergeordneten Parteidienststellen, ähnlich. Wesentlicher Unterschied zu diesen jedoch war, daß bei den Exilberichten offensichtliche Widersprüche zur Wirklichkeit im Inland viel mehr auffallen und Nachteile nach sich ziehen mußten, weil die Realität von den Betroffenen tagtäglich erfahren wurde. Der Gefahr einer möglichen Untergrabung ihrer eigenen Glaubwürdigkeit durch Falschmeldungen wurde im Exil viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt als in den offiziellen Stellen, weil es im vitalen Interesse der Emigration lag, bei den Illegalen im Inland und ausländischen Kreisen als ernstzunehmender politischer Faktor für die Zeit nach Hitler zu gelten. Überlegungen zur eigenen Glaubwürdigkeit mußten auf der offiziellen Ebene eher nebensächlich sein, entsprechend spielte etwa die Hinterfragung eigener Auffassungen eine weit geringere Rolle.

Unbezweifelbar ist, daß die Emigrationsberichte von Fehleinschätzungen oder Übertreibungen genauso wenig frei sind wie die regimeinternen Meldungen, beide bieten vielfach ihr Bild von den Ereignissen. Für die Verwendbarkeit der Meldungen spricht aber, daß man sich über die Schwächen häufig im klaren war und sich bemühte, ihnen entgegenzuwirken. Solche Schwächen betrafen Vorurteile über Bevölkerungsgruppen ebenso wie die politische Engstirnigkeit mancher Funktionäre, die sich zum Beispiel weigerten, ihre persönliche politische Meinung aus der Berichterstattung herauszuhalten⁵⁴. Darüber hinaus war die aus der spezifischen Exilsituation herrührende Tendenz, zu positiv zu urteilen, also bestimmte partielle Oppositionsäußerungen als Beginn einer übergreifenden Widerstandsbewegung zu interpretieren, oder überhaupt gegen den NS-Staat gerichtete Haltungen und Stimmungen überzubewerten, ein ständiges Thema der Selbstkritik. Man sah durchaus die Gefahr, im Exil einer Lagermentalität zu verfallen. Tatsächlich zeigen die Meldungen einiger Grenzsekretäre, daß man in der Emigration des öfteren optimistischer über bestimmte Entwicklungen urteilte als im Inland⁵⁵. Gerade während des Krieges, schrieb von Knoeringen nach 1945, als mit den Verbindungen in das Inland die Möglichkeit einer Korrektur der Berichte wegfiel, habe es die „überoptimistischen Urteile“ gegeben⁵⁶. In diesem Zusammenhang hatten die Sozialistischen Informationsbriefe bereits im Dezember 1939 moniert, daß bei den „berufsmäßigen Gschafthuber[n] der

⁵⁴ So schrieb beispielsweise der Sopade-Grenzsekretär Ernst Schumacher 1936 an Erich Rinner, es sei ein Irrtum zu glauben, er gebe sich mit der Rolle einer „Zettelsammelstelle“ zufrieden. Er halte es vielmehr für seine Pflicht, in den Berichten seiner politischen Haltung Ausdruck zu geben; AdsD, RK/36, Ernst Schumacher an Erich Rinner am 30.9. 1936. In den Meldungen ist es allerdings leicht möglich, diese privaten Veränderungen zu erkennen.

⁵⁵ AdsD, ES/115, Schreiben Ernst Schumachers an Sopade, 11.5. 1934.

⁵⁶ AdsD, NLK/141, Bericht „12 Jahre illegaler Kampf in Südbayern/Tirol“, o.J. [1948].

Emigration“ zumindest „auf dem geduldigen Papier wöchentlich einmal die deutsche Armeeführung meutern, zurücktreten oder verhaftet werden“ würde⁵⁷.

Die größten Schwierigkeiten sah man in der Ermittlung der öffentlichen bzw. „nichtöffentlichen Meinung“⁵⁸ in Deutschland. Hier stand man vor den gleichen zentralen Problemen wie die staatlichen oder parteiamtlichen Ermittler. Die Volksmeinung unterlag starken Schwankungen, so daß ein homogenes Bild häufig sehr schwer oder gar nicht darzustellen war. Abhilfe sollte hier die „mosaikartige Zusammensetzung“ der Berichte geben⁵⁹. Das Verfahren der Auswertung war dabei dem des SD durchaus ähnlich; während jedoch die „Meldungen aus dem Reich“ die vielfach geglättete Zusammenfassung bevorzugten, blieben in den Ausgaben der Exilberichte noch weitaus mehr Einzelnachrichten erhalten. Sie bieten insofern häufiger die Möglichkeit, die unterschiedlichen Positionen der Vertrauensleute zu rekonstruieren und dabei die Einzelauffassung des jeweiligen Vertrauensmannes von der Meinung des Parteivorstandes zu unterscheiden. So gab etwa die Sopade den Hinweis an die Leser, „sich aus dem vorliegenden Material selbst ein Urteil zu bilden“⁶⁰.

Die Berichte beider Exilgruppen zeigen eine Fülle von Belegen, die das Bemühen um differenzierte Arbeit und Objektivität demonstrieren. Wiedergaben mit der Bemerkung, es sei zweifelhaft, „ob der Bericht die Einstellung einer größeren Schicht in Deutschland widerspiegelt“⁶¹, oder mit dem Hinweis versehen, es handle sich hier um die subjektive Meinung eines einzelnen Berichterstatters⁶², findet man des öfteren. Ein gutes Beispiel dafür ist der Abdruck von zehn unterschiedlichen Meinungen zum Hitler-Stalin-Pakt 1939, also zu einem Zeitpunkt, als die Volksmeinung völlig auseinanderging⁶³. Manche Themen wurden mangels ausführlicherer Information nur ausschnittsweise behandelt⁶⁴, bei anderen wurde um Überprüfung nachgesucht⁶⁵. Verfahrensweisen dieser Art führten dazu, daß die Deutschland-Berichte unwahre Meldungen über Streiks bei NSU in Neckarsulm und Neu Beginnen bei Wanderer in Chemnitz dementierten oder der Sozialistische Informationsbrief den Pressemitteilungen über die angebliche Entlassung Thälmanns 1939 widersprach⁶⁶. Darüber hinaus ist die Wiedergabe von Dokumenten zur Aufrüstung des Dritten Reiches 1934 in den Deutschland-Berichten, deren Abdruck auch innerhalb der Sopade höchst umstritten war, ein deutlicher Ausdruck des Bemühens um eine objektive Berichterstattung⁶⁷.

⁵⁷ SIB 49 (Dez. 1939), S. 11.

⁵⁸ DB 1936 (Juni), S. 671.

⁵⁹ AdsD, RK/35, Erich Rinner an Erwin Schoettle, 27. 4. 1937.

⁶⁰ DIB 61 (29. 4. 1940), S. 1.

⁶¹ SWB 17 (11. 11. 1936), S. 3.

⁶² Vgl. z. B. DB 1937 (Febr.), S. 139 ff.

⁶³ Vgl. z. B. DB 1940 (Jan.), S. 12.

⁶⁴ Vgl. z. B. NB-Lagebericht 6 (April 1934), S. 9.

⁶⁵ Vgl. z. B. SIB 49 (Dez. 1939), S. 45.

⁶⁶ Vgl. SIB 49 (Dez. 1939), S. 44.

⁶⁷ Vgl. DB 1934 (April/Mai), S. 83 ff.

Als Beleg für die fachliche Kompetenz der Exilzeitschriften ist natürlich das Urteil der Gegner von besonderer Bedeutung. Vom professionellen Standpunkt aus waren die staatlichen Ermittler der öffentlichen Meinung durchaus beeindruckt. Sie bescheinigten den Berichten „sehr gute Beziehungen zu den verschiedensten Betrieben und Organisationen“ und Wissen über „interne, der Allgemeinheit wenig bekannte Dinge [...]“⁶⁸. Die Meldungen hätten darüber hinaus „besten Einblick in die Wirtschaft“. Welches Nachrichtensystem das bessere sei, entschied man allerdings auch hier nicht. Der SD bezeichnete die Deutschland-Berichte als „das wichtigste [...] Informationsmaterial“⁶⁹, während die Gestapo in den Neu Beginnen-Meldungen immer wieder „ein genaues Bild über die sich jeweils ändernde Stimmung der Massen“ entworfen sah⁷⁰ und gerade von den Sozialistischen Informationsbriefen „den Eindruck größter Sachlichkeit“ erhielt⁷¹.

Kritisch ist jedoch trotzdem anzumerken, daß vor allem das Angebot der Exilredakteure an ihre Leser, „sich aus dem vorliegenden Material selbst ein Urteil zu bilden“⁷², nicht nur zur Entstehungszeit der Berichte neben einem unbestreitbaren Vorteil das Risiko barg, bestimmte Eindrücke überzuinterpretieren oder sich das herauszusuchen, was sich ohnehin in das eigene Bild einfügte. Es scheint, als sei auch die historische Forschung hin und wieder einer daraus resultierenden Fehlinterpretation erlegen. So ist zum Beispiel in einem 1986 erschienenen Aufsatz aus der Annahme eines einzelnen Vertrauensmannes der Schluß gezogen worden, „die Sopade“ nehme an, das Bürgertum werde antifaschistisch⁷³. Eine solche Aussage ist bei der Gesamtauswertung der Berichte in dieser Form nicht haltbar, weil sie Einzelmeinungen generalisiert⁷⁴. Die sozialistischen Berichte sind vor allen Dingen dann als glaubwürdige Quelle zur Sozialgeschichte des Dritten Reiches zu verwenden, wenn die Gesamtheit aller Meldungen zu einem bestimmten Thema herangezogen wird. Parallel dazu bleibt es trotzdem unerlässlich, zur Verifizierung von Aussagen Vergleichsquellen anderer Provenienz auszuwerten.

⁶⁸ Lagebericht Stapo Berlin, 1. Vj. 1939, in: Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975, Dok. 157, S. 960f., hier S. 960. Folgendes Zitat ebenda.

⁶⁹ Jahreslagebericht 1938 des Sicherheitshauptamtes, in: Boberach, Meldungen, Bd. 2, S. 7–79, hier S. 62.

⁷⁰ BAK, R 58/2, Bl. 93; Stapo Breslau, 17. 7. 1935.

⁷¹ BAK, R 58/2, Bl. 255; Gestapa, II A 2, 13. 6. 1938.

⁷² DIB 61 (29. 4. 1940), S. 1.

⁷³ Johannes Klotz, Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31/1986, S. 27–38, hier S. 35.

⁷⁴ Insgesamt ging das Exil im Gegenteil von der Annahme aus, gerade aus dem Bürgertum bilde sich die staaterhaltende, staatstragende Schicht des Dritten Reiches; vgl. Stöver, Volksgemeinschaft, S. 347ff.

III. Die Deutschen im Spiegel sozialistischer Meldungen

1. Arbeit, Sicherheit, Ordnung

Der Blick zurück auf die ersten Jahre des Dritten Reiches macht deutlich, daß im Grunde den Nationalsozialisten nichts so sehr entgegenkam wie die politischen, ökonomischen und psychosozialen Folgen, die die Weltwirtschaftskrise hervorgebracht hatte. Die Wechselwirkung von Krise und Radikalisierung war den Zeitgenossen bekannt⁷⁵, auch in der Forschung ist sie im wesentlichen nicht umstritten. Speziell ist der Zusammenhang zwischen persönlichen Berufskatastrophen und NSDAP-Engagement nachgewiesen⁷⁶. Da aus Bevölkerungssicht der Arbeitsplatzbeschaffung Priorität zukam, wie übereinstimmend die sozialistischen und regimieinternen Meldungen zeigen⁷⁷, entschied über die Glaubwürdigkeit der Reichsregierung zunächst das Vermögen, die Krisensymptome möglichst rasch zu beseitigen oder zumindest den Willen dazu öffentlichkeitswirksam darzulegen. Nicht zufällig sprach Hitler in seiner ersten Rede „an das deutsche Volk“ von dem überschaubaren Zeitraum von vier Jahren, in dem die Probleme beseitigt sein sollten⁷⁸.

Aus den sozialistischen Berichten ist zunächst einmal der unmittelbare Sachzusammenhang von Minderung der Erwerbslosenquote und Zustimmung zum NS-Staat bzw. einzelnen seiner Repräsentanten abzulesen. Diese war, soweit es sich aus den Quellen ersehen läßt, sogar weitgehend unabhängig davon, inwieweit es zu einem tatsächlichen aktiven Engagement für die NSDAP kam. Auffallend genau korrelierte dabei die Versicherung der Regierung, in ihr liege „die beste Gewähr für die Vermeidung jeden Experimentes“⁷⁹, mit „dem durch die Krise gesteigerten Sicherheitsbedürfnis“⁸⁰ der Bevölkerung allgemein, welches die Exilmeldungen hervorhoben. Das bedeutet freilich nicht, daß diejenigen, die sich von der Krise bedroht sahen, den Versprechungen der neuen Machthaber sofort Glauben geschenkt hätten. Im Gegenteil: Den sozialistischen Meldungen zufolge begegnete man den wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit Mißtrauen, was nach den Erfahrungen der vorangegangenen

⁷⁵ Vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, in: Soziologische Gegenwartsfragen, Heft 1, Stuttgart 1932, S. 111, und ähnlich S. 119; ders., Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 637–654.

⁷⁶ Vgl. z. B. Christoph Schmidt, Zu den Motiven „alter Kämpfer“ in der NSDAP, in: Detlev Peukert u. a. (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 21–43, hier S. 26 f.

⁷⁷ Vgl. z. B. DB 1935 (Juli), S. 883, und Staatsarchiv Detmold (StA DT), M1 IP/1105, Bl. 215, Lagebericht Regierungspräsident Minden, 12. 9. 1934.

⁷⁸ Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk vom 1. 2. 33, in: Herbert Michaelis u. a. (Hrsg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. IX, Berlin O. J., Dok. 1970, S. 15–17.

⁷⁹ Ebenda, S. 16.

⁸⁰ DB 1935 (Juli), S. 883.

Jahre nicht ungewöhnlich war. Beobachter registrierten insbesondere bei Industriearbeitern ein Verhalten, das sie als „durchweg abwartend und ungläubig den Prophezeiungen der Nazis gegenüber“ beschrieben⁸¹. Da die Krisenpolitik aber, wie Avraham Barkai es einmal zutreffend ausgedrückt hat, „unglücklicherweise [. . .] die richtige Medizin war“⁸² und sich dementsprechend schon früh bestimmte Erfolge abzeichneten, erschien es manchem Berichtersteller bereits 1934, als ob „stimmungsmäßig [. . .] die Regierung über den meisten Anhang in der Arbeiterschaft und hier besonders bei den früher Unorganisierten“ verfüge⁸³. Besonders der Glaube an Hitler sei bei diesen „erstaunlich stark“ geworden⁸⁴. Andere Meldungen belegen im Rückblick, daß „in den ersten Jahren des Hitlerregimes, die [. . .] der Arbeitsbeschaffung galten, . . . die Begeisterung für das Regime sehr stark“ gewesen sei⁸⁵. Diese Einschätzung bestätigen auch die regimereinternen Mitteilungen⁸⁶. Dementsprechend irritiert nahmen 1936 Berichtersteller der Sopade selbst von ehemaligen Arbeiterfunktionären folgendes zur Kenntnis: „Ihr habt immer große sozialistische Reden gehalten, die Nazis aber haben uns Arbeit gegeben. Gewiß es gibt nicht viel Lohn, aber ich brauche nicht mehr zu Hause untätig herumzusitzen, so daß mir das Leben zur Last fällt. Mir ist es egal, ob ich Granaten drehe oder Autostraßen baue, arbeiten will ich. Warum habt ihr nicht mit der Arbeitsbeschaffung ernst gemacht?“⁸⁷

Allgemein kann man sagen, daß bis zur rüstungsbedingten relativen Vollbeschäftigung Mitte der dreißiger Jahre das auch von staatlichen Stellen beschriebene Krisenbewußtsein dafür sorgte, daß sich Arbeitnehmer relativ ruhig verhielten. Komme ein Arbeitsloser nach jahrelanger Erwerbslosigkeit in eine neue Stelle, resümierten 1935 die Deutschland-Berichte, so werde er „– und seien Lohn und Arbeitsbedingungen noch so schlecht – auf einmal ängstlich“, denn er habe „wieder etwas zu verlieren“⁸⁸. So würde sogar von den Arbeitnehmern selbst auf die Konkurrenzsituation des Unternehmens hingewiesen, um etwa fehlende Lohnerhöhungen zu entschuldigen⁸⁹. Selbst Personen, die nicht arbeitslos gewesen seien, würden so diszipliniert, „weil sie nicht wissen, welchen Schikanen sie ausgesetzt sind, wenn sie den Arbeitsplatz verlieren“⁹⁰. Von „einer klassenbewußten Opposition“ jedenfalls, wie sie teilweise in der Forschung beschrieben wird, stellten etwa die Lageberichte der Grup-

⁸¹ DB 1934 (Juni/Juli), S. 208.

⁸² Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945*, Frankfurt a.M. 1988, S. 98.

⁸³ DB 1934 (April/Mai), S. 29.

⁸⁴ Ebenda.

⁸⁵ DB 1938 (April/Mai), S. 455.

⁸⁶ Vgl. z. B. Lagebericht Regierungspräsident Oberbayern, 3.3. 1934, ders., 18.5. 1934, Lagebericht Regierungspräsident Niederbayern, 9.11. 1934, abgedruckt bei Broszat, Bayern in der NS-Zeit I, S. 219f., 230.

⁸⁷ DB 1936 (Febr.), S. 156f. Ausdrückliche Bestätigung solcher Begründungen in Lageberichten der Gestapo; vgl. StA DT, M1 IP/631, Bl. 193, Lagebericht Stapo Bielefeld, 3.6. 1935.

⁸⁸ DB 1935 (Jan.), S. 137.

⁸⁹ Vgl. NB-Lagebericht 17/18 (Sept./Okt. 1935), S. 13.

⁹⁰ DB 1934 (Juni/Juli), S. 209; entsprechend DB 1937 (Dez.), S. 1670.

pe Neu Beginnen nichts fest; davon könne wahrlich „keine Rede sein ... eher vom Gegenteil“⁹¹. Ein gewisser Trost war es dabei für das sozialistische Exil, daß sich nach ihrer Auffassung die Arbeiterschaft „als letzte Bevölkerungsschicht dem Regime zugewandt“ hätte⁹². Daher spielte man 1935 noch mit der Hoffnung, daß mit „der Erinnerung an die große Krise auch die lähmende Angst um den Arbeitsplatz schwindet“⁹³ und damit Raum für größere Oppositionsbewegungen entstehen würde.

Tatsächlich veränderte sich ab 1935/36 dieses relativ einheitliche Bild, allerdings nicht so, wie es das Exil erhofft hatte. Einen Teil der Arbeitnehmer aus besonders krisenanfälligen, das heißt vor allem nicht rüstungswirtschaftlich nutzbaren Branchen beherrschte noch am Ende der dreißiger Jahre „die Furcht[,] entlassen zu werden“, und er verhielt sich deshalb nach wie vor unauffällig⁹⁴. Was aber die Emigration viel mehr beunruhigte, war die Tatsache, daß jetzt viele, selbst politisch Geschulte aus der Arbeiterbewegung, begannen, „mit den Nazis ihren Frieden [zu] machen“⁹⁵ und sich dabei einer Argumentation bedienten, für die nach Einschätzung eines enttäuschten Sopade-Vertrauensmannes das „Heine-Wort von der Suppenlogik mit den Knödel-Gründen“⁹⁶ noch am besten zutraf. Man müsse sich darüber im klaren sein, so das Resümee dieses Berichterstatters, „daß der Mensch einfach in erster Linie Familienvater und Berufsmensch ist, und daß die Politik erst in zweiter Linie bei ihm kommt und zwar auch nur dann, wenn er sich etwas davon verspricht“.

Tatsächlich entwickelte sich ab Mitte der dreißiger Jahre bei vielen statt des Wunsches, das Regime zu beseitigen, wie es das Exil hoffte, vielmehr die Hoffnung auf „weitere Sicherung des eigenen Lebensstandards“⁹⁷. Die Erinnerung an die Krise begann zu verblassen, der Arbeitskräftemangel bot ungeahnte Möglichkeiten. In dieser Mentalität verstand man dann auch die ständige Erhöhung von Arbeitszeiten und -normen nicht mehr in jedem Fall als Zwang, sondern häufig auch als Chance. Nach einer Meldung der Deutschen Inlandsberichte aus dem Jahr 1940 jedenfalls sah schließlich derjenige, der „keine Überstunden machen darf, das beinahe als Strafe an, weil er weniger verdient“⁹⁸.

Besonders sichtbar wird dieser Perspektivenwechsel, das Einstellen auf die vom NS-Regime vorgegebenen Bedingungen, auch in der Auseinandersetzung um die Löhne. Damit verbindet sich die Frage, ob man wirklich das, was als individueller und kollektiver „Lohnkampf“ im Dritten Reich stattgefunden hat, anhand der sozialistischen Berichte qualitativ in Richtung „Widerstand“ gegen den Nationalsozialismus rücken darf, wie dies mit Blick auf die Deutschland-Berichte zum Beispiel Michael Voges

⁹¹ NB-Lagebericht 2/3 (Jan. 1934), S. 2.

⁹² DB 1935 (Jan.), S. 137.

⁹³ DB 1935 (Juli), S. 884.

⁹⁴ DB 1938 (Juni), S. 568.

⁹⁵ DB 1936 (Febr.), S. 157.

⁹⁶ Ebenda, S. 156; folgendes Zitat ebenda, S. 157.

⁹⁷ DB 1936 (Mai), S. 547.

⁹⁸ DIB 61 (29. 4. 40), S. 13.

unternommen hat⁹⁹. Wenn man zugrunde legt, daß „Widerstand“ zumindest einen gewissen Anteil politischer Motivation erkennen lassen muß¹⁰⁰, so ist gerade die Einordnung des „Lohnkampfes“ in diese Kategorie bei weitem nicht immer zwangsläufig. Gerade politische Intentionen lassen sich hier selten nachweisen. Nun kann dagegen natürlich eingewendet werden, die Betroffenen hätten sich unter den gegebenen Bedingungen sicherlich gehütet, neben ihren Lohnforderungen auch noch politische Ambitionen erkennen zu lassen. Ausdrücklich jedoch wurde von den illegalen Vertrauensleuten, die hier Einblick hatten, mitgeteilt, in den Betrieben herrsche eine „vollkommene Interesselosigkeit der Arbeiter an politischen Vorgängen“¹⁰¹. Man mag darüber spekulieren, ob man hier im Sinne des „Resistenz“-Begriffs von einer Eingrenzung oder Abwehr der NS-Herrschaft sprechen kann, faktisch richtete sich dieses Verhalten jedoch nicht bewußt gegen das Dritte Reich. Bei genauer Betrachtung legen die sozialistischen Berichte insofern eher den Schluß nahe, daß das individuelle Vorgehen in der Lohnfrage von den meisten Betroffenen selbst nicht als politisch konträr gegenüber dem nationalsozialistischen Staat verstanden wurde. Die Berichte bestätigen vielmehr die bereits in den siebziger Jahren von Detlev Peukert vertretene Auffassung, in den Augen der Betroffenen habe sich die schon in der Weltwirtschaftskrise gemachte Erfahrung durchgesetzt, individueller Einsatz lohne mehr als kollektive Interessenvertretung¹⁰². „Vor allem bei jungen Arbeitern kann man oft den Eindruck haben“, vermerkten die Deutschland-Berichte im November 1935, „daß sie überhaupt nicht mehr auf den Gedanken kommen, sie könnten durch gemeinschaftliches Handeln [. . .] ihren Forderungen mehr Nachdruck verleihen“¹⁰³. Gerade qualifizierte Arbeitnehmer würden immer häufiger den Mut haben, „sich [. . .] auf Grund ihrer ‚Unentbehrlichkeit‘ kleine Freiheiten heraus zu nehmen“¹⁰⁴.

Fälle individueller Lohnpolitik, die im Bewußtsein der Arbeitnehmer nicht die sonst vorhandene Zustimmung beeinträchtigten, sondern lediglich den in ihren Augen berechtigten Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung einforderten und darum in der Regel auch die Beseitigung des Regimes gar nicht wünschten¹⁰⁵, sind in den Berichten häufig zu finden, schwerpunktmäßig zwischen 1935 und 1938. Sie wurden von den Vertrauensleuten unterschiedslos in Betrieben mit und ohne alte Stammarbeiterschaft beobachtet. Teils wurden die Forderungen defensiv „mit der Mütze in der Hand“¹⁰⁶, teils aber durchaus offensiv vorgetragen, je nachdem, wie sicher man sich durch seine Qualifikation und den Stand des Arbeitsmarktes fühlte.

⁹⁹ Vgl. z. B. die Argumentation von Voges, *Klassenkampf*, S. 232 ff.

¹⁰⁰ Timothy W. Mason, *Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland*, in: Detlev Peukert u. a. (Hrsg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 293–313.

¹⁰¹ Voges, *Klassenkampf*, S. 232 ff.

¹⁰² Vgl. Detlev Peukert, *Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 28/1979, S. 22–36, hier S. 33.

¹⁰³ DB 1935 (Nov.), S. 1376.

¹⁰⁴ NB-Lagebericht 11 (Dez. 1934/Jan. 1935), S. 17.

¹⁰⁵ Vgl. z. B. DB 1936 (April), S. 483.

¹⁰⁶ NB-Lagebericht 11 (Dez. 1934/Jan. 1935), S. 17.

Die sozialistischen Berichte machen weiterhin deutlich, daß selbst die kollektiven Lohnforderungen, auch wenn sie in Form von Streiks und als Leistungsverweigerungen stattfanden, nicht, wie in einem Teil der Forschung dargelegt¹⁰⁷, zwangsläufig mit der Auflösung von Loyalitäten gegenüber dem NS-Staat verbunden waren. Bemerkenswert ist, daß auch vorhandene politische Übereinstimmung durch den „Lohnkampf“ selten wirklich beeinträchtigt wurde. Dafür spricht vor allem, daß eingefleischte Nationalsozialisten, Alte Kämpfer, häufig keine Probleme damit hatten, sich an solchen Aktionen zu beteiligen, ja zum Teil sogar die treibende Kraft bei Arbeitskämpfen waren¹⁰⁸. Das gemeinsame Vorgehen war jedenfalls für die direkten Beobachter der Aktionen kein Indiz für den Willen, den NS-Staat zu beseitigen oder zu schwächen, ja noch nicht einmal für ein, insbesondere von Voges herausgehobenes, „gewerkschaftlich geprägtes ökonomisches Klassenbewußtsein“¹⁰⁹. Kollektives Vorgehen bot sich in dieser speziellen Situation lediglich als die günstigste Form an, höhere Gehälter durchzusetzen. Die sozialistischen Berichte zeigen, daß fast alle dieser Aktionen mit ökonomischem Hintergrund stattfanden, bezeichnenderweise fand auch die in solchen Fällen häufig hinzugezogene Gestapo trotz teilweise fieberhafter Suche selten wirklich stichhaltige Anhaltspunkte für politische Motive. Die Gruppe Neu Beginnen zog daraus bereits im Juni 1935 die Konsequenz, nicht mehr von „politischer Opposition“ zu sprechen, nur weil „irgendwo Arbeiter in den Ausstand treten“¹¹⁰.

In den Augen der Betroffenen war die Erreichung höherer Löhne ein wesentliches Indiz für die Wiederherstellung von Normalität. Damit korrespondierte im Bewußtsein der Zeitgenossen, wie die Exilberichte zeigen, der Wunsch nach politischer Beruhigung und öffentlicher Ordnung. Immerhin hatten seit der Gründung der Weimarer Republik bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen bei der Niederschlagung diverser Räterepubliken, zahlreiche politisch motivierte Morde und verschiedene Putschversuche sowie, insbesondere in der Endphase, Straßenschlachten das Bild des öffentlichen Lebens bestimmt. Es wird anhand der Exilberichte sehr deutlich, daß trotz der Verwicklung von Nationalsozialisten in Straftaten und Hochverratsprozesse die NSDAP nach 1933 im Bewußtsein vieler Deutscher eine Art Gewähr für eine zukünftige politische Stabilität bildete. Deutlich zeichnet sich in ihnen auch ab, wie rasch das Bemühen des Regimes, sich nicht nur als wirtschaftlicher, sondern auch als öffentlicher Ordnungsfaktor darzustellen, erfolgreich war. Im Exil wurde deshalb bereits 1935 die Vermutung geäußert, „daß die Angst vor dem Chaos, das nach Hitler kommen mußte, die eigentliche negative Massengrundlage des Regimes“ sei¹¹¹.

Vor diesem Hintergrund ist zum Beispiel die Volksmeinung im Zusammenhang mit dem „Kampf gegen den Bolschewismus“, also die Verfolgung von Kommuni-

¹⁰⁷ Vgl. Mason, Arbeiteropposition, S.301; Voges, Klassenkampf, S.232ff.

¹⁰⁸ Vgl. z.B. DB 1937 (Juni), S.779f.

¹⁰⁹ Voges, Klassenkampf, S.243.

¹¹⁰ NB-Lagebericht 15 (Juni 1935), S.13.

¹¹¹ DB 1935 (Jan.), S.139.

sten im Inland, oder auch die Frontstellung gegen die Sowjetunion zu beurteilen. Wie die Emigrationsberichte zeigen, konnte der vom Nationalsozialismus immer wieder hervorgehobene Anspruch, Europa vor dem Bolschewismus zu retten, von Anfang an in der Bevölkerung auf starke Sympathien rechnen¹¹². Daß dabei die sofort nach der Machtergreifung begonnene Kommunistenverfolgung auf vergleichsweise sehr wenig Resonanz stieß, ist kein Widerspruch, sondern hatte seine Ursachen bezeichnenderweise in der gleichen Furcht vor dem rechtsfreien Chaos, die viele mit Blick auf eine mögliche kommunistische Herrschaft erfüllte¹¹³. So war man zum Teil „mit der Zerschlagung des Marxismus [. . .] begeistert einverstanden“¹¹⁴, insgesamt jedoch fanden das brutale Vorgehen gegen die politischen Gegner und die harten Urteile keine Billigung, weil dies dem allgemeinen Rechtsempfinden widersprach¹¹⁵. Die Versuche staatlicher Organe, „die Konzentrationslager als bloße Besserungsanstalten für asoziale Elemente hinzustellen“¹¹⁶, waren eindeutig durch solche Vorbehalte motiviert und sollten hier offensichtlich die Rechtsbedenken abschwächen.

Unter diesen ordnungspolitischen Gesichtspunkten ist vor allem auch die Aufnahme der Morde im Zusammenhang mit dem Röhm-Putsch zu beurteilen. Es ist bekannt, daß die SA bereits vor 1934 immer stärker in die öffentliche Kritik geriet. Zu wenig schien der Wehrverband, der jahrelang mit und aus der gewalttätigen Konfrontation mit dem politischen Gegner gelebt hatte, im Zaum gehalten werden zu können. Auch das Exil brachte vor dem 30. Juni 1934 Berichte „aus verschiedenen Landesteilen [. . .] über Schlägereien der SA unter sich, zwischen SA und SS, SA und Stahlhelm, SA und Arbeitsdienst, SA und Reichswehr usw. usw.“¹¹⁷. Wiederholt erfuhr die irritierte Öffentlichkeit von der zwangsweisen Auflösung ganzer SA-Stürme aufgrund solcher Vorkommnisse¹¹⁸. Nicht selten gerieten harmlose Personen in die Hände der SA und wurden als tatsächliche oder angebliche Gegner verschleppt. Überdies trug der auch in den Deutschland-Berichten verbreitete Ausspruch des SA-Obergruppenführers und Breslauer Polizeipräsidenten, Edmund Heines, man stehe erst am Anfang, weil der SA als „Hüter und Vollender der deutschen Revolution“ die Sehnsucht „nach bürgerlicher Ruhe“ fremd sei, wenig zur öffentlichen Beruhigung bei¹¹⁹. Ergänzend kam hinzu, daß man das, was man allgemein über die Homosexualität von Röhm und anderen hohen SA-Führern wußte, wohl mehrheitlich als konträr zu den eigenen, „ordentlichen“ sittlichen Vorstellungen betrachtete. Auch das Exil berichtet gelegentlich, obwohl dies wenig mit politischer Aufklärung zu tun hatte, aus dem Homosexuellen-Milieu der SA¹²⁰. Überdies kam hinzu, daß

¹¹² Vgl. DB 1934 (Mai/Juni), S. 172.

¹¹³ Vgl. DB 1935 (Juni), S. 706.

¹¹⁴ DB 1936 (Juni), S. 732; auch DB 1934 (Juni/Juli), S. 199.

¹¹⁵ Vgl. DB 1936 (Febr.), S. 154f.

¹¹⁶ Ebenda, S. 155.

¹¹⁷ DB 1934 (Mai/Juni), S. 144f.

¹¹⁸ Vgl. NB-Lagebericht 3 (Jan. 1934), S. 14.

¹¹⁹ DB 1934 (Mai/Juni), S. 144.

¹²⁰ Vgl. NB-Lagebericht 3 (Jan. 1934), S. 14.

bei dem Konkurrenzverhältnis zwischen SA und Reichswehr die Sympathien eindeutig auf seiten der traditionellen Waffenträger lagen.

Die Vorgänge vom 30. Juni 1934 und den darauffolgenden Tagen, denen nach heutigen Erkenntnissen 89 Menschen zum Opfer fielen¹²¹, waren denn im Verständnis der Öffentlichkeit auch viel mehr als lediglich eine „Disziplinierung der SA“¹²², von der man in den sozialistischen Berichten schon länger gesprochen hatte. Das Erstaunlichste für das Exil war dabei, daß „große, offenbar sehr große Teile des Volkes“, vor allem auch „große Teile der Arbeiterschaft“ der „unkritischen Verhimmelung Hitlers“ verfielen und ihn „wegen seiner rücksichtslosen Entschlossenheit“ feierten¹²³. Bei näherer Betrachtung der Begründungen eröffnete sich den Beobachtern die Dominanz ordnungspolitischer Vorstellungen. So waren „Leute aus dem kleinen Bürgertum und dem Mittelstand“ den Berichten zufolge „vollkommen vor den Kopf geschlagen“, als sie erfuhren, daß innerhalb der SA „30 000 Mark für Gelage ausgegeben und anormale Orgien gefeiert worden sind“¹²⁴. Dagegen hatte sich Hitler als der Mann erwiesen, „der mit energischer Hand durchgreift“, was „doch früher kein Reichskanzler zu tun gewagt“¹²⁵.

In dieses Bild paßt es, daß der NS-Staat den ordnungspolitischen Vorstellungen der Bevölkerung zu entsprechen suchte und sich beeilte, eine juristische Rechtfertigung nachzureichen. Mit der von Carl Schmitt entwickelten Auffassung, hier habe der Führer das Recht durch außergewöhnliche Maßnahmen „geschützt“, war der ordnungspolitische Rahmen des nach üblichen rechtsstaatlichen Kriterien illegalen Vorgehens wieder hergestellt¹²⁶.

Die Dominanz ordnungspolitischer Vorstellungen zeigte sich den Beobachtern ebenso im Zusammenhang mit den Ausschreitungen gegen Juden und jüdische Einrichtungen. Es ist anhand der Berichte unschwer zu erkennen, daß diese von einem – allerdings nicht genau quantifizierbaren – Teil der Bevölkerung abgelehnt wurden¹²⁷. Die Reaktionen weisen darauf hin, daß die Ablehnung vor allem auch deswegen erfolgte, weil das Vorgehen dem eigenen Rechtsempfinden widersprach. Das Argument, die überfallenen Geschäfte hätten „doch vom Magistrat die Konzessionen, da muß man sie doch auch zulassen und dafür sorgen, daß sie ihr Gewerbe ausüben dürfen“¹²⁸, oder der direkte Hinweis auf die fehlende Rechtsgrundlage¹²⁹ machen

¹²¹ Vgl. Norbert Frei, *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933–1945*, München 3/1993, S. 33.

¹²² NB-Lagebericht 3 (Jan. 1934), S. 13.

¹²³ DB 1934 (Juni/Juli), S. 197; NB-Lagebericht 8 (Juni/Juli 1934), S. 2; NB-Lagebericht 9 (Aug./Sept. 1934), S. 1.

¹²⁴ DB 1934 (Juni/Juli), S. 201.

¹²⁵ Ebenda, S. 202 und 200.

¹²⁶ Vgl. Carl Schmitt, *Der Führer schützt das Recht. Zur Reichstagsrede Adolf Hitlers vom 13. Juni 1934*, in: *Deutsche Juristen Zeitung* 39 (1934), Sp. 945–950.

¹²⁷ Vgl. u. a. NB-Lagebericht 16 (Juli 1935), S. 19; DB 1935 (Juli), S. 812f.; StA DT, L113/471, Meldung des stellv. Kreisleiters Detmold, 15. 8. 35.

¹²⁸ DB 1935 (Juli), S. 812.

¹²⁹ Vgl. z. B. DB 1938 (Dez.), S. 1353.

dies deutlich. Auch weist die Tatsache, daß manche sich nicht davon abbringen ließen, daß „diese Juden etwas ausgefressen haben müssen“, auf die Verwurzelung in traditionellen Ordnungskriterien hin¹³⁰. Bestätigung findet dies wiederum in staatlichen Quellen¹³¹. Eindeutig ist, daß man in der Bevölkerung vor allem das Abgleiten in ein allgemeines, rechtsfreies Chaos fürchtete, was letztendlich auch daraus deutlich wird, daß der vorhandene Antisemitismus bestehen bleiben konnte¹³².

Symbol für die wiedererlangte nationale Ordnung und die Kompetenz des Nationalsozialismus in diesen Dingen waren nicht zuletzt Massenkundgebungen oder Truppenparaden. Wie die Exilberichte zeigen, waren selbst „nicht bekehrte Marxisten“ von Veranstaltungen wie dem Nürnberger Parteitag beeindruckt¹³³. Es ist davon auszugehen, daß es dem Dritten Reich auch gerade hiermit gelang, sich besonders öffentlichkeitswirksam als Ordnungsfaktor zu präsentieren.

2. Nation, Aufrüstung, Krieg

Es ist anhand der sozialistischen Berichte unschwer zu erkennen, daß es dem Dritten Reich gelang, den vorherrschenden, im Grunde genommen ungebrochenen Nationalismus in seinem Sinn zu funktionalisieren. Der Nationalismus war und blieb eine durchgängige Grundstimmung und verhinderte zum Teil auch die Arbeit gegen den NS-Staat. „Das Nationale hat so große Anziehungskraft“, bemerkten die Deutschland-Berichte in einer der ersten Ausgaben, „daß sogar ein Teil der Arbeiter eine solche Störungspropaganda als Sabotage an der Aufbauarbeit des Regimes empfinden würde“¹³⁴. Günstig wirkte es sich dabei für das Dritte Reich aus, daß selbst kritisch zum Nationalsozialismus eingestellte Kreise national waren. „Unsere Leute“, resümierte 1936 ein Sopade-Vertrauensmann, „sind heute jeder anationalen Haltung abgeneigt, sie sind zwar für eine internationale Verständigung, sie fühlen sich aber in erster Linie als Deutsche“. Das könne man ihnen nicht austreiben¹³⁵. In dieser Entwicklung hatten vor allem das Erlebnis des Ersten Weltkrieges und die für die Mehrheit überraschend erfolgte Niederlage eine überragende Rolle gespielt. Das national Verbindende wurde, wie das Exil erkannte, der „Nenner Versailles“¹³⁶, der „außerordentlich tief im ganzen Volk verwurzelt“ sei. Es erscheine deswegen kaum als Wunder, vermerkten 1939 im Rückblick die Deutschland-Berichte, „wenn diese Anklage auf die Jugend wirkt, die die Zeit von Versailles nicht miterlebt hat, sie hat

¹³⁰ DB 1938 (Juli), S. 763; nahezu wortgleich IB-Bericht 14 (Juli 1938), S. 5.

¹³¹ Vgl. StA DT, M1 IP/670, Bl. 113, Anonymes Schreiben an die Polizeiverwaltung Minden, 31. 7. 35.

¹³² Vgl. z. B. DB 1938 (Juli), S. 759.

¹³³ DB 1937 (Sept.), S. 1226; NB-Lagebericht 7 (Mai 1934), S. 5.

¹³⁴ DB 1934 (Juni/Juli), S. 210.

¹³⁵ DB 1936 (Febr.), S. 157. Zur Diskussion in der Linken vgl. z. B. Lothar Erdmann, Nation, Gewerkschaften und Sozialismus, in: Die Arbeit 10 (1933), S. 129–161, hier S. 129; Geiger, Soziale Schichtung, S. 113.

¹³⁶ DB 1939 (April), S. 429; folgendes Zitat DB 1940 (Febr.), S. 107.

[. . .] auch auf die Älteren gewirkt. Es ist merkwürdig, die Leute hören die Verurteilung des Friedensvertrages von Versailles seit 20 Jahren, sie hören sie seit 10 Jahren in einem ununterbrochenen Wortschwall, und dennoch sprechen sie heute so, als hätten sie alle Argumente, die Hitler gegen Versailles vorbrachte, . . . zum ersten Mal gehört. Alle sind [. . .] überzeugt, daß Versailles ein ungeheures Unrecht war, das wieder gutgemacht werden mußte. Das trifft auch für die Nazi-Gegner zu.¹³⁷

Versailles wurde zum Universalschuldigen für Fehlentwicklungen, Nachteile und persönliche Mißerfolge in der Nachkriegszeit, und die Annahme unter Arbeitnehmern, der Friedensvertrag sei „am Tiefstand der Existenzmöglichkeiten des deutschen Arbeiters schuld“, war nicht selten¹³⁸.

Man kann den sozialistischen Berichten und den Parallelquellen entnehmen, daß die gesamte Vorkriegszeit, aber ebenso, wenn auch weniger euphorisch, die Kriegsjahre von einer nationalistischen Stimmung erfüllt waren. Mitte der dreißiger Jahre erreichten das Exil bereits Meldungen, daß selbst politische Gegner, selbst „Leute, die früher links von uns standen und sogar Kommunisten waren“, nachdem sie in einen Rüstungsbetrieb eingestellt worden waren, zu Verteidigern des Regimes wurden¹³⁹. Dabei war der unter Rüstungsarbeitern vorhandene Nationalismus, der oft auch mit dem Übergang zu explizit nationalsozialistischen Positionen verbunden war¹⁴⁰, nicht die Ausnahme. Deutschland mache nicht den Eindruck, urteilte man in der Emigration bereits 1934, „daß die Hurra-Stimmung etwa durch den Terror des Regimes allein erzeugt wird“¹⁴¹.

Schon 1933 war nach Angaben der Gruppe Neu Beginnen der Austritt aus dem Völkerbund durch „eine regelrechte nationale Begeisterung“ begleitet worden, auch hier hätten selbst unter Arbeitern „sehr einheitlich“ die „patriotischen Stimmungen Oberwasser“ gehabt¹⁴². Vielfach gebrochen durch Phasen von Kriegspsychosen, erreichte der Nationalismus seinen Höhepunkt bei der Besetzung des Rheinlandes 1936 und beim Anschluß Österreichs 1938. Deutlich zeigen die Berichte allerdings auch, daß sich jedes Mal die Begeisterung erst dann wirklich entwickelte, als – oft wider Erwarten – kein Krieg begann.

Die sozialistischen Meldungen lassen keinen Zweifel daran, daß sich die Stimmung beim tatsächlichen Beginn der militärischen Auseinandersetzung im September 1939 auffällig genau wie in der Vorkriegszeit entwickelte. Einerseits bestätigen sie die in der Forschung vertretene Auffassung¹⁴³, die Mehrheit der Deutschen sei zu Kriegsbeginn ebensowenig begeistert gewesen wie etwa in den ersten Stunden der Rheinlandbesetzung oder des Anschlusses Österreichs. Nach Aussage der Sozialistischen Informations-Briefe fragten sich insbesondere diejenigen, „die in den letzten Jahren

¹³⁷ DB 1939 (April), S. 426; ebenso DB 1939 (Mai), S. 583.

¹³⁸ DB 1936 (März), S. 313.

¹³⁹ DB 1935 (März), S. 283.

¹⁴⁰ Vgl. unten S. 465.

¹⁴¹ DB 1934 (Nov./Dez.), S. 725.

¹⁴² NB-Lagebericht [1/2] (Dez. 1933), S. 4.

¹⁴³ Vgl. z. B. Steinert, Krieg, S. 26.

gut verdient hatten“, ob dieser Krieg nicht vermeidbar gewesen sei, man habe doch „gut gelebt“¹⁴⁴. Andererseits machen die Berichte aber auch deutlich, daß diese Antikriegsstimmung wiederum nicht anhielt, sondern wie 1936 oder 1938 in dem Maße zurückging, in dem die gehegten Befürchtungen nicht eintraten. Bezeichnenderweise sprach eine 1944 verfaßte Denkschrift der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“¹⁴⁵ im Rückblick auf den September 1939 von einer „nachträgliche[n] Kriegsbegeisterung, da ‚alles gut gegangen‘ war“¹⁴⁶. In der Bevölkerung fürchte man „jetzt den Krieg nicht mehr“, bemerkten die Deutschland-Berichte Anfang 1940, denn „er erscheint jetzt viel weniger schrecklich“. Man komme „ja auch zurück“ und es seien „ja nur 10 000 gefallen, was macht das schon bei einem 90-Millionen-Volk“¹⁴⁷.

Hinter diesem Stimmungswechsel stand in nicht geringem Ausmaß, wie die Meldungen unschwer erkennen lassen, die Auffassung, man befinde sich im Recht und halte sich nach wie vor im Rahmen einer „berechtigten Revision“ des Versailler Vertrags. So hatten die Berichte bereits seit März 1939 immer wieder festgestellt, in der Bevölkerung werde „viel über den polnischen Korridor diskutiert“, und dabei sei „die fast übereinstimmende Meinung [. . .], daß dieses Gebiet wieder an Deutschland zurückgegeben werden müsse“¹⁴⁸. Insbesondere nach dem offensichtlich als Einmischung empfundenen Brief Roosevelts vom April 1939, in dem dieser Deutschland zu einer Nichtangriffsgarantie für insgesamt 31 Staaten aufgefordert hatte, war in der Bevölkerung „der Kampf Hitlers gegen Versailles [. . .] erneut gerechtfertigt“ erschienen¹⁴⁹. Nicht zuletzt fanden die Beobachter vor Kriegsbeginn „fast überall“ die Meinung, daß „es den Polen ganz recht geschehe, wenn es ihnen an den Kragen ginge“¹⁵⁰. Man müsse es deshalb „als Tatsache hinnehmen“, so die Deutschland-Berichte bereits im März 1939, daß „im deutschen Volke unter Einschluß der Nazigeegner ein Vorgehen gegen Polen, und wenn es Krieg wäre, allgemein auf Zustimmung stoßen würde“. Für das Exil war jedenfalls eindeutig, daß in der Bevölkerung, trotz aller Kriegsfurcht, der „Kampf gegen Polen [. . .] populär“ sei¹⁵¹.

¹⁴⁴ SIB 48 (Okt. 1939), S. 23; ähnlich DB 1940 (März), S. 165.

¹⁴⁵ Innerhalb der „Union“ waren ab 1941 unter anderem die Londoner Vertretung der SPD sowie Teile der Gruppe Neu Beginnen tätig.

¹⁴⁶ AdsD, ES/182, Union, „Im Kriege“, o. O. o. J. [1944], S. 3.

¹⁴⁷ DB 1940 (Jan.), S. 29.

¹⁴⁸ DB 1939 (März), S. 275.

¹⁴⁹ DB 1939 (April), S. 428. Von regimeinterner Seite wird dies bestätigt. So äußerte etwa der später am 20. Juli beteiligte General Hoepner, die Polenfrage müsse ja einmal gelöst werden; vgl. Ulrich Heinemann, Krieg und Frieden an der „inneren Front“. Normalität und Zustimmung, Terror und Opposition im Dritten Reich, in: Christoph Kleßmann (Hrsg.), Nicht nur Hitlers Krieg. Der Zweite Weltkrieg und die Deutschen, Düsseldorf 1989, S. 25–49, hier S. 35.

¹⁵⁰ DB 1939 (März), S. 275; folgende Wiedergaben ebenda. Vgl. dazu auch Leonidas E. Hill (Hrsg.), Die Weizsäcker-Papiere, Berlin 1974, S. 157.

¹⁵¹ SIB (Dez. 1939), S. 33. Nicht zuletzt waren dafür auch die traditionellen Vorurteile in der Bevölkerung gegen Polen verantwortlich, wie sie in den Exilberichten sehr zahlreich vermerkt wurden; vgl. Stöver, Volksgemeinschaft, S. 206 f.

Es spricht zudem für die These, man habe höchstens die Nachteile einer militärischen Auseinandersetzung gefürchtet, nicht aber den Krieg grundsätzlich, z. B. aus überzeugtem Pazifismus, abgelehnt, daß bezeichnenderweise nicht nur „keine aktive Antikriegsstimmung“¹⁵² aufkam, sondern auch ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn „von einer defatistischen Stimmung [...] nichts zu bemerken“ war¹⁵³. Statt dessen fanden die Vertrauensleute immer mehr Belege für eine deutliche Solidarisierung mit dem Regime im Krieg. Diese äußerte sich zum Beispiel in der „Vorstellung von dem Boot, in dem alle sitzen“¹⁵⁴, oder in der Auffassung, man müsse „in Kriegszeiten zu seinem Land stehen“¹⁵⁵ und deshalb „zum Führer halten, eine Revolution wäre Verrat“¹⁵⁶. Darüber hinaus wiesen die Meldungen wiederholt darauf hin, daß „gegen alle Erwartung die Perspektiven des Nazismus im Volk populär sind“¹⁵⁷. Es sei daher auch ein Irrtum zu glauben, schrieb ein Berichterstatter der Sopade 1940, „wenn man den Krieg im Reich für unpopulär hält und den Willen zum Sieg gering einschätzt“. Bezeichnenderweise äußerte bekanntlich auch Hitler in einer Oberbefehlshaberbesprechung im November 1939, er halte die Moral der Deutschen für so gut, „daß sie nur schlechter werden“ könne¹⁵⁸.

Trotz bestehender Befürchtungen war die Akzeptanz der militärischen Auseinandersetzung sicherlich mehr als die bereits in den sechziger Jahren zitierte „widerwillige Loyalität“¹⁵⁹, einen Begriff, den Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul mit dem Terminus der „loyalen Widerwilligkeit“ wiederbelebt haben¹⁶⁰. Die sozialistischen Berichte bestätigen ausdrücklich die erst in den letzten Jahren von der Forschung betonte Einschätzung, es sei „nicht nur Hitlers Krieg“ gewesen¹⁶¹. „Viele glauben“, hieß es in den Deutschland-Berichten 1940, „daß diesmal der Krieg gewonnen werden kann“¹⁶². Es sei jetzt „die große Abrechnung“, zitierten die Berichte einen Angestellten im November 1939, England werde „dieses Mal Hören und Sehen vergehen“¹⁶³. Ähnliche, teilweise gleichlautende Aussagen, die belegen, daß die

¹⁵² DB 1940 (Jan.), S. 25.

¹⁵³ DB 1940 (April), S. 223.

¹⁵⁴ DB 1939 (Nov.), S. 1024, 1026.

¹⁵⁵ DB 1940 (Jan.), S. 14.

¹⁵⁶ DB 1940 (April), S. 223; DB 1940 (März), S. 160.

¹⁵⁷ DB 1940 (Febr.), S. 112; folgende Zitate ebenda.

¹⁵⁸ Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Nr. 384, S. 345–350, hier S. 350. In der Literatur findet man zu diesem Zitat in der Regel die Interpretation, Hitler sei sich der Deutschen „nicht mehr ganz sicher“ gewesen. (Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, *Großdeutschland, Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes*, München 1993, S. 164.) Meines Erachtens steht diese Deutung dem Gesamthalt der Ausführungen Hitlers entgegen und widerspricht auch den vorhandenen Erkenntnissen zur Volksstimmung Ende 1939.

¹⁵⁹ Helmut Krausnick u. a., *Der deutsche Widerstand und die Alliierten*, in: *Vollmacht des Gewissens*, hrsg. von der Europäischen Publikation e. V., Bd. II, Frankfurt a. M. 1965, S. 475–522, hier S. 482.

¹⁶⁰ Vgl. Anm. 1.

¹⁶¹ Kleßmann, *Krieg*, Vorwort.

¹⁶² DB 1940 (Jan.), S. 24.

¹⁶³ DB 1939 (Nov.), S. 1030.

Auffassung eines „zweiten Griffs nach der Weltmacht“ durchaus vorhanden war, registrierten auch die regimeinternen Meldungen¹⁶⁴. Nach Meinung der Sopade-Berichte hatte sich diese Vorstellung „so in den Köpfen festgesetzt, daß es sogar Leute gibt, die daraus folgern: wenn nicht in diesem, dann muß England in einem nächsten Krieg geschlagen und vernichtet werden. Deshalb will man durchhalten, um diese – wie der Nationalsozialismus dem Volke weismacht – nun einmal schicksalhafte Prüfung Deutschlands zu bestehen. Nur so ist es verständlich, daß die schweren Belastungen von der Bevölkerung ertragen werden und nicht zum Aufbegehren, sondern eher zum Gegenteil führen. Wenn man im Reich die Ohren aufhält, so hört man von allen Leuten nur Klagen. Alle diese Äußerungen der Verstimmung [. . .] sind aber nicht von politischen Schlussfolgerungen begleitet, oder wenn, dann von dem pro-nazistischen. Dem Ausruf des Unmuts folgt immer wieder die gehorsame Feststellung, es sei ja nicht anders möglich, sei notwendig, könne nicht umgangen werden.“¹⁶⁵

Damit korrespondierte, daß sich nicht nur die Friedenshoffnungen zunächst deutlich in Richtung eines „Sieg-Friedens“ verschoben¹⁶⁶, sondern auch, daß nach den Exilrecherchen allgemein „das Gift des Eroberungswillens [. . .] schon stark in die Volksmeinung eingedrungen“ war¹⁶⁷. Bereits vor dem Krieg hatten viele „die Eroberungsabsichten Hitlers als verständlich, wenn nicht gar als gerecht“ empfunden¹⁶⁸, und schon Mitte der dreißiger Jahre waren von den Vertrauensleuten „Patrioten“ ausgemacht worden, „die schon davon schwärmen, daß die Ukraine eine zukünftige deutsche Provinz wird“¹⁶⁹. Dies war mit der Hoffnung auf zukünftige deutsche Größe verknüpft, aber auch mit der Aussicht auf den eigenen sozialen und beruflichen Aufstieg.

Die sozialistischen Berichte zeigen darüber hinaus, daß im weiteren Verlauf des Krieges, insbesondere nach dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie 1941/42, zwar die Hoffnungen auf ein schnelles Ende des Krieges nachließen, die Verbundenheit mit dem Regime aber nur wenig abgeschwächt wurde. Maßgeblich dafür waren, wenn man den Meldungen folgt, vor allem die alliierten Nachkriegsplanungen, die eine erneute Stabilisierung bewirkten, die vom Exil ebenfalls wieder als „negative Massengrundlage für das Regime“ bezeichnet wurde¹⁷⁰. Schon 1939/40 waren die Befürchtungen in der Bevölkerung in Richtung eines „Über-Versailles“ im Falle einer deutschen Niederlage gegangen, woran nach Exilmeinung die nationalsozialistische Propaganda einen erheblichen Anteil hatte¹⁷¹. Besondere Wirksamkeit¹⁷² entwickelte demnach die im Entstehungsjahr 1941 vom Reichspropagandaministerium ins Deut-

¹⁶⁴ StA DT, M18/19, Bl. 22, Lagebericht SD Bielefeld, 14. 3. 1942.

¹⁶⁵ DB 1940 (Febr.), S. 97 f.

¹⁶⁶ DB 1940 (Jan.), S. 13; entsprechend StA DT, M18/13, Bl. 99, Lagebericht SD Höxter, 26. 6. 41, und StA DT M18/19, Bl. 20, Lagebericht SD Dortmund, 14. 3. 42.

¹⁶⁷ DB 1939 (April), S. 431.

¹⁶⁸ DB 1939 (Juli), S. 840/842.

¹⁶⁹ DB 1936 (Dez.), S. 1548.

¹⁷⁰ DB 1940 (Febr.), S. 104.

¹⁷¹ Vgl. z. B. DB 1940 (Jan.), S. 28; DB 1940 (April), S. 222 f.

¹⁷² Vgl. IGR 26 (May 1944), S. 19; SM 43 (Nov. 1943), S. III f.

sche übersetzte und publizierte Schrift des Amerikaners Theodore N. Kaufman „Germany must perish“, in der die physische Vernichtung der Deutschen gefordert und als angeblicher Plan detailliert beschrieben wurde¹⁷³. Befriedigt stellte der SD 1942 fest, daß zur Klarstellung der Notwendigkeit des Krieges „nicht zuletzt die Verbreitung der Handschrift des amerikanischen Juden Kaufman beigetragen“ habe¹⁷⁴. Parallel dazu lösten Schriften des britischen Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Lord Vansittart, oder des sowjetischen Wirtschaftsexperten und Stalinberaters Jenö (Eugen) Varga, aber auch beispielsweise die Atlantik-Charta ähnliche Unruhe aus¹⁷⁵. „Aufteilungsphantasien“¹⁷⁶ oder Kollektivschuldthesen, so hatten sowohl Neu Beginnen als auch die Sopade bereits am Beginn des Krieges kritisiert, seien deshalb völlig untauglich, die Deutschen von ihrer Führung zu trennen. Man brauche dazu nur zu verfolgen, „mit welcher Begierde die Nazipresse jede Rede und jeden Artikel eines westeuropäischen Politikers oder eines von allen guten Geistern verlassenen Emigranten aufgreift [. . .]“, wenn es darum gehe, mit Hilfe alliierter Nachkriegsplanungen die Verbundenheit mit dem Regime zu stärken.

3. Ideologische Mobilisierung

Auf ideologischem Gebiet läßt sich die gegenüber dem Dritten Reich vorhandene Loyalität anhand der Berichte vor allem daran ablesen, wie rasch und in welchem Ausmaß NS-Argumentationsmuster in der Bevölkerung aufgenommen wurden. Neu Beginnen sprach bereits im Dezember 1933 in der ersten Ausgabe der Lageberichte von einem „Einbruch faschistischer Ideologien in alle Klassen der deutschen Gesellschaft“¹⁷⁷. Auffällig ist bei Durchsicht der Meldungen in der Tat, daß bestimmte Propagandaformeln auch „von dem Regime sonst kritisch Gegenüberstehenden“¹⁷⁸ aufgenommen wurden, selbst solche Bezüge, an die „vorher kein Mensch in Deutschland [. . .] gedacht hat“¹⁷⁹. Ein besonders deutliches Beispiel dafür ist die Goebbels-Interpretation der militärischen Auseinandersetzung als „Klassenkampf der Völker“, die bereits kurz nach ihrer ersten Erwähnung „häufig aufgegriffen“

¹⁷³ Vgl. Wolfgang Diewerge, Das Kriegsziel der Weltplutokratie. Dokumentarische Veröffentlichung zu dem Buch des Präsidenten der amerikanischen Friedensgesellschaft Theodore Nathan Kaufman „Deutschland muß sterben“, Berlin 1941. Zum Hintergrund Wolfgang Benz, Judenvernichtung aus Notwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufman, in: VfZ 29 (1981), S. 615–630.

¹⁷⁴ StA DT M18/19, Lagebericht SD Bielefeld, 14.3. 1942. Weitere Nachweise auch zur gezielten propagandistischen Verarbeitung: StA DT, L113/523, Gaupropagandaleitung Westfalen-Nord, 7.7. 1944, und StA DT, L113/522 vom 13.8. 1944.

¹⁷⁵ Zu Vansittart: SM 40 (1.8. 42), S.7; IGR 22 (June 1942), S.12. Zu Varga: IGR 26 (May 1944), S.19; SM 43 (Nov. 1943), S.III f.; SM 63/64 (Juni/Juli 1944), S.6. Zur Atlantic-Charta: IGR 22 (June 1942), S.12.

¹⁷⁶ SIB 49 (Dez. 1939), S.16; folgende Zitate ebenda, S.17.

¹⁷⁷ NB-Lagebericht o. Nr. [1/2] (Dez. 1933), S.13; NB-Lagebericht 15 (Juni 1935), S.6.

¹⁷⁸ SIB 46/47 (Juli 1939), S.32.

¹⁷⁹ DB 1940 (April), S.223.

wurde¹⁸⁰. Goebbels finde immer dann „am meisten Anklang, insbesondere auch bei Arbeitern, wenn er auf den Reichtum Englands und die Armut Italiens und Deutschlands aufmerksam macht“, schrieb 1939 die Deutschland-Berichte¹⁸¹. Und der Neu-Beginnen-Grenzsekretär Knoeringer konstatierte 1940 in einer Denkschrift, es gebe viele Deutsche, „die ohne Nazi zu sein, sagen: ‚Na, wenn schon Krieg, vielleicht ist er notwendig, weil die Welt sonst das Lebensrecht Deutschlands nicht anerkennt‘“¹⁸². Daß dabei vielfach die „Logik der Tatsachen“ der Propaganda in die Hände spielte, also beispielsweise Nahrungsmittelmangel die „Lebensraumtheorien“ unterstützte, ist evident¹⁸³.

Ähnliche Übernahmen nationalsozialistischer Gedankengüter lassen sich anhand der Meldungen vielfältig aufführen. So ist unbezweifelbar, daß die antijüdische Propaganda wirksam war, insbesondere wenn sie die Vorstellung einer politisch-wirtschaftlichen Allmacht des Judentums betraf¹⁸⁴. So nannten die sozialistischen Berichte Kleingewerbetreibende, die durch die NS-Wirtschaftspolitik verursachten „Außenhandelschwierigkeiten auf irgendeinen geheimen Trick der Juden“ zurückführten¹⁸⁵, oder ehemalige SPD-Mitglieder, die annahmen, „daß es ein Fehler war, daß wir so viele Juden an unseren führenden Stellen hatten“¹⁸⁶. Auch bei Arbeitern wiesen die Meldungen antisemitische Vorbehalte nach¹⁸⁷. Insgesamt waren es nach ihren Recherchen „nicht wenige, die, obwohl keine Nationalsozialisten, dennoch in gewissen Grenzen damit einverstanden sind, daß man den Juden die Rechte beschneidet, sie vom deutschen Volke trennt. Diese Meinung vertreten auch sehr viele Sozialisten. Sie sind zwar nicht mit den harten Methoden einverstanden, die die Nazis anwenden, aber sie sagen doch: ‚Den Juden schadet's nicht.‘“¹⁸⁸

Es gibt in den sozialistischen Berichten eine Vielzahl von Belegen, nach denen „Arier“ die nationalsozialistische Judenpolitik dazu nutzten, ihre jüdischen Konkurrenten auszuschalten und damit zumindest ihre Bereitschaft zur Annahme von NS-Gedankengut zeigten. Nachweisbar ist dies etwa unter Handel- und Gewerbetreibenden, unter Ärzten oder unter Rechtsanwälten. Auch Studenten gingen teilweise davon aus, ihnen würden „durch Juden- und Marxistenverfolgung wirtschaftliche Wege geöffnet“¹⁸⁹. Es gibt aber ebenso Berichte, die zeigen, wie leicht man über antisemitische Vorbehalte hinweggehen konnte, wenn man von jüdischer Kundschaft ab-

¹⁸⁰ Ebenda. Der Aufsatz „Klassenkampf der Völker“ erschien am 3.9. 1939 als Leitartikel, abgedruckt in: Joseph Goebbels, Die Zeit ohne Beispiel. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1939/40/41, München 1941, S.157–163. Auch Hitler hatte im Reichstag am 30.1. 1939 ähnlich argumentiert.

¹⁸¹ DB 1939 (Juni), S.694.

¹⁸² AdsD, NLK/137, [Knoeringer] Bemerkungen zu den Sendungen seit 1. Februar 1940, S.13.

¹⁸³ Vgl. z.B. DB 1939 (April), S.431.

¹⁸⁴ Vgl. z.B. DB 1934 (April/Mai), S.50.

¹⁸⁵ DB 1934 (April/Mai), S.50.

¹⁸⁶ DB 1935 (Sept.), S.1021.

¹⁸⁷ Vgl. DIB 61 (29.4. 40), S.13.

¹⁸⁸ DB 1936 (Jan.), S.26.

¹⁸⁹ DB 1934 (Mai/Juni), S.117.

hängig war oder in jüdischen Geschäften preiswerter einkaufen konnte. Am ausgeprägtesten scheint dies auf dem Land gewesen zu sein, wo noch im letzten Drittel der dreißiger Jahre jüdische Viehhändler tätig sein konnten. Seinen Grund hatte dies nicht nur darin, daß die „arischen“ Konkurrenten nicht in der Lage waren, die Aufgaben vollständig zu übernehmen; vor allem hielten die Bauern an den jüdischen Viehhändlern fest, weil sie bei ihnen einen besseren Erlös erzielten¹⁹⁰.

Auch dieses Verhalten gegenüber Juden ist in einem Teil der Forschung als Widerstand bezeichnet worden¹⁹¹, und es stellt sich die Frage, inwieweit es sich um „Resistenz“, um eine Begrenzung des umfassenden NS-Herrschaftsanspruches handelte. Nach den sozialistischen Berichten zu urteilen, lag diesen Bauern jedoch eine politische Demonstration gegen den Nationalsozialismus oder für die freie Berufsausübung von jüdischen Viehhändlern eher fern. Ihr Handeln war überwiegend von praktischen Erwägungen geleitet, was auch die staatlichen Stellen feststellten¹⁹². Eine Motivation, den NS-Staat zu schwächen, ist keinesfalls nachweisbar. Daß auch andere Bevölkerungsgruppen zum Beispiel den Einkauf in jüdischen Geschäften nicht als Loyalitätseinschränkung gegenüber dem NS-Staat betrachteten, ist daraus zu ersehen, daß auch NSDAP-Mitglieder, Beamte, SA- oder SS-Leute keine Hemmungen zeigten, dort einzukaufen¹⁹³.

Belege für eine verbreitete Judenfeindschaft fanden die Beobachter auch bei antisemitischen Krawallen, an denen sich offensichtlich auch Deutsche beteiligten, die nicht zur SA oder zu anderen NS-Verbänden gehörten. Man solle sich nicht täuschen lassen, hatte ein Sopade-Vertrauensmann bereits vor dem Pogrom 1938 gewarnt, viele Menschen seien „infolge der langen antisemitischen Hetze selbst antisemitisch geworden“¹⁹⁴. In letzter Konsequenz stellten die Berichte jedoch gegenüber der NS-Judenpolitik immer häufiger einen Abstumpfungsprozess fest¹⁹⁵. Dazu gehörte dann schließlich auch, daß eine Auseinandersetzung mit den kursierenden Gerüchten über die „Endlösung“, wie sie die Exilberichte ebenfalls wiedergaben, im wesentlichen nicht stattfand.

Ähnliche Wirksamkeit besaß nach Erkenntnissen des Exils das bereits erwähnte antibolschewistische Feindbild. Angesichts des grundlegenden und übergreifenden gesellschaftlichen Konsenses hatte die Sopade 1934 auch diesen Bereich als eine „negative Massengrundlage des Regimes“ bezeichnet¹⁹⁶. Gerade während des spanischen Bürgerkriegs und dann wieder während des Krieges gegen die Sowjetunion zeigten die Berichte vor allem die schnelle Verbreitung der Vorstellung von Hitler als „Ret-

¹⁹⁰ Vgl. z. B. DB 1937 (Nov.), S. 1573; DB 1935 (Juli), S. 813.

¹⁹¹ Vgl. Hans Mommsen u. a., Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933–1943, in: Ders. u. a. (Hrsg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 374–486, hier S. 377.

¹⁹² Vgl. StA DT, M1 IP/630, S. 247, Lagebericht Regierungspräsident Minden, Nov./Dez. 1935.

¹⁹³ Vgl. z. B. DB 1934 (Aug./Sept.), S. 392.

¹⁹⁴ DB 1938 (Juli), S. 758.

¹⁹⁵ Vgl. DB 1935 (Aug.), S. 928 f.

¹⁹⁶ DB 1934 (Mai/Juni), S. 172.

ter“ vor der Gefahr einer Bolschewisierung Europas¹⁹⁷. Selbst in der Arbeiterschaft war angesichts der propagierten Alternative offensichtlich häufiger die Meinung „dann schon lieber Hitler“ vertreten¹⁹⁸.

Als ein weiterer Beleg für die gelungene ideologische Mobilisierung wurde vom Exil die Mitarbeit in NS-Organisationen gewertet¹⁹⁹. Dies war insofern folgerichtig, als der NS-Staat von Beginn an darauf achtete, daß Personen, die offizielle Ämter oder staatliche bzw. parteiamtliche Positionen bekleideten, loyal zum Nationalsozialismus standen. Die Berichte geben eine Vielzahl von Belegen, die zeigen, daß selbst ehemalige Gegner des Dritten Reiches sich für die Mitarbeit in verschiedenen Organisationen gewinnen ließen²⁰⁰. Dies bestätigen auch die regimeinternen Akten, in denen zuweilen die frühere SPD-Mitgliedschaft eines NSDAP-Ortsgruppenleiters oder die KPD-Zugehörigkeit eines NS-Amtswalters angesprochen wurde²⁰¹.

Grundsätzlich tat man sich im Exil sowohl mit der Tatsache, daß es solche „Überläufer“ gab, als auch mit der Frage nach den Gründen dafür sehr schwer. In der Regel vermutete man, daß diese „den Weg der Gleichschaltung, von dem sie sich die Rettung ihrer Existenz versprachen, für das „kleinere Übel“ hielten²⁰². Darüber hinaus wurde allerdings auch der Anziehungskraft des „Nationalen Sozialismus“ erhebliche Bedeutung zugeschrieben. Häufiger mußten die Vertrauensleute von ehemaligen Oppositionellen hören, der Nationalsozialismus bewirke „heute viel, was eigentlich wir hätten machen sollen“²⁰³. Dazu gehörten vor allem die Angebote des Amtes „Kraft durch Freude“, das bekanntermaßen für solche populären Projekte wie den KdF-Wagen oder die KdF-Reisen verantwortlich zeichnete²⁰⁴. KdF erschien, wie die Sopade bereits 1936 konstatierte, „geradezu [als] ein Symbol des von der NSDAP repräsentierten „Nationalen Sozialismus““²⁰⁵. Dabei sollte nicht unterschlagen werden, so das Exil, daß solche Angebote gleichzeitig „eine geschickte Spekulation auf die kleinbürgerlichen Neigungen“ seien, denn so entstehe nicht zuletzt das Gefühl, daß man „dadurch in der sozialen Stufenleiter eine Sprosse höher gekommen sei“²⁰⁶. Aber KdF wirkte eben nicht nur durch spektakuläre Maßnahmen. Die sozialistischen Berichte vermitteln überdies ein anschauliches Bild, in welchem Umfang hier die Verknüpfung von Freizeit und Indoktrination gelang. Gerade die

¹⁹⁷ Vgl. z. B. SWB 30 (Sept. 1937), S. 15.

¹⁹⁸ DB 1936 (Sept.), S. 1096.

¹⁹⁹ Vgl. NB-Lagebericht 14 (Mai 1935), S. 3.

²⁰⁰ Vgl. z. B. DB 1935, S. 448; DB 1936, S. 177, 726 f., 743, 874; DB 1937, S. 949, 1260, 1276; DB 1938, S. 582; DIB 61, S. 11; NB-Lagebericht 8, S. 15.

²⁰¹ Vgl. StA DT, L113/401, Kreisleiter Detmold an einen Ortsgruppenleiter, 21. 1. 1935.

²⁰² AdSD, ES 96, Jahresbericht 1933/Karlsbad, 8. 1. 1934 [Willi Lange]. Hannah Arendt hat 1964 noch einmal dieses Argument angeführt, um die massenhafte „Hinnahme“-Mentalität der Deutschen zu charakterisieren; vgl. Hanna Arendt, Was heißt persönliche Verantwortung unter einer Diktatur?, in: Dies., Nach Auschwitz. Essays und Kommentare 1, Berlin 1989, S. 81–97, hier S. 85 f.

²⁰³ DIB 61 (29. 4. 1940), S. 9.

²⁰⁴ Zum gesamten Bereich Stöver, Volksgemeinschaft, S. 271 ff.

²⁰⁵ DB 1936 (Juli), S. 880.

²⁰⁶ DB 1938 (Febr.), S. 172.

von diesem Amt aus organisierten Kameradschaftsabende, Maikundgebungen oder Sportaktivitäten fanden regen Zuspruch, weil sie in der Regel kaum als politische Veranstaltung, sondern als Freizeit verstanden wurden. Damit korrespondierte, daß mancherorts die direkte Politisierung bisweilen auf Unwillen stieß und der NS-Staat sich in solchen Fällen beeilte, den freizeitorientierten Charakter solcher Veranstaltungen noch stärker zu betonen. Von Exilseite jedenfalls hatte man ebenso wie auf staatlicher Seite den Eindruck, hier zeige sich am deutlichsten, in welchem Umfang die angestrebte „Volksgemeinschaft“ bereits gelungen sei²⁰⁷.

Gerade diese Anerkennung von Leistungen des Dritten Reiches erscheint als wesentliche Triebfeder, die zur Mitarbeit in Organisationen führte. Dabei mußte es ja nicht immer eine auf den ersten Blick verantwortungsvolle Position sein. Vielfach wurden von ehemaligen NS-Gegnern nur die unpolitischen Aufgaben zum Beispiel eines Sportwarts wahrgenommen, was allerdings letztendlich eben auch eine Unterstützung des NS-Staats bedeutete. Bezeichnend für die Tragweite dieser Verhaltensweisen ist, daß das Exil glaubte, daß solche Personen für den Widerstand nicht mehr in Frage kämen²⁰⁸.

Diese indirekte Ideologisierung beobachtete das Exil darüber hinaus vor allem auch im Arbeitsleben. Hier gelinge es, warnte die Sopade 1938, auch bisher abseits stehende Personen „an ihrem Berufsehrgeiz zu packen und ihnen zugleich auf der Hintertreppe die Gesinnung anzuhängen, der sie beim Haupteingang ausgewichen sind“²⁰⁹. Dies ist am Beispiel der rassistisch begründeten Leistungsideologie besonders sichtbar. Angesprochen fühlten sich von der, wie die Sopade es empfand, „sehr wirksamen Leistungspropaganda“²¹⁰ nicht nur jene, die sich traditionell als Leistungselite definierten, also z. B. der neue Mittelstand, sondern auch und gerade Arbeiter, insbesondere aus der Rüstungsindustrie. Gerade in High-Tech-Bereichen, z. B. im Flugzeug- oder U-Boot-Bau, war dies zu beobachten. In den Heinkel-Werken in Rostock machte sich nach Erkenntnissen des Exils beispielsweise „geradezu ein neuer Berufsstolz breit“²¹¹, Messerschmitt-Beschäftigte ließen sich als „königliche Arbeiter“ und „Görings Kinder“ feiern, und auch in der U-Boot-Motorenfabrikation bei MAN in Augsburg übertrug sich das NS-Arbeitsethos „in geschickter Weise [. . .] auch auf die Arbeiterschaft [. . .]“²¹². Ähnliches wurde in der Autoindustrie beobachtet, wo sich ebenfalls nach Auffassung des Exils die nationalsozialistische „Spekulation an den Berufsehrgeiz [als] [. . .] richtig“ erwiesen hatte²¹³.

²⁰⁷ Für diese Tatsache gibt es eine Vielzahl von Belegen. Vgl. dazu die Angaben bei Stöver, *Volksgemeinschaft*, S. 271 ff.

²⁰⁸ Vgl. NB-Lagebericht 14 (Mai 1935), S. 3; DB 1934 (Juni/Juli), S. 211.

²⁰⁹ DB 1938 (Nov.), S. 1267.

²¹⁰ DB 1937 (Juni), S. 799.

²¹¹ DB 1934 (Juni/Juli), S. 210.

²¹² DB 1937 (Sept.), S. 1293.

²¹³ DB 1940 (Febr.), S. 128. Horch-Arbeiter etwa waren sehr stolz auf ihre Leistung, nachdem ihnen mitgeteilt worden war, „die deutschen Kraftwagen hätten sich in Polen ausgezeichnet bewährt und es kämen täglich Dankbriefe von den Soldaten aus dem Felde, die die gute Qualität rühmen“.

IV. Das Exil, das Regime und die Deutschen

Folgt man den Meldungen, so gab es folgende Entwicklung der Gesamtstimmung im nationalsozialistischen Deutschland. Zwischen 1933 und Anfang 1935 verhielt sich die Mehrheit der Deutschen gegenüber dem Dritten Reich anpassungsbereit und/oder abwartend. Die Berichte sprachen von einer „stimmungsmäßigen Bejahung durch die Mehrheit des Volkes“²¹⁴. Eine reale Chance zur Änderung der Machtverhältnisse schien dann zwischen 1935 und 1937 gegeben, als sich, durch die beginnende wirtschaftliche Normalisierung gefördert, unter anderem Lohnkämpfe entwickelten, die aber dann doch mehrheitlich in individualisierter Form verliefen. Die gleichermaßen von beiden sozialistischen Gruppen als „erwachender Widerstand“ gefeierten Aktionen stellten sich schließlich lediglich als Versuche von Arbeitnehmern heraus, die eigene ökonomische Lage in der Hochkonjunkturphase zu verbessern²¹⁵. Verbunden waren sie mit einer Betonung des Privatlebens. Dabei trug zur Enttäuschung des Exils maßgeblich bei, daß die Mehrzahl der Betroffenen, anders als z.T. in der Forschung dargestellt²¹⁶, dies nicht als Zwang, sondern als Teil der gewünschten Normalisierung nach der Weltwirtschaftskrise verstand. Auch die von Tim Mason betonte Resignation und Verbitterung in der Arbeiterschaft Mitte der dreißiger Jahre²¹⁷ läßt sich in dieser Form nicht in den Berichten nachvollziehen.

Gerade das private Moment verstärkte sich in der folgenden dritten Phase zwischen 1937/38 und 1942. Auch hier gab es wieder partielle Mißstimmungen, vor allem wegen Versorgungsmängeln, insgesamt aber, so etwa die resignierte Feststellung der Sopade im Sommer 1938, seien die „große[n] Massen [...] zu einer Erhebung gegen das System noch nicht reif“, da sie dazu neigten, „die außenpolitischen Erfolge Hitlers als vollen Gegenwert in Rechnung zu stellen“. Die Sozialdemokratie schein „nicht nur durch den Terror niedergeschlagen, sondern auch durch die Tatsachen widerlegt“²¹⁸.

Bezeichnenderweise bildete in dieser Bevölkerungsstimmung auch der Kriegsbeginn keine Zäsur. Der Krieg wurde zunächst „nicht als wesentliche Verschlechterung“ verstanden²¹⁹, das Leben erschien vielen „von dem vor dem Kriege nicht sehr verschieden“²²⁰ – es verlief zumindest in den ersten Jahren normal. Auch jetzt zeigte

²¹⁴ NB-Lagebericht o. Nr. [1/2] (Dez. 1933), S. 13; DB 1935 (Jan.), S. 135.

²¹⁵ DB 1935 (Jan.), S. 42; NB-Lagebericht 15 (Juni 1935), S. 2.

²¹⁶ So z. B. Ulrich Herbert, Arbeiterschaft im „Dritten Reich“. Zwischenbilanz und offene Fragen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), S. 320–360, hier S. 339.

²¹⁷ Vgl. Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1978, S. 245.

²¹⁸ Denkschriftentwurf der Sopade, Sommer 1938, in: Matthias, Gesicht, Dok. 37, S. 309–321, hier S. 320.

²¹⁹ DIB 59 (18. 1. 40), S. 4.

²²⁰ DIB 60 (28. 4. 40), S. 11.

sich, daß nach wie vor „alle Äußerungen der Verstimmung [...] nicht von politischen Schlußfolgerungen begleitet“ waren²²¹ und aufgespeicherte Mißstimmung sich zu meist „nicht in politischer Opposition, sondern in persönlichen Reibereien“ entlud²²².

Eine vierte Phase setzte Mitte 1942 mit einem „Stimmungsniedergang“²²³ ein, der nach Meinung des Exils gravierender war, als man aufgrund der militärischen Situation vermutete. Die Gründe lagen nach Recherchen der Vertrauensleute in der Erhöhung der Arbeitsnormen, den Rationskürzungen und den verstärkten Bombardierungen. Aber auch hier folgte die resignative Feststellung, daß „diese Stimmungsverschlechterung [...] nicht Ausdruck eines vorrevolutionären Stadiums“ sei²²⁴. Erst nach der Niederlage von Kursk im Juli 1943 erschien es den Sozialistischen Mitteilungen, offensichtlich wohl deshalb, weil wider Erwarten die Deutschen nicht die Initiative im Osten wiedererlangt hatten, daß jetzt „die Millionen Mitläufer und Gedankenlosen“, die „vorerst vor dem materiellen und politischen Terror der Hitlerdiktatur kapitulierte und dann bereit waren, Hitler auf dem Wege der leichten und schnellen Siege zu folgen“, sich der wahren Situation bewußt würden²²⁵.

Eine wirklich erfolgversprechende Chance für einen Umsturz gab es demzufolge während des gesamten Dritten Reiches nicht. Hier decken sich die Erkenntnisse der Emigration auffallend genau mit den Ergebnissen der regimieinternen Berichte. Den Meldungen zufolge wäre aber möglicherweise ein gelungener Umsturz im Juli 1944 von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen worden, wenn man der Nachfolgeregierung einen schnellen Friedensschluß zugetraut hätte. Diesen Schluß legen die Berichte, die die Union im Zusammenhang mit dem 20. Juli recherchierte, nahe. Die Annahme allerdings, zu diesem Zeitpunkt seien bereits 35 bis 40 Prozent der Bevölkerung bewußte NS-Gegner gewesen, muß wohl eher als Wunschvorstellung eines zu diesem Zeitpunkt bereits von den innerdeutschen Ereignissen weitgehend abgeschnittenen Exils charakterisiert werden²²⁶. Hier ist unter anderem das bekannte Argument anzuführen, daß gerade Frontsoldaten dem Einfluß des politischen Widerstandes weitgehend entzogen waren. In der April/Mai-Ausgabe 1945 der Sozialistischen Mitteilungen jedenfalls hatte man die Zahl der bewußten NS-Gegner bereits wieder auf „viele Tausend“ reduziert²²⁷. Insgesamt war wahrscheinlich die Zahl der „Indifferenten“, die die Union 1945 mit 30 Prozent bezifferte²²⁸, wesentlich höher. Für eine Zunahme dieser Gruppe spricht zumindest

²²¹ DB 1940 (Febr.), S. 98.

²²² SM 25 (April 1940), S. 5.

²²³ SM 40 (1.8. 42), S. 6.

²²⁴ Ebenda.

²²⁵ SM 52 (Aug. 1943), S. 3.

²²⁶ Vgl. [Union], Der 20. Juli 1944. Aus Berichten, die dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz London, vorliegen, London o. J. [1945], S. 8f.

²²⁷ SM 73/74 (April/Mai 1945), S. 6.

²²⁸ Vgl. [Union], 20. Juli 1944, S. 9.

die fortschreitende Resignation der Vertrauensleute, welche die anhaltende Wirkungslosigkeit ihrer Bemühungen sahen. Geradezu fassungslos beobachteten die Berichterstatter, wie ungerührt die Bevölkerung im allgemeinen und nicht zuletzt auch die besonders umworbene Arbeiterschaft zusah, wie der aktive Widerstand vernichtet wurde. Besonders enttäuscht waren sie über den Umfang, in dem es dem NS-Staat gelang, Konsensbereitschaft oder zumindest hinnehmende Indifferenz zu erzeugen. „Ich gebe gern zu“, schrieb Erich Rinner 1940 kurz vor der Einstellung der Lagemeldungen, „daß der Inhalt der Berichte zu dieser Enttäuschung noch mit beigetragen hat. Aber ich bin noch immer der Meinung, daß es [...] am besten ist, wenn wir es mit der Wahrheit halten“, denn selbst wenn man das Gegenteil mitgeteilt hätte, wäre die Depression nicht ausgeblieben, weil die Realität eben eine andere sei²²⁹.

Was bedeutet dieser Befund nun im Gesamtkomplex der Erforschung des Bevölkerungsverhaltens im Dritten Reich? Insgesamt läßt sich vor allem daraus ableiten, daß der NS-Staat sein Ziel, den Konsensstaat, also die mehrheitliche Zustimmung zum System zu schaffen, in weiten Teilen erreichte. Die Exilberichte gingen darüber hinaus sogar davon aus, daß sich allmählich eine neue staaterhaltende und staatstragende Schicht vor allem aus dem Bürgertum entwickele. Daraus folgt, daß die politisch bewusste Gegnerschaft schon in der zeitgenössischen Einschätzung des Exils tatsächlich ein „Widerstand ohne Volk“²³⁰ war. Der Befund macht darüber hinaus deutlich, daß der in letzter Zeit noch einmal kontrovers ins Blickfeld geratene „Resistenz“-Begriff, wenn man Resistenz als Vorstufe zum politischen Widerstand wertet, mit der Realität, wie ihn die sozialistischen und regimeinternen Berichte zeichnen, nicht übereinstimmt. Nicht „Resistenz“, Opposition oder Widerstand war das Hauptmerkmal des Bevölkerungsverhaltens, sondern die massenhafte Hinnahme des Gegebenen mit zeitweilig bewußtem und deutlichem Übergang zu nationalsozialistischen Positionen. Damit soll sicher nicht die Bedeutung des geleisteten Widerstands geschmälert werden, zumal die Emigration sich in ihren Publikationen bemühte, die Widerstands- und Oppositionsregungen peinlich genau zu registrieren. Die Berichte zeigen das Nebeneinander, manchmal auch die Gleichzeitigkeit von partieller Anpassung und partiellem Widerstand. Aber sie legen darüber hinaus nahe, daß sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bemühte, bewußt die positiven Seiten des Dritten Reiches besonders anzuerkennen bzw. die negativen zu

²²⁹ Rinner an Stampfer, 8.3. 40, in: Matthias, Gesicht, Dok. 91, S. 447–450, hier S. 449. In einem Brief des Rinner-Mitarbeiters Fritz Heine an den Verfasser vom 2.7. 1991 heißt es entsprechend: „[...] Wir waren uns [...] einigermaßen klar darüber, daß – zumindest bis zur Mitte des Krieges – ein sehr großer Teil des Volkes das Regime akzeptierte (oder mehr). Es ist jedoch logisch, daß wir darüber zwar ganz offen in unserem eigenen Kreis sprachen, aber nach Außen hin die Version (oder Fiktion) aufrechterhielten und erhalten mußten, daß ein wesentlicher Teil der Bevölkerung den NS-Zielen nicht zustimmte.“

²³⁰ Ian Kershaw, „Widerstand ohne Volk?“. Dissens und Widerstand im Dritten Reich, in: Jürgen Schmädke u. a. (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München ²1986, S. 779–798.

verdrängen und sich auf dieser Basis mit dem Regime auf irgendeine Weise zu arrangieren.

Zentral für die Erklärung des Bevölkerungsverhaltens scheint die Tatsache zu sein, daß es dem NS-Staat gelang, nach dem Erlebnis der Weltwirtschaftskrise, deren psychosoziale Folgen man nicht hoch genug einschätzen kann, ein Bewußtsein der Normalisierung des Alltags zu vermitteln²³¹. Darin aufgehoben konnte das Gefühl sein, in einer „großen Zeit“ zu leben, in einer „Zeit ohne Beispiel“, wie Goebbels sie nannte, in der nationale Träume wahr wurden oder es zumindest so schien, als würden sie Realität werden. Daß damit, sozusagen auf der Schattenseite, negative Entwicklungen verbunden waren, Verfolgung von Minderheiten, Terror und schließlich der Krieg, konnte von der Normalität bis weit in den Krieg hinein verdrängt werden. Dieses „gespaltene Bewußtsein“, wie es Hans Dieter Schäfer bezeichnet hat²³², zeigt sich in den Exilberichten sehr deutlich.

Was die Sozialisten immer wieder als „Atomisierung“ und „Vermassung“ beklagten, weil es den erhofften klassen- und schichtenübergreifenden Widerstand gegen das Dritte Reich verhinderte, war für die Mehrheit der Deutschen, vor allem für die am Rüstungsboom partizipierenden, die Rückkehr in die Normalität des Privaten. Man müsse sich darüber im klaren sein, so hatte ein Sopade-Vertrauensmann angesichts der im Exil verbreiteten Illusionen schon 1936 betont²³³, daß viele aus dieser Grundeinstellung heraus die Beteiligung an der illegalen Arbeit ablehnen, weil „sie glauben, daß sie keinen Zweck hat und daß man deswegen nur ins Zuchthaus kommen kann“.

Die Mehrheit der Deutschen im Dritten Reich wollte zweifellos das private Glück im Winkel, und es ist offensichtlich, daß man bis weit in den Krieg hinein auch keine Notwendigkeit sah, den NS-Staat zu schädigen oder gar zu stürzen. Was, so könnte man daher polemisch fragen, sollte etwa Arbeitnehmer auch dazu getrieben haben, ein Regime zu beseitigen, dem es nicht nur gelungen war, aus tiefer Arbeitslosigkeit zu Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel zu gelangen, sondern das es auch ermöglichte, die eigene Lebenssituation wieder aktiv zu gestalten. Berücksichtigt man, daß das Dritte Reich aus dem unpolitischen Blickwinkel der Mehrheit insofern weniger als Bedrohung, sondern mehr als Existenzgrundlage gesehen wurde, mit dem man sich unter gewissen Einschränkungen arrangieren konnte, dann wird dies Verhalten verständlicher. Dabei ist nicht zu unterschätzen, daß es dem Dritten Reich gelang, vielen mit einer gegenwärtigen auch eine zukünftige Perspektive zu bieten. Die Aussicht auf mehr Besitz, bessere Geschäfte, insgesamt mehr „Lebensraum“ vor allem nach dem Krieg, hat hierbei eine erhebliche Rolle gespielt²³⁴.

²³¹ In dieser Richtung auch der Aufsatz von Detlev Peukert, *Alltag und Barbarei. Zur Normalität des Dritten Reiches*, in: Dan Diner (Hrsg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt a.M. 1988, S. 51–61.

²³² Vgl. Hans Dieter Schäfer, *Das gespaltene Bewußtsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933–1945*, Frankfurt a.M. u.a. 1984.

²³³ DB 1936 (Febr.), S. 157.

²³⁴ Vgl. DB 1936 (Dez.), S. 1548; DB 1938 (Dez.), S. 1317; RIG 65 (14. 12. 41), S. 8.

„Heute sind sie wieder das, was sie immer waren“, resümierte im September 1937 ein desillusionierter Mitarbeiter der *Deutschland-Berichte*²³⁵ über seine Landsleute, „urteilslos, politisch im Grunde uninteressiert, zufrieden, wenn sie verdienen und wenn sie abends und Sonntags in ihren Schrebergarten gehen können“. Man könne zwar „nicht sagen, daß sie Nazis sind, ebenso wenig aber, daß sie das Dritte Reich stürzen werden. Wenn's nicht mehr kosten wird, dann werden sie eben auch mitmachen“.

Richard Grunberger hat 1971 mit Recht darauf verwiesen, daß das Leben der meisten Deutschen bis zum Kriegsbeginn innerhalb der eigenen vier Wände unverändert blieb²³⁶. Anhand der sozialistischen Berichte kann man den Zeitraum sogar noch bis in den Krieg hinein ausdehnen. „Der allgemeine Eindruck, den Deutschland auf den unvoreingenommenen Ausländer nach 5 Monaten Krieg macht“, so die Deutschen Inlandsberichte im April 1940²³⁷, „ist von dem vor dem Kriege nicht sehr verschieden“. Man habe den Eindruck, daß das deutsche Volk sich in seine Lage gefunden habe. „Es lebt und nach den überfüllten Wirtshäusern und Vergnügungslokalen zu schließen, gibt man sehr viel Geld für Lustbarkeiten aus. Es herrscht bisweilen sogar eine ausgelassene Stimmung. Man lebt und will genießen.“ Dieses Verhalten wird ausdrücklich auch in anderen Quellen bestätigt²³⁸. Es ist in diesem Zusammenhang kein Zufall, daß die Exilberichte gerade das Konsum- und Freizeitverhalten der Deutschen immer wieder betonten. Vor allem dieses symbolisierte für viele Deutsche die wiedergewonnene Normalität.

Insgesamt, so läßt sich resümieren, waren für das Exil letztendlich die eigenen Meldungen die Bankrotterklärung ihres Widerstandskonzeptes der massenhaften Auflehnung gegen das Regime. Dies ist aus einer Vielzahl von Äußerungen abzulesen. Das Arrangement der Mehrheit mit dem Nationalsozialismus widersprach deutlich der Vorstellung, daß sich mit den kulminierenden Problemen des Dritten Reiches auch die Bevölkerungsstimmung ändern müsse. Was übrigblieb, waren in der Regel die Auflistung der Anpassungstendenzen und hin und wieder die Hoffnung, daß sich mit einer zumeist zeitlich und örtlich begrenzten Oppositionsregung eine breite Welle der auch politisch begründeten Mißstimmung entwickeln würde. Die Exilmeldungen sind daher auch weniger eine Quelle zum Widerstand irgendeiner Bevölkerungsgruppe, sondern vielmehr ein Dokument für die Loyalität mit dem Regime.

Die offensichtlichsste Folge war für die sozialistische Emigration die Beschäftigung mit der Zeit nach Hitler. Das „kommende Deutschland“ stand spätestens ab 1941/42 im Zentrum des Interesses, auch wenn es bereits seit Beginn des Dritten Reiches einzelne Entwürfe gab. Die Konzeptionen spiegeln insgesamt die aus der Berichterstat-

²³⁵ DB 1937 (Sept.), S. 1239.

²³⁶ Vgl. Richard Grunberger, *Das zwölfjährige Reich. Der Deutschen Alltag unter Hitler*, Wien u. a. 1972, S. 32.

²³⁷ DIB 1940 (28. 4. 40), S. 11f.

²³⁸ Vgl. z. B. Heinemann, *Krieg*, S. 40.

tung gewonnenen Erkenntnisse wider. In einer ganzen Anzahl von Entwürfen wurde nicht nur die Frage erörtert, welche zukünftige Staats- und Wirtschaftsform die beste sei, sondern eben speziell die Frage, wie man mit den Trägern des Dritten Reiches, aber auch mit der überwiegenden Masse der Mitläufer umzugehen habe. Hier zeigen die Äußerungen vor allem, daß man sich absolut nicht sicher war, ob ein demokratisches Deutschland mit dieser Bevölkerung überhaupt aufzubauen sei. Und diese Zweifel sind letztendlich auch wohl der eindrucksvollste Beleg dafür, daß das Exil glaubte, die große Mehrheit der Deutschen habe sich gegenüber dem Nationalsozialismus zumindest angepaßt.

HELGE BERGER UND ALBRECHT RITSCHL

DIE REKONSTRUKTION DER ARBEITSTEILUNG IN EUROPA

Eine neue Sicht des Marshallplans in Deutschland 1947–1951¹

Die Rolle des Marshallplans für Westdeutschlands „Wirtschaftswunder“ wird nach wie vor kontrovers diskutiert. Öffentliche Meinung und traditionelle Wirtschaftsgeschichtsschreibung in Deutschland scheinen daran festzuhalten, daß der Marshallplan zusammen mit Erhards Reformen den Anfang von Westdeutschlands wundersamer Erholung bildete. Dagegen ist die wissenschaftliche Diskussion um die Wirkungen des Marshallplans auf die westdeutsche Wirtschaft zum Stillstand gelangt, ohne daß ihre Ergebnisse voll befriedigen können. So steht Abelshausers revisionistische These, derzufolge der Rekonstruktionsaufschwung in Deutschland und Europa unabhängig vom Marshallplan eingesetzt habe, ebenso im Raum wie die Gegenposition etwa von Borchardt und Buchheim, die die Bedeutung der amerikanischen Initiative hervorheben².

Der Rekonstruktionsthese zufolge zeigen sowohl das späte Anlaufen der European Recovery Program (ERP)-Lieferungen an Deutschland als auch ihr begrenzter Umfang, wie wenig relevant der Marshallplan für Westdeutschlands Wirtschaftswachstum nach dem Kriege gewesen sein kann. Statt dessen seien die „Goldenen Fünfziger“ aus den zahlreichen Möglichkeiten zum Nachholen versäumten Wachstums zu erklären, die sich für Deutschland und andere europäische Länder nach dem Kriege boten. Das hyperschnelle Wachstum fast überall in Europa dient hier als Beleg für die Hypothese, daß nationale Eigenheiten der Wirtschaftspolitik, ja selbst die Entscheidung zwischen zentraler Planung oder eher liberal verfaßten Wirtschaftsordnungen keine tragende Rolle gespielt haben können.

¹ Die Autoren danken Knut Borchardt, Christoph Buchheim, Barry Eichengreen, Gerd Hardach, John Komlos, Axel Lindner und Hans Möller für hilfreiche Kommentare zu früheren Fassungen dieser Arbeit. Sir Alec Cairncross und Alan Milward gaben freundliche Hinweise zur Klärung von Einzelaspekten.

² Vgl. Werner Abelshausen, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975; ders., *Wiederaufbau vor dem Marshallplan. Westeuropas Wachstumschancen und die Wirtschaftsordnungspolitik in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre*, in: VfZ 29 (1981), S. 545–578; ders., *Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau*, in: VfZ 37 (1989), S. 85–113. Zur Gegenposition siehe Knut Borchardt/Christoph Buchheim, *Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe in Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft*, in: VfZ 35 (1987), S. 317–347, sowie Christoph Buchheim, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958*, München 1990.

Für Kritiker der Rekonstruktionsthese ist diese Gleichförmigkeit des Wirtschaftswachstums eine schwierig zu behandelnde Frage geblieben. Sie verstehen den Marshallplan als Addition nationaler Hilfs- und Rekonstruktionsprogramme, die einer voneinander unabhängigen Untersuchung zugänglich seien. So finden sich in der Literatur häufig Fallstudien, deren Zweck in der Analyse spezifischer Wirkungen von ERP-Hilfen bei der Überwindung strategischer Engpässe einer gegebenen Volkswirtschaft liegt. Dagegen wird in der Politikgeschichte seit geraumer Zeit ein gänzlich anderer Ansatz verfolgt. Danach ist der Marshallplan als übergreifende Langzeitstrategie der USA für die politische Stabilisierung Europas durch marktwirtschaftlichen Wiederaufbau zu verstehen. Damit Amerika nicht für unbestimmte Zeit Wirtschaftshilfe an Europa zu leisten hätte, sollte die westdeutsche Wirtschaft als Hauptlieferant von Investitionsgütern für Westeuropa wiederhergestellt werden, um so Westeuropa auf mittlere Frist von ERP-Lieferungen unabhängig zu machen und die sogenannte Dollarlücke im europäischen Handel mit den USA zu schließen³.

Die hier vorliegende Arbeit will sich den „politischen Ansatz“ für die wirtschaftshistorische Analyse von Wirkung und Erfolg des Marshallprogrammes zunutze machen. Wie sich erweisen wird, vermag dieser Perspektivenwechsel nicht nur den Widerspruch zwischen „Traditionalisten“ und „Revisionisten“ hinsichtlich der Wirksamkeit der amerikanischen Deutschlandhilfe abzumildern, sondern er erleichtert auch das Verständnis des eindrucksvollen deutschen und europäischen Rekonstruktionsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg⁴.

Die Marshallinitiative diente dem Zweck, Westeuropa ökonomisch wieder auf eigene Füße zu stellen. Wesentlich hierfür war, ganz im Sinne der „traditionellen“ Forschungsposition, eine gezielte Starthilfe in Form von Rohstoff- und Dollartransfers für die kriegsgeschädigten Volkswirtschaften. Vor dem Hintergrund des eigentlichen US-Ziels aber konnten amerikanische Hilfeleistungen nur dann sinnvoll sein, wenn sie mittelfristig zur Unabhängigkeit von diesen Hilfslieferungen beitragen würden. In diesem Punkt allein auf die befreiende Wirkung der Lieferungen aus Übersee oder deren

³ Vgl. John Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford 1976; Manfred Knapp, *Deutschland und der Marshallplan: Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945*, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949*, Wiesbaden 1977, S. 19–43; ders., *Reconstruction and West-Integration: The Impact of the Marshall Plan on Germany*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 137 (1981), S. 415–433; Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe, 1945–1951*, London 1984; Ute Daniel, *Dollardiplomatie in Europa. Marshallplan, kalter Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945–1952*, Düsseldorf 1982. In jüngster Zeit im Sinne Gimbels Gerd Hardach, *Die Rückkehr zum Weltmarkt 1948–1958*, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau*, Bonn 1993, S. 80–104; ders., *Le Plan Marshall et l'intégration internationale de l'économie allemande*, in: Comité pour l'histoire économique et financière, CHEFF, *Extrait du colloque „Le Plan Marshall et le relèvement économique de l'Europe“*, 1991, S. 467–486; ders., *Der Marshall-Plan, Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948–1952*, München 1994.

⁴ Vgl. für eine weitreichendere politisch-ökonomische Analyse des Marshallplans auch die jüngeren Arbeiten von Abelshauser, *Hilfe und Selbsthilfe*, sowie Buchheim, *Wiedereingliederung*.

Ankündigung zu verweisen, hieß die Rolle dieses Faktors zu überschätzen. In dieser Hinsicht weisen die Zweifel der „revisionistischen“ Position in die richtige Richtung.

Der Kernpunkt der amerikanischen Politik war, wie im folgenden zu zeigen sein wird, weniger die intelligente Plazierung von Ressourcen in den einzelnen Ländern als die erfolgreiche Instrumentalisierung dieser Lieferungen zur Zwangsrekonstruktion der europäischen Arbeitsteilung. Innerhalb des institutionellen Rahmens, den die Amerikaner mit Hilfe des Marshallprogramms in Europa einrichteten, namentlich die Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) und die Europäische Zahlungsunion (EZU), nahm die deutsche Volkswirtschaft ihre traditionelle Rolle als Lieferant von Kapitalgütern für ihre Nachbarländer wieder ein und entthob so die Europäer der Notwendigkeit, diese Waren gegen Dollar aus den USA zu beziehen. Zur Rekonstruktion der Arbeitsteilung gehörte gleichzeitig, daß die Westeuropäer in Deutschland, anders als in den USA, einen Absatzmarkt für jene Güter fanden, mit denen sie die importierten Produktionsgüter bezahlen konnten.

Voraussetzung für einen Erfolg des Marshallplan-Konzepts war allerdings, daß es den Amerikanern gelang, ihre Ideen gegen den Widerstand insbesondere Frankreichs durchzusetzen. Neben den Hilfeleistungen, die gleichsam als Zuckerbrot zur Peitsche fungierten, spielte dabei eine Rolle, daß die USA den Europäern helfen konnten, eine Reihe von Kooperationsproblemen zu überwinden. Angesichts der egoistischen deutschen Handels- und Kreditpolitik während der Zwischenkriegszeit, vor allem aber angesichts der deutschen Besetzungs- und Ausbeutungspolitik während des Krieges bedurfte es fraglos einer politischen Initiative zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb Europas. Auf internationaler Ebene galt es, den ehemaligen Alliierten der USA deutlich zu machen, daß Deutschlands wiedererrungene Wirtschaftskraft nicht erneut zu ihrem Schaden eingesetzt werden würde. Innerhalb Deutschlands mußte glaubwürdig signalisiert werden, daß die Alliierten sich für die Beseitigung der noch existierenden Schranken für die Rekonstruktion der deutschen Wirtschaft einsetzen und ihre Märkte für deutsche Exporte öffnen würden. Das Marshallplan-Konzept, ein Netzwerk von Ressourcentransfers, bilateralen und multilateralen Verträgen, und vor allem die damit verbundenen Institutionen waren in der Lage, sowohl der deutschen Seite als auch den westeuropäischen Partnerländern eine glaubwürdige Selbstbindung an den Gedanken einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa zu ermöglichen.

Die besondere Bedeutung, die der Perspektivenwechsel von der Mikro- auf die Makroebene der Idee einer „Rekonstruktion“ der europäischen Arbeitsteilung zuweist, erfordert es, die Geschichte dieses Handelssystems zu beleuchten. Ein erster Blick zeigt, daß die Aufgabe der amerikanischen Planer in mancher Hinsicht weniger schwer war, als zunächst zu erwarten gewesen wäre. Die unmittelbare Vergangenheit der Handelsbeziehungen in Kontinentaleuropa war keineswegs nur von autarker Zersplitterung geprägt, sondern während des Krieges auch von der Zwangsintegration in das System des NS-„Großwirtschaftsraums“. Trotz denkbar verschiedener politischer Vorzeichen ähnelte die regionale und qualitative Struktur der intraeuropäischen Güterströme in dieser Zeit der der fünfziger Jahre. Zudem zeigt die im Kriege beginnende multilaterale

Verrechnung über die Verrechnungskasse der Reichsbank, daß zumindest in technischer Hinsicht das Verrechnungssystem der späteren EZU durchaus nicht ohne Vorläufer in Kontinentaleuropa gewesen ist. Es bedurfte vor diesem Hintergrund nicht so sehr technischer Neuerungen als vielmehr politischer Garantien, um die europäischen Alliierten der USA zu neuer Kooperation mit Deutschland zu bewegen.

Wenn Ziele und Wirkungsweise des Marshallplans so eng mit der Reintegration der deutschen und der westeuropäischen Volkswirtschaften verbunden waren, dann liegt hier auch das eigentliche Kriterium für den Erfolg dieses Programmes. Wie sich zeigen läßt, war die „deutsche Krise“ 1950/51, d. h. die gefährliche Anhäufung von Handelsdefiziten Westdeutschlands innerhalb des frisch installierten europäischen Handelssystems, vor allem die Anpassungskrise dieses Systems an die neuen Bedingungen. Innerhalb der von den Marshallplanern geschaffenen Institutionen gelang es den Europäern, diese Anpassungskrise zu überwinden und so in kürzester Zeit jene intraeuropäische Arbeitsteilung zu realisieren, die den USA von Beginn an vor Augen stand.

Nach der hier vorgetragenen Auffassung sind die Wirkungen und der Erfolg des Marshallplans im Zusammenhang der breiteren wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Vereinigten Staaten zu sehen. Akzeptiert man die so definierte Perspektive, so stellt sich das Marshallplan-Konzept als fast uneingeschränkter Erfolg dar: Ohne die Reintegration Westdeutschlands in das Geflecht europäischer Handelsbeziehungen wären weder die Abnabelung der OEEC-Staaten von den USA noch die „goldenen“ Wachstumsraten innerhalb Europas in den fünfziger Jahren oder das deutsche „Wirtschaftswunder“ möglich gewesen. Die Trennung zwischen Politik und Ökonomie des Marshallplans, insbesondere die Beschränkung der wirtschaftshistorischen Analyse etwa auf Art und Umfang der ERP-Lieferungen, wird dagegen nur einem Teil des eigentlichen Problems gerecht.

Im folgenden soll Abschnitt I zunächst einen kurzen Überblick über den Ertrag der bisherigen deutschen Forschungsdiskussion geben. Abschnitt II untersucht die amerikanischen Intentionen, Westdeutschlands Industrie als Ersatzlieferanten für den westeuropäischen Wiederaufbau zu aktivieren und so die Dollarlücke zu schließen. Abschnitt III wendet sich den Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten über diese Frage zu. Abschnitt IV untersucht die Frage, inwieweit das Marshallplan-Konzept tatsächlich zu einer „Re“-Konstruktion der europäischen Arbeitsteilung beigetragen hat. Abschnitt V stellt die Institution der Europäischen Zahlungsunion als eine zentrales Instrument des amerikanischen Rekonstruktionskonzepts vor. Im Mittelpunkt von Abschnitt VI steht die konkrete Arbeit der EZU von Sommer 1950 bis Frühjahr 1951. Die Geschichte der EZU in dieser Phase ist im wesentlichen die Geschichte der Anpassungskrise der westdeutschen Volkswirtschaft an den europäischen Markt. Der Schlüssel zur Bewältigung dieser Krise lag in der Aufhebung der Handelsliberalisierung zugunsten Deutschlands durch die OEEC in Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Nach der hier vertretenen Auffassung war diese Verletzung von Deutschlands frischer Bindung an den Freihandel nur deshalb ohne Schaden möglich, weil die durch den Marshallplan geschaffenen Institutionen die prinzipielle Glaubwürdigkeit der neuen deutschen Handelspolitik garantierten.

Letztlich war es der unmittelbare Erfolg des kollektiven Krisenmanagements der Europäer, der 1951 die rasche und anhaltende Sanierung der westdeutschen Zahlungsbilanz ermöglichte und damit den Grundstein für Westdeutschlands späteren guten finanziellen Ruf legte. So festigte sich Deutschlands Position als industrielle Werkstatt des europäischen Wiederaufbaus und bahnte sich der Erfolg des Marshallplans als langfristiger Strategie an.

I. Die deutsche Debatte um die Wirkungen des Marshallplans

Die traditionelle Interpretation des Marshallplans läßt sich stark überspitzt wie folgt darstellen: Das Scheitern des NS-Bewirtschaftungssystems wurde offenkundig, sobald die Repressionsmechanismen der Kriegszeit hinfällig waren. Fortgesetzte Preisbewirtschaftung durch die Besatzungsmächte sowie der Geldüberhang vereitelten privatwirtschaftliche Initiative. Moral und Lebensstandard verschlechterten sich zusehends. Dann kamen Ludwig Erhard, die D-Mark und der Marshallplan, und gleichsam über Nacht verwandelte sich Westdeutschland in ein Wirtschaftswunder⁵.

Die – fraglos überfällige – Revision dieser Positionen leistete zunächst Jánossy, später Abelshauser⁶. Jánossys Hauptthese, wonach die Gleichförmigkeit des Nachkriegswachstums in Europa auf einen gemeinsamen Aufholeffekt zu langfristigen Trends zurückzuführen ist, hat enge Verwandtschaft mit der catching-up-Hypothese von Abramovitz⁷. Dumke findet ökonomische Hinweise für die Richtigkeit der Rekonstruktionshypothese⁸.

Für die Bundesrepublik suchen Manz und Abelshauser, diese Irrelevanz-These auf die Erhard'schen Reformen im Juni 1948 auszudehnen. Sie verweisen darauf, daß der Rekonstruktionsprozeß in den Westzonen zum Zeitpunkt der Währungsreform bereits in vollem Gang war, beim Eintreffen der ersten Marshallplan-Lieferungen gegen Ende

⁵ Man vgl. allerdings die differenzierten Analysen von Henry C. Wallich, *Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs*, Frankfurt a.M. 1955, sowie bei Gustav Stolper/Karl Häuser/Knut Borchardt, *Die Deutsche Wirtschaft seit 1870*, Tübingen 1966. In den letzten Jahren hat eine traditionelle Interpretation, die sich an ordnungspolitischen Erklärungen orientiert, eine gewisse Wiederbelebung erfahren. Vgl. etwa Rainer Klump, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 1985, sowie vor allem das Vorwort zu Herbert Giersch/Karl-Heinz Paqué/Holger Schmieding, *The Fading Miracle*, Cambridge 1992. Kritisch hierzu Rüdiger Dornbusch, *The End of the German Miracle*, in: *Journal of Economic Literature* 31 (2) (1993), S.881–885.

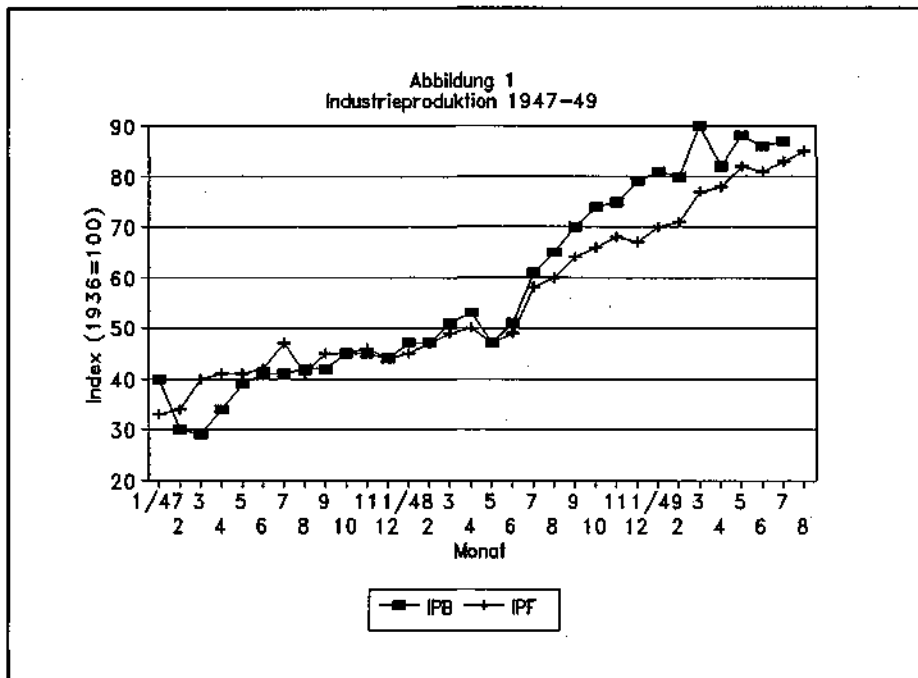
⁶ Franz Jánossy, *Das Ende der Wirtschaftswunder*, Frankfurt a.M. 1966; Abelshauser, *Rekonstruktion, und ders., Wachstumschancen*.

⁷ Moses Abramovitz, *Rapid Growth Potential and its Realization: The Experience of the Capitalist Economies in the Postwar Period*, in: Edmond Malinvaud (Hrsg.), *Economic Growth and Resources*, London 1979, S.1–30; ders., *Catching Up, Forging Ahead, and Falling Behind*, in: *Journal of Economic History* 46 (1986), S.385–406.

⁸ Rolf Dumke, *Reassessing the Wirtschaftswunder: Reconstruction and Postwar Growth in West Germany in an International Context*, in: *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 52 (1990), S.541–591. Zu ganz anderen Ergebnissen kommen allerdings Barry Eichengreen/Marc Uzan, *The Marshall Plan: Economic Effects and Implications for Eastern Europe*, in: *Economic Policy* 14 (1992), S.14–75.

des Jahres war er noch weiter fortgeschritten⁹. Nach dieser Sichtweise ist die Rekonstruktion nach dem Kriege im wesentlichen ein exogener Vorgang, geprägt von der Geschwindigkeit, mit der die Engpässe im kriegsgeschädigten Transportsektor überwunden werden konnten. Dagegen erscheinen die Transformation zur Marktwirtschaft und der Marshallplan selbst als nachrangig, wenn nicht bedeutungslos. Erst in jüngerer Zeit ist diese revisionistische These selbst Gegenstand einer Revision geworden¹⁰.

Nun deuten die Zahlen zur westdeutschen Industrieproduktion in der Tat auf signifikantes Wachstum schon vor dem Sommer 1948 hin:



Bemerkungen:

Basis 1936 = 100, gebietsbereinigt

IPB = Index der Industrieproduktion der Bizone

IPF = Index der Industrieproduktion der französischen Zone

Quelle: A. Ritschl, Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie, VfZ 33 (1985), S. 136–165, bes. Tab. I, S. 164.

⁹ Mathias Manz, Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945–1948, hrsg. von Werner Abelshäuser, Ostfildern 1985; Abelshäuser, Rekonstruktion.

¹⁰ Vgl. Knut Borchardt, Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in heutiger Sicht, in: Ottmar Issing (Hrsg.), Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, Berlin 1991, S. 33–53; Albrecht Ritschl, Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie, in: VfZ 33 (1985), S. 136–165; Klump, Wirtschaftsgeschichte; Bernd Klemm/Günter J. Trittel, Vor dem „Wirtschaftswunder“: Durchbruch zum Wachstum oder Lähmungskrise?, in: VfZ 35 (1987), S. 571–624; Christoph Buchheim, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: VfZ 36 (1988), S. 189–231.

Abbildung 1 zeigt entsprechende Indizes für die Bizone (IPB) und die französische Zone (IPF). Auf den ersten Blick scheint ein Moment gegen die revisionistische These zu sprechen: Etwa zum Zeitpunkt der Währungsreform Mitte 1948 weist die Industrieproduktion in der Bizone einen Sprung nach oben auf. Manz und Abelshäuser wollen hierin nur einen Artefakt erkennen, der den Berichtsgewohnheiten unter dem Planregime vor der Währungsreform zuzuschreiben sei. Unterstellt wird dabei ein Anreiz zur Verschleierung der tatsächlichen Produktionshöhe vor den Bewirtschaftungsbehörden. Somit würden die offiziellen Angaben niedriger liegen als die tatsächliche Produktion vor der Bewirtschaftungsreform, danach aber nicht mehr. Im Ergebnis entfällt so der Aufwärtssprung in der Produktion, der bislang der Währungsreform und dem Marshallplan zugeschrieben worden war. Abelshäusers bekannte Interpretation dieses Befundes stützt sich auf die exogenen Rekonstruktionskräfte, die durch die Überwindung der Engpässe im Transportsystem 1947 freigesetzt worden waren. Die weitere Analyse der Daten durch Ritschl weist allerdings in eine andere Richtung¹¹, so daß Abelshäusers damalige Hauptthese, von der Währungsreform seien nachhaltige Wirkungen nicht ausgegangen, empirisch als zweifelhaft betrachtet werden muß¹².

Eng mit der Debatte der Rekonstruktionsthese verwandt ist die Diskussion der Marshallplanhilfe selbst. Die Leistungen für Westdeutschland nahmen verschiedene Formen an, die Tabelle 1 zusammenfaßt:

Tabelle 1: U.S.-Hilfe für Westdeutschland 1945–52 (Mill. U.S. \$)

	1945/46	1947	1948	1949	1950	1951	1952	Summe 1945–62
1. Zivile Lieferungen	195							195
2. GARIOA*	75	237	788	503	177.8	11.9	.4	1793
3. ERP etc.			142	420	302.6	415.8	114.1	1678
4. Andere	3							206
I. Summe US-Hilfe	273	237	930	923	480.4	427.7	114.5	3872
5. UK-Beitrag	264	363	90	32	1			
II. Summe Auslandshilfe	537	600	1020	955	481	428	114	4640
6. Leistungsbilanz- Überschuß	18	103	60	-262	-323	592	649	

¹¹ Vgl. Ritschl, Währungsreform. Diese Ergebnisse haben verschiedene Autoren nicht davon abgehalten, weiterhin mit der – intuitiv plausibel erscheinenden – Unterschätzungsthese zu argumentieren, vgl. etwa Klemm/Trittel, Durchbruch. Allerdings kann es nach den Ergebnissen der Theorie der sozialistischen Unternehmung durchaus Anreize zur Überschätzung des Produktionsergebnisses geben, wenn nämlich die Zuteilung knapper Rohstoffe und Vorprodukte von der Höhe der berichteten Produktion abhängt. Vgl. dazu János Kornai, *The Economics of Shortage*, Amsterdam 1981. Eine der Unterschätzungsthese analoge Überschätzungsthese ist häufig in Untersuchungen zum Wachstum östlicher Planwirtschaften zu beobachten.

¹² Vgl. zur weiteren Diskussion besonders Buchheim, Währungsreform 1948.

Tabelle 1: (Fortsetzung)

	1945/46	1947	3948	1949	1950	1951	1952	Summe 1945–62
7. Importe (cif)			785	867	2237	2703	3503	3854
8. Gegenwertkonten in Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitio- nen				5.8	7.8	4.1	2.1	
9. BSP (Milliarden)			37.5**	83.8	89.7	113.6	126.0	

Quellen: 1, 3, 4: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876–1975, Frankfurt/M. 1976, S.323, 341.

2: 1945–1948: Nach Buchheim, Wiedereingliederung (wie Anm. 2), S. 72; 1949–52 und Summe: Bundesminister für den Marshallplan, Wiederaufbau im Zeichen des Marshallplans, Bonn 1953, S. 23 f.

5: Buchheim, Wiedereingliederung (wie Anm. 2), S. 72.

6: Buchheim, Wiedereingliederung (wie Anm. 2), S. 184 f.

7: 1947–48: Buchheim, Wiedereingliederung (wie Anm. 2), S. 186; 1949–52: Bundesminister für den Marshallplan, Wiederaufbau, S. 24.

8: E. R. Baumgart, Investitionen und ERP-Finanzierung (= DIW Sonderhefte (N.F.) 56), Berlin 1961, S. 47.

9: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jge. 1950–54.

*) Government and Relief in Occupied Areas.

**) Nur zweite Hälfte 1948.

Tabelle 1 (Reihe II) macht deutlich, daß der Höhepunkt der Auslandshilfe in den Jahren 1948–49 lag. Aus ihren Mitteln wurde in diesem Zeitraum der Hauptanteil der deutschen Importe bestritten. Freilich erreichten die Transfers des ERP ab 1948 nie die Höhe der kombinierten britischen und amerikanischen Leistungen zuvor (Reihe 3). Dies kann nicht überraschen, da die ERP-Lieferungen als Ersatz und Bündelung der früheren GARIOA-Programme gedacht waren¹³.

Borchardt und Buchheim richten ihre Aufmerksamkeit auf die Übergangsperiode von den GARIOA- zu den ERP-Mitteln. Ihrer Hauptthese zufolge liegt die Wirkung des neuen ERP-Programms in der Beseitigung von Engpässen und in positiven Effekten auf die Produktion¹⁴, die sich allein schon aus der Ankündigung von ERP-Mitteln ergeben hätten. Tatsächlich zeigt der Vergleich von Baumwollimporten und der Ausstoß von Baumwolltextilien, daß die Lager im Herbst 1948 praktisch geleert worden sein müssen – ein Vorgang, der sich kaum ohne den erwähnten Ankündigungseffekt der ERP-Lieferungen erklären läßt. Zeitgenössische Pressemeldungen berichten denn auch von merklicher Unruhe, als sich die Lieferungen im November 1948 zunächst verzögerten. Angesichts des damals noch hohen Anteils der Textilindustrie an der industriellen Wertschöpfung können demnach die westdeutschen Baumwollimporte im ERP-Programm durchaus als Beispiel für die positi-

¹³ Vgl. dazu bereits Daniel, Dollardiplomatie.

¹⁴ Borchardt/Buchheim, Schlüsselbranchen. Eine breiter angelegte Interpretation findet sich in Borchardts Beitrag zu Stolper/Häuser/Borchardt, Wirtschaft, S. 270 ff.

ve Wirkung des Marshallplans gelten, wie mittlerweile auch Abelshauer konzediert hat¹⁵.

Ein anderes Argument Borchardts und Buchheims verweist auf die Verwendung der Gegenwertkonten¹⁶. Aus Tabelle 1 (Reihe 8) geht bereits hervor, daß die langfristigen Ausleihungen dieser Gelder durch die Economic Co-Operation Agency (ECA) und später durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein relevanter Faktor der Kapitalbildung insbesondere 1948–49 waren. Zudem dürfte die Steuerung der Mittel in Engpaßsektoren, insbesondere in der Stromerzeugung, auch qualitativ bedeutsam gewesen sein. Traditionell ist man geneigt gewesen, die Steuerungsfunktion dieser Mittel für den westdeutschen Wiederaufbau positiv zu betonen. Tabelle 2 zeigt, daß der Anteil der ERP-Mittel an den langfristigen Investitionen in drei Schlüsselsektoren um 1949/50 tatsächlich beträchtlich war.

Tabelle 2: Prozentualer Anteil der ERP-Kredite an Bruttoinvestitionen

	Langfristige Kapital-Bildung	Industrie		Energie	Transport		
		Summe	Bergbau	Summe	Summe	Eisenbahn	Handelsflotte
1949	21.8	7.1	35.0	14.0	20.0	32.0	–
1950	14.5	13.3	32.0	24.0	7.1	–	35.4
1951	7.0	4.6	8.6	21.0	3.3	–	12.4
1952	4.8	2.3	4.2	5.5	2.2	3.1	4.7

Quelle: Baumgart, Investitionen (wie Tabelle 1).

Allerdings ist eine gewisse Relativierung der Rolle der Gegenwertkonten angebracht. Wie Borchardt und Buchheim selbst bemerken, konzentrierten sich die Investitionen auf stark regulierte Bereiche wie den Energiesektor und den Kohlebergbau. Die Preisfreigaben von 1948 hatten beide Branchen ausgenommen. Bald sahen sich die Energieerzeuger in den roten Zahlen. Da der Kapitalmarkt weiterhin reguliert war, blieben erste Versuche der ECA zur Investitionsfinanzierung im Energiebereich mit Hilfe von Kapitalmarktkrediten erfolglos. Angesichts dieser Beschränkungen und der fortdauernden Preisbindung bei Energieträgern war die Umleitung von Gegenwertmitteln in die Energiewirtschaft ohne Zweifel von Bedeutung für die Investitionsstätigkeit dieses Sektors. Allerdings gilt es, sich zu vergegenwärtigen, daß es sich hierbei um Investitionszuschüsse in einen staatlich gelenkten, defizitären Wirtschafts-

¹⁵ Werner Abelshauer, *American Aid and West German Recovery: A Macroeconomic Perspective*, in: Charles S. Maier/Günter Bischof (Hrsg.), *The Marshall Plan and Germany. West German development within the framework of the European Recovery Program*, Oxford 1991. Ähnlich wie Borchardt und Buchheim argumentieren J. Bradford De Long/Barry Eichengreen, *The Marshall Plan: History's Most Successful Structural Adjustment Program*, in: CEPR Discussion Paper Series No. 634 (1992), die die Bedeutung von amerikanischen Kohlelieferungen nach Italien bewerten. Nach ihrer Schätzung anhand eines Input-Output-Schemas wäre Italiens BSP 1947 ohne diese Hilfe um 9% geringer ausgefallen.

¹⁶ Vgl. hierzu auch Milward, *Reconstruction*, S. 108 ff.

zweig handelte. Zu argumentieren, daß gerade dies eine besonders effiziente Verwendung der ERP-Mittel dargestellt habe, ist daher zumindest nicht unproblematisch¹⁷.

Schwieriger ist die Kritik an der revisionistischen Position auf einem anderen Gebiet. Auch wenn man überzeugt ist, daß die Reformen von 1948 für das weitere Wachstum von zentraler Bedeutung waren und daß die Effektivität der ERP-Mittel durch Ankündigungseffekte und geschickte Beseitigung von Engpässen erhöht wurde, so bleiben gewisse Anomalien in der Produktionsentwicklung unerklärt. In Abbildung 1 zeigt sich, daß die saisonale Schwankung der Indizes, die im Winter 1946/47 so ausgeprägt ist, in den zwei Wintern bis 1949/50 fast gänzlich fehlt¹⁸. Es liegt nahe, hier eine gemeinsame Ursache zu vermuten, die weder mit den Erhardschen Reformen (die 1947/48 kaum wirksam antizipiert werden konnten) noch mit den ERP-Lieferungen (deren Dimension und Zusammensetzung erst Mitte 1948 deutlich wurde) in Verbindung steht. Es ist genau dieses Phänomen, das Abelshäuser zu seiner These von einem Durchbruch in der zweiten Hälfte des Jahres 1947 geführt hat¹⁹.

Ein zweiter Punkt ist der Umstand, daß Westdeutschlands wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1949, trotz des Marshallplans, keineswegs rundum befriedigen konnte. 1950 verdichteten sich die wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten gar zu einer handfesten Zahlungsbilanzkrise bei noch immer hoher Arbeitslosigkeit, und erst nachdem diese Krise überwunden werden konnte, gewann Erhards Soziale Marktwirtschaft weite Akzeptanz und internationales Vertrauen. Solange sich nicht zeigen läßt, daß der Marshallplan zumindest indirekt zur Überwindung der Krise beigetragen hat, bleibt der revisionistische Hinweis auf die Effekte des Korea-Booms hier ohne Konkurrenz.

Um die „traditionelle“ und die „revisionistische“ Position in der deutschen Forschung einander etwas anzunähern, bietet sich ein Wechsel der Perspektive an, der die eher makroökonomische Betrachtungsweise der Revisionisten aufgreift, aber eine alternative, an der traditionellen Sicht orientierte Erklärung anzubieten hat. Das Hauptaugenmerk des Marshallplan-Konzepts hat nämlich in der Tat der langfristigen Rekonstruktion und Integration Westeuropas gegolten. Dabei stand, wie der folgende Abschnitt II zeigen wird, die Nutzbarmachung der deutschen Kapazitäten zur Rekonstruktion der westeuropäischen Arbeitsteilung im Mittelpunkt des amerikanischen Interesses²⁰.

¹⁷ Eine Rolle bei der fortgesetzten Preisbewirtschaftung im Bereich der Primärgüterindustrie dürfte die Sorge Erhards gespielt haben, daß ein Wachstumsprozeß die Tendenz habe, sich zugunsten der Schwerindustrie zu verzerren, eine ökonomisch und politisch wenig wünschenswerte Perspektive. Zu Erhards ökonomischen Grundpositionen vgl. Volkhard Laitenberger, Ludwig Erhard. Der Nationalökonom und Politiker, Göttingen 1986. Tatsächlich sieht Werner Abelshäuser, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945, München 1984, S. 77 ff., in der Liberalisierung der Schwerindustrie nach der Koreakrise eine Rückkehr zu jenem Vorkriegssystem des organisierten Kapitalismus, das Erhard als negatives Beispiel gedient haben dürfte.

¹⁸ Analog im europäischen Rahmen Milward, Reconstruction, S. 7 ff.

¹⁹ Abelshäuser, Rekonstruktion, S. 45.

²⁰ Das heißt natürlich nicht, daß die hier hervorgehobenen Vertreter solche Überlegungen ignoriert hätten; vgl. Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Frankfurt a. M. 1985, S. 65 und 154 f., sowie Stolper/Häuser/Borchardt, Wirtschaft, S. 266 und 272 ff.

II. Die Genese des Marshallplan-Konzepts: Die geplante Rekonstruktion

Viele Beschränkungen der Wirtschaftstätigkeit im besetzten Deutschland waren bis zur Jahreswende 1945/46 aufgehoben worden. Eine der Ausnahmen bildete der politisch sensible Bereich der Schwerindustrie, deren Kapazitäten weiter brachlagen. Problematischer war die Wiedererrichtung eines Planungssystems auf zentraler Basis, das neben der beschädigten Infrastruktur wesentlich zur ineffizienten Kleinräumigkeit des Wirtschaftens in der unmittelbaren Nachkriegszeit beitrug. Den Alliierten gelang die Koordination des Interzonenhandels zunächst genausowenig wie die ihrer allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. So blieb auch das Problem der zurückgestauten Inflation in der gemeinsamen Währung zunächst ungelöst. In der Folge (vgl. Abbildung 1) stagnierte die Industrieproduktion auf niedrigem Niveau, kam der Gütertausch zwischen Stadt und Land – bis auf die notorischen Hamsterfahrten – praktisch zum Stillstand und erreichte der Ernährungsstandard kaum das Subsistenzminimum²¹. Hinzu kam in den britischen und amerikanischen Zonen das Problem der Flüchtlinge und Vertriebenen. Ende 1946 machte diese Gruppe immerhin 16 % der westdeutschen Bevölkerung aus, Ende 1952 sogar 20 %²².

Dabei war das industrielle Anlagevermögen in besserer Verfassung als gemeinhin erwartet. Krengel schätzt die Kriegsverluste auf etwa 18 % des Bestandes²³. Angesichts der hohen Nettoinvestitionen während des Krieges dürfte das 1945 noch intakte Realkapital letztlich größer gewesen sein als vor dem Krieg, wenn auch verschiedene Engpässe seiner Nutzung zunächst im Wege standen. Angesichts des vorhandenen Rekonstruktionspotentials scheint zumindest im nachhinein die Wirtschaftspolitik der Alliierten, insbesondere die Ineffizienz des Allokationssystems, als ein Haupthindernis der Wirtschaftsentwicklung. Die sich daraus ergebenden Probleme und auch die steigenden Besatzungskosten haben die Entscheidung zur Zusammenlegung der britischen und amerikanischen Besatzungszone beeinflusst. Ziel der gemeinsamen Verwaltung sollte die finanzielle Unabhängigkeit der Bizone von weiterer britischer und amerikanischer Hilfe sein. Hierzu dachte man vor allem an die Setzung entsprechender Anreize zur besseren Nutzung der vorhandenen deutschen Kapazitäten.

Die ersten amerikanischen Überlegungen zum Marshallplan entstanden allerdings vor einem anderen Hintergrund. Die Truman-Regierung, die Anfang 1947 nach Argumenten zur Verlängerung der US-Hilfe für Griechenland und die Türkei durch

²¹ Der Zusammenbruch der Marktbeziehungen zwischen Bauern und urbanen Zentren spielte auch in Marshalls Rede in Harvard am 5.6. 1947 eine große Rolle. Siehe Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS) 1947/III, S. 238.

²² Die französische Zone war vom Massenzustrom kaum betroffen. Vgl. dazu Bundesminister für den Marshallplan, Wiederaufbau im Zeichen des Marshallplans 1948–1952, Bonn 1953, S. 185.

²³ Vgl. Rolf Krengel, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956, Berlin 1958.

den Kongreß suchte, analysierte die bestehenden Hilfsprogramme mit der Absicht, sie als außenpolitisches Instrument neu zu formieren. Alte und neue Leistungen sollten, als Paket präsentiert, zum Mittel in der Auseinandersetzung mit der UdSSR werden²⁴. Der erste interne Bericht vom 21. April beinhaltet bereits eine Liste möglicher Empfängerländer von Hilfeleistungen und wies eindeutig die Merkmale eines Exportförderungsprogrammes für die US-Wirtschaft auf²⁵. Aus keynesianischer Perspektive geschrieben, betonte der Bericht die Wahrscheinlichkeit anhaltender Arbeitslosigkeit und die Vorteile so generierter Nachfrage nach amerikanischen Gütern und versuchte, das Problem langfristiger Exportüberschüsse bei besserer heimischer Kapazitätsauslastung herunterzuspielen.

Dieses Problem allerdings spielte in einer Rede des stellvertretenden Außenministers Acheson am 8. Mai eine Rolle. Hierin wurde das europäische Zwillingenproblem der Dollarlücke und des Investitionsgütermangels in Verbindung gebracht mit den Grenzen der amerikanischen Möglichkeiten, bei hoher Auslastung der heimischen Wirtschaft genug Kapitalgüter für den Export bereitzustellen. Andeutungsweise stellte Acheson hier Überlegungen zu den Konsequenzen für die amerikanische Außenpolitik an²⁶. Marshalls Radioansprache am 28. April wies in dieselbe Richtung. Europas Wirtschaftsentwicklung, so seine Ausführungen, verlaufe unbefriedigend, während Deutschland und Österreich, „an area of large and skilled population, of great resources and industrial plants“, über unausgenutzte Kapazitäten verfügten²⁷.

Beide Denkrichtungen fanden ihre Synthese in mehreren Memoranden von George Kennan, damals Direktor des Planungsstabs im State Department. Kennan plädierte kurzfristig für eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in Europa, der eine langfristige Strategie der Unterstützung intraeuropäischer Kooperation folgen sollte. Zur Lösung der kurzfristigen Probleme und als gleichsam publicity-trächtiges Signal schlug Kennan vor, „(to) select some suitable bottleneck or bottlenecks in Western European economy and institute immediate action (. . .)“. Dabei betonte er, daß „only by means of some such action can we gain time to deal with the long-term problem in an orderly manner“²⁸. Die langfristigen Probleme, so fuhr Kennans Memorandum fort, seien nur über eine enge politische und ökonomische Zusammenar-

²⁴ FRUS 1947/III, S. 197f. Undersecretary of State Acheson an Secretary of War Patterson vom 5. 3. 1947. Acheson führte die Unruhe und kommunistische Infiltration in Griechenland und in der Türkei auf allgemeinere Faktoren, besonders auf die veränderte Machtposition Großbritanniens zurück. Eine Untersuchungsgruppe sollte sich näher damit befassen. Am 17. März legte die Gruppe einen ersten Katalog von Detailfragen vor; ebenda, S. 198f. Vgl. auch ein Memorandum vom 7. 4. 1947 des Director of Budget an Acheson, in dem es heißt, der Kongreß „wants to see the whole picture at once“. Daher bedürfe es eines einheitlichen Konzepts mit klaren Prioritäten, „otherwise, legislative and budgetary ‚credit‘ may be exhausted by the President before the highest priorities are met“, ebenda, S. 199ff., Zitat S. 200.

²⁵ Ebenda, S. 204–219.

²⁶ Editorial Note, ebenda, S. 219.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Memoranden vom 16. 5. 1947, ebenda, S. 220–223, und vom 23. 5. 1947, ebenda, S. 223–230, Zitat S. 224.

beit der Europäer selbst zu lösen. Diesen Prozeß gelte es zu unterstützen, wenn auch formal die Initiative hierzu von den Europäern selbst kommen müsse. Die deutschen Westzonen müßten zum größtmöglichen Beitrag für die Rekonstruktion Europas herangezogen werden, und sowohl das Hilfeleistungs- als auch das Kooperationsförderungsprogramm seien in eine langfristige Strategie einzubetten²⁹.

Was die ausschlaggebenden Motive des State Department angeht, so lassen Literatur und veröffentlichte Quellen mindestens zwei erkennen. Zum einen ist die „Containment“-Politik vor dem Hintergrund wachsender Spannungen mit der UdSSR zu nennen³⁰. Um der UdSSR nicht in die Hände zu spielen, erschienen radikale Maßnahmen als notwendig, die geeignet waren, die Glaubwürdigkeit der US-Politik gegenüber Westeuropa durch schnelle und sichtbare Erfolge zu untermauern und den Lebensstandard in Europa zu verbessern. Zum zweiten galt es, die wachsende europäische Dollarlücke zu schließen. Getrieben von ehrgeizigen nationalen Wirtschaftsprogrammen, hatten die meisten westeuropäischen Staaten im Frühjahr 1947 die Vollbeschäftigungsgrenze erreicht. Die Importnachfrage war entsprechend hoch, während die Exporte angesichts struktureller Produktivitätsnachteile zurückblieben. Ohne substantielle Transfers von außen wären harte nationale Deflationsmaßnahmen zur Eindämmung der wirtschaftlichen Aktivität unausweichlich gewesen. Daß sich hieraus angesichts der kommunistischen Bedrohung negative Implikationen für die politische Stabilisierung Westeuropas ergaben, lag für amerikanische Politiker auf der Hand.

Nun wäre es vermessend, die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik in einer so wichtigen Periode aus wenigen Memoranden ablesen zu wollen. Tatsächlich läßt sich jedoch die skizzierte Denkrichtung Kennans weit zurückverfolgen; sie bildete die Grundlinie der deutschlandpolitischen Konzeption des Außenministeriums seit mindestens 1942. Ihr gemäß sollte – ebenso wie dem britischen, auf John Maynard Keynes zurückgehenden Malkin-Bericht zufolge – die deutsche Produktionskapazität durch Reparationen in den Dienst eines europäischen Wiederaufbaus gestellt werden³¹. Erst 1944 hatten diese Planungen gegenüber den radikaleren Plänen Morgenthau zur Schwächung Deutschlands an Einfluß verloren; mit dem Niedergang des Morgenthau-Plans und dem Schwenk der amerikanischen Deutschlandpolitik, wie er in der Stuttgarter Rede von Außenminister Byrnes am 6. September 1946 seinen sichtbaren Ausdruck fand, gewannen die älteren Konzepte des Außenministeriums wieder an Gewicht.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die existierenden wissenschaftlichen Analysekonzepte unterscheiden: Einige Wirtschaftshistoriker haben den Marshallplan weit-

²⁹ Memorandum vom 16. 5. 1947, ebenda, S. 221.

³⁰ Verschiedene Passagen in Kennans Memorandum vom 23. 5. 1947, ebenda, S. 229, betonen, daß das ERP mehr sei als die bloße Implementierung der Truman-Doktrin. Dennoch finden sich zahlreiche Verweise auf Sicherheitsüberlegungen und die Gefahr kommunistischer Infiltration in den meisten Vermerken zum Thema. Im Rückgriff auf Kennans Äußerungen bestreitet Gimbel, Origins, ausdrücklich Verbindungen zwischen Containment- und Marshallplan-Politik. Kritisch dazu Knapp, Reconstruction; ders., Deutschland; Daniel, Dollardiplomatie.

³¹ Vgl. für einen konzisen Überblick Rainer Karlsch, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, Berlin 1993, S. 16 ff.

gehend als amerikanisches Exportförderungsprogramm interpretiert, ganz so wie es das erste der erwähnten Memoranden (vgl. Anm. 25) vorsah. Folgt man dieser Interpretation, so hat der Marshallplan durch US-Lieferungen die zum Anschub des europäischen Rekonstruktionsprozesses erforderlichen Transfers bereitgestellt, so den amerikanischen Einfluß in der Region zementiert und die Basis für den Frontverlauf in den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges geschaffen³². Gegen diese Sichtweise ist mit einigem Recht eingewendet worden, das Volumen der US-Hilfeleistungen sei viel zu gering gewesen, um solche Effekte zu erzielen. Milward hat darüber hinaus zu zeigen versucht, daß es oft mehr die Interessen der Empfängerländer als die amerikanischen Richtlinien waren, die die Verwendung der Mittel bestimmten³³. Kennans Memorandum und die darin enthaltene Langzeitstrategie, die ihrerseits einer schon im Kriege etablierten Denkrichtung des Außenministeriums entspricht, zeigt nun deutlich, daß die Interpretation des Marshallplans als eines amerikanischen Hilfeleistungsprogramms nur einen Teilaspekt, gleichsam die propagandistische Außenseite des Programms berücksichtigt.

Von der Politikgeschichte sind die weittragenden Implikationen dieser frühen Vorschläge deutlich gesehen, oftmals jedoch allein im Lichte der internen Auseinandersetzungen zwischen Verteidigungs- und Außenministerium debattiert worden³⁴. Folgt man den Thesen Gimbel, so verfolgte das Außenministerium konsequent eine pro-französische Linie, während das War Department und die ihm unterstellte Militärregierung in Deutschland der deutschen Rekonstruktion den Vorrang geben wollten und diese zuletzt auch durchsetzten. Dagegen vermutet Hogan, es sei in diesen Auseinandersetzungen weniger um die Notwendigkeit der Rekonstruktion Westdeutschlands an sich gegangen als vielmehr um die Art und Weise, wie dieses Vorhaben den kleineren Alliierten vermittelt werden könne. Das State Department bevorzugte danach eher eine Strategie des Gleichgewichts beim Wiederaufbau der deutschen und der europäischen Volkswirtschaften, während man im War Department den Hoover-Plan vorzog, der Westdeutschland als „Lokomotive“ für Europa einzusetzen gedachte.

Nach dem bisher Gesagten scheint jedoch eine leicht abweichende Deutung der Ereignisse plausibel. Aus den erwähnten veröffentlichten Dokumenten des State Department geht klar hervor, daß dem Marshallplan von Beginn des Diskussionsprozesses an zwei Elemente innewohnten. Danach muß erstens deutlich zwischen der Marshallhilfe an sich und der dahinterstehenden, weitergehenden politischen Zielsetzung unterschieden werden. Ziel der Marshallplanhilfe war nicht die Alimentierung der europäischen Rekonstruktion durch Transfers, sondern die öffentlichkeitswirksame

³² Typisch hierfür Daniel, *Dollardiplomatie*.

³³ Siehe Milward, *Reconstruction*, S. 90–125.

³⁴ Vgl. dazu u. a. Gimbel, *Origins*; Michael J. Hogan, *The Marshall Plan, Britain, and the Reconstruction of Western Europe 1947–1952*, Cambridge 1987, sowie ders., *European Integration and German Reintegration: Marshall Planers and the Search for Recovery and Security in Western Europe*, in: Maier/Bischof (Hrsg.), *Marshall Plan*, S. 115–170.

Straffung und Bündelung der schon existierenden Maßnahmen sowie die Setzung klarer politischer Prioritäten für eine kurze Frist. Zweitens wird sowohl aus Kennans Planungen als auch aus den Äußerungen Achesons und Marshalls deutlich, daß auf längere Sicht die Minimierung der Belastungen für die amerikanische Wirtschaft und die Substitution von US-Lieferungen durch westdeutsche Exporte ein Hauptbestandteil des Programms waren. Wir halten daher den Schluß für berechtigt, daß wenigstens auf der Ebene der Spitzenbeamten das State Department vollständig über die Möglichkeiten orientiert war, die sich aus dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands ergeben würden³⁵.

Die Existenz ungenutzter Kapazitäten in Westdeutschland lieferte den Schlüssel für die Lösung der Probleme sowohl des State Department als auch des War Department. Die Aktivierung dieser Kapazitäten würde die Kosten der Besatzung reduzieren und reale Ressourcentransfers für Westeuropa sicherstellen, ohne die Wirtschaft der USA übermäßig zu belasten. Gelänge es mit amerikanischer Hilfe, ein innereuropäisches Zahlungssystem einzurichten, das Handel und so auch Rohstofflieferungen für die brachliegende deutsche Industrie sicherstellte, dann würden Europas Import- und Exportprobleme gleichzeitig lösbar: Westdeutschland könnte anderswo schwer absetzbare Exporte benachbarter Staaten absorbieren und im Gegenzug die Versorgung dieser Volkswirtschaften mit knappen Investitionsgütern gewährleisten. Im Ergebnis könnte so ein selbsttragender Rekonstruktionsprozeß in Gang kommen, der die Region in der gewünschten Weise politisch stabilisieren würde, ohne schwere Belastungen für die US-Steuerzahler mit sich zu bringen³⁶.

Wenn diese Interpretation der Konzeption des Marshallplans zutrifft, dann muß man den Erfolg dieser Strategie weniger am Volumen der US-Hilfe festmachen als daran, wie weit es den USA gelang, Westdeutschland als Quelle permanenter Exportüberschüsse im Handel mit Westeuropa zu installieren. Demnach wären etwa die Marshalltransfers weniger der Kern des Programms als vielmehr eine erste Starthilfe und überdies ein politisches Palliativ für die ehemaligen Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands gewesen.

So lassen sich je nach Betrachtungsweise mehrere ganz verschiedene „Marshallpläne“ voneinander unterscheiden, die jedoch eng miteinander verwoben sind: Erstens das bekannte ERP-Hilfsprogramm mit amerikanischen Transfers an Europa,

³⁵ Dem steht nicht entgegen, daß die Gewichtung zwischen Deutschlands ökonomischer Wiedherstellung und dem Aufbau der anderen Länder Europas auf der Ebene der ausführenden Beamten, im besonderen zwischen der amerikanischen Militärverwaltung in Deutschland und der ECA, heftig umstritten blieb; vgl. Milward, *Reconstruction*, S. 155 ff., sowie Abelshauser, *Hilfe und Selbsthilfe*.

³⁶ Für eine vollständige Betrachtung wäre es von Interesse, auch die abweichenden Positionen der Treasury miteinzubeziehen. Dazu Harold James, *The IMF and the Creation of the Bretton Woods System, 1944–1958*, Mimeo, Princeton University. Allerdings halten wir angesichts des Einflußverlusts, den die politischen Konzeptionen des Schatzministeriums 1946 durchmachten, die Ausklammerung der Treasury in erster Annäherung für vertretbar.

zweitens ein Plan für Lieferungen Westdeutschlands an Westeuropa und drittens ein Marshallplan, der darauf abzielte, einen geeigneten institutionellen Rahmen zu etablieren, der den Weg für die politische Akzeptanz des westdeutschen Wiederaufstiegs unter Amerikas westlichen Alliierten bereiten sollte³⁷.

III. Die Durchsetzung des Marshallplan-Konzepts

Das skizzierte Konzept der Rekonstruktion war in Europa keineswegs unumstritten. Die britische Politik hatte bekanntlich zunächst die Sozialisierung der Ruhrindustrie zum Ziel. Frankreichs Wiederaufbaupläne, wie sie im Monnet-Plan niedergelegt waren, waren darauf gerichtet, die Führerschaft im Bereich der Schwerindustrie auf dem europäischen Kontinent für Frankreich zu sichern, und sahen für die Ruhrindustrie nur die Rolle des Hauptlieferanten von Kohle vor. Auf Seiten der UdSSR schwankte man offenbar zwischen den widersprüchlichen Zielen der Unterdrückung einer wiedererstarkenden deutschen Industrie und der Erhöhung der Reparationsleistungen. Allen diesen Zielsetzungen gemeinsam war jedoch die Präferenz für mehr oder weniger umfassende Demontagen deutscher Produktionskapazitäten. Näher an den amerikanischen Vorstellungen waren hingegen die Pläne der kleinen Anrainerstaaten Deutschlands, insbesondere Belgiens und der Niederlande. Angesichts ihrer traditionell intensiven Handelsbeziehungen mit dem großen Nachbarn suchten beide früh, die Wirtschaftsverbindungen zu reintensivieren. So wehrten sie sich vergeblich gegen die Dollar-Klausel der Joint Import Export Agency (JEIA), die den Außenwirtschaftsverkehr der Bizone strikt auf Dollarbasis fest schrieb³⁸.

Was die Interessen Frankreichs und der Beneluxstaaten trotz aller Gegensätze miteinander verband, war die Kohlefrage. Ruhrkohle war traditionell ein Hauptexportartikel im deutschen Handel mit Frankreich und den Beneluxstaaten. In fast allen westeuropäischen Ländern hingen die ehrgeizigen nationalen Wiederaufbauprogramme wesentlich von der ausreichenden Zufuhr von Importkohle ab. Unter den Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit konnten solche Importe freilich nur aus zwei Quellen kommen: gegen Dollars und zu hohen Preisen aus den USA oder aus deutschen Zechen. Damit kam den Amerikanern in dieser Frage eine Schlüsselrolle zu, denn weder wären Frankreich und Benelux ohne amerikanische Finanzhilfe in der Lage gewesen, die notwendigen Devisen für Käufe in Amerika zu erwirtschaften, noch hätten sie gegen den Willen der USA über die deutschen Ressourcen verfügen können. Als im Krisenwinter 1946/47 Kohle zum limitierenden Produktionsfaktor in Europa wurde, zeigte sich, welch wichtiges Politikinstrument die Amerikaner damit erlangt hatten.

³⁷ Ähnlich bereits Abelshäuser, *Hilfe und Selbsthilfe*, der u. E. ganz zu Recht die angezielte Rolle Deutschlands als Lieferant von Kapitalgütern für Westeuropa betont.

³⁸ Vgl. Buchheim, *Wiedereingliederung*, S. 9 ff.

Am Rande der stürmischen Moskauer Konferenz im Sommer 1947 beschlossen die Alliierten auf amerikanischen Druck die Flexibilisierung der deutschen Exportverpflichtungen³⁹. Um negative Rückwirkungen fixer Kohle-Lieferquoten auf die Produktion des Rohstoffes selbst zu verhindern, wurden die deutschen Exportquoten an die Kohleförderung gebunden. Konkret hatte damit auch Frankreich akzeptiert, daß Kohlenexporte mit der Fördermenge zusammenhingen. Die Bedeutung dieser Entscheidung wird deutlich, wenn man ihre Implikationen für die Wirtschaftspolitik der Alliierten weiterverfolgt. Jede Erhöhung der Kohleförderung setzte Investitionen in die im Kriege arg strapazierten Förderanlagen voraus, dies wiederum war ohne die Beseitigung anderer Engpässe in der deutschen Industrieproduktion kaum möglich. Überspitzt formuliert hatten hier erstmals Effizienzüberlegungen den Vorrang vor ideologischen Positionen, die Rekonstruktion des brachliegenden deutschen Wirtschaftspotentials wurde zum Zwischenziel der Politik der Westalliierten.

Den USA stand freilich noch ein zweiter Hebel zur Verfügung, England, in dessen Besatzungszone der größte Teil der deutschen Schwerindustrie und mit ihr der Arbeitsbevölkerung lag, war ökonomisch kaum in der Lage, die Versorgung der Bevölkerung auf Dauer aus eigener Kraft zu bewältigen. Wollte England einen selbsttragenden Wiederaufschwung der deutschen Produktion verhindern, so mußte dies zu britischen Transfers in das eigene Besatzungsgebiet führen, die gemessen am begrenzten britischen Wirtschaftspotential bedrohlich hoch erschienen. Im wesentlichen ohne eigenen Handlungsspielraum in dieser Frage, stimmten die Briten der Vereinigung der eigenen mit der amerikanischen Zone zu. Faktisch lag damit der größere Teil der wirtschaftspolitischen Entscheidungsrechte für Westdeutschland in den Händen der USA⁴⁰.

Weitaus schwieriger gestaltete sich aus amerikanischer Sicht die Auseinandersetzung mit Frankreich. In seiner bemerkenswerten Studie der westeuropäischen Rekonstruktion vertritt Milward dazu die These, der Prozeß der europäischen Integration nach dem Kriege sei eine Geschichte amerikanischer Niederlagen und letztlich des Erfolgs einer ganz anderen Konzeption unter französischer Ägide⁴¹. Der Widerstand Frankreichs, das hier elementare Sicherheitsbedürfnisse gefährdet sah, war spürbar, und niemand wird behaupten wollen, daß die Amerikaner alle ihre politischen Ziele erreichten⁴². Berücksichtigt man allerdings die zentrale Rolle Deutschlands für die amerikanische Politik in Europa, so stellen sich diese Zusammenhänge doch anders

³⁹ Siehe Milward, *Reconstruction*, S. 140.

⁴⁰ Zu den Details der Auseinandersetzung vgl. John R. Gillingham, *Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955*, Cambridge 1991, S. 121–137.

⁴¹ Vgl. Milward, *Reconstruction*.

⁴² Allerdings scheint die Analyse amerikanischer Politik in Milward, *Reconstruction*, unter dem Eindruck der Akten der Marshallplan-Administration ECA zu stehen, deren Direktor Paul Hoffman mit eigenen, weitreichenden politischen Planungen in der Tat erhebliche Rückschläge erlitt. Es scheint jedoch zweifelhaft, ob diese Pläne für die amerikanische Westeuropapolitik im allgemeinen repräsentativ waren.

dar⁴³. Es ist erstaunlich, mit welcher Entschlossenheit die USA hier die Widerstände ihrer Alliierten zu überwinden suchten. Dies führte bald zu einer Interessenskollision mit Frankreich auf gerade jenem Gebiet, das für die französischen Wiederaufbauplanungen von zentraler Bedeutung war, nämlich die wirtschaftliche Absicherung gegen ein wiedererstarkendes Deutschland⁴⁴. Mehrmals sahen sich die Franzosen vor vollendete Tatsachen gestellt, die ihnen nurmehr die Verhandlung der Details übrig ließen. So mußten sie am Vorabend der ersten Sitzung der Pariser Konferenz 1947 zur Kenntnis nehmen, daß die Amerikaner sich nicht mehr an den Industrieplan des Jahres 1946 gebunden fühlten⁴⁵. Für die französische Seite mußte dies ein besonderes Alarmzeichen darstellen, denn zu jenem Zeitpunkt lag die tatsächliche deutsche Industrieproduktion noch immer weit unterhalb der im Industrieplan festgelegten Beschränkungen. Die Ankündigung, daß nun sogar noch höhere als die bislang noch gar nicht erreichten Grenzen anvisiert werden sollten, signalisierte eine klare Neuausrichtung der US-Politik⁴⁶. In Hinblick auf die Kohleknappheit in Europa konnte dies kaum ohne Rückwirkungen für den Monnet-Plan bleiben, der für Frankreich den Bezug erhöhter Mengen von Ruhrkohle für den Ausbau der französischen Schwerindustrie vorsah, also genau jener Ressourcen, die nun von einer forcierten Ausweitung der deutschen Industrieproduktion beansprucht werden würden⁴⁷.

⁴³ Bemerkenswerterweise scheint Alan S. Milward sich einer solchen Sichtweise angenähert zu haben. So jedenfalls unsere Lesart von Kapitel 4 in: ders., *The European Rescue of the Nation-State*, Berkeley/Calif. 1992, bes. S. 155 f.

⁴⁴ Dieser Aspekt bleibt etwa in der auf binnenwirtschaftliche Probleme ausgerichteten Diskussion Frankreichs bei Eichengreen/Uzan, *Marshall Plan*, unberücksichtigt. Kritisch dazu bereits Martin Hellwig, „Comments“ zu Eichengreen/Uzan.

⁴⁵ Siehe Milward, *Reconstruction*, S. 73.

⁴⁶ In seiner Protestnote an Marshall schrieb der französische Außenminister Bidault am 17. 7. 1947, daß mit der Zustimmung zum Marshallplan auf der Außenministerkonferenz 1947 in Paris „France had burned its bridges“. Die französischen Kommunisten hätten, wie auch die UdSSR, öffentlich geäußert, der Plan bewirke zuallererst die Rekonstruktion Deutschlands. Gerade das nun in die Tat umzusetzen, schade der französischen Regierung. Für den Fall der Umsetzung des revidierten Industrieplans drohte er zunächst sogar mit seinem Rücktritt, FRUS 1947/II, S. 991 f., Zitat S. 991. Vgl. Gimbel, *Origins*, S. 220–254, für die Beschreibung der vehementen interamerikanischen Auseinandersetzungen hierzu.

⁴⁷ Vgl. FRUS 1947/II, S. 993 ff. für die Intervention der französischen Seite in dieser Frage. In jeder Hinsicht deutlich werden die langfristigen Ziele des Marshallplans in einem Telegramm Marshalls an den Botschafter in London vom 8. 9. 1947, in dem auf anfängliche britische Opposition gegen eine Diskussion revidierter Produktionsziffern für die Bizone Bezug genommen wird. Dort heißt es u. a.: „... essence of Secretary's (i.e. Marshalls, HB/AR) proposals was preparation of program based on maximum European self-help and mutual aid and that such a program could only be prepared if the separate national programs and requirements statements were examined and coordinated such as to produce the greatest European contribution to recovery at the earliest moment. (...) Dept's impression (...) is that element of mutual aid and subordination of separate aims to cooperative approach has been generally lacking. The force of US pressure to achieve this cooperative approach is seriously weakened if that one European area in which the US has direct responsibility abstains. (...) If British position prevails and we withhold discussion of bizonal area, we can hardly be successful in opposing a French desire to protect the Monnet

Einmal auf dem Weg, handelten die USA dann recht energisch. Die Bemühungen zur Wiederherstellung des im Krieg stark beschädigten Eisenbahnsystems wurden verstärkt, Planungsgruppen beschäftigten sich intensiv mit der Verbesserung der existierenden Allokationsverfahren, und die Vorbereitungen für die Währungsreformen nahmen konkrete Form an. Die Reparatur des Transportsystems und der Durchbruch zur beschleunigten Rekonstruktion, der in Abelshausers frühen Arbeiten eine so dominante Rolle gespielt hat und sich auch in den Produktionsziffern niederschlägt, sind demnach nicht unabhängig vom Marshallplan, sondern erscheinen im Gegenteil als seine direkte Konsequenz – immer vorausgesetzt, man bezieht die weitergehenden amerikanischen Bemühungen um eine Revitalisierung der deutschen Wirtschaft in die politisch-ökonomische Analyse des Marshallplans mit ein.

Selbstverständlich gab es auch Zugeständnisse von amerikanischer Seite. Als wegen der Ruhrfrage Frankreichs weitere Teilnahme an der Pariser Konferenz 1947 in Frage stand, stimmten die Amerikaner der Errichtung einer internationalen Ruhrbehörde zu – allerdings nur als Teil eines allgemeinen Friedensabkommens, mit dessen Verwirklichung bis auf weiteres nicht zu rechnen war⁴⁸.

Der entscheidende Rückschlag für Frankreichs Ambitionen kam mit der Londoner Konferenz Anfang 1948. Die Konferenz, die zugleich über die politische Zukunft Deutschlands und das Ruhrstatut befinden sollte, stellte Paris erneut vor ein amerikanisch-britisches *fait accompli*. Mit der Reform von politischen Gremien und Verwaltung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet war die zukünftige staatliche Ordnung der späteren Bundesrepublik de facto im Kern festgelegt worden. Wieder stand Frankreich vor der Wahl, die Brücken abzubrechen oder durch Fortsetzung der Zusammenarbeit das Ärgste zu verhüten⁴⁹. Am Ende stimmte auch Frankreich einem stark beschnittenen Demontageprogramm zu und akzeptierte den status quo für die offizielle Fortsetzung der Gespräche über die Zusammenführung der französischen mit

Plan, Scandinavian tendencies to withdraw from full participation and other centrifugal forces working against a coordinated area approach.“ Es folgen Anweisungen an den Botschafter, mit der Überprüfung des britischen Wiederaufbauprogramms im Fall hartnäckiger Opposition sowie der Infragestellung des ERP-Gesamtprogramms durch die USA bei ungenügender Einbeziehung der Bizone zu drohen, FRUS 1947/III, S. 418 f., Zitat S. 418.

- ⁴⁸ Milward, *Reconstruction*, sieht hierin eine schwerwiegende Niederlage des US-Konzepts für Europa. Immerhin gelang es Briten und Amerikanern aber zu verhindern, daß das Ruhr-Thema im November 1947 in London auf die Tagesordnung der Viermächtekonferenz und damit offiziell zur Kenntnis der UdSSR gelangte. Die Akten (FRUS 1947/II, S. 769 ff.) legen sogar nahe, daß man eben dafür das Risiko eines vorzeitigen Abbruchs der Konferenz in Kauf nahm.
- ⁴⁹ Siehe FRUS 1948/II, S. 26 ff., wo von Bidault berichtet wird, er habe Briten und Amerikanern die Schaffung vollendeter Tatsachen vorgeworfen. Im Vorfeld der Konferenz war Frankreich von dieser Seite nur informell die Mitarbeit an den Planungen zur Gestaltung der westlichen Zonen angeboten worden (siehe etwa FRUS 1947/II, S. 811 ff.). Die Unterlassung einer offiziellen Aufforderung zur Mitarbeit erklärten britische Diplomaten mit technischen Pannen. Hinter vorgehaltener Hand aber wurde den Franzosen unverblümt zu verstehen gegeben, man habe „to get on with matters and one could not hold up things while the French ruminated on the other side of the fence“, FRUS 1948/II, S. 22.

der Bizone. Ausschlaggebend dafür war, daß die USA bei dieser Gelegenheit mit dem Entzug der Marshallplan-Hilfe drohten⁵⁰.

Erneut wurde die französische Seite mit vollendeten Tatsachen konfrontiert, als mit dem bizonalen Gesetz Nr.75 im November 1948 eine prinzipielle Festlegung auf die Reprivatisierung der Ruhrindustrie erfolgte, was den französischen Versuchen zur Sicherung einer internationalen Kontrolle über die Ruhrindustrie zuwiderlief. Der bittere französische Protest gegen den so festgeschriebenen Verlust direkter administrativer Eingriffsmöglichkeiten blieb auch in dieser Sache ohne Wirkung. De Gaulle soll das Gesetz Nr.75 öffentlich als die „folgeschwerste Entscheidung des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet haben⁵¹. Dies waren die Bedingungen, erzeugt durch amerikanischen Druck, unter denen schließlich die Initiative des Schuman-Plans zur deutsch-französischen Zusammenarbeit zustande kam⁵².

⁵⁰ Vgl. Milward, *Reconstruction*, S. 148. Vor und während der Konferenz versuchten die französischen Vertreter wiederholt, ein Junktim zwischen ihrer Zustimmung zur Errichtung der Trizone, der Internationalisierung der Ruhr und der Schwächung der Zentralregierung eines möglichen deutschen Staates zu etablieren. Mit dem Hinweis, das eigene Interesse an der Zonenvereinigung sei nicht unbegrenzt, verbauten die Amerikaner diesen Weg, siehe FRUS 1948/II, S. 70. Entsprechende Anweisungen Washingtons an seine Pariser Botschaft reflektieren wiederum das oben beschriebene US-Konzept. Die deutsche Wirtschaft war so zu stärken, daß sie einen signifikanten realen Beitrag zur Rekonstruktion Europas leisten könne. Die französische Position, Deutschland als eine fortbestehende Bedrohung zu betrachten, hielt man für überholt und unrealistisch, ebenda, S. 70f. Eine ähnliche Kontroverse ist in den Niederlanden zwischen zwei Flügeln innerhalb der Regierung ausgetragen worden. Zuletzt setzte sich die auf Integration bedachte Linie durch, so daß die Niederlande den Vorschlag zur Einbeziehung Deutschlands in die Nordatlantikpakt-Organisation einbrachte. Allerdings kam diese Initiative offenbar auf amerikanische Anregung. Vgl. Jürgen C. Hess/Friso Wielenga, *Die Niederlande und die Wiedervereinigung Deutschlands*, in: VfZ 35 (1987), S. 349–384, speziell zur NATO-Mitgliedschaft Westdeutschlands S. 355, Anm. 50. Dies erscheint als weiteres Beispiel für die in Kennans oben erwähnten Memoranden von 1947 niedergelegte amerikanische Strategie, die politische Initiative bei der Gestaltung von Institutionen formal den Europäern zu überlassen, im Hintergrund aber die Regie zu führen.

⁵¹ Vgl. Milward, *Reconstruction*, S. 153.

⁵² Interessanterweise wird in der französischen Literatur die Genese des Schuman-Plans ähnlich gesehen, vgl. u. a. Anne Lacroix-Riz, *Le Choix de Marianne*, Paris 1986; Raymond Poidevin, *Robert Schuman. Homme d'Etat*, Paris 1986. Das deutsche Schrifttum hierzu hat hingegen eher autonome Motive betont, vgl. u. a. Klaus Schwabe, *Ein Akt konstruktiver Staatskunst – die USA und die Anfänge des Schuman-Plans*, in: ders. (Hrsg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans*, Baden-Baden 1988, S. 211–239. Constantin Goshler/Christoph Buchheim/Werner Bühner, *Der Schuman-Plan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls*, in: VfZ 37 (1989), S. 171–206, betonen gar, der Schuman-Plan sei ganz unabhängig von amerikanischem Druck ex ante ökonomisch rational gewesen, insoweit er auf der (später als problematisch erwiesenen) Annahme beruht habe, in einem gemeinsamen europäischen Stahlmarkt könne die französische Stahlindustrie gegenüber der Ruhr komparative Vorteile ausspielen. Ähnlich auch Francis Lynch, *Restoring France: the Road to Integration*, in: Alan S. Milward u. a., *The Frontier of National Sovereignty. History and Theory 1945–1992*, London/New York 1993, S. 59–87, bes. S. 64.

VI. Die Rekonstruktion der europäischen Arbeitsteilung

Es wurde bereits gezeigt, daß die amerikanischen Vorstellungen zur politischen Stabilisierung Westeuropas im Kern auf die Nutzbarmachung westdeutscher Kapazitäten innerhalb eines Systems innereuropäischer Arbeitsteilung hinausliefen. Hieran den Gedanken anzuschließen, den USA sei es im Rahmen dieser Politik gelungen, dem westlichen Teil des Kontinents eine „Arbeitsteilung nach Maß“ aufzuzwingen, hieße allerdings, sowohl die Möglichkeiten der verwendeten Instrumente als auch die Größe der Aufgabe selbst zu überschätzen. Tatsächlich ließ die jüngste Vergangenheit des innereuropäischen Handels bereits Ansätze für eine Rekonstruktion erkennen.

Nach herkömmlicher Lehrmeinung ist die Geschichte der europäischen Handelsbeziehungen in den dreißiger Jahren von der Desintegration der Arbeitsteilung geprägt gewesen. Hierzu hat gerade die deutsche Außenhandelspolitik wesentlich beigetragen. Das Dritte Reich brach nicht nur die bestehenden Zusagen zur Bedienung der Auslandsverschuldung, sondern suchte mittels des Schachtschen Konzepts bilateraler Handels- und Verrechnungsabkommen so systematisch wie einseitig, die deutsche Kriegsfähigkeit zu erhöhen⁵³. Wie sollte vor diesem Hintergrund ein System europäischer Arbeitsteilung rekonstruiert werden?

Die Antwort darauf findet sich zum einen in den beschriebenen Aktivitäten der Amerikaner, die mit Erfolg die institutionelle Verankerung Deutschlands in Europa betrieben. Zum anderen aber zeigt sich bei näherem Hinsehen, daß das überlieferte Bild der Handelsbeziehungen in den dreißiger und vierziger Jahren das Ausmaß der Desintegration überzeichnet. Ein Großteil der deutschen Importreduktionen der dreißiger Jahre läßt sich nämlich durch *terms-of-trade*-Effekte und Devisenknappheit erklären – trotz der politischen Fixierung Deutschlands auf das Autarkieziel. Zwar hat die nationalsozialistische Handelspolitik deutliche Verringerungen der Handelsdefizite gegenüber den westeuropäischen Gläubigerländern erreicht⁵⁴. Dennoch blieb Deutschland 1937/38 weiterhin größter oder doch zweitgrößter Handelspartner aller Länder Kontinentaleuropas⁵⁵.

⁵³ Vgl. dazu Albert O. Hirschman, *National Power and the Structure of Foreign Trade*, Berkeley/Calif. 1945; Dietmar Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968; Eckart Teichert, *Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930–1939*, München 1984.

⁵⁴ Siehe Albrecht Ritschl, *NS-Devisenbewirtschaftung und Bilateralismus in Zahlen: Eine Auswertung der bilateralen Devisenbilanzen Deutschlands aus den Jahren 1938 bis 1940*, in: Eckart Schremmer (Hrsg.), *Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1991, S. 289–314. Sowohl die Veränderung der *terms of trade* als auch die absolute Reduktion der Handelsdefizite verringerten die Abhängigkeit der deutschen Seite von eigenen Exporten und damit die Gefahr von Gegenmaßnahmen – ganz im Sinne der Thesen der ökonomischen Literatur zur Auslandsverschuldung. Vgl. dazu u. a. Jeremy Bulow/Kenneth Rogoff, *A Constant Recontracting Model of Sovereign Debt*, in: *Journal of Political Economy* 97 (1989), S. 155–178.

⁵⁵ Vgl. die Tabellen bei Brian R. Mitchell, *European Historical Statistics, 1750–1970*, London 1975. Die wesentlichen Ausnahmen waren Skandinavien und die Schweiz, wo der Handel mit England

Die „Neuordnung“ Kontinentaleuropas, die das Dritte Reich nach 1940 in den besetzten Gebieten installierte, beinhaltete sogar den Kern dessen, was man als zentralisierte Zahlungsunion bezeichnen könnte. Beginnend mit einem Vertrag zwischen Deutschland und Belgien 1940, akzeptierte eine Reihe zentraleuropäischer Staaten das Prinzip des multilateralen Clearings bilateraler Zahlungsströme über ihr jeweiliges Konto bei der Deutschen Verrechnungskasse in Berlin, einer Tochtergesellschaft der Reichsbank. Auf diese Weise sollten die bilateral entstandenen Defizite und Überschüsse zu vereinbarten Verrechnungskursen innerhalb der Teilnehmerländer fungibel werden⁵⁶.

Das zeitgenössische deutsche Schrifttum hat denn auch stets versucht, das Konzept des „Großwirtschaftsraums“ so hinzustellen, als sei damit eine Besserstellung aller Beteiligten verbunden⁵⁷. Tatsächlich war aber der Hauptzweck der NS-Clearingunion eher die Abwicklung des diktierten Ressourcentransfers zugunsten des Reiches⁵⁸, das im Zuge der Verrechnung entsprechende Defizite gegenüber den besetzten Ländern akkumulierte (vgl. Tabelle 3). Dabei fällt auf, daß trotz der ideologisch herausgestellten Ost-Orientierung der deutschen Wirtschaft der Löwenanteil der Realtransfers aus Westeuropa kam – besonders aus den Staaten der späteren Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Tabelle 3 zeigt die kumulierten deutschen Verrechnungsdefizite Ende 1944 geordnet nach Ländergruppen. Die Defizite gegenüber Westeuropa sind weitaus höher als gegenüber dem Osten Europas. Bemerkenswerterweise war der erzwungene Res-

in etwa die Höhe des Handels mit Deutschland hatte. Gegenüber Belgien nahm Deutschland den zweiten Platz hinter Frankreich ein. Trotz merklicher Verringerung des deutsch-französischen Handels unter den Nationalsozialisten blieb Deutschland 1937/38 Frankreichs drittgrößter Handelspartner hinter Algerien und Belgien.

⁵⁶ Göring hatte Reichswirtschaftsminister Funk am 22.6. 1940 den Auftrag zur Vorbereitung einer Clearingunion gegeben. Das Protokoll einer am 22.7. im RWM abgehaltenen Chefbesprechung unter Anwesenheit praktisch aller sachlich befaßten Minister hielt die Ziele eines solchen Verbunds programmatisch, dabei weitgehend im euphemistischen Stil politischer Sprachregelung, als Teil einer wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption fest. Abschrift in Bundesarchiv Koblenz (künftig BAK), R 2/230, Bl. 115ff.

⁵⁷ Vgl. dazu u.a. Fritz Sarow, Verrechnungszentrum Berlin, in: Die Wirtschaftskurve 19 (1940), S. 181–190; Eugen von Mickwitz, Verrechnung über Berlin, Hamburg 1942; Karl Ringel, Währungspolitik und zwischenstaatlicher Zahlungsverkehr in der Großraumwirtschaft, in: Weltwirtschaftliches Archiv 56 (1942), S. 490–508; Karl Schiller, Meistbegünstigung, Multilateralität und Gegenseitigkeit in der zukünftigen Handelspolitik, in: Weltwirtschaftliches Archiv 53 (1942), S. 370–406. Für Aufbereitung und kurzen Überblick vgl. Hans Erich Volkmann, NS-Außenhandel im geschlossenen Kriegswirtschaftsraum (1939–1941), in: ders./Friedrich Forstmeier (Hrsg.), Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945, Düsseldorf 1977, S. 92–163.

⁵⁸ Siehe hierzu Berichte über den Stand des Clearingverfahrens zum Jahresende 1941 mit dem bezeichnenden Hinweis, daß das multilaterale Verrechnungsverfahren zu jenem Zeitpunkt nur mit den besetzten Ländern praktiziert werde, seine Ausweitung auf den sogenannten äußeren Kreis der selbständigen Länder, insbesondere Italien, das sich zur selben Zeit ebenfalls um multilaterales Clearing im Mittelmeerraum bemühte, erst für die Zeit nach dem Kriege geplant sei; BAK, R 7/3283, Bl. 135–139.

Tabelle 3: Deutschlands kumulierte Verrechnungskonten – Stand Ende 1944 (Mio. RM)

Gruppe I: („EWG“)		Gruppe II: (Skandinavien)		Gruppe III: (Südosteuropa)		Gruppe IV: (Osteuropa)	
F	- 8532,2	N	+ 21,5	YU	- 10,5	Polen	- 4712,7
NL	- 5989,6	DK	- 1421,2	Bulg.	- 758,2	Estland	+ 0,0
I	- 147,3	SF	+ 31,9	Griech.	+ 261,9	Litauen	- 2,3
B/Lx	- 4976,2	S		Serb.	- 553,1	Ukraine	+ 292,8
	- 19645,3		- 1367,8	Kroat.	- 1051,6	Rußland	+ 204,0
				Alban.	- 2,3	Protektorate	- 3,6
				H	- 803,7	Slowakei	- 631,7
				RO	- 1126,4		- 4853,5
					- 4043,9		
Summe „EWG“ (F, NL, B/Lx, I): - 19645,3				Summe „Osten“ (Gruppen III; IV): - 8897,4			

Quelle: Bundesarchiv Koblenz, R 7/3636, fol. 41.

Tabelle 4: Struktur des deutschen Außenhandels 1928–1960 (in v. H.)

I: Güterstruktur								II: Länderstruktur				Summe 100* (EX-IM) EX + IM	
Landwirt- schaft		Roh- stoffe		Halb- fabrikate		Fertig- waren		Anteil der „EWG“ am Handel mit Europa		insgesamt			
IM	EX	IM	EX	IM	EX	IM	EX	IM	EX	IM	EX		
1928	40,9	6,4	28,3	12,2	17,9	12,2	12,9	69,2	34,1	32,5	17,3	24,4	- 7,4
1938	39,5	1,2	32,9	9,5	18,8	8,4	7,9	80,8	26,4	32,7	14,4	22,8	- 1,8
1939	41,0	2,0	31,3	7,4	17,4	8,5	9,2	82,1					
1940	47,2	2,5	21,0	14,8	21,2	9,3	9,7	73,4	29,6	28,3	27,6	26,9	- 1,5
1941	39,7	4,9	18,5	13,8	20,6	14,1	20,9	67,1					
1942	35,5	5,0	15,8	14,1	14,2	14,8	34,2	66,0					
1943	40,0	6,8	13,5	13,1	13,1	13,0	32,4	66,9					
1950	44,1	2,3	29,6	14,0	13,7	18,8	12,6	64,9	47,0	48,3	25,5	36,4	- 13,6
1960	26,3	2,3	21,7	4,6	18,9	10,4	32,2	82,4	55,9	48,9	32,4	32,9	5,4

1928 und 1950 ohne Saargebiet.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42; Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, div. Jge.

sourcentransfer, soweit er sich auf den Verrechnungskonten niederschlug, aus den späteren Beneluxstaaten mit zusammen 10,9 Mrd. RM am größten. Die Zahlen der Tabelle 3 könnten allerdings insoweit täuschen, als hier auch Leistungen an deutsche Truppen und nicht nur der reine Handelsverkehr verrechnet wurden. Zur Kontrolle wird in Tabelle 4 die Regional- und Güterstruktur des deutschen bzw. westdeutschen Handels zwischen 1928 und 1960 nach der Außenhandelsstatistik betrachtet.

Im Vergleich der Jahre 1928 und 1950 bleibt die Güterstruktur des deutschen Außenhandels ohne dramatische Brüche. Die Veränderungen, die sich für die Zwischenzeit nachweisen lassen, mögen allerdings überraschen. Im Einklang mit traditionellen

Interpretationen läge die Vermutung nahe, daß die besetzten Länder unter der NS-Kriegswirtschaft lediglich als Rohstoffquellen ausgebeutet worden seien. Tatsächlich scheint aber eher das Gegenteil der Fall zu sein: Während 1940 der Anteil von Agrarprodukten an den Importen ungewöhnlich hoch ist, tritt schon im Folgejahr eine kräftige Korrektur ein; die Importstruktur verlagert sich weg von Agrar- und Rohstoffen hin zu Halb- und vor allem Fertigwaren. Auf der Exportseite besteht, wenn auch schwächer, die umgekehrte Tendenz weg von der erdrückenden Dominanz der Fertigwaren.

Diese „Despezialisierung“ der deutschen Importstruktur während der Kriegsjahre ist ein bemerkenswertes, bislang unterschätztes Phänomen, nimmt sie doch selbst unter den Vorzeichen der NS-Zwangsherrschaft über Kontinentaleuropa die Tendenz zur Intensivierung des intra-industriellen Handels vorweg, die in der westdeutschen Handelsbilanz erst in der Mitte der fünfziger Jahre zu beobachten ist. Um 1960 ist auf der Importseite der Fertigwarenanteil ungefähr wieder so hoch wie 1943. Hier zeigt sich deutlich, welches Rekonstruktionspotential für Westeuropa nach dem Krieg in der Wiedererrichtung der deutschen Wirtschaft als eines Importnachfragers lag⁵⁹. Interessanterweise ist dies offenbar nicht, wie in der Literatur vermutet wurde, eine nach dem Kriege neuauftretende Tendenz, sondern der Rückgriff auf ein Importmuster, das unter den ganz anderen politischen Vorzeichen der erzwungenen Arbeitsteilung im NS-„Großwirtschaftsraum“ während des Krieges schon einmal aufscheint.

Ganz anders dagegen erweist sich die deutsche Exportstruktur nach 1939 als Abweichung vom säkularen Trend und nicht, wie bei den Importen, als seine Vorwegnahme. Trotzdem gibt es auch hier eine überraschende Tendenz. Im intertemporalen Vergleich ähnelt zwar die Exportbilanz von 1950 der von 1928, diejenige von 1960 aber gleicht den Strukturen von 1938/39. Auch hier finden wir also das Phänomen einer gewissen Antizipation der späteren Güterstrukturen, auch hier erscheint die Handelsstruktur von 1950 als Rückfall und damit als Indikator für Rekonstruktionspotentiale.

Die Analyse der Regionalstruktur leidet etwas unter der lückenhaften Datenlage. Dennoch ist erkennbar, daß nach 1938 trotz der deutschen Expansion nach Osten der Anteil Westeuropas am deutschen Außenhandel wächst. Wie erwähnt, dürften die tatsächlichen Güterströme über die Grenzen höher gewesen sein. Legt man die Verrechnungskonten (Tabelle 3) zugrunde, so betrug der kumulierte Anteil der „EWG“-Länder 1940/45 immerhin ca. 65 Prozent.

Die unmittelbare Vorgeschichte des europäischen Handelssystems zum Zeitpunkt des alliierten Sieges war demnach eine der erzwungenen Integration in den deutschen „Großwirtschaftsraum“ und keineswegs geprägt von Desintegration und nationaler Autarkiepolitik. Die westeuropäischen Volkswirtschaften exportierten Fertigwaren nach Deutschland; umgekehrt lieferte das Deutsche Reich Rohstoffe und

⁵⁹ Zur Bedeutung des Exports nach Westdeutschland für Westeuropas Wiederaufstieg vgl. neuerdings Milward, *Nation State*, S. 134f.

Kapitalgüter, so daß letztlich der traditionelle Wirtschaftsverbund der westeuropäischen Montanregion zwischen Ruhr, Belgien und Lothringen fortbestand⁶⁰. Die Idee eines Handelsblocks im westlichen Kontinentaleuropa war also Mitte der vierziger Jahre offensichtlich kein Novum mehr. Gleiches gilt für die konkrete Technik der multilateralen Verrechnung auf der Finanzseite. All dessen war man sich wohl bewußt, als man daran ging, Europas Handel nach dem Krieg einen neuen institutionellen Rahmen zu geben⁶¹.

V. Die EZU als Integrationsmechanismus

Das Problem des westeuropäischen Außenhandels nach dem Krieg war, wie bereits angedeutet, weniger die Unterbrechung von Handelsströmen im allgemeinen als vielmehr die Unterbrechung der Handelsbeziehungen mit Deutschland. Mit dem fast kompletten Ausfall Deutschlands fehlte dem europäischen Handelssystem der in der Vergangenheit dominante Lieferant von Produktionsgütern, aber auch einer der hauptsächlichlichen Exportmärkte. Diesem Umstand kam deshalb so große Bedeutung zu, weil die USA zwar in der Lage waren, Deutschland als Lieferanten von Kapitalgütern zu ersetzen, den Europäern aber keinen korrespondierenden Absatzmarkt zur Finanzierung der Dollar-Lieferungen zur Verfügung stellen konnten. Der Ausfall Deutschlands erklärt demnach einen wesentlichen Teil des europäischen Handels- und Zahlungsbilanzdefizits, der sogenannten Dölar-Lücke⁶². Entsprechend wichtig war es für die europäische Nachkriegsentwicklung, die Deutschen als Handelspartner zu reaktivieren.

Offen war dabei allerdings die Frage, in welcher währungspolitischen Form die Re-Integration des paralysierten Deutschlands geschehen sollte. Nach der Erfahrung mit der Zwangsintegration durch die Verrechnungskasse des nationalsozialistischen Deutschlands war es keineswegs selbstverständlich, daß hierzu 1950 erneut das Prinzip einer Zahlungsunion gewählt wurde. Näher hätte es vielleicht gelegen, die europäischen Währungen voll konvertibel zu machen und den Anpassungsprozeß durch eine konsequente Abwertungsstrategie gegen den Dollar zu erleichtern⁶³. Tatsächlich waren die Europäer im Herbst 1949 schon mit gewissem Erfolg in dieser Richtung vorgegangen⁶⁴. Der entscheidende Widerstand gegen die Konvertibilitäts- bzw. Abwertungsstrategie kam aus den USA. Die amerikanische Administration und insbesondere die ECA sprachen sich entschieden gegen das Konvertibilitätskonzept aus und verfolgten erfolgreich die Absicht, die Re-Integration Deutschlands in den westeuropäischen Handelsraum mittels einer Zahlungsunion zu betreiben.

⁶⁰ Vgl. dazu im Überblick Gillingham, *Coal*.

⁶¹ Vgl. James, *IMF*.

⁶² Vgl. Buchheim, *Wiedereingliederung*, S. 174.

⁶³ Vgl. für diese Sicht besonders Barry Eichengreen, *Reconstructing Europe's Trade and Payments. The European Payments Union*, Manchester 1993, S. 30 ff.

⁶⁴ Zur Wirkung der Abwertungsrunde im Herbst 1949 vgl. ebenda, S. 44 ff.

Die Auseinandersetzungen um die Form des westeuropäischen Handelssystems begannen praktisch unmittelbar nach Kriegsende. Trotz oder vielleicht wegen ihrer spezifischen Erfahrungen mit dem deutschen Verrechnungssystem der Kriegszeit waren es vor allem die Delegierten der Benelux-Länder, die in den Gremien der OEEC den Übergang vom bilateralen zum multilateralen Verrechnungsprinzip forderten und vorschlugen, Deutschland auf diesem Weg einzubeziehen. Die Gründe hierfür sind nicht schwer auszumachen. Die ersten belgischen Vorschläge zur Wiederingangsetzung des Handels mit Deutschland zielten darauf ab, Deutschland auf die Rückzahlung der während des Krieges aufgelaufenen Verrechnungsschulden zu verpflichten⁶⁵. Der gleiche Mechanismus, der Hitler-Deutschland die zur Kriegführung notwendigen Güter zur Verfügung gestellt hatte, sollte nunmehr Europas Rekonstruktion ermöglichen. Entsprechend irritiert waren 1945/46 die ersten Empfänger westdeutscher Exportwaren, als die Amerikaner auf Dollar-Bezahlung bestanden und jede Verbindung mit den ausstehenden deutschen Schulden ablehnten. Diese Politik hemmte zweifelsohne ein frühes Aufleben des Handels. Allerdings läßt sich argumentieren, daß die sogenannte Dollar-Klausel bis Ende 1949 den deutschen Interessen durchaus dienlich war, indem sie einen vorzeitigen Abstrom von benötigten Ressourcen verhinderte⁶⁶.

Die Motivationen der amerikanischen Seite werden vor dem Hintergrund der Theorie des Schuldenüberhangs verständlich⁶⁷. Hinter der Einführung der Dollar-Klausel stand die düstere Erfahrung der USA und der Briten mit den Leistungsbilanzdefiziten der Weimarer Republik und den deutschen Reparationszahlungen auf Kredit. Es hatte sich damals als unmöglich erwiesen, den Transfer von Reparationen und Schuldendienst gleichzeitig zu erzwingen. Schachts Transfersperre von 1933 und seine darauffolgenden Autarkisierungsmaßnahmen hatten den Gläubigerländern nur wenig Spielraum für Sanktionsmaßnahmen gelassen.

Um ihre finanzielle Position in der eigenen Besatzungszone zu sichern und nicht erneut durch eigene Finanzhilfen indirekt die Reparationsgläubiger zu alimentieren, mußten die USA ihr Besatzungsgebiet gegen Deutschlands Reparations- und Clearinggläubiger des Zweiten Weltkrieges schützen. Ohne solche Maßnahmen wären deutsche Exporterlöse dem Risiko der Beschlagnahme als Feindvermögen ausgesetzt gewesen. Die Dollarklausel sollte somit in erster Linie die Solvenz der besetzten Gebiete sichern⁶⁸. Allerdings schälte sich bereits im Jahre 1946 heraus, daß die Westzonen ohne weitere Wirtschaftshilfe nicht überlebensfähig waren. Die USA gerieten in ein Dilemma: Wie sollten sie einerseits die dringend notwendige Hilfe leisten, andererseits aber dem Risiko der indirekten Reparationsfinanzierung entgehen?

Die Lösung des Problems fand sich in einem von der Literatur bisweilen übersehenen Detail der ERP-Verträge mit den europäischen Empfängerländern der Marshall-

⁶⁵ Vgl. Buchheim, *Wiedereingliederung*, S. 10f.

⁶⁶ Zur Wirkung der Dollar-Klausel vgl. ebenda, S. 24ff., S. 51ff.

⁶⁷ Hierzu Bulow/Rogoff, *Sovereign Debt*.

⁶⁸ Vgl. hierzu Gimbel, *Origins*, Kap. 5.

plan-Hilfen. Zum Abblocken fremder Forderungen an Deutschland wurde ein Junktim zwischen dem deutschen Schuldenproblem und der ERP-Hilfe geschaffen: Künftige Hilfe an Deutschland würde nurmehr unter einer sogenannten Senioritätsklausel gewährt werden, die amerikanischen Kreditansprüchen aus Nachkriegshilfe den absoluten Vorrang bei der Bedienung deutscher Auslandsverpflichtungen einräumte. Tatsächlich haben auf der Londoner Außenministerkonferenz die Teilnehmerländer des Marshallplans dieser Bedingung für den Erhalt von ERP-Hilfe zugestimmt. Aus diesem Grund wurde die ERP-Hilfe an Deutschland anders als das vorherige GARIOA-Programm rechtlich in Form von Krediten vergeben, wobei in der amerikanischen Administration der eigentliche Zweck nicht in der zukünftigen Rückzahlung gesehen wurde. Vielmehr lag der „value of this claim in treaty negotiations as (a) basis for keeping other claims down“⁶⁹. Finanztechnisch ergab sich dieser Effekt genau dann, wenn und solange die amerikanische Seite auf die Bedienung der ERP-Ansprüche an Deutschland verzichtete. Wegen der Priorität dieses Anspruchs waren dann bei amerikanischem Stillhalten automatisch auch alle anderen Forderungen an Deutschland blockiert.

Für das Problem, wie Westdeutschland mit neuem Handelskredit versorgt werden könnte, bot die Senioritätsklausel freilich keine Lösung. Im Gegenteil, wegen des allgemeinen Stillhaltens war auch der mögliche Kreditanspruch eines ausländischen Lieferanten gegenüber Deutschland ohne Wert. Diesem Problem wäre auch durch Wiedereinführung der Konvertibilität nicht abzuhelpen gewesen. Es mußte vielmehr eine Lösung gefunden werden, die trotz des fortbestehenden Überhangs an Altschulden neuen Handelskredit für Deutschland verfügbar machte. Diese Lösung fand sich in der Institution der EZU. Ihr gelang es, Deutschland zugleich mit einem Kredit- und Vertrauensvorschuß zu versehen und diese Frage von der der Schulden und Reparationen zu trennen. Letzteres Problem fand später im Londoner Schuldenabkommen eine separate Regelung.

Die EZU entstand 1950 auf Druck der Marshallplan-Organisation ECA, nachdem zwei Vorstufen mit weitgehend bilateralen Clearingverfahren ohne Beteiligung der Westzonen als allgemein unbefriedigend empfunden worden waren⁷⁰. Organisation und Zielsetzung waren recht nahe an den ursprünglichen Vorschlägen der Benelux-Länder, allerdings wurde der US-Dollar zur Deckungswährung, und die Gründungsverträge blieben ohne Hinweis auf die deutschen Vorkriegs- und Kriegsschulden, so daß die ursprünglich von belgischer Seite beabsichtigte Mobilisierung der NS-Clearingverschuldung gescheitert war. Unbestreitbar stand amerikanischer Druck, genauer die Mittel des ERP-Programms, auch hinter dem Abschluß des EZU-Abkommens selbst. In einer Serie von Verhandlungen gelang es den USA, den von Verteilungsin-

⁶⁹ FRUS 1947/III, S.758 ff.

⁷⁰ Zu den Details des Entstehungsprozesses siehe insbesondere Volker Hentschel, Die europäische Zahlungsunion und die deutschen Devisenkrisen 1950/51, in: VfZ 37 (1989), S.715 ff.; Jacob J. Kaplan/Günther Schleiminger, The European Payments Union, Oxford 1989; Eichengreen, European Payments Union.

teressen getragenen Widerstand gegen ein System multilateralen Clearings zu überwinden. Daß dieses Abkommen mehr oder weniger zu amerikanischen Bedingungen zustande kam, ist ohne die „gemeinsame Furcht“ der Westeuropäer vor einer Verweigerung der ERP-Hilfe kaum erklärbar⁷¹. Die ECA stellte denn auch das Gründungskapital der Europäischen Zahlungsunion und so das Zuckerbrot zur Peitsche. Aus Washington kamen 350 Mill. \$ zur Kapitalausstattung und weitere 100 Mill. \$ für einen Notfonds, um die Arbeit des Clearingsystems zu erleichtern⁷². Die Mittel erlaubten es der EZU, im gegebenen Rahmen gleichzeitig Defizitländern Kredit und Überschußländern Devisenzahlungen zu garantieren. Ohne Zweifel hat das den Europäern die Zustimmung zur Zahlungsunion wesentlich erleichtert.

Die Frage, ob das EZU-Abkommen im Sinne der USA einen Erfolg darstellte, ist nicht leicht zu beantworten. So betont Milward den protektionistischen Charakter der neuen Organisation, der vor allem die Abgrenzung gegenüber dem US-Wirtschaftsraum ermöglichte. Hierin sieht er eine weitere Niederlage der Amerikaner gegenüber französischem Verhandlungsgeschick⁷³. Ob man dieser Sicht folgen soll, ist eine Frage der Perspektive. Ging es den USA, wie gezeigt, in erster Linie um die endogene, von amerikanischen Interventionen und Transfers mittelfristig unabhängige Stabilisierung Westeuropas, so waren sie diesem Ziel mit dem EZU-Vertrag in der Tat näher gekommen. Die Wiederaufnahme deutscher Kapitalgüterexporte innerhalb des EZU-Raums würde es den Vereinigten Staaten erlauben, ihre Marshallhilfen ohne Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität der Region zu reduzieren. Die damit einhergehende Entlastung der amerikanischen Steuerzahler wog in Washington offensichtlich schwerer als ein möglicher temporärer Ausfall von Exportaufträgen.

Tatsächlich löste das EZU-Konzept aus US-Perspektive drei Probleme gleichzeitig. Zum ersten stellte die Einbindung Westdeutschlands einen wesentlichen Anreiz für die anderen Europäer dar, innerhalb des EZU-Rahmens miteinander und mit Deutschland zu kooperieren. Alle Beteiligten waren an deutschen Lieferungen, aber auch an der Entwicklung Westdeutschlands als Absatzmarkt interessiert. Wenn dies nur zu amerikanischen Bedingungen, d. h. auf der Basis der Gleichberechtigung möglich war, so war der Preis hierfür keineswegs zu hoch – immerhin eröffnete die EZU den Europäern nunmehr die Möglichkeit, überhaupt Einfluß auf die deutsche Handelspolitik zu gewinnen und die USA, wenn schon nicht aus der Definition der Spielregeln, so doch aus der praktischen Ausgestaltung der Handelspolitik gegenüber Deutschland zu verdrängen. Ohne EZU, auf sich allein gestellt, wäre jedes Land weiterhin auf bilaterale Verhandlungen mit einem Großschuldner und Handelspartner mit schlechter Reputation und sehr vielen Verpflichtungen angewiesen gewesen. Die Gläubiger jedweden Landes hätten Zugriff auf deutsche Export- bzw. Devisenerlöse gehabt, und entsprechend fraglich wäre Deutschlands Fähigkeit zur

⁷¹ Siehe Hentschel, Zahlungsunion, S. 728 ff., bes. S. 728.

⁷² Ebenda, S. 732.

⁷³ Siehe Milward, Reconstruction, S. 333 f.

Erfüllung auch nur seiner laufenden Verpflichtungen gewesen. Um einen Run der vielen Gläubignationen auf deutsche Handelserträge zu verhindern, wäre Westdeutschlands Außenhandel wahrscheinlich auf der Grundlage bilateraler Stillhalte- und Verrechnungsabkommen abgewickelt worden, ähnlich wie schon in den dreißiger Jahren⁷⁴. Mit großer Sicherheit waren aber im Rahmen multilateraler Clearingvereinbarungen, d. h. ohne den Zwang zum bilateralen Ausgleich der Bilanzen, höhere Handelsvolumina mit der Bundesrepublik zu verwirklichen als auf der Basis bilateraler Verträge. Entsprechend größer würde auch der Beitrag des ehemaligen Kriegsgegners zur Schließung der Dollar-Lücke ausfallen⁷⁵. Einen Ausweg aus diesem, in der ökonomischen Theorie als Gefangenendilemma bekannten Problem bot nur handelspolitische Kooperation. Ohne die organisierte Zurückhaltung der Gläubiger, gar ihre Bereitschaft, gemeinsam in die Anschubfinanzierung des ausgezeherten deutschen Produktionsapparats zu investieren, hätte die Bundesrepublik kaum die Möglichkeit gehabt, jene Mindestmengen an Importen zu finanzieren, die sie zur Sicherstellung der gewünschten Kapitalgüterexporte benötigte. Solche Kooperation aber war nur in einem wohldefinierten institutionellen Rahmen und mit dem glaubwürdigen Druck einer dritten Partei denkbar; beides war in der EZU gewährleistet.

Aus amerikanischer Sicht sprach noch ein zweiter, ganz wesentlicher Faktor für die EZU. Die EZU löste zugleich mit dem Kooperationsproblem der Westeuropäer auch das massive Glaubwürdigkeitsproblem einer neuen deutschen Handelspolitik. Ohne die Amerikaner im Rücken bzw. an den Schaltebeln der eigenen Wirtschaftspolitik wäre die Bundesrepublik 1950 für jeden finanziellen oder handelspolitischen Glaubwürdigkeit im Ausland gewesen. Welcher Entscheidungsträger würde, auf sich allein gestellt, einem Land, das noch wenige Jahre zuvor systematisch das Vertrauen seiner Kreditgeber und Handelspartner mißbraucht hatte, neuen Kredit in Form von Mitteln oder gutem Glauben geben? Innerhalb der EZU sah die Lage anders aus. Anders als die USA, deren Doppelrolle als Garant der Funktionsfähigkeit der Organisation und des deutschen Wohlerhaltens zeitlich begrenzt sein mußte, waren die deutschen Handelspartner kooperativ organisiert dauerhaft in der Lage, ein Fehlverhalten der Bundesrepublik wirksam zu sanktionieren – besser als es jedes Land für sich (und möglicherweise in Konkurrenz zueinander) vermocht hätte. Das Versprechen der Bundesrepublik, sich den Handels- und Saldenausgleichsregeln der EZU zu unterwerfen, war aber nicht nur wegen des Sanktionsmechanismus glaubwürdig. Aus der Perspektive der Bundesrepublik war die Mitgliedschaft in der EZU die einzige Möglichkeit, zu diesem Zeitpunkt neuen Handelskredit und einen Vertrauensvorschuß in dieser Größenordnung zu erhalten. Vor allem bot die EZU dem neuen Mitglied die Chance, das noch frische Bekenntnis zum Freihandel durch Taten allmählich zu bestätigen. Die Bundesrepublik, wegen des vollständigen Mangels

⁷⁴ So bereits Hans Möller, Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 69 (1952), S. 203–261.

⁷⁵ Vgl. auch Eichengreen, *European Payments Union*, S. 10 ff.

an Auslandsvermögen und -kredit auf Handelsüberschüsse angewiesen, konnte sich eine solche Möglichkeit nicht entgehen lassen.

Drittens darf nicht übersehen werden, daß auch unabhängig von den Sonderproblemen einer deutschen Wiedereingliederung in den europäischen Handelsverkehr eine Organisation wie die EZU unter den gegebenen Bedingungen die einzig realistische Chance zur Erweiterung des innereuropäischen Handels bot. Zwar ist richtig, daß prinzipiell ein rascher Übergang zu voller Währungskonvertibilität der direkte Weg zur vollen Ausschöpfung der Vorteile aus freiem Handel ist⁷⁶. Doch gilt das nur in einer auch sonst wohl geordneten Welt. Gegen Ende der vierziger Jahre aber blickte Europa auf eine wenig erfolgreiche Geschichte konvertibler Währung im Goldstandard der zwanziger Jahre zurück, vor deren Hintergrund die innerhalb des EZU-Systems vorgesehenen Kapitalverkehrskontrollen (bei nach wie vor fixen Wechsel- und Verrechnungskursen) als vorteilhaft erscheinen mußten. Vor allem aber wäre es ohne das EZU-System bestehenden Organisationen wie der OEEC überlassen gewesen, die handelspolitische Kooperation in Europa sicherzustellen. Konvertibilität der Währungen allein ist keineswegs eine Garantie gegen Abwertungswettläufe, für die Einhaltung von Liberalisierungsversprechen oder gar des freien Devisenverkehrs selbst, im Gegenteil. Am grünen Tisch, ohne die Anreize und Zwänge eines arbeitenden Verrechnungssystems wie der EZU darf man sich die Lösung der sehr viel schwierigeren Kooperationsprobleme, die eine solche Handhabung mit sich gebracht hätte, nicht allzu leicht vorstellen. Realistischer erscheint darum die Überlegung, daß die wirkliche Entscheidung eines jeden Landes zwischen einem kooperativen Ansatz in der EZU und der wenig erfreulichen Aussicht auf ein Fortgelten des bilateralen Zwangssystems wie in der Zwischenkriegszeit bestand, nicht aber zwischen der Mitgliedschaft in der EZU und einem von allen Seiten getragenen, allgemeinen Übergang zu Freihandel und Konvertibilität⁷⁷.

Letztlich beruhte der Erfolg der amerikanischen Politik also vor allem auf den Anreizen, die sich innerhalb der neuen Institutionen sowohl für die deutsche als auch für die westeuropäische Mitgliedschaft boten. Aus den Vorteilen, die OEEC und EZU ihren Teilnehmern auch unabhängig vom Druck der Amerikaner verschafften, erwachsen letztlich die Stabilität und die Glaubwürdigkeit dieser Institutionen und ihrer Ziele, ohne die das Marshallplan-Konzept kaum bleibende Wirkung hätte entfalten können.

⁷⁶ Ebenda, Kap. 3. Eichengreens Argumentation scheint zu oszillieren zwischen der Vorstellung, daß die EZU überflüssig gewesen sei (so auch pointiert in einer früheren Arbeit: Barry Eichengreen, *Was the European Payments Union a Mistake? Would a Payments Union for the Former Soviet Union Be a Mistake As Well?* unveröff. MS 1992), und der hier vertretenen Position, wonach die Alternative allgemeiner Konvertibilität politisch außer Reichweite lag.

⁷⁷ In diese Richtung weisen auch die Erörterungen zur Vorgeschichte der EZU bei Milward, *Reconstruction*, S. 258 ff.

VI. Die Anpassungskrise 1950/51

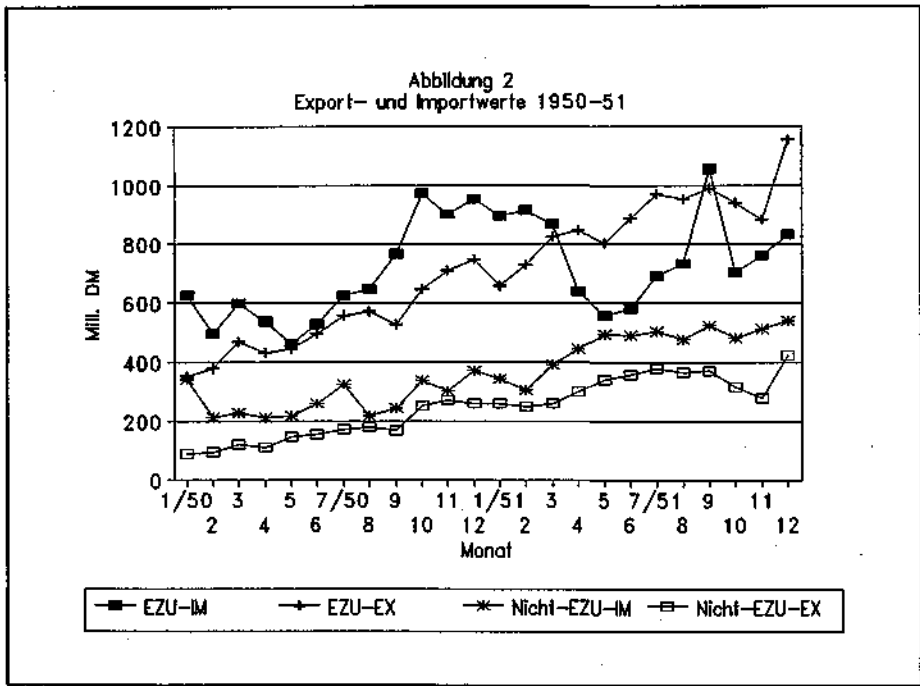
Angesichts der Bedeutung neuer handelspolitischer Institutionen für den langfristigen Erfolg der amerikanischen Planungen ist die Anpassungskrise, in der 1950/51 die Belastbarkeit der EZU auf die Probe gestellt war, auch ein Bewährungstest des amerikanischen Marshallplan-Konzepts selbst gewesen. Daher ist die Frage von besonderem Interesse, ob und inwieweit die Lösung des deutschen Defizitproblems, das dieser Krise zugrunde lag, auf die Funktionsfähigkeit der Marshallplan-Institutionen oder auf die nationale deutsche Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist. Im Mittelpunkt dieser Fragestellung steht zunächst das Import- und Exportverhalten der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1951. Wie zu zeigen sein wird, wurde das Zahlungsbilanzproblem weniger durch die nationale Geld- und Fiskalpolitik als vielmehr durch die funktionierenden Kooperationsmechanismen der EZU bewältigt. Wir halten es für entscheidend, daß Westeuropa die deutsche Zahlungsbilanzkrise von 1950/51 mit Hilfe dieser, maßgeblich von den Amerikanern geformten, Institution kooperativ überwand und damit zugleich die Reintegration Deutschlands in die europäische Arbeitsteilung und die Verringerung der Dollarlücke sicherstellte.

Zu dem eindrucksvollen Erfolg der EZU gehört allerdings auch, daß diese Institution die Defizite im westdeutschen Außenhandel überhaupt erst möglich gemacht hat. Kaum ein deutscher Exporteur hätte ohne die EZU Anlaß gehabt, eine Erhöhung der Produktion ins Auge zu fassen und hierfür verstärkt Rohstoffe zu ordern. Ohne Handelsliberalisierung, multilaterale Verrechnung und neue Kreditfazilitäten wäre aus den schon beschriebenen Gründen die deutsche Importnachfrage von der Devisenseite her beschränkt worden. Die Erfahrung mit der Dollarklausel hatte gezeigt, wie sehr dies indirekt den westdeutschen Export behinderte⁷⁸. Erst die Selbstbindung der europäischen Handelspartner an die Regeln des Freihandels sowie die Bereitstellung von Clearing- und Kreditkapazitäten durch die EZU ließen die Umlenkung der Produktionsgüternachfrage von den USA nach Deutschland zu einer glaubwürdigen Möglichkeit werden. Unter diesen Rahmenbedingungen waren die anfänglichen deutschen Zahlungsbilanzdefizite dann eine einfache ökonomische Folge der Notwendigkeit, die geleerten Lager der Fertigungsstätten aufzufüllen, bevor man mit der Lieferung von Produktionsgütern rechnen konnte⁷⁹. Erst die Gründung der EZU ermöglichte die Akkumulation größerer Handelsdefizite, und eben deshalb lag bei der EZU auch der Schlüssel zur Lösung des so entstandenen Problems.

Was im nachhinein wie ein rationaler Investitionsprozeß – deutsche Importüberschüsse heute gegen Exportüberschüsse morgen – anmutet, erschien den Zeitgenossen schnell als bedrohliche Krise. Abbildung 2 zeigt das beeindruckende Wachstum

⁷⁸ Vgl. Buchheim, Wiedereingliederung, S. 42 ff.

⁷⁹ Anfänglich hatte man auf westdeutscher Seite genau diesen Auffüllungseffekt vom Anlaufen der ERP-Lieferungen erwartet. Über die mannigfachen Enttäuschungen in diesem Zusammenhang berichtet Abelshauser, Hilfe zur Selbsthilfe.

**Bemerkungen:**

„EZU-IM/EX“ = Deutsche Im- und Exportwerte aus und in die EZU nach Einkaufsland

„Nicht-EZU-IM/EX“ = Deutsche Im- und Exportwerte aus und in Nicht-EZU-Länder (freier Dollar-Handel und sonstige Verrechnungsländer), korrigiert um aus Dollar-Hilfe finanzierte Importwerte

Quelle: BdL, Außenwirtschaft 1936, 1945 bis 1953, Tabellen I/1, VI/1 ff. (Aktenbestand Hans Möller)

des Handelsvolumens mit den EZU-Staaten unmittelbar nach Inkrafttreten des multilateralen Verrechnungsabkommens im August 1950. Die Graphik erhellt aber auch den massiven Anstieg des Handelsdefizits gegenüber der EZU⁸⁰.

Eine nähere Betrachtung zeigt, daß die Akkumulation von Defiziten gegenüber dem EZU-Raum in mehreren Phasen verlief. Ein erster Abschnitt endete vor Gründung der EZU im Juli 1950, als innerhalb des zweiten Clearingabkommens der OEEC signifikante deutsche Importüberschüsse entstanden, die jedoch ebenso rasch wieder verschwanden. Die zweite, kritische Phase reichte von August 1950 bis März 1951 und brachte kontinuierlich Importdefizite. Erst in der Folgezeit entstanden dann jene Exportüberschüsse, die gemeinhin als typisch für die westdeutsche Nachkriegsgeschichte gelten.

Es wäre verfehlt anzunehmen, das westdeutsche Handelsdefizit jener Zeit sei ein allgemeines, von der EZU unabhängiges Phänomen, verursacht etwa durch den Ko-

⁸⁰ Das EZU-Abkommen trat Mitte August rückwirkend zum 1.7. 1950 in Kraft. Für die Güterströme zwischen Anfang Juli und Mitte August blieb die Rückdatierung freilich ohne Bedeutung.

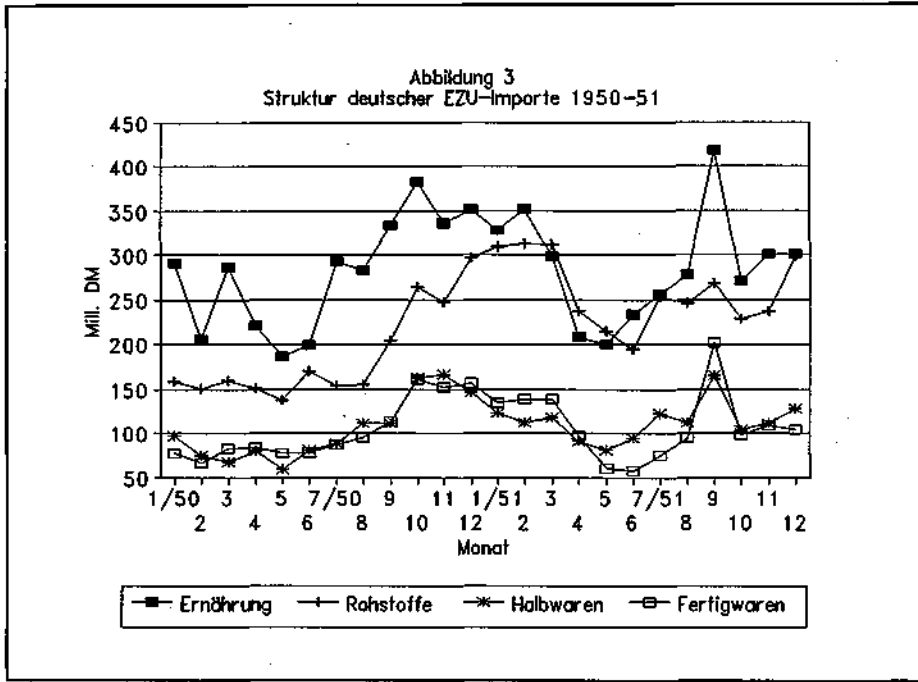
reaboom oder durch die deutsche Geld- oder Fiskalpolitik, wie es gelegentlich in der Literatur dargestellt ist⁸¹. Bemerkenswerterweise haben nämlich die Im- und Exporte aus Nicht-EZU-Ländern (hier bereinigt um Importe aus Dollar-Hilfe) einen ganz anderen, sehr viel ruhigeren Verlauf genommen. Ohne größere Verwerfungen folgen hier die Einfuhrwerte dem allmählichen Anstieg der Ausfuhren. Ein Defizit zeigte sich erstmals im Frühjahr 1951. Die Ursache dieser Entwicklung liegt offensichtlich in der Natur der bilateralen Handelsverträge bzw. des Handels auf Dollar-Basis, die diesem Teil des deutschen Außenhandels zugrundelag. Angesichts des Fehlens anderer Deviseneinnahmen war der Anstieg der Importausgaben an den der Einnahmen aus Exporten gebunden, ganz wie vor 1949 unter Geltung der Dollarklausel. Konsequenterweise zeigte sich im Handel mit dem Raum außerhalb der EZU erst dann ein Defizit, nachdem sich im EZU-Handel stabile Überschüsse eingestellt hatten.

Dennoch ist die Dynamik der Ex- und Importe auf der Nicht-EZU-Seite recht eindrucksvoll. Fast ist man versucht, in diesen Ziffern gleichsam ein Modell dafür zu erblicken, wie der Außenhandel Westdeutschlands sich ohne die EZU bis 1951 entwickelt hätte. So könnte man aus diesem offenbar gelungenen Beispiel einer defizitfreien und geräuschlosen Importfinanzierung folgern, die Deutschen hätten gegenüber der EZU unnötigerweise und spekulativ Defizite akkumuliert und, gleichsam in der Tradition der Politik von Schacht im Dritten Reich, ein „Spiel“⁸² um Überschussressourcen versucht. Doch hält dieser Gedanke einer genaueren Betrachtung nicht stand. Das Argument geht implizit davon aus, es habe zwei parallele Wirtschaftskreisläufe je nach Quelle der Handelsgüter gegeben. Tatsächlich aber kann man wohl unterstellen, daß – mit einem Anteil von fast 70 Prozent an Westdeutschlands Gesamtimport – die nach Volumen und Wert massiv ansteigenden Rohstoff- und Primärgüterimporte aus dem Verrechnungsbereich der EZU sowohl für die Produktion insgesamt als auch für die Exportleistung in andere Gebiete von essentieller Bedeutung waren. Tatsächlich wußten auch die Entscheidungsträger in Bonn und Frankfurt sehr wohl, daß Rohstoffimporte produktions- und exportnotwendig waren und daß keine adäquaten Alternativen zu den Kreditfazilitäten der EZU verfügbar waren. Ohne tragfähige Rückfallposition war die deutsche Seite im Konfliktfall auf den guten Willen der EZU-Mitgliedsländer angewiesen, die noch frischen Erinnerungen an die Außenhandelspolitik des Dritten Reiches hintanzustellen.

In der Tat ist in den Handelsbilanzfiguren ein Zusammenhang zwischen der EZU-Krise und dem Import von Rohstoffen festzustellen. Nach Juli 1950 zeigten von allen Importen aus dem EZU-Raum gerade die Rohstoffimporte die größte Dynamik.

⁸¹ Vgl. Etienne Kirschen u. a., *Economic Policy in Our Time*, Vol. I, Amsterdam 1964, S. 298 ff., bes. S. 313, für eine frühe, seinerzeit einflußreiche Zurückweisung der Koreaboomthese. Kirschen u. a. beobachten, u. E. zu Recht, daß der deutsche Importboom bereits vor dem aller anderen OECD-Staaten begonnen habe. Es läßt sich folgern, daß Sonderfaktoren das deutsche Importverhalten bestimmt haben müssen.

⁸² Vgl. Thomas Schwartz, *European Integration and the „Special Relationship“: Implementing the Marshall Plan in the Federal Republic*, in: Maier/Bischof (Hrsg.), *Marshall Plan*, S. 192 ff.

**Bemerkungen:**

Alle Angaben nach dem Einkaufslandprinzip

Quelle: BdL, Außenwirtschaft 1936, 1945 bis 1953, Tabelle VI/1 ff. (Aktenbestand Hans Möller)

Wie Abbildung 3 deutlich macht, wuchsen im Zeitraum von Juli 1950 bis März 1951 vor allem die EZU-Rohstoffeinfuhren. Deren Anteil an den gesamten Importen aus der EZU stieg, anders als während der Importwelle 1949, deutlich von 30,1 Prozent im zweiten Quartal 1950 auf 34,9 Prozent im ersten Quartal 1951⁸³. Bei einem großen Teil dieser Einfuhren handelte es sich übrigens um den Transferhandel von Gütern aus Nicht-EZU-Ländern vor allem über den Sterling-Raum, was nochmals die Rolle der EZU als Kreditgeber unterstreicht⁸⁴. Komplementär zu dieser Entwicklung stieg der Anteil der bundesdeutschen Fertigwarenxporte, insbesondere der der Produktionsgüter, im Handel mit der EZU an. Mit dieser Rückkehr zum Spezialisie-

⁸³ Der Anteil der Ernährungsgüter (relevant war besonders die Zunahme der tierischen Nahrungsmittel) fiel in dieser Zeit sogar von 39,7% auf 36,5%, Halb- und Fertigwaren hielten entsprechend einen recht konstanten Anteil von je ca. 15%. Siehe Bank deutscher Länder (künftig: BdL), Außenwirtschaft, Tabelle IV.2. (Aktenbestand Hans Möller). Auch im Wirtschaftsministerium sah man in den Rohstoffimporten die Hauptursache der Importwelle. So zumindest Erhard vor dem Zentralbankrat (künftig ZBR) der BdL am 20./21.9. 1950, Wortprotokoll der Zentralbankratsitzung im Hauptarchiv der deutschen Bundesbank (künftig: HADB), B 330/31, S.1f.

⁸⁴ Zu den Auseinandersetzungen um die Quasi-Mitgliedschaft des Sterling-Blocks in der EZU vgl. Milward, Reconstruction, Kap.10.

rungsprofil der dreißiger Jahre entstand also genau jene europäische Arbeitsteilung wieder, die die amerikanischen Planer vor Augen gehabt hatten, als sie die Gründung der EZU betrieben.

Die EZU-Rohstoffimporte nahmen jedoch nicht nur absolut, sondern auch relativ zu den Importen insgesamt zu. Wie Tabelle 5 zeigt, wuchs ihr Anteil an den Gesamt-Rohstoffimporten Westdeutschlands (inklusive der mit Dollar-Hilfe finanzierten) mit einer Rate von 15,5 Prozent und damit weitaus stärker und auch anhaltender als irgendeine andere Warengruppe während der Krise.

Tabelle 5: EZU-Importe und Gesamteinfuhr der Bundesrepublik in der Krise Juli 1950 bis März 1951 Prozent

	Quartal					Zunahme (v.H.) Juli 1950–Febr. 1951
	I.50	II.50	III.50	IV.50	I.51 ^{*)}	
1. Anteil EZU-IM an Gesamteinfuhrwerten insgesamt:	68,7	68,9	72,1	73,6	73,6	6,8
2. Anteil EZU-Importwerte an Gesamteinfuhrwerten nach Warengruppen:						
– Ernährungswirtschaft	62,5	66,6	70,0	69,0	71,0	6,6
– Rohstoffe	69,3	62,4	64,3	69,8	72,1	15,5
– Halbwaren	80,6	78,7	82,3	78,7	71,4	–9,3
– Fertigwaren	82,6	83,0	86,7	89,8	87,9	5,9

Quelle: Bank deutscher Länder, Außenwirtschaft 1936, 1945 bis 1953, Tabellen VI.1 ff. (Aktenbestand Hans Möller); eigene Berechnungen.

^{*)} Nur Januar und Februar 1951.

Hinter dem Anstieg der Importwerte 1949 standen im wesentlichen zwei Faktoren. Zum einen hatten die Liberalisierungsprogramme der OEEC fast die Hälfte der 1948 regulierten Güter von Handelsrestriktionen befreit. Zum anderen stand am Ende der europäischen Abwertungsserie im September 1949 die relative Aufwertung der D-Mark gegenüber diesen Währungen. Die daraus entstehenden Defizite auf deutscher Seite wurden zum Teil im Rahmen des zweiten OEEC-Clearingabkommens kreditiert, obschon sowohl die Allokation der Ziehungsrechte innerhalb des Abkommens als auch die der sog. „conditional aid“ des Marshallplans auf deutsche Überschüsse ausgerichtet waren⁸⁵. Daneben standen der Bundesrepublik zur Begleichung des auflaufenden Defizits circa 70 Mill. \$ unter der JEIA und der Dollar-Klausel akkumulierte Überschüsse zur Verfügung.

Anfang 1950 ging der Wert der Importe aus den späteren EZU-Ländern langsam zurück. Dies dürfte vor allem binnenwirtschaftliche Gründe gehabt haben. Nach-

⁸⁵ Zur „conditional aid“ siehe Werner Abelshäuser, Der Kleine Marshallplan. Handelsintegration durch innereuropäische Wirtschaftshilfe 1948–1950, in: Helmut Berding (Hrsg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984, S.215 ff.

dem 1949 zunächst langvermißte Primärgüter die Importnachfrage dominiert hatten, waren von Unternehmensseite vor allem Rohmaterialien und Zwischenprodukte geordert worden. Noch ohne Aussicht auf eine entsprechende Auslandsnachfrage wurden jetzt mit nachlassender Binnenkonjunktur Lagerbestände sogar wieder abgebaut. Bis Mai 1950 wuchs die Industrieproduktion schneller als die Einfuhr von Rohstoffen⁸⁶.

Die EZU ersetzte rückwirkend zum 1. Juli 1950 das zweite Clearingabkommen und stellte auch die bilaterale Konsolidierung der bis dahin bestehenden Handelschulden der Bundesrepublik sicher. Vor allem aber enthielten die Bestimmungen des von der deutschen Regierung unterzeichneten Vertrages, wie erwähnt, die Selbstbindung für weitere Handelsliberalisierungen (60 Prozent der 1948 regulierten Importe bis Dezember 1950 und 75 Prozent bis Ende 1951), die Einführung echten multilateralen Clearings sowie die Einräumung einer Kreditlinie. Insgesamt erlaubten die Bestimmungen Westdeutschland die Akkumulation von verrechneten Handelsbilanzdefiziten in der Höhe von maximal 320 Mill. \$. Bei Ausschöpfung dieser Quote würden der Bundesrepublik Zahlungsverpflichtungen in Gold oder Dollar von 128 Mill. \$ entstehen und 192 Mill. \$ von der EZU kreditiert werden. All diese Regelungen hatten unmittelbaren Einfluß auf den deutschen Außenhandel mit Westeuropa. Liberalisierung und multilaterale Verrechnung gestatteten allen Mitgliedsländern eine schnelle und deutliche Ausdehnung der gehandelten Volumina⁸⁷. Die eingeräumte Quote, insbesondere der darin enthaltene Kredit, schuf aber auch den Raum für eine gewisse Asymmetrie in dieser Entwicklung: Obschon anders erwartet, stiegen die deutschen EZU-Importwerte unmittelbar nach der Unterzeichnung des Abkommens im August im Vergleich mit den deutschen Exportwerten deutlich an. Das exponentielle Wachstum der Einfuhrwerte, das sich bis Oktober fortsetzte, beruhte, wie beschrieben, vor allem auf Rohstoffen und Halbfertigwaren (vgl. auch Abbildung 3)⁸⁸. Wie Tabelle 5 nahelegt, blieb der Anstieg der Rohstoffimporte aus Nicht-EZU-Ländern dahinter zurück⁸⁹. Zu den hier zugrundeliegenden Mengenänderungen traten die Preissteigerungen nach der Koreakrise und Spekulationen über eine weitere Abwertung des britischen Pfunds⁹⁰. Nach Berechnungen der Bank deut-

⁸⁶ Vgl. BdL, Monatsberichte Mai 1950, S. 30 ff. und August 1950, S. 17 ff.

⁸⁷ Vgl. auch Abbildung 2. Zur Bedeutung der Verrechnung für die Ausweitung des Handelsvolumens siehe u. a. Eichengreen, *European Payments Union*, S. 29 f.

⁸⁸ Siehe hierzu schon die ZBR-Sitzung vom 20.–21. 9. 1950, Wortprotokoll, HADB, B 330/31, S. 3, in der Vocke feststellte, daß allein die Importe für „die größten Engpässe und Mangellagen“ die Möglichkeiten der Zahlungsbilanz überstiegen.

⁸⁹ Es ist also nicht richtig, daß Importe aus dem Bereich der EZU an die Stelle von Importen aus anderen Quellen getreten seien. Beide Größen wiesen positive, aber unterschiedlich hohe Wachstumsraten auf. Anders implizit Milward, *Reconstruction*, S. 429.

⁹⁰ Eine Pfund-Abwertung hätte über England importierte Rohstoffe aus Drittländern verteuert. Über England kam ein Großteil der deutschen Rohstoffimporte. Vgl. zum Problem der Rohstoffpreise auch den Brief von BdL-Direktoriumspräsident Vocke an Bundeskanzler Adenauer vom 14. 10. 1950, abgedr. in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), *Die Korea-Krise als ordnungspolitische Herausforderung der deutschen Wirtschaftspolitik, Texte und Dokumente*, Stuttgart 1986, S. 193 ff.

scher Länder (BdL) beruhen 75,5 Mill. DM der Importwertsteigerungen bei Rohstoffen zwischen dem vierten Quartal 1949 und dem dritten Quartal 1950 auf Preissteigerungen, für den Gesamtzeitraum zwischen dem vierten Quartal 1949 und dem vierten Quartal 1950 beträgt diese Ziffer hingegen 271,8 Mill. DM⁹¹.

Schon Ende September 1950 hatte die Bundesrepublik infolge ihrer wachsenden Defizite die ersten drei Tranchen ihrer Quote überschritten und war aufgefordert, insgesamt 31 Mill. \$ ihrer Verbindlichkeiten bei der EZU in Gold oder Dollar zu begleichen. In Ermangelung nennenswerter Devisenreserven befand sich der neue deutsche Staat damit am Rande einer ernsthaften Zahlungsbilanzkrise.

Spätestens im Oktober 1950 drohte der Bundesrepublik die Zahlungsunfähigkeit gegenüber der EZU. Nach den Regeln der Organisation hätte dies das Ende ihrer Mitgliedschaft und das Scheitern der schnellen Reintegration bedeutet. Was war zu tun? Die oben vorgelegte Analyse der Ursachen der Zahlungsbilanzkrise legt nahe, daß der Schlüssel zum Problem bei der EZU lag, weniger hingegen bei der heimischen westdeutschen Konjunkturpolitik. Daß heißt aber nicht, daß die deutsche Geld- und Fiskalpolitik auch ex ante im politischen oder ökonomischen Sinne wirkungs- und funktionslos gewesen wären. So war aus der Perspektive der deutschen, der europäischen und der amerikanischen Entscheidungsträger im Herbst 1950 durchaus noch offen, welches Politikinstrument adäquat wäre, das Ungleichgewicht im westdeutschen Außenhandel zu beseitigen. Hinzu kam der Aspekt der strategischen Interaktion dieser Entscheidungsträger. Oder anders gesagt: Bonn oder Frankfurt konnten offensichtlich nur dann Hilfe von EZU-Seite erwarten, wenn sie zuvor selbst aktiv geworden waren.

Geldpolitik war nach alliierterem Recht allein Sache der BdL. Die Zentralbank war bereit, dem Zahlungsbilanzausgleich großes Gewicht zuzumessen, zumal dies angesichts der Handelsdefizite im Einklang mit dem Preisstabilitätsziel, d. h. ohne Inflationierung, geschehen konnte. Im Verlauf des Septembers hatte die Zentralbank bereits Exportförderung mittels selektiver Kreditpolitik betrieben und globale Maßnahmen zur Beschränkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage eingeleitet, um so auch die Importnachfrage zu drosseln⁹². Gegen den ausdrücklichen Widerstand von Bundeskanzler Adenauer, auf dessen Bitte hin der Zentralbankrat sogar in Bonn zusammenkam, verstärkte die BdL ihre kontraktiven Maßnahmen im Oktober⁹³. Intern, nicht aber nach außen, verstand der Zentralbankrat seine Maßnahmen bemer-

⁹¹ BdL, Monatsbericht März 1951, S. 36.

⁹² Vgl. BdL, Monatsbericht September 1950, S. 1 ff. Siehe auch Kaplan/Schleiminger, *European Payments Union*, S. 102.

⁹³ Zur Position der Regierung vgl. u. a. die Sondersitzung des ZBR vom 13. 10. 1950 in Bonn, Ergebnisprotokoll, HADB, B 330/31. Erhard, der mit den Ministern Schäffer, Blücher und Niklas an der Sitzung teilnahm, wies zunächst auf einen entsprechenden Beschluß des Kabinetts hin, drückte aber im Verlauf der Diskussion doch seine Zustimmung zu einer Diskontsatzserhöhung aus; vgl. auch Otmar Emminger, *D-Mark, Dollar, Währungskrisen. Erinnerungen eines ehemaligen Bundesbankpräsidenten*, Stuttgart 1986, S. 53 ff., sowie den Bericht von Alec Cairncross, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), *Korea-Krise*, S. 207 ff.

kenswerterweise in erster Linie als Signal an die EZU und weniger als ein Mittel, das Zahlungsbilanzproblem in der gebotenen Frist zu beseitigen⁹⁴. Diese Einschätzung erwies sich als berechtigt. Geldpolitik weist auch unter normalen Umständen recht große Wirkungsverzögerungen auf. Hinzu kam im Herbst und Winter 1950/51, daß die Importeure bereit waren, angesichts absehbarer hoher Preissteigerungen auch höchste Finanzierungskosten zu tolerieren⁹⁵. Tatsächlich ist die in der Literatur gelegentlich anzutreffende Hypothese, die deutsche Geldpolitik habe über ihre Signalwirkung hinaus rechtzeitig Nachfragewirkungen verursacht, nicht haltbar⁹⁶. Wenn es die globalen geldpolitischen Maßnahmen der BdL gewesen wären, die ab Oktober das hohe Wachstum der Importe aus der EZU bremsten, dann hätten diese auch Nicht-EZU-Importe in gleicher Weise negativ beeinflussen müssen. Wie bereits erwähnt, war dies aber offensichtlich nicht der Fall (vgl. Abbildung 2).

Die Fiskalpolitik befand sich in einem Dilemma. Eine kontraktive Ausrichtung würde, zwar schneller und wirkungsvoller als die Geldpolitik, die Gesamt- und Importnachfrage dämpfen, dafür aber auch die Kapazitätsauslastung und Beschäftigung reduzieren. Die Bundesregierung war seit Ende 1949 unter politischem Druck, gegen die wachsende Arbeitslosigkeit vorzugehen. Angesehene Ökonomen, Teile der Presse und insbesondere eine Reihe von Memoranden aus dem Bipartite Control Office und der ECA erkannten in keynesianischer Sicht einen Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und legten diese Erkenntnis ihren Empfehlungen zugrunde. In Ablehnung dieser Interpretation stemmte sich das Bundeswirtschaftsministerium unter Erhard zunächst gegen expansive Fiskalprogramme⁹⁷. Erhard fand Unterstützung bei der Mehrheit seines Wissenschaftlichen Beirats, die die drückende Arbeitslosenzahl auf strukturelle Ursachen und den Zuzug von Beschäftigungssuchenden zurückführte⁹⁸. Der Widerstand gegen ein keynesianisches Maßnahmenpaket erlahmte erst, als öffentliche Umfragen signalisierten, daß die Beschäftigungslage im Problembewußtsein der Bevölkerung noch vor der Wohnungsnot rangierte, und

⁹⁴ Vgl. die ZBR-Aufzeichnungen vom 13.10. 1950, Wortprotokoll, HADB, B 330/31, S.7ff., 14.–15.2. 1951, Wortprotokoll, HADB, B 330/39, S.8 ff., 24./28.2. 1951, und Wortprotokoll, ebenda, S.2 ff.

⁹⁵ Vgl. Wortprotokoll der ZBR-Sitzung vom 14.–15.2. 1951, HADB, B 330/39, S.6. Sogar Versicherungsunternehmen boten Importfinanzierungen mit bis zu 18 % Zinsen an.

⁹⁶ Für diese Hypothese vgl. Kaplan/Schleiminger, *European Payments Union*, S.102. Nach Beendigung der Krise im Mai 1951 äußerte sich die BdL auch in der Öffentlichkeit pessimistisch zur Wirkung der Geldpolitik; siehe BdL, Monatsbericht Mai 1951, S.44. Ähnlich der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, *Wirtschaftspolitische Möglichkeiten zur Begrenzung der direkten lenkenden Eingriffe* (Gutachten vom 25.2. 1951), in: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), *Sammelband der Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats*, Göttingen 1973, S.115–119. Auch Finanzminister Schäffer meinte Ende Februar vor dem ZBR, die Geldpolitik habe nichts zur Problemlösung beitragen können; vgl. Wortprotokoll der ZBR-Sitzung vom 24. und 28.2. 1951, HADB, B 330/39, S.2.

⁹⁷ Vgl. u. a. Schwartz, *Integration*, S.192 ff.

⁹⁸ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat, *Kapitalmangel und Arbeitslosigkeit in der sozialen Marktwirtschaft* (Gutachten vom 26.2. 1950), in: Bundesministerium für Wirtschaft, *Gutachten*, S.65–71.

die SPD im Bundestag ein ausformuliertes Beschäftigungsprogramm vorlegte⁹⁹. Im Februar 1950 schnürte die Regierung ein „Arbeitsbeschaffungs(ABM)-Programm“¹⁰⁰. Ob seiner deutlichen Angebotsorientierung und seiner langen Anlaufzeit konnte dieses Programm keine kurzfristig spürbaren Effekte hervorrufen. Im Wirtschaftsministerium machte man sich nach dieser Erfahrung daran, ein zweites ABM-Programm vorzubereiten, um notfalls im Winter 1950/51 die Nachfrage nach politischem Aktionismus schneller befriedigen zu können¹⁰¹. Die Arbeiten kamen dann, durchaus nicht zum Ärger Erhards, im Herbst 1950 zu einem abrupten Ende, als die EZU im Rahmen der Verhandlungen um die deutschen Defizite eine kontraktivere Ausrichtung der deutschen Fiskalpolitik forderte. Konkret verlangte die EZU im Oktober 1950 die Umsetzung einer ganzen Reihe von restriktiven Maßnahmen: Umsatz- und Einkommensteuern waren zu erhöhen, Abschreibungsmöglichkeiten zu reduzieren und Luxusgutsteuern einzurichten. Die so definierte Fiskalpolitik und die Beibehaltung der restriktiven Geldpolitik waren der Preis, den die Pariser Organisation für eine Ausdehnung der deutschen Kreditlinie verlangte. Die Bundesregierung stimmte dem zu, zumindest auf dem Papier. Das deutsche Memorandum an die EZU vom November 1950 versprach eine entsprechende Änderung der Steuerpolitik, die pro Jahr etwa 2,3 Mrd. DM zusätzliche Staatseinnahmen zur Folge gehabt hätte¹⁰². Als allerdings die OEEC im Mai 1951 ein Resümee zog, befanden sich die zugesagten Steueränderungen sämtlich noch im Gesetzgebungsverfahren. Tatsächlich ist keine einzige dieser Maßnahmen vor Beendigung der Zahlungsbilanzkrise ins Werk gesetzt worden. Hinter verschlossenen Türen stellte man in Paris denn auch enttäuscht fest, die Bundesregierung habe es an politischem Willen fehlen lassen, den Gesetzgebungsprozeß zu beschleunigen¹⁰³. Die deutsche Fiskalpolitik hatte

⁹⁹ Vgl. Brigitte Schenkluhn, *Konjunkturpolitik und Wahlen: Eine fallanalytische Untersuchung der konjunkturpolitischen Regierungsentscheidungen in 7 Wahlperioden (von 1949–1976)*, Bergisch-Gladbach 1985, S. 72.

¹⁰⁰ Im wesentlichen faßte das Programm nur laufende oder fertig geplante Maßnahmen unter neuem Namen zusammen. Interessant ist allerdings, daß es bereits einen Exportförderungskatalog von ca. 300 Mill. DM vorsah. Im Wirtschaftsministerium hieß es dazu explizit, es diene der Einnahmeerzielung zur Vergrößerung der Rohstoffimporte für den Konsumgüterindustrialbereich. Siehe dazu das Regierungsprogramm vom 18.2. 1950, BAK, B 102/12593. Vgl. auch Walter Hagemann, *Von der Ordnungs- zur Konjunkturpolitik. Zur Funktionsentwicklung staatlicher Wirtschaftspolitik in Westdeutschland von 1948–1967*, Essen 1984, S. 93 ff.

¹⁰¹ Vgl. Protokoll der Ministeriumsbesprechung am 6.7. 1950, BAK, B 102/12593. Man nahm sich dabei explizit vor, aus den Fehlern des ersten Programmes zu lernen.

¹⁰² Davon wären 1,3 Mrd. DM an den Bund, 1,0 Mrd. DM an die Länder gefallen, vgl. BdL, Monatsbericht Dezember 1950, S. 17 ff. Für das Memorandum vom 27.11. 1950 und die entsprechenden regierungsinternen Debatten siehe die Aktenbestände des Wirtschaftsministeriums, BAK, B 102/12783, Heft 1.

¹⁰³ OEEC-Dokument MBC (51) 48 vom 18.5. 1951, BAK, B 102/12783. Dem ZBR lag ein Bericht von v. Mangoldt über eine Sitzung des Board of Management der EZU (22.–24.2. 1951) mit entsprechenden Vorwürfen gegen die Bundesregierung vor, HADB, B 330/39, S. 6f. Die einzigen steuerpolitischen Änderungen, nämlich Erhöhungen der Mineralölausgleichsteuer und des Notopfers Berlin, waren schon zuvor beschlossen worden. Die im ersten Quartal 1951 gegenüber dem

nichts zur Lösung des Zahlungsbilanzproblems beigetragen. Ganz im Gegenteil dürfte der Ankündigungseffekt der Steuererhöhungen die Binnen- und Importnachfrage temporär sogar noch vergrößert haben.

Die eklatante Untätigkeit der Fiskalpolitik im Angesicht der Krise bedarf einer Erklärung. Daß der Gesetzgebungsprozeß zeitaufwendig war, liegt auf der Hand. Zu hinterfragen ist eher das Engagement der Beteiligten. Zwei Faktoren, die hier wirksam geworden sind, hat die bisherige Darstellung schon gestreift: Die aktivere Geldpolitik und die Frage der politischen Stabilität. Erhard gab im Zentralbankrat wiederholt seiner Hoffnung Ausdruck, es möge der BdL gelingen, das Zahlungsbilanzproblem von der Finanzierungsseite her in den Griff zu bekommen. Ihm ging es, so machte er deutlich, vor allem um die Aufrechterhaltung des handelspolitischen Liberalisierungsversprechens gegenüber der EZU, dem er für die wirtschaftliche Rekonstruktion Westdeutschlands allergrößte Bedeutung zumaß¹⁰⁴. Daß er dabei offensichtlich wenig Wert auf den Einsatz der Fiskalpolitik legte, mag nach den Worten eines Zentralbankratsmitglieds auch an der „Illusion“ einer wirkungsvollen Geldpolitik gelegen haben¹⁰⁵. Allerdings schien Erhard in seiner Ablehnung expansiver Fiskalpolitik nicht bis zu einer Gefährdung der inneren Stabilität der Republik durch eine harte Austerity-Politik gehen zu wollen. Nicht unwesentlich war auch, daß gewichtige Stimmen auf der Seite der Alliierten und der EZU in das gleiche Horn stießen. Dort teilte man sowohl die hohen Erwartungen an die Maßnahmen der BdL als auch die Skepsis gegenüber einer kontraktiven Fiskalpolitik¹⁰⁶. Dahinter standen gewisse Bedenken gegenüber den Möglichkeiten des föderalen deutschen Systems zu schnellem Handeln und wiederum die Angst vor politischer Instabilität. Auch trugen sich insbesondere US-Vertreter mit der Vorstellung, eine expandierende deutsche Ökonomie sei besser in der Lage, den angestrebten deutschen Verteidigungsbeitrag zu leisten¹⁰⁷.

Angesichts einer deutschen Fiskal- und Geldpolitik, die de facto vor allem Signale guten Willens, nicht aber wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Zahlungs-

Vorquartal beobachtete Erhöhung der Steuereinnahmen (835,2 Mill. DM) war allein auf das Wachstum der Bemessungsgrundlagen zurückzuführen; vgl. BdL, Monatsbericht März 1951, S. 14 ff.

¹⁰⁴ „Wir wollen das Prinzip der Liberalisierung nicht preisgeben und nicht in staatliche Zwangsmaßnahmen eintreten.“ So Erhard in der ZBR-Sitzung vom 20.–21. 9. 1950, Wortprotokoll, HADB, B 330/31, S. 10. Vgl. auch seine Position in der Sitzung vom 24./28. 2. 1951, Ergebnisprotokoll, HADB, B 330/39, S. 11.

¹⁰⁵ So der schleswig-holsteinische Landeszentralbankpräsident Otto Burkhardt in der ZBR-Sitzung vom 14.–15. 2. 1951, Wortprotokoll, HADB, B 330/39, S. 11.

¹⁰⁶ Kaplan/Schleiminger, *European Payments Union*, S. 104 ff.

¹⁰⁷ So der ECA-Mitarbeiter Hubert F. Havlik vor dem Joint Trade and Intra Europe Payments Committee am 8. 11. 1950 in Paris (siehe Emmingers Bericht vom 8. 11. 1950 in BAK, B 102/12783, Heft 2). Ähnlich auch die Äußerungen anderer ECA-Vertreter, des US-Botschafters Wood und der Wirtschaftsexperten Triffin und Cairncross während einer Serie inoffizieller Treffen mit deutschen Vertretern Mitte November ebenfalls in Paris (dazu die Notiz vom 16. 11. 1950 in ebenda, Heft 1). Cairncross meinte gar, gegebenenfalls müsse auch auf die restriktive Geldpolitik verzichtet werden. Wood betonte die Bedeutung einer stabilen Wirtschaft für die kommenden Verteidigungsanstrengungen.

bilanzkrise hervorbrachte, verblieb zur Lösung des deutschen Zahlungsbilanzproblems nurmehr die Handelspolitik. Im Oktober lagen bei der Bundesregierung und der BdL bereits genehmigte Importanträge für den liberalisierten und nicht-liberalisierten Sektor im Wert von 1,15 Mrd. \$, also etwa dem Sechsfachen der monatlichen Importsumme, vor¹⁰⁸. Auf Anraten der BdL entwertete die Bundesregierung etwa die Hälfte der ausstehenden Genehmigungen. Darüber hinaus wurden die Importeure der meisten Güterarten verpflichtet, bei Antragstellung 50 Prozent (ab Dezember nur noch 25 Prozent) des beantragten Importwertes in DM bei der BdL zu hinterlegen. Die BdL übernahm die Abwicklung des Antragsverfahrens in eigene Regie¹⁰⁹. Wie die Verhandlungen des Zentralbankrats, insbesondere die hier gefallenen Äußerungen der Bundesregierung deutlich machen, währte man sich auf deutscher Seite mit diesen Maßnahmen am Rande dessen, was die EZU-Bestimmungen zuließen. Jeder weitere Eingriff in den EZU-Handel, so die damalige Lagebeurteilung, würde die Selbstbindung an die Liberalisierungsbestimmungen des Pariser Abkommens unglaubwürdig machen und Reaktionen der in ihren Exporten betroffenen Mitgliedsländer provozieren.

Die Deutschen hatten ihren handelspolitischen Spielraum ausgeschöpft. Die Maßnahmen waren durchaus nicht ohne Wirkung, wie Abbildung 2 zeigt. Im Oktober 1950 stabilisierte sich die Importentwicklung. Weil aber die Exporte, beeinträchtigt von Kohleengpässen im Inland, auf unzureichendem Niveau verharren, setzte sich die Akkumulation von Handelsdefiziten gegenüber der EZU fort. Ohne Hilfe von seiten der Marshallplan-Institution EZU, ohne die schnelle Erweiterung der Kreditrestriktion, wäre die Bundesrepublik nur Monate nach der Unterzeichnung zum Offenbarungseid gezwungen gewesen.

Wie erwähnt, ist das Verhalten der Entscheidungsträger in Bonn und Frankfurt in der Literatur (vor allem von Schwartz) gelegentlich als abgekartetes Spiel zur Ausdehnung der deutschen Kreditposition auf Kosten der EZU interpretiert worden¹¹⁰. Tatsächlich empfand man in Bonn die im August festgesetzte EZU-Quote als eher zu niedrig und signalisierte bald darauf den Wunsch nach einer Erhöhung. Auch schien etwa Erhard die Bedeutung des Problems viel zu lange zu unterschätzen. Aber handelte es sich dabei wirklich um ein kühl kalkuliertes Unternehmen, um eine Spekulation auf das benevolente Verhalten der in der EZU organisierten Europäer oder der Amerikaner? Wohl kaum. Was die Deutschen selbst angeht, so muß man die „gamble“-These ablehnen, wenn man die oben entwickelte Argumentation akzeptiert. Auf der einen Seite waren die Importe für die deutsche Wirtschaft nicht entbehrlich. Auf der anderen Seite waren die wirtschaftspolitischen Mittel der

¹⁰⁸ Vgl. BdL, Monatsbericht Dezember 1950, S. 23.

¹⁰⁹ Vgl. zu den technischen Details die Verhandlungen der ZBR-Sitzung am 13. 10. 1950 in Bonn, Ergebnisprotokoll, HADB, B 330/31, S. 2ff. Der ZBR stimmte ex post den Dringlichkeitsentscheidungen von Direktorium und ZBR-Vorsitzenden in dieser Frage zu.

¹¹⁰ Siehe Schwartz, *European Integration*, S. 202 ff., bes. S. 206. Vgl. zum folgenden Hentschel, *Zahlungsunion*, S. 733 ff.

Bundesrepublik beschränkt. Die Geldpolitik blieb weitgehend stumpf, und die Fiskalpolitik war wirksamen politischen Schranken unterworfen. Was die deutsche Handelspolitik angeht, so war diese durch die notwendige Selbstbindung an die Handelsliberalisierung nur bedingt einsetzbar. Vor allem aber war weder im Herbst 1950 noch im Frühjahr 1951 absehbar, daß die EZU-Mehrheit einen einseitigen deutschen Bruch der Liberalisierungsverpflichtungen ohne Sanktionen hinnehmen würde, hatte die ECA doch von Beginn an wenig Zweifel daran gelassen, daß man ein solches Verhalten nicht tolerieren würde¹¹¹. Ohne eigentliche Alternative galt es für die Bundesrepublik nur, wirklich harte Importrestriktionen möglichst lange hinauszuzögern. Vor diesem Hintergrund erscheint auch der handelspolitische Attentismus Erhards weniger willkürlich. Was seine persönliche Motivation angeht, so kommt hinzu, daß hier mit der prinzipiellen Glaubwürdigkeit des Konzepts Marktwirtschaft und Freihandel auch seine eigene politische Position auf dem Spiel stand.

Ähnliche Überlegungen wie Schwartz stellen auch Giersch, Paqué und Schmieding an, wenn sie die Natur der Zahlungsbilanzkrise ob ihrer kurzen Dauer als weniger schwerwiegend einschätzen¹¹². Richtig ist, daß die Werte der deutschen Exporte in die EZU-Länder im Trend stiegen und ein Zahlungsbilanzgleichgewicht in naher Zukunft stets möglich schien. Ohne die europäische Nachfrage nach deutschen Produktionsgütern hätte in der Tat kaum Aussicht auf Lösung des Problems bestanden. Freilich wäre auch das Importproblem ohne diese Exporterwartungen deutlich kleiner ausgefallen. Nichtsdestotrotz akkumulierte die Bundesrepublik seit Juli 1950 Defizite, die im gegebenen institutionellen Rahmen zu bewältigen waren. Weil dieser Rahmen auch ein Limit für die auflaufenden Defizite enthielt, hatte die Bundesrepublik eine zeitliche Grenze zur Lösung des Problems vor Augen. Den Zeitgenossen jedenfalls war die „Gefahr einer akuten Zahlungskrise“ und ihrer möglichen Konsequenzen für die Exportnachfrage deutlich bewußt¹¹³.

Der Ausbruch dieser Krise wurde zunächst noch einmal verschoben, als die nach Deutschland entsandten Berichterstatter der EZU Per Jacobsson und Alec Cairncross ein recht optimistisches Bild der Lage vermittelten. Die EZU erweiterte die deutsche Kreditlinie um 120 Mill. \$, was eine Erhöhung der Quote um 180 Mill. \$ auf insgesamt 500 Mill. \$ implizierte¹¹⁴. Diese Entscheidung blieb nicht unwidersprochen. Von besonderem Interesse ist dabei die Position der kleineren Mitgliedsländer. So kritisierten etwa Dänemark und die Türkei, daß die bisherige deutsche Handelspolitik die eigenen Exporteure relativ benachteilige. Sie waren bereit, im Notfall generelle deutsche Importrestriktionen zu akzeptieren, wenn damit die eigenen Han-

¹¹¹ Ebenda, S. 738 ff.

¹¹² Vgl. Giersch/Paqué/Schmieding, *Miracle*, S. 103 ff.; Milward, *Reconstruction*, S. 429.

¹¹³ Die BdL sah Gegenmaßnahmen für den Fall eines einseitigen deutschen Schrittes als sehr wahrscheinlich an. Siehe hierzu u. a. den BdL, Monatsbericht Oktober 1950, S. 27 und die ZBR-Sitzung vom 14.–15. 2. 1951, Ergebnisprotokoll, HADB, B 330/39, Zitat S. 3. Vgl. zur Haltung Vockes auch Kaplan/Schleiminger, *European Payments Union*, S. 117.

¹¹⁴ Ebenda, S. 96 ff.

delsanteile gesichert würden¹¹⁵. Die Mehrheit der EZU-Mitglieder aber lehnte solch einschneidende Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt ab und setzte die beschriebene Aufhebung der harten deutschen Kreditrestriktion durch. Der Kredit wurde verzinslich bis Mai 1951 gewährt. Die deutsche Seite hatte sich, wie erwähnt, als Gegenleistung zu einer deutlich restriktiveren Wirtschaftspolitik zu verpflichten.

So erleichtert man in Bonn und Frankfurt über die Entscheidung der EZU war, so wenig änderte sie, angesichts der Wirkungslosigkeit der eigenen Maßnahmen, am grundsätzlichen Problem. Im Dezember und Januar wiesen die Abrechnungen mit dem EZU-Raum erneut hohe Zahlungsbilanzdefizite aus. Ende Februar belief sich die deutsche Schuld auf 457 Mill. \$, bei mehr als 610 Mill. \$ noch ausstehenden, bereits genehmigten Importlizenzen. 425 Mill. \$ dieser Genehmigungen betrafen den liberalisierten Bereich, und so war klar, daß zum zweiten Mal in kurzer Zeit die Erschöpfung der Quote drohte. Ohne Hoffnung auf eine nochmalige Erweiterung der Kreditlinie blieb nur noch die Aussetzung der Liberalisierung. Mit Bezug auf Artikel 3 des OEEC-Liberalisierungskodex beschloß die Bundesregierung am 21. Februar 1951, den Einfuhrhandel mit dem EZU-Raum auszusetzen und die Erteilung von Importlizenzen zu stoppen. Diese Restriktionen sollten im März überprüft werden. Nach der offiziellen Lesart Erhards waren sie kein „Verrat am Prinzip der Liberalisierung“, sondern „lediglich eine technische Maßnahme, um diesen Grundsatz auch für die Zukunft aufrecht erhalten zu können“¹¹⁶. Daß man sich in Bonn mit der Hoffnung trug, die EZU würde diese Interpretation teilen, war verständlich. Auf dem Spiel stand nicht weniger als der Zugang zu den Märkten Westeuropas.

Diese Entscheidung machte unmißverständlich klar, daß die Bundesrepublik am Ende ihrer Möglichkeiten war, die Zahlungsbilanzkrise aus eigener Kraft zu bewältigen. Ohne echte Not hätten weder Regierung noch Notenbank das Ruder aus der Hand gegeben. Jetzt lag die Initiative in Paris. Konfrontiert mit dem einseitigen Schritt der Bundesrepublik, entschieden sich die Europäer, ihrerseits auf entsprechende Reglementierungen der deutschen Exporte nach dem Prinzip *sauve qui peut* zu verzichten. Die EZU legalisierte die einseitige Wiedererrichtung der Einfuhrschränken und übernahm die Allokation der verbleibenden Importmöglichkeiten in eigener Regie. Um Westdeutschland mittelfristig ein Zahlungsbilanzgleichgewicht zu ermöglichen, verpflichteten sich die EZU-Mitglieder sogar, deutsche Exporte besonders zu fördern. Im Einvernehmen mit der deutschen Seite interpretierte man die Maßnahmen als temporär und trachtete danach, den ursprünglichen Zustand alsbald wiederherzustellen¹¹⁷.

¹¹⁵ Siehe den schon erwähnten Committee Report der EZU, BAK, B 102/12783, Heft 2, Kaplan/Schleiminger, European Payments Union, S. 104ff. und Hentschel, Zahlungsunion, S. 740ff.

¹¹⁶ Erhard in den Tagesnachrichten des Wirtschaftsministeriums Nr. 938 vom 23.2. 1951, zit. nach Hentschel, Zahlungsunion, S. 751, Anm. 110. Siehe auch BdL, Monatsberichte Januar/Februar 1951, S. 19ff. und März 1951, S. 35ff.

¹¹⁷ Vgl. zur EZU-Entscheidung insbesondere Hentschel, Zahlungsunion, S. 751ff.

So erstaunlich diese Reaktion vielleicht scheint, war sie doch keineswegs irrational. Deutschland würde dem europäischen Markt als Nachfrager erhalten bleiben und in der Lage sein, kurzfristig wenigstens seine laufenden Ausgaben aus dem Verkauf von Gütern zu decken, derer man in Europa dringend bedurfte. Auch zog die Mehrheit der Mitglieder gemeinsam ausgehandelte Handelsquoten und die darin enthaltenen Kontrollmöglichkeiten dem neuerlichen Wettbewerb um bilaterale Verträge mit Westdeutschland vor. Gleichzeitig bot die Regelung der Bundesrepublik die Chance, sich weiter um ein echtes Handelsgleichgewicht bzw. um die Reintegration in die europäische Arbeitsteilung zu bemühen. Ohne den Verzicht auf Sanktionen gegen deutsche Exporte und die nominelle Aufrechterhaltung des deutschen Liberalisierungsversprechens wäre dieses Unterfangen auf absehbare Zeit wohl aussichtslos geworden. De facto beendeten EZU und Bundesrepublik mit ihrer Entscheidung eine bald halbjährige Periode realer Ressourcentransfers nach Deutschland. Aber die Importrestriktionen kamen spät genug, um den in Gang gesetzten Prozeß nicht prinzipiell zu gefährden. Noch im April 1951 kehrte sich die deutsche EZU-Bilanz um (vgl. Abb. 2)¹¹⁸.

Mit der Regelung der Importrestriktionen durch die EZU blieb der deutschen Seite zunächst nur die Aufgabe, Produktion und Exporte zu sichern und die binnenwirtschaftlichen Folgen der drastischen Importreduktion zu bewältigen. Mit der ostentativen Unterstützung der Regierung ging die BdL an die drastische Reduktion des während des Importbooms explodierten kurzfristigen Kreditvolumens. Zum einen sollte so die Liquidität der Wirtschaft an das reduzierte Güterangebot angepasst werden. Zum anderen hoffte man weiterhin, potentielle Exporteure würden bei Beschränkung der Binnennachfrage auf Auslandsmärkte ausweichen¹¹⁹. Gleichzeitig wurde mit dem Wirtschaftssicherungsgesetz Vorsorge getroffen, daß im Fall von Rohstoffengpässen staatliche Lenkungsmaßnahmen greifen würden. Das Gesetz kam den Forderungen der Amerikaner entgegen und unterstrich die Absicht der Bundesregierung, das Zahlungsbilanzproblem innerhalb des gefundenen Rahmens zu lösen¹²⁰.

Was die EZU betraf, so waren die getroffenen Maßnahmen ein Erfolg. Abbildung 2 macht den massiven Rückgang der Importwerte gegenüber der EZU deutlich. In der Zeit von April bis Juni 1951 blieben sie auf dem Niveau aus der Phase vor Inkrafttreten der EZU, um dann in angemessenem Abstand zu den Exportwerten wieder anzusteigen. Dies lag vor allem an der relativ strikten Handhabung der Importgenehmigungen. Bereits erteilte Genehmigungen wurden nur allmählich ein-

¹¹⁸ Die BdL hielt die Lage schon im April 1951 für „wesentlich entspannt“, BdL, Monatsbericht März 1951, S. 42. Die schnelle Reaktion der Zahlungsbilanz rührte auch von den Eingriffen her, die die Bank zugunsten der Zahlungsbedingungen vornahm.

¹¹⁹ Die BdL forderte von den Geschäftsbanken die Reduktion der kurzfristigen Kredite um 1 Mrd. DM, was dem Niveau von Oktober 1950 entsprach. Siehe BdL, Monatsberichte Januar/Februar 1951, S. 7 ff. und März 1951, S. 2 ff. Zur Motivation des Zentralbankrats vgl. ZBR-Sitzung vom 24./28. 2. 1951, Ergebnisprotokoll, HADB, B 330/31, S. 3.

¹²⁰ Vgl. u. a. Schwartz, *European Integration*, S. 208 ff.

gelöst und neue zuerst kaum emittiert¹²¹. Hinzu kam ein Glaubwürdigkeitseffekt. Als die BdL im Mai 1951 wieder Importanträge entgegennahm, hielt sich die Überschufnachfrage in Grenzen. Offensichtlich waren die Importeure zuversichtlich, daß die EZU-Politik auch mittelfristig ausreichende Einfuhrmöglichkeiten bieten würde¹²². Begleitet von der Förderung der Abnehmerländer und dank nunmehr voller Lager weitgehend unbeeinträchtigt von den Importbeschränkungen, wuchsen die Exportwerte in den EZU-Raum weiter¹²³. Bei bald regelmäßigen Verrechnungsüberschüssen erreichten die Importwerte Ende 1951 wieder annähernd die Höhe der Krisenperiode. Dank der Handelsüberschüsse wurde aus dem ersten und gefährlichsten Schuldner der EZU bald ihr größter Gläubiger. Mit Hilfe der Marshallplan-Institution EZU hatte der deutsche Außenhandel jenen Gleichgewichtszustand gefunden, der es der Bundesrepublik erlaubte, sowohl die realen als auch die finanziellen Ansprüche ihrer europäischen Nachbarstaaten zu befriedigen, die eigenen Kapazitäten auszulasten und so zur industriellen Werkstatt des europäischen Wiederaufbaus zu werden. Das Konzept des Marshallplans war aufgegangen.

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit diente im wesentlichen der Entwicklung von fünf Argumenten. Erstens wurde versucht, zwei ganz unterschiedliche Denkrichtungen zum Marshallplan zusammenzuführen, die sich innerhalb der Politikgeschichte und dem wirtschaftsgeschichtlichen Schrifttum herausgebildet haben. Während Wirtschaftshistoriker ihre Analyse auf Art und Umfang der ERP-Lieferungen ausrichteten, haben Historiker stets betont, daß der Marshallplan in einem umfassenderen Sinn auf die Wiedererrichtung der ökonomischen Arbeitsteilung und die Durchsetzung wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Europa abzielte. Führt man diesen Ansatz in die wirtschaftshistorische Betrachtung ein, so finden sich Anhaltspunkte dafür, daß die Gegensätze zwischen der eher traditionellen und der revisionistischen Position in der wirtschaftshistorischen Diskussion weniger scharf sind, als es bislang den Anschein hatte. Letztlich bestätigt sich die eher klassische Sichtweise, die dem Marshallplan entscheidenden Einfluß auf die westdeutsche und die europäische Wirtschaftsentwicklung zumißt. Die amerikanische Konzeption sah, so zeigt die Untersuchung, die wirtschaftliche Rekonstruktion Deutschlands als eine notwendige Bedingung der wirtschaftlichen Erholung Europas. Vermittelt durch ein Freihandels- und Verrechnungssystem, sollten mit

¹²¹ Als erklärende Variable für die Entwicklung der Importwerte könnten hier in Hinblick auf die Wirkungsverzögerungen auch die Kreditrestriktionen des Vorjahres eine Rolle gespielt haben. Hilfreich war auch die Beruhigung der Preisentwicklung auf den internationalen Rohstoffmärkten. Der plötzliche Anstieg im September 1951 rührt von der Antizipation der Einführung von Wertzöllen durch den Markt im Oktober her. Hierzu siehe BdL, Monatsbericht September 1951, S. 44 ff.

¹²² Zur Antragslage im Mai siehe BdL, Monatsbericht Mai 1951, S. 43 ff.

¹²³ Der Rückgang Ende 1951 hatte weitgehend andere Ursachen; vgl. BdL, Monatsbericht Dezember 1951, S. 28 ff.

der Reintegration Deutschlands in Westeuropas Arbeitsteilung die brachliegenden deutschen Produktionsmittel für den gesamteuropäischen Rekonstruktionsprozeß nutzbar gemacht werden, ohne dabei die sicherheitspolitischen Bedürfnisse der Beteiligten zu beeinträchtigen. Die Umsetzung dieses Konzeptes hat sowohl die innerdeutsche Engpaßökonomie seit 1947 beeinflusst als auch die wesentlichen Voraussetzungen für das exportgeleitete deutsche „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre geschaffen.

Zweitens etablierten die USA ein Geflecht von Institutionen, das es den Europäern erlaubte, ihre handelspolitischen Kooperationsprobleme kollektiv zu überwinden. Die USA nutzten das ERP-Programm bewußt als Hebel zur Implementierung eines außenhandelspolitischen Mechanismus, der Sieger und Besiegte des Weltkrieges gleichberechtigt vereinigte. Die Prinzipien der Kooperation und Gleichberechtigung unterschieden die Marshallplan-Lösung u. a. von konkurrierenden Plänen Frankreichs zur Gestaltung Nachkriegseuropas. Im Rahmen der Marshallplan-Institutionen OEEC und EZU gelang schließlich sowohl die Disziplinierung der Kriegsschulden- und Reparationsgläubiger Deutschlands als auch die gewünschte Sicherung einer positiven westdeutschen Handelsbilanz, d. h. realer Ressourcentransfers Westdeutschlands nach Europa. Der Erfolg des amerikanischen Konzepts beruhte vor allem auf den Anreizen, die sich innerhalb der neuen Institutionen für die Betroffenen selbst boten. Für die Bundesrepublik war die Selbstbindung an die Regeln von OEEC und EZU eine einzigartige Chance, kurzfristig zu neuem Finanz- und Vertrauenscredit zu kommen. Gleichzeitig bot den Kriegsgegnern Nazi-Deutschlands die Einbindung der Bundesrepublik, ihre Reintegration in eine – im Unterschied zur Kriegszeit – freiwillige europäische Arbeitsteilung, die realistische Aussicht auf einen Beitrag Westdeutschlands zur europäischen Rekonstruktion. Aus den Vorteilen, die OEEC und EZU ihren Mitgliedern unabhängig vom politischen oder gar militärischen Druck der Amerikaner verschafften, erwuchs letztlich auch die Glaubwürdigkeit dieser Institutionen und ihrer Ziele, ohne die die Wirksamkeit des Marshallplans kaum überzeugend erklärt werden kann.

Drittens sehen wir die Neuerungen, die sich durch das Marshallplan-Konzept für Europas Handelsintegration ergaben, nicht so sehr in den „technischen“ Eigenheiten von OEEC und EZU. Multilaterale Verrechnung hatte es schon während des Krieges im System der Zwangsmitgliedschaft der NS-„Neuordnung Europas“ gegeben. In mancher Hinsicht, so wurde gezeigt, lassen auch die Raum- und Güterstruktur des deutschen Handels im Dritten Reich bereits ein gewisses Potential für die spätere Rekonstruktion der europäischen Arbeitsteilung erkennen, ideologischen Vorgaben wie Ostorientierung und Autarkiepolitik zum Trotz. Es gelang der amerikanischen Politik in Europa, unbeschadet dieser Erfahrungen ein System der Koordination im innereuropäischen Handels- und Zahlungsverkehr zu installieren, das den alten, so sehr diskreditierten Institutionen in technischer Hinsicht keineswegs unähnlich war, ohne politisch mit diesen identifiziert zu werden. Freilich kam dieser Strategie zugute, daß sowohl die amerikanischen Marshallplaner als auch die Mehrheit der Europäer das Alternativkonzept der Handelsintegration bei voller Konvertibilität ablehnten. Aus der Vielzahl von Argumenten, die gegen die Implementierung des Konvertibilitätsprinzips sprachen, scheint rückblickend vor allem der Verweis auf

die Probleme der Bundesrepublik von Bedeutung. Ohne den institutionellen Rahmen der Zahlungsunion wäre die Bewältigung der Integration Westdeutschlands in das europäische Handelssystem weitaus schwerer gefallen.

Viertens sehen wir die Importüberschüsse der Bundesrepublik, die sich unmittelbar nach Errichtung der Europäischen Zahlungsunion auf türmten, nicht allein als Folge des Korea-Konflikts an. Eine der wesentlichen Ursachen für das Auftreten von Handelsbilanzdefiziten darf in der Erwartung künftiger deutscher Exportchancen vermutet werden, die der erfolgreiche Anschluß Westdeutschlands an die westeuropäische Arbeitsteilung in der Bundesrepublik erzeugt hatte. Zukünftige Exporte setzten aber zunächst voraus, daß leere Rohstofflager wieder aufgefüllt wurden, daß zunächst per Transfer sozusagen eine Erstausrüstung bereitgestellt wurde – die Bundesrepublik durchlebte ihre Anpassungskrise an die neue Arbeitsteilung in Europa. Ohne die Glaubwürdigkeit der Abmachungen der Europäer über die Erweiterung des Freihandels, d.h. ohne die Glaubwürdigkeit der Marshallplan-Institutionen EZU und OEEC, wäre die Änderung in den Erwartungen der deutschen Ex- und Importeure kaum erklärlich. Andererseits war durchaus unklar, ob die Bewältigung der daraus resultierenden Zahlungsbilanzkrise nicht genau die Chancen gefährden würde, die man sich von OEEC und EZU erhoffte.

Die Lösung dieser Anpassungskrise 1950/51 war, dies ist unsere fünfte Überlegung, ein notwendiger Testfall für die Funktionsfähigkeit der mit Hilfe des Marshallplans neugeschaffenen Mechanismen wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit in Europa. Angesichts der Unwirksamkeit der bundesdeutschen Politikinstrumente und der Erfahrungen mit deutschen Zahlungsbilanzkrisen der Vergangenheit war allein die europäische Kooperation innerhalb der EZU geeignet, die Defizite der deutschen Handelsbilanz zu bekämpfen, ohne erneut die Grundlagen europäischer Handelskooperation in Frage zu stellen. Daß dies tatsächlich gelang, war keineswegs selbstverständlich. Am Ende erwiesen sich die Institutionen des Marshallplans als stabil und die getroffenen Maßnahmen als voller Erfolg. Mit der Reintegration der Bundesrepublik in den europäischen Handel erhielt Europa die benötigten Kapitalgüter aus deutscher Produktion, und wechselseitig vorteilhafter Tausch trat an die Stelle von US-finanzierten Ressourcentransfers.

Die Bedeutung des Marshallplans, so konnte gezeigt werden, läßt sich keinesfalls allein an Menge und Qualität der direkten Hilfe festmachen. So wichtig etwa die Beseitigung von Engpässen durch Marshallplan-Lieferungen im deutschen Fall war, so elementar war die Instrumentalisierung dieser Mittel bei der Reintegration der Bundesrepublik in das europäische Handelssystem. So betrachtet reicht die Wirkung des Marshallplans weit über die hier betrachtete Periode hinaus. Deutschlands Übergang zu einem Nettoexportland machte das exportgeleitete „Wirtschaftswunder“ erst möglich. Indem Deutschlands Überschüsse nun die nötigen Transfers von Ressourcen für den westeuropäischen Wiederaufbau bereitstellten, konnte die Dollarlücke der Nachkriegsjahre bewältigt und die amerikanischen Steuerzahler von weiteren Hilfen für Europa entlastet werden. In dem Management des hierzu erforderlichen institutionellen Wandels liegt der eigentliche Erfolg des Marshallplans als langfristiger Politikstrategie.

Miszelle

HANS-JÜRGEN SCHRÖDER

DEUTSCHE AUSSENPOLITIK 1963/64

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“

Wissenschaftliche Akteneditionen zur Außenpolitik haben Tradition und sind für die Erforschung der Geschichte der internationalen Beziehungen von grundlegender Bedeutung. So ist es zu begrüßen, daß sich das Auswärtige Amt endlich entschlossen hat, auch für die Außenpolitik der zweiten deutschen Republik eine Edition wichtiger Dokumente in Auftrag zu geben. Die ersten fünf Bände der vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (AAPD) für die Jahre 1963 und 1964 liegen inzwischen vor¹. Sie vermitteln einen hervorragenden Überblick über die westdeutsche Außenpolitik in der Endphase der Ära Adenauer und zu Beginn der Kanzlerschaft Ludwig Erhards. Eine gute Ergänzung bietet die nahezu zeitgleich mit den ersten drei Bänden erschienene Aufsatzsammlung „Von Adenauer zu Erhard“². Hier geben die am Editionsprojekt beteiligten Mitarbeiter in fünf Einzelstudien eine erste wissenschaftliche Auswertung der jetzt zugänglichen deutschen Akten. Bereits eine cursorische Durchsicht der publizierten Quellenbände macht deutlich, daß die AAPD einerseits in der Tradition der großen Akteneditionen zur Außenpolitik stehen und andererseits aber in bezug auf Aktualität und Organisationsstruktur des Herausbergremiums auch neue Maßstäbe setzen. Darauf haben Auswärtiges Amt, Haupterausgeber und der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte bei der Präsentation der ersten drei Bände am 21. September 1993 in Bonn hingewiesen³.

¹ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte. Haupthrg. Hans-Peter Schwarz, Mithrg. Helga Hafendorn, Klaus Hildebrand, Werner Link, Horst Möller [ab Bd. 1964] und Rudolf Morsey, wissenschaftlicher Leiter Rainer A. Blasius, 1963, 3 Bde., bearb. von Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1994; 1964, 2 Bde., bearb. von Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995 (künftig: AAPD).

² Rainer A. Blasius (Hrsg.), Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994.

³ Die Redemanuskripte enthielt die Pressemappe des Oldenbourg Verlages: Grußwort des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer; Begrüßung durch den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller; Vorstellung der Aktenpublikation durch den Haupterausgeber, Hans-Peter Schwarz.

Das wohl eindrucksvollste Beispiel für die Bedeutung derartiger Akteneditionen sind die „Foreign Relations of the United States“ (FRUS), deren erster Band 1861 erschien⁴. Zu diesem Zeitpunkt konnte niemand ahnen, daß die „Foreign Relations“ sich im 20. Jahrhundert zu den wichtigsten Quelleneditionen zur Außenpolitik entwickeln würden. Inzwischen liegen über 300 Bände vor. Sie sind eine hervorragende Informationsquelle nicht nur zur amerikanischen Außenpolitik. Der historisch-politisch interessierte Leser erhält eine Fülle von Informationen über nahezu alle Länder der Welt. Das gilt vor allem für diejenigen Staaten, mit denen Washington intensive Beziehungen unterhält. Die FRUS, übrigens die einzige derartige Aktenedition, die seit ihrer Begründung auch kontinuierlich erscheint, bieten eine solide Quellengrundlage für die internationale Forschung und eine Vergleichsbasis für ähnliche Projekte⁵.

Im 20. Jahrhundert haben auch die europäischen Staaten umfangreiche Akteneditionen auf den Weg gebracht. Allerdings stand hier zunächst nicht allein das Bedürfnis nach Information von Wissenschaft und politisch interessierter Öffentlichkeit im Mittelpunkt. Wichtige Antriebskraft war vielmehr die Rechtfertigung der eigenen nationalen Politik. Das gilt zunächst für die Aktenedition „Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914“⁶, deren Publikation vor allem auf eine Relativierung des Artikels 231 des Versailler Vertrages zielte⁷. „Akten als Waffen“, so hat Klaus Hildebrand die mit der „Großen Politik“ von der Reichsregierung intendierte innen- und außenpolitische Überzeugungsarbeit treffend charakterisiert⁸.

⁴ Papers Relating to Foreign Affairs, Accompanying the Annual Message of the President, Washington 1861 (Reprint New York 1965), nach wechselnden Titelgebungen seit Bd. 1946, I, Washington 1972: Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS).

⁵ Über Editionsprinzipien und Bedeutung der FRUS informieren E. R. Perkins, „Foreign Relations of the United States“: 91 Years of American Foreign Policy, in: Department of State Bulletin 32 (1952), S. 1002–1007; William M. Franklin, The Future of the „Foreign Relations“ Series, in: Department of State Bulletin 61 (1969), S. 247–251; Richard W. Leopold, The Foreign Relations Series Revisited: One Hundred Plus Ten, in: Journal of American History 59 (1973), S. 935–957; Hans G. Guggisberg, Dokumente zur amerikanischen Außenpolitik von 1940 bis 1950. Das Quellenwerk Foreign Relations of the United States, in: HZ 226 (1978), S. 622–635; ders., Amerikanische Außenpolitik 1950–1960. Zum Quellenwerk Foreign Relations of the United States, ebenda, 245 (1987), S. 107–114.

⁶ Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914, 40 Bde., Berlin 1922–1927.

⁷ Vgl. auch Möller, Begrüßung, S. 5: „So unbestreitbar das Verdienst dieser Reihe ist, so unentbehrlich auch sie für die Forschung wurde, so deutlich war doch auch die Absicht, die der damaligen Beauftragung vor allem von Archivaren des Reichsarchivs durch das Auswärtige Amt zugrunde lag: Aufgabe dieser Serie war die Dokumentierung des Weges in den Ersten Weltkrieg und am Ersten Weltkrieg die Widerlegung der These von der Alleinschuld Deutschlands. In erster Linie dienten diese Aktenveröffentlichungen also einer politischen Zielsetzung, obwohl auch die damaligen Herausgeber ihre Unabhängigkeit betonten und Objektivität anstrebten.“

⁸ Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1871–1918, München ²1994, S. 53–58; vgl. auch die kritischen Würdigungen bei Winfried Baumgart, Das Zeitalter des Imperialismus und des Ersten Weltkrieges (1871–1918). Erster Teil. Akten und Urkunden, Darmstadt ²1991, S. 5–17; Fritz Klein, Über die Verfälschung der historischen Wahrheit in der Aktenpublikation „Die Große Poli-

Erfreulicherweise gehört diese Tendenz zur unmittelbaren politischen Inanspruchnahme von Akteneditionen der Vergangenheit an, jedenfalls in den westlichen Demokratien. Dennoch kann eine Aktenedition, die sich als offizielle Dokumentation der Außenpolitik versteht, nicht im politisch luftleeren Raum realisiert werden. Das gilt beispielsweise für den Zeitpunkt der Publikation. Bei den „Foreign Relations“ zeigen das etwa einige ungewöhnlich schnell publizierte Bände zu speziellen Themen. So dokumentieren zwei solcher Sonderbände die amerikanisch-japanischen Beziehungen der Jahre 1933 bis 1941⁹. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte ein breiteres historisch-politisch interessiertes Publikum verständlicherweise verstärkten Bedarf an Informationen über die Vorgeschichte des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor vom 7. Dezember 1941. Ähnliches gilt für die einbändige Dokumentation der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von der diplomatischen Anerkennung der Sowjetunion durch die Regierung Roosevelt bis zum Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes¹⁰.

In ähnlicher Weise wurden auch bei der Entscheidung, welche der den westlichen Alliierten am Ende des Zweiten Weltkrieges in die Hände gefallen deutschen Akten zuerst veröffentlicht werden sollten, politisch beeinflusste Prioritäten gesetzt. Unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Aggressionen war es eine Selbstverständlichkeit, mit der Publikation derjenigen Quellen zu beginnen, die die nationalsozialistische Kriegspolitik und die systematische Entfesselung des Krieges durch das „Dritte Reich“ dokumentieren. So konnte der Weltöffentlichkeit unmißverständlich und im wahrsten Sinne des Wortes dokumentiert werden, daß sich eine „Kriegsschulddebatte“ für den Zweiten Weltkrieg verbietet. An der Verantwortlichkeit der NS-Führung kann es keinen Zweifel geben. In diesem Zusammenhang war es eine wichtige Entscheidung der westlichen Alliierten, die Publikation der zunächst auch in englischer Übersetzung gedruckten „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“ (ADAP)¹¹ einem internationalen Herausbergremium unter deutscher Beteiligung zu übertragen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, die Realisierung der Aktenedition könnte sich möglicherweise an bestimmten nationalen Interessen orientieren. Zwar hat es auch bei der unmittelbar vor dem Abschluß stehenden Quel-

tik der Europäischen Kabinette 1871–1914“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7 (1959), S. 318–330.

⁹ FRUS, Japan: 1931–1941, 2 Bde., Washington 1943.

¹⁰ FRUS, The Soviet Union 1933–1939, Washington 1952.

¹¹ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Baden-Baden 1951–1956, Frankfurt a.M. 1961–1963, Göttingen 1969ff. Die Serie A (1918–1925) und damit das Gesamtprojekt stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Über Konzeption und Bedeutung der ADAP informieren Theodor Schieder, Das Dokumentenwerk zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, in: HZ 218 (1974), S. 85–95; ders., Außenpolitik von Weimar bis Hitler. Das Dokumentenwerk „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“, in: HZ 238 (1984), S. 633–643; Hans W. Gatzke, The Quadripartite Project *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945: Experiment in International History*, in: Rußland – Deutschland – Amerika. Russia – Germany – America. Festschrift für Fritz T. Epstein zum 80. Geburtstag, hrsg. von Alexander Fischer, Günter Moltmann und Klaus Schwabe, Wiesbaden 1978, S. 333–341.

lenpublikation „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“ nicht an einzelnen politischen Pressionsversuchen gefehlt¹², das Image der Aktenedition hat darunter nicht ernsthaft leiden können. Bei den über 60 Bänden der ADAP handelt es sich um eine wissenschaftlich fundierte Edition, die für die Auseinandersetzung mit der deutschen Politik sowie der internationalen Beziehungen der Jahre 1918 bis 1945 eine hervorragende und unentbehrliche Basis bildet.

Angesichts der großen Bedeutung der ADAP wurde es seit langem als Defizit empfunden, daß für die Außenpolitik der Bundesrepublik eine Aktenedition nicht vorlag, zumal die „Foreign Relations“ längst bis in die frühen sechziger Jahre fortgeschrieben waren. Überdies hatten Großbritannien mit den „Documents on British Policy Overseas“ (DBPO)¹³ und Frankreich mit den „Documents Diplomatiques Français“ (DDF)¹⁴ die Dokumentation ihrer jeweiligen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg in Gang gesetzt. Schließlich verdeutlichte die in den Jahren 1989 und 1990 realisierte Publikation der von den Gesprächen Adenauers mit den Hohen Kommissaren¹⁵ erstellten Protokolle die Reichhaltigkeit der deutschen Aktenbestände. Da die umfassende Edition zur Außenpolitik der Bundesrepublik so lange auf sich warten ließ, war es fraglos sinnvoll, die im Vergleich zu den amerikanischen, britischen und französischen Editionen eingetretene Verzögerung durch Aktualität zu kompensieren und zunächst die nach der dreißigjährigen Sperrfrist zugänglichen Quellen vorrangig zu publizieren.

*

Dieser Entscheidung verdanken wir eine vorzügliche Dokumentation der überaus ereignisreichen Jahre 1963 und 1964. In den ersten fünf Bänden der Edition sind nahezu 900 Dokumente aus den Beständen des Auswärtigen Amtes und des Bundeskanz-

¹² Vgl. Paul R. Sweet, Der Versuch amtlicher Einflußnahme auf die Edition der „Documents on German Foreign Policy, 1933–1941“. Ein Fall aus den fünfziger Jahren, in: VfZ 39 (1991), S. 265–303.

¹³ Documents on British Policy Overseas, hrsg. von Rohan Butler und M. E. Pelly, Series I, 1945–1950, London 1984 ff. (bisher 7 Bde.), Series II, 1950–1955, London 1986 ff. (bisher 4 Bde.); über Editionsprinzipien und Bedeutung der DBPO informieren Roger Bullen/Margaret E. Pelly, Documents on British Policy Overseas. Editorial Principles and Practice, in: FCO (Foreign and Commonwealth Office) Historical Branch Occasional Papers, No. 1, S. 11–25; Margaret Pelly, Editing Documents on British Policy Overseas 1945–1955, in: Diplomacy and Statecraft 1 (1990), S. 90–98; Geoffrey Warner, Britain, the United States and Western Europe: Some Reflections on Documents on British Policy Overseas, ebenda, S. 99–108; Jost Dülffer, Die britischen Akten zur Nachkriegszeit, in: Das Historisch-Politische Buch 42 (1994), S. 3 f.; außerdem das Themenheft Documents on British Policy Overseas. Publishing Policy and Practice, FCO Historical Branch Occasional Papers, No. 9, London 1995.

¹⁴ Die Dokumentation setzt mit Juli 1954 ein: Documents Diplomatiques Français 1954 ff., hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, Paris 1987 ff. (bisher 11 Bde.).

¹⁵ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, im Auftrag des Auswärtigen Amtes hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Bd. 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, München 1989, Bd. 2: Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, München 1990.

lerantes abgedruckt. Einem breiteren politisch-historisch interessierten Publikum und der zeitgeschichtlichen Forschung wird die Möglichkeit geboten, sich unmittelbar nach Ablauf der dreißigjährigen Sperrfrist anhand von Schlüsseldokumenten über die Bonner Außenpolitik jener Jahre aus erster Hand zu informieren. Unverkennbar sind einige thematische Schwerpunkte der Edition, die sich aus den außenpolitischen Prioritäten der Bundesrepublik ergaben: Die Beziehungen zu Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika, die Europapolitik, das Verhältnis zur Sowjetunion, die Deutschlandpolitik im Kontext der gesamten Außenpolitik, die Nahostpolitik und die Anfänge einer aktiveren Politik gegenüber den kommunistischen Staaten Osteuropas.

Herausragendes Ereignis war der deutsch-französische Vertrag vom Januar 1963. Genesis und Bedeutung des Vertrages sind ebenso dokumentiert wie die außenpolitischen Implikationen und insbesondere die Rückwirkungen auf das deutsch-amerikanische Verhältnis. Präsident Kennedy hat seine Kritik gegenüber dem deutschen Botschafter in Washington, Karl Heinrich Knappstein, unverblümt formuliert. „Der Präsident war in spürbar schlechter Stimmung“, berichtete der Botschafter nach Bonn. Kennedy habe „seine Kritik an dem inneren Zustand der Allianz und seine Besorgnisse über den Abschluß des Vertrages wiederholt und deutlich zum Ausdruck“ gebracht. Eine Woche nach der Pressekonferenz de Gaulles vom 14. Januar 1963, „die eine gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Politik offenbart habe, unterzeichne nun die Bundesrepublik einen Vertrag mit Frankreich, dessen Inhalt weit über das hinausgehe“, was ein von Paris vorgeschlagenes Dreier-Direktorium USA-Frankreich-Großbritannien gebracht hätte. „Unseretwegen sei Amerika auf ein Dreier-Direktorium nicht eingegangen, unseretwegen seien Frankreich die Atomgeheimnisse vorenthalten worden, unseretwegen sei die multilaterale NATO-Atomstreitmacht projiziert worden. Amerika hätte mehrfach Gelegenheit gehabt, einen ähnlichen Vertrag mit Frankreich zu schließen, wie ihn Deutschland nun geschlossen habe, nachdem sich de Gaulle gegen die Vereinigten Staaten gewandt habe. Was sollten die Amerikaner davon halten?“¹⁶

Wenige Wochen später faßte Staatssekretär Karl Carstens in einer geheimen Aufzeichnung die Eindrücke seiner Amerikareise zusammen. Die Amerikaner machten sich „größte Sorge wegen der Ziele, die de Gaulle letzten Endes verfolgt“. Der französische Staatspräsident wolle „Europa beherrschen“, die USA „aus Europa herausdrängen“ und das Nordatlantische Bündnis „schließlich zerstören“. In den USA sei überdies der Eindruck entstanden, so Carstens, daß sich Deutschland durch den Abschluß des Vertrages vom 22. Januar 1963 mit der französischen Politik „identifiziere“. Das bedeute nach amerikanischer Ansicht in der gegenwärtigen Situation, daß Deutschland sich „gegen das Atlantische Bündnis und gegen Amerika entschieden“ habe¹⁷.

¹⁶ Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder, 23.1.1963, in: AAPD 1963, I, Dok. 49, S. 162–165, Zitate S. 163.

¹⁷ Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens, 9.2.1963, in: Ebenda, Dok. 88, S. 289–294, Zitate S. 290f.

Die Bonner Diplomatie war sichtlich bemüht, die amerikanischen Bedenken zu zerstreuen, wie zahlreiche hier veröffentlichte Dokumente belegen. Diese machen auch deutlich, daß Bonn nicht gewillt war, sich ins europapolitische Schlepptau de Gaulles nehmen zu lassen.

Auch unter den deutschen Diplomaten breiteten sich Irritationen über die Europapolitik de Gaulles aus. So warf der deutsche Botschafter in Brüssel bereits kurz nach Abschluß des deutsch-französischen Vertrages die Frage auf, ob Frankreich überhaupt „gemeinschaftsreif“ sei: „Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Europäische Politische Gemeinschaft, Europäische Freihandelszone, Beitritt Großbritanniens: viermal ist jetzt Frankreich, allein, seinen fünf Partnern entgegengetreten und hat eine Politik, die den Fünf richtig und lebenswichtig erschien, durchkreuzt.“ Der Botschafter hatte keinen Zweifel, „daß die Gruppierung der Sechs, wie Frankreich sie sich denkt, französisch beherrscht, anti-amerikanisch orientiert und nach innen gewendet sein soll – also etwas total anderes sein soll, als die übrigen Fünf und vor allem die Bundesrepublik von Gründung der Gemeinschaft an gewollt haben, noch immer wollen und auch in Zukunft wollen müssen“¹⁸.

Die amerikanische Reaktion auf den deutsch-französischen Vertrag wirft die Frage nach dem möglichen außenpolitischen „Flurschaden“ des deutsch-französischen Zusammengehens auf. Hier gilt es zwischen kurzfristigen und langfristigen Wirkungen zu unterscheiden. Aus der Sicht des Jahres 1963 sind die transatlantischen Störungen als direkte Folge des Vertrages unverkennbar. Aus heutiger Perspektive stellt sich der Sachverhalt anders dar. Der Élyséevertrag war ein Meilenstein auf dem Weg der deutsch-französischen Aussöhnung und der Zementierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Dauerhafte Belastungen für das deutsch-amerikanische Verhältnis hat er dagegen nicht hinterlassen. Ungeachtet zahlreicher Schwierigkeiten und Rückschläge hat die deutsche Diplomatie an ihrer Westpolitik festgehalten, die Hinwendung Adenauers zu de Gaulle gegenüber den Amerikanern relativiert und versucht, westeuropäische Integration und Kooperation mit den USA möglichst wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Hier hat Bundeskanzler Erhard einen wichtigen Beitrag geleistet, wie die jetzt gedruckten Akten belegen. Er hat insbesondere auch gegenüber de Gaulle keinen Zweifel aufkommen lassen, daß die deutsche Außenpolitik an ihrer Amerikaorientierung festhalten werde. Zwar plädierte Erhard am 3. Juli 1964 in seinem zweiten Treffen als Kanzler mit de Gaulle für eine Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, kam über allgemeine Überlegungen allerdings nicht hinaus¹⁹. Was Deutschland und Frankreich anbelange, so stellte de Gaulle enttäuscht fest, so könnten diese beiden Länder „im derzeitigen Zeitpunkt hinsichtlich ihrer politischen Zu-

¹⁸ Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt, 4.2.1963, in: AAPD, 1963 I, Dok. 78, S. 258–263, Zitate S. 258. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Wolfgang Hölscher, Krisenmanagement in Sachen EWG. Das Scheitern des Beitritts Großbritanniens und die deutsch-französischen Beziehungen, in: Blasius (Hrsg.), Von Adenauer zu Erhard, S. 9–44.

¹⁹ Gespräch Erhards mit de Gaulle, 3.7.1964, in: AAPD 1964, II, Dok. 180, S. 713–723.

sammenarbeit nichts Wesentliches unternehmen, denn in Wirklichkeit habe Deutschland nicht „gewählt“. Deutschland nehme zwar gerne Frankreichs Freundschaft entgegen, doch sei Deutschland offenbar nicht entschlossen, „eine wirklich europäische Politik zu betreiben, d.h. eine von Amerika unabhängige, wenn auch nicht gegen Amerika gerichtete Politik“²⁰. De Gaulle verwies auf seine Politik gegenüber den USA²¹. „Auch Frankreich sei stets Freund der Vereinigten Staaten gewesen, sei es schon sehr lange und werde es auch bleiben“, aber er wolle weder seine Europapolitik noch seine Weltpolitik Amerika unterordnen. Ebenso bezweifelte de Gaulle die Notwendigkeit für Deutschland, dauerhaft in der „Abhängigkeit“ zu verbleiben. „Amerika habe zahlreiche Qualitäten, habe viel Kraft und viel Macht und habe den europäischen Ländern zu einem gegebenen Zeitpunkt sehr viel geholfen. Das hätten die europäischen Länder dadurch zurückgegeben, daß sie Amerika die Führung in der freien Welt zugestanden hätten. Keine Seite habe sich also über die andere zu beklagen. Die Zeit sei jedoch gekommen, wo die Fundamente, auf denen man nach dem Krieg aufgebaut habe, sich verändert hätten und wo man neue Fundamente brauche, um darauf seine Politik neben Amerika aufzubauen.“²²

Dagegen verwies Erhard auf die Tatsache, daß „Amerika die stärkste Macht“ geworden sei. Dies gelte es zu berücksichtigen. De Gaulle müsse sich aber von dem Gedanken freimachen, der Bundeskanzler sei „ein Höriger der Vereinigten Staaten“. Die Haltung der Bundesregierung werde dadurch bestimmt, daß „in der Sicherheitsfrage Deutschland, ja ganz Europa an Amerika gebunden“ sei. Dies bedeute für ihn allerdings nicht „sklavische Abhängigkeit von Amerika“, schließlich – so fügte er zur Beruhigung de Gaulles hinzu – sei er selbst „auch in erster Linie Europäer und erstrebe fruchtbare europäische Lösungen“²³. Die sicherheitspolitische Anlehnung an die USA habe für die Bundesregierung auch einen innenpolitischen Aspekt. „Die derzeitige Anwesenheit von sechs amerikanischen Divisionen in Deutschland habe nicht nur eine militärische Bedeutung, sondern sie gewährleiste die politische und soziale Ruhe in Deutschland, da die Menschen den Eindruck hätten, hinter diesem Schild in Ruhe arbeiten zu können.“²⁴

Hinweise der Regierung Erhard auf das vitale Interesse der Bundesrepublik an engen deutsch-amerikanischen Beziehungen blieben ein Dauerthema der in den AAPD dokumentierten deutsch-französischen Konsultationen. Obwohl sich Bonn der großen Abhängigkeiten von den USA vor allem im sicherheitspolitischen Bereich bewußt war²⁵, hat sich Erhard immer wieder gegen den Vorwurf einer angeblich einsei-

²⁰ Ebenda, S. 714.

²¹ Vgl. hierzu auch die Tagungsbeiträge in: Nicholas Wahl/Robert O. Paxton (Hrsg.), *De Gaulle and the United States, 1930–1970. A Centennial Reappraisal*, Oxford 1993.

²² Gespräch Erhards mit de Gaulle, 3.7.1964, in: AAPD 1964, II, Dok. 180, S. 713–723, Zitat S. 716.

²³ Ebenda, S. 717.

²⁴ Ebenda, S. 718f.

²⁵ Vgl. die zahlreichen Belege bei Daniel Kosthorst, *Primat der Politik als Primat der Bündnispolitik. Zum Streit um das Röhrenembargo gegen die UdSSR*, in: Blasius (Hrsg.), *Von Adenauer zu Erhard*, S. 97–117.

tigen Amerikaorientierung verteidigt. „Der Bundeskanzler sei keineswegs amerika-hörig oder wolle auf seine Selbständigkeit verzichten.“²⁶ Erhard blieb in seiner Argumentation gegenüber der französischen Seite standhaft²⁷.

Der Nachfolger Adenauers hat zur amerikanischen Seite engen Kontakt gehalten. So unterrichtete er den amerikanischen Botschafter George McGhee beispielsweise am 6. Juli 1964 bis ins Einzelne über die deutsch-französischen Konsultationen der ersten Julitage und machte hierbei insbesondere deutlich, „daß die deutsche Seite den Vorstellungen de Gaulles hinsichtlich eines engen Zusammengehens zwischen Deutschland und Frankreich nicht zugestimmt“ habe. Auch die Vorstellungen hinsichtlich der Europapolitik „wichen sehr stark voneinander ab“. Der „entscheidende Punkt“ seien unterschiedliche Auffassungen über das Verhältnis zu den USA gewesen. De Gaulle tue so, „als ob die Bundesrepublik ein Vasall der Vereinigten Staaten sei“²⁸. Erhard betrachtete seine Mitteilungen als „so geheim“, daß er sie nur für Präsident Lyndon B. Johnson bestimmt wissen wollte und „es nicht gern sehen würde“, wenn ihr Inhalt „in irgendeiner Akte des State Departments“ auftauchen würde. „Am liebsten wäre es ihm, wenn dieser Bericht nur dem Präsidenten vor Augen käme und er ihn nach dem Lesen gleich verbrennen würde.“ Es sei „der tiefste Beweis der Freundschaft, die er für den Präsidenten empfinde, daß er ihn über die Gespräche mit de Gaulle so genau informiere“²⁹.

Allerdings war auch Erhards Vertrauen in die amerikanische Deutschlandpolitik nicht grenzenlos. Im Protokoll des zitierten Gesprächs mit McGhee klingt dies jedenfalls an. Unter Hinweis auf die Spannungen zwischen de Gaulle und der amerikanischen Regierung argumentierte Erhard wie folgt: „... wenn de Gaulle erkenne, daß es ihm nicht gelinge, zu seinem Ziel zu gelangen, so halte er ihn für anpassungsfähig und pragmatisch genug, daß er sagen werde, er habe versucht, zusammen mit den Deutschen Europa aufzubauen, doch hätten diese nicht mitgespielt. Nunmehr wolle er versuchen, seinen Frieden mit den Vereinigten Staaten zu schließen. Dann stelle sich die Frage, wo Deutschland bleibe.“ Immerhin hielt es McGhee für erforderlich, dem Bundeskanzler zu versichern, „daß sich die Vereinigten Staaten niemals mit Frankreich auf Kosten der Bundesrepublik arrangieren würden“. Die Amerikaner könnten de Gaulle „nicht als Vertreter und Sprecher Europas akzeptieren“³⁰.

Erhard war sich natürlich darüber im klaren, daß gute deutsch-amerikanische Beziehungen auch ihren Preis hatten. Das zeigte sich beispielsweise in dem Drängen

²⁶ Gespräch Erhards mit de Gaulle, 4.7.1964, in: AAPD, 1964, II, Dok. 187, S. 768–777, Zitat S. 772.

²⁷ Erhard widerstand dem französischen Werben, nur der Protokollführer hat einmal resigniert. So heißt es irrtümlich. „Couve: Wir verstehen, daß sie eine [statt keine] unabhängige Politik gegenüber den USA betreiben wollen; aber wir bedauern dies, denn dadurch kommen Deutschland und Frankreich in Wahrheit nicht zu einer gemeinsamen Außenpolitik.“ Gespräche des Staatssekretärs Carstens mit de Gaulle und dem französischen Außenminister Couve de Murville, 4.7.1964, in: Ebenda, Dok. 186, S. 766 ff., Zitat S. 766.

²⁸ Gespräch Erhards mit McGhee, 6.7.1964, in: AAPD 1964, II, Dok. 189, S. 787–795, Zitat S. 788.

²⁹ Ebenda, S. 791.

³⁰ Ebenda, S. 795.

der Regierung Johnson nach einer umfassenden Unterstützung der amerikanischen Vietnam-Politik. Hier befand sich der Bundeskanzler nicht zuletzt im Hinblick auf die deutsche Innenpolitik in einer schwierigen Lage. In den bisher publizierten Akten deutet sich bereits eine „out-of-area“-Debatte an. Im Hinblick auf die deutsche Haltung zur amerikanischen Intervention in Vietnam lassen die Folgebände der AAPD die Dokumentation bisher nicht bekannter Vorgänge erwarten. Die Studie von Joachim Arenth konnte sich jedenfalls nur auf ausgewählte amerikanische Archivalien vor allem aus der Johnson Library stützen³¹.

Fraglos ist es eine bleibende Leistung Erhards, daß er die von Adenauer am Ende seiner Kanzlerschaft vollzogene Abwendung von den USA rückgängig gemacht und die für Deutschland lebenswichtigen transatlantischen Beziehungen wieder stabilisiert hat. Möglicherweise hat gerade diese konsequente Amerikapolitik Erhards mit dazu beigetragen, daß die amerikanische Polemik gegen den deutsch-französischen Vertrag bald verstummte und dieser sich somit als dauerhafte Grundlage der deutsch-französischen Verständigung etablieren konnte. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß der „Atlantiker“ Erhard von Präsident Johnson schließlich nicht mehr gestützt wurde. Dies hat zu Erhards Sturz beigetragen. Da hierzu bisher nur einige amerikanische Archivalien zugänglich sind³², versprechen die folgenden Jahrgänge der AAPD auch zu diesem Problem eine interessante Lektüre.

Bei den hier herausgestellten deutsch-französischen und deutsch-amerikanischen Beziehungen geht es um zentrale Strukturprobleme bundesdeutscher Außenpolitik, die bis in die Gegenwart von Bedeutung sind³³. Dennoch handelt es sich nur um einen Ausschnitt aus der in den AAPD dokumentierten Gesamtproblematik der Bonner Außenpolitik. Die ungelöste deutsche Frage zieht sich wie ein roter Faden durch die meisten Dokumente. Daß ein dogmatisches Festhalten an der Hallstein-Doktrin für die Bundesrepublik zunehmend zur außenpolitischen Belastung wurde, ist in den abgedruckten Quellen vielfältig belegt. Das zeigte sich zum Beispiel in der Bonner Reaktion auf das am 25. Juli 1963 in Moskau paraphierte Teststopp-Abkommen, in dem ein Verbot nuklearer Testexplosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vereinbart worden war³⁴. Die Furcht vor einer möglichen internationalen Aufwertung der DDR veranlaßte Bonn, den Beitritt hinauszuzögern. Dies hatte

³¹ Joachim Arenth, *Johnson, Vietnam und der Westen. Transatlantische Belastungen 1963–1969*, München 1994.

³² Vgl. die auf umfangreichem amerikanischen Aktenmaterial basierende Untersuchung von Adrian W. Schertz, *Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons. Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung*, Köln 1992.

³³ Vgl. Werner Link, *Adenauer, Amerika und die deutsche Nachwelt*, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), *Adenauer und die USA*, Bonn 1994, S. 130–150.

³⁴ Vgl. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck, 7. 8. 1963, in: AAPD 1963, II, Dok. 284, S. 949f.; Gespräch Schröders mit dem britischen Außenminister Lord Home in London, 14. 8. 1963, ebenda, Dok. 299, S. 1000–1015; ausführlich: Ilse Dorothee Pautsch, *Im Sog der Entspannungspolitik. Die USA, das Teststopp-Abkommen und die Deutschland-Frage*, in: Blasius (Hrsg.), *Von Adenauer zu Erhard*, S. 118–153.

groteske außenpolitische Wirkungen. Die Bundesregierung, die 1954/55 in den Pariser Verträgen mit ihrem Verzicht auf die Produktion von ABC-Waffen beachtliche Vorleistungen erbracht hatte, sah sich jetzt in ihrem deutschlandpolitisch motivierten Taktieren dem Verdacht ausgesetzt, in Zusammenarbeit mit Frankreich atomare Verfügungsgewalt anzustreben.

In ähnlicher Weise hat der deutschlandpolitische Immobilismus der Hallstein-Doktrin die Beziehungen zu Israel kompliziert³⁵. Am Ende seiner Amtszeit war es Adenauer, der 1952 mit dem Wiedergutmachungsabkommen eine Pionierleistung vollbracht hatte, aus deutschlandpolitischen Rücksichtnahmen innerhalb von CDU und CSU nicht vergönnt, die von ihm beabsichtigte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zu verwirklichen. Als Adenauer Außenminister Gerhard Schröder von seiner Absicht in Kenntnis setzte, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel „noch während meiner Amtszeit als Bundeskanzler“ durchzuführen³⁶, stieß der Kanzler im Regierungslager sofort auf Widerstand. Staatssekretär Carstens ließ den Chef des Bundeskanzleramts, Staatssekretär Hans Globke, wissen, „daß das Auswärtige Amt an seiner seit Jahren vertretenen Auffassung weiterhin festhalte, wonach die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel mit Risiken behaftet sei, die in keinem Verhältnis zu den möglichen Vorteilen eines solchen Schrittes ständen“³⁷. In einem Brief an Adenauer warnte der Außenminister vor den möglichen negativen Rückwirkungen in den arabischen Staaten. Diese könnten mit der diplomatischen Anerkennung Ostberlins antworten. Dann sei die Hallstein-Doktrin unterminiert, zumal auch mit „Kettenreaktionen mindestens der neutralen Staaten“ zu rechnen sei. Es bedürfe daher „sorgfältigster Überlegungen, ehe wir einen Schritt unternehmen, der für unsere Außen- und Deutschlandpolitik schwerwiegende Folgen haben kann“³⁸. Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger (CSU) erinnerte daran, daß die Araber seit den Zeiten Wilhelms II. in den Deutschen ihre „besonderen Freunde“ sähen und sie daher die Aufnahme diplomatischer Beziehungen „besonders enttäuschen und verbittern“ würden. Es wäre „tragisch“, wenn der Bundeskanzler am Ende seiner Amtszeit plötzlich vor den „Trümmern“ seiner Deutschlandpolitik stehen würde³⁹.

Adenauers Autorität reichte nicht mehr aus, sich über derartige Widerstände hinwegzusetzen, zumal zu diesem Zeitpunkt auch die USA keinen Wert darauf legten, den westlichen Einfluß in der arabischen Welt geschwächt zu sehen. Der greise Kanzler war offenbar sogar bereit, seine eigenen deutschlandpolitischen Positionen teilweise aufzugeben; er hatte jedoch nicht mehr das politische Durchsetzungsvermögen. So mußte er seine Israelpolitik darauf beschränken, die geheime Finanz-

³⁵ Ausführlich Rainer A. Blasius, *Geschäftsfreundschaft statt diplomatischer Beziehungen. Zur Israel-Politik 1962/63*, in: Ders. (Hrsg.), *Von Adenauer zu Erhard*, S. 154–210.

³⁶ Adenauer an Schröder, 17. 8. 1963, in: AAPD 1963, II, Dok. 307, S. 1038.

³⁷ Aufzeichnung Carstens, 17. 8. 1963, in: Ebenda, Dok. 310, S. 1042f.

³⁸ Schröder an Adenauer, z. Z. Cadenabbia, 27. 8. 1963, in: Ebenda, Dok. 318, S. 1063f.

³⁹ Zit. bei Blasius, *Geschäftsfreundschaft*, S. 194.

und Ausrüstungshilfe mit dem Decknamen „Geschäftsfreund“ fortzusetzen, an die sein Amtsnachfolger zunächst angeknüpft hat⁴⁰. Es gehört jedoch zu den großen Verdiensten Erhards, daß er als Bundeskanzler zwei Jahre später die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel verwirklicht hat. Dies ist übrigens ein Beleg für politisches Durchsetzungsvermögen, das sein Vorgänger Adenauer wiederholt angezweifelt hatte.

Die erwähnten deutschlandpolitischen Belastungen der Bonner Außenpolitik sind natürlich auch bei den außenpolitischen Führungseliten diagnostiziert worden. Einige Angehörige des Auswärtigen Amtes haben dies zum Anlaß genommen, prinzipielle konzeptionelle Überlegungen anzustellen⁴¹. In diesen Zusammenhang möglicher Alternativen zur dogmatisch-schematischen Anwendung der Hallstein-Doktrin gehören auch die mit dem Namen Gerhard Schröder verknüpften Versuche, das deutsche Wirtschaftspotential zu einer Verbesserung der Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten einzusetzen⁴². Bei den angeführten Belegen aus den abgedruckten Quellen kann es sich selbstverständlich nur um Beispiele handeln. Diese unterstreichen aber bereits die Reichhaltigkeit und den insgesamt großen Informationswert der Edition.

*

Angesichts neuer Vervielfältigungs- und Speichermethoden und zahlreicher Schwierigkeiten, die sich aus dem Strukturwandel moderner Bürokratien ergeben, stellt sich die Frage nach der Zukunft „klassischer“ Akteneditionen, an denen sich auch die AAPD orientieren. Umfangreiche Akteneditionen zur Außenpolitik der Staaten sind ein Charakteristikum des 20. Jahrhunderts. Werden derartige Projekte aber auch im 21. Jahrhundert eine vergleichbare Bedeutung haben? Sind sie angesichts der technischen und bürokratischen Entwicklungen überhaupt noch sinnvoll oder auch realisierbar? Derartige Fragen stellen sich zwangsläufig, weil zeitgeschichtliche Quelleneditionen zur Nachkriegszeit in zunehmendem Maße zahlreichen Herausforderungen gegenüberstehen.

Am augenfälligsten ist das Problem der Quantität. So gilt es, eine steigende Papierflut moderner Bürokratien zu bewältigen. Die jeweiligen Editoren stellt dies vor nicht leicht zu bewältigende Auswahlprobleme. Hinzu kommt die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen der Deklassifizierung von Regierungsdokumenten. Das Informationsbedürfnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit drängt auf eine möglichst

⁴⁰ Vgl. z. B. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr, 20.3.1964, in: AAPD 1964, I, Dok. 76, S. 366 f., und des Ministerialdirigenten Pauls, 21.10.1964, in: AAPD 1964, II, Dok. 289, S. 1164–1167.

⁴¹ Vgl. z. B. Aufzeichnung der Politischen Abteilung II, 17.7.1964, in: AAPD 1964, II, Dok. 202, S. 856–862.

⁴² Vgl. Gespräch Schröders mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington, 23.11.1964, in: AAPD 1964, II, Dok. 353, S. 1380–1387; ausführlich Mechthild Lindemann, Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten, in: Blasius (Hrsg.), Von Adenauer zu Erhard, S. 45–96.

schnelle und umfassende Freigabe, während die staatlichen Bürokratien die Vertraulichkeit oder Geheimhaltung zwischenstaatlicher Aktionen möglichst lange bewahren wollen. Den „goldenen Schnitt“ glaubt man in der Dreißigjahresfrist gefunden zu haben, die sich allerdings nicht in allen Fällen strikt anwenden läßt und die auch nicht schematisch angewandt wird. Manche Vorgänge will der Staatsapparat auch nach 30 Jahren noch nicht preisgeben. Hier ist latenter Konfliktstoff vorhanden. Das zeigt etwa die unlängst in den USA in bezug auf die „Foreign Relations“ geführte Debatte⁴³.

Die – ungeachtet zahlreicher Einschränkungen – im wesentlichen liberale Archivgesetzgebung der westlichen Demokratien kann allerdings einen von den Gesetzgebern nicht intendierten Informationsverlust bewirken. Im Gegensatz etwa zum 19. und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts agieren Politiker und Bürokratien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts häufig in dem Bewußtsein, daß die von ihnen produzierten Akten in der Regel noch zu ihren Lebzeiten für eine kritische Überprüfung zur Verfügung stehen werden. Dies kann dazu führen, daß Schriftstücke häufig schon unter dem Aspekt verfaßt werden, daß sie bereits drei Jahrzehnte später publik sein werden. Tendenziell besteht hier also die Gefahr einer Art „Wertminderung“ der schriftlichen Quellen. Diese besteht auch dann, wenn man den Autoren der Quellen eine derartige Intention nicht unterstellen will. In der Regierungspraxis werden schriftliche Quellen häufig schon dadurch relativiert oder gar nicht mehr produziert, weil das Telefon oft die schriftliche Kommunikation ersetzt. Diese Tendenz zur potentiellen „Wertminderung“ ergibt sich nicht zuletzt auch durch den „Strukturwandel“ der Öffentlichkeit. In der parlamentarischen Demokratie wird die Öffentlichkeit in einem zunehmenden Maße über wichtige außenpolitische Entscheidungen im Kern informiert. Damit scheint der „Überraschungseffekt“ von Aktenveröffentlichungen zu einem Teil relativiert.

Hinzu kommt der Strukturwandel in der Organisation der Außenpolitik. Sie war in der Bundesrepublik niemals die ausschließliche Domäne des Auswärtigen Amtes. Es gab bereits eine westdeutsche Außenpolitik, bevor das Auswärtige Amt im Jahre 1951 wieder begründet wurde. Überdies hat in der von Adenauer geprägten Kanzlerdemokratie⁴⁴ der Bundeskanzler niemals die Außenpolitik dem Auswärtigen Amt überlassen, am allerwenigsten Adenauer. Hinzu kommt ein Bedeutungswandel der

⁴³ Vgl. William Z. Slany, *Preparing the Official Historical Diplomatic Record of the United States: Problem and Possibilities*, in: *The Federalist. Newsletter of the Society for History in the Federal Government* 11 (1990), Nr. 2, S. 1, 8; Stellungnahme des Vorsitzenden des State Department Historical Advisory Committee, Warren F. Kimball, in: *SHAFR Newsletter* 22 (1991), Nr. 3, S. 38–42.

⁴⁴ Grundlegend Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie*. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München 1969, hier bes. das einleitende Kapitel I „Das Entscheidungszentrum: Der Bundeskanzler im Bundeskanzleramt“, Neuauflagen unter dem Titel *Am Anfang war Adenauer, Die Entstehung der Kanzlerdemokratie*, München 1984; vgl. außerdem Jost Küpper, *Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Veränderungen des Regierungsstils in der Ära Adenauer*, Frankfurt a. M. 1985; Anselm Doering-Manteuffel, *Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie*, in: *Der Staat* 30 (1991), S. 1–18.

internationalen Beziehungen. Außenpolitik beschränkt sich schon lange nicht mehr auf den Bereich der „klassischen“ politischen Diplomatie. Man denke nur an die Außenwirtschafts- und Europapolitik. Mit der wachsenden Bedeutung vor allem wirtschaftlicher und finanzpolitischer Faktoren für die Außenpolitik stieg der Einfluß von Wirtschaftsverbänden, Banken sowie Industriekonzernen, und innerhalb der Regierung erhoben in Rivalität zum Auswärtigen Amt auch andere Ressorts ein Mitspracherecht⁴⁵.

Der Streit zwischen Ludwig Erhard und Heinrich von Brentano über die Kompetenzverteilung im Bereich der Handelsvertragspolitik vermag dies beispielhaft zu veranschaulichen. So erklärte Außenminister Brentano im Juli 1955 im Hessischen Rundfunk, daß „auch die Handelspolitik nur ein Teil unserer gesamten politischen, speziell unserer außenpolitischen Tätigkeit“ sei. Die Handelspolitik müsse „in den Rahmen der Gesamtpolitik gestellt werden“. Die „wirtschaftlichen Verbindungen Deutschlands mit seiner Umwelt“ seien „ein Teil der auswärtigen Beziehungen“⁴⁶. Ludwig Erhard hat dies unter dem Aspekt der eigenen Kompetenzsicherung als Wirtschaftsminister natürlich anders gesehen. So war das Wirtschaftsministerium nicht bereit, dem Auswärtigen Amt einen „Primat für die Führung der Handelspolitik“ zu konzedieren, denn „eine einheitliche und zielstrebige Wirtschaftspolitik“ sei „ohne Einbeziehung der Außenhandelspolitik nicht denkbar“. Allerdings wurde vom Wirtschaftsministerium betont, daß „lebensechte Außenpolitik auf das Instrument der Außenwirtschaftspolitik nicht verzichten könne“⁴⁷.

Hier manifestiert sich unter anderem die im Laufe des 20. Jahrhunderts noch gewachsene politische Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren sowie die dadurch noch verstärkte Interdependenz von Innen- und Außenpolitik. Prinzipiell hatte Adenauer bereits in seiner ersten Regierungserklärung dies Problem umrissen, als er auf die enge Verklammerung von Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik verwies⁴⁸. Für die Gründungsphase der Bundesrepublik ist insbesondere der Marshall-Plan auch aus hi-

⁴⁵ Vgl. hierzu auch die Überlegungen von Richard Langhorne, *Continuity and Change in Modern Diplomacy*, in: FCO Historical Branch Occasional Papers, No. 8: *Diplomacy and Diplomats in the 20th Century*, London 1994, S. 1–11.

⁴⁶ Die Außenhandelspolitik nach der Souveränitätserklärung, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 31. 7. 1955, S. 1064.

⁴⁷ „Zur Frage der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Auswärtigen Amt“, Memorandum des Wirtschaftsministeriums, 28. 6. 1955, in: *Bundesarchiv Koblenz*, B 136/1261; vgl. auch Daniel Koerfer, *Zankapfel Europapolitik: Der Kompetenzstreit zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium 1957/58*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 28 (1989), S. 553–568.

⁴⁸ Das „Paradoxe“ der deutschen Lage sah er nicht zuletzt darin, daß „die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands von der Alliierten Kommission wahrgenommen werden“, zugleich aber „jede Tätigkeit der Bundesregierung oder des Bundesparlaments auch in inneren Angelegenheiten Deutschlands irgendwie eine ausländische Beziehung in sich schließt“. Deutschland sei „infolge Besatzung, Ruhrstatut, Marshall-Plan usw. enger mit dem Ausland verflochten als jemals zuvor“. Regierungserklärung vom 20. 9. 1949, zit. nach: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte* 1 (1949), S. 22–30, Zitat S. 23.

storischer Sicht ein eindrucksvoller Beleg für die ökonomisch akzentuierte Interdependenz von Innen- und Außenpolitik. Der Einsatz des ökonomischen Potentials für die Gestaltung der westdeutschen Außenpolitik gehörte schließlich zu den „unspoken assumptions“ der Bonner Diplomatie. Daher hat sich diese ökonomische Komponente in den Akten der außenpolitischen Führungseliten auch nicht immer *expressis verbis* niedergeschlagen.

Die hier nur angedeuteten Probleme haben die Herausgeber der AAPD erfreulicherweise nicht resignieren lassen. Vielmehr haben sie die für einen ersten Zugriff zentralen Probleme der Außenpolitik der Bundesrepublik in den Mittelpunkt gestellt. Das belegt zunächst die Tatsache, daß sie sich mit der Fondsedition auf die Sichtung der Akten des Auswärtigen Amtes und von Gesprächsaufzeichnungen des Bundeskanzleramtes konzentrieren. Damit wird einerseits dem Strukturwandel deutscher Außenpolitik Rechnung getragen, ohne daß andererseits eine Verzettlung durch die Sichtung der Akten weiterer Institutionen erfolgt, was eine Deklassifizierung der Quellen überdies erheblich komplizieren würde, wie dies bei einigen neueren Bänden der „Foreign Relations“ offenbar der Fall gewesen ist. Das Problem der Quantität ist durch eine strenge Auswahl bei den für den Druck bestimmten Dokumenten bewältigt worden. Angesichts der Fülle des Archivmaterials ist es fraglos auch sinnvoll, auf den Abdruck bereits publizierter Quellen, wie etwa Vertragstexten oder Regierungserklärungen, zu verzichten⁴⁹. Allerdings hätte man sich eine eingehendere Darlegung der Auswahlprinzipien und auch genauere Angaben über die zahlenmäßige Relation zwischen dem insgesamt vorhandenen Material und den schließlich abgedruckten Quellen gewünscht. In diesem Zusammenhang wäre es auch von Interesse zu erfahren, wie groß der Anteil derjenigen Akten ist, die auch weiterhin unter Verschluss bleiben. Die Frage der Quantität haben die Herausgeber in ihren einleitenden Überlegungen nicht weiter problematisiert. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu stellen, warum auf das bei den „Foreign Relations“ und den DBPO gewählte Verfahren, die gedruckten Dokumente durch Microfichepublikationen zu ergänzen⁵⁰, verzichtet wurde.

Diese Anmerkungen ändern nichts daran, daß die Editionstechnik in der Praxis vorbildlich ist. Die abgedruckten Dokumente sind mit einem wissenschaftlichen Apparat versehen, der sich auf die Kommentierung der in den Quellen genannten Bezüge konzentriert, die der Leser nicht ohne weiteres erschließen kann. Insbesondere

⁴⁹ Eine kompakte Zusammenstellung bietet die Dokumentation Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente 1949 bis 1994. Hrsg. aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Köln 1995; vgl. auch die vorangegangenen Dokumentationen: 40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Stuttgart 1989; Die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats, Köln 1972.

⁵⁰ Bei den DBPO werden Microfiches den jeweiligen Bänden als Anlage beigelegt, bei den FRUS handelt es sich entweder um gesondert publizierte Supplemente zu einzelnen Bänden oder auch um eigenständige Editionen, vgl. z. B.: FRUS, Memoranda of Conversation of the Secretary of State 1947–1952, Microfiche Publication, Washington 1988.

werden in der Kommentierung die historischen Zusammenhänge hergestellt. Die einzelnen Dokumente sind – im Gegensatz zur „Großen Politik“, den DBPO, den „Foreign Relations“ sowie einigen Bänden der ADAP – in streng chronologischer Folge abgedruckt. Der Verzicht auf eine inhaltliche Gliederung der Bände oder einzelner Kapitel innerhalb der Bände erleichtert nicht nur die Suche unter chronologischen Gesichtspunkten, es werden auf diese Weise auch Zuordnungsprobleme vermieden. Da insbesondere in sogenannten Spitzengesprächen häufig unterschiedliche Themen berührt werden, würde sich bei einer inhaltlichen Gliederung das Problem stellen, welchem Sachgesichtspunkt das entsprechende Gesprächsprotokoll zugeordnet und wo es vom Leser gesucht werden soll. Die Benutzung der Edition wird durch das chronologische Prinzip keinesfalls beeinträchtigt, im Gegenteil: Personenregister und Sachregister, der Organisationsplan des Auswärtigen Amtes mit den Namen der jeweiligen Leiter der einzelnen Abteilungen und das detaillierte Dokumentenverzeichnis ermöglichen das schnelle Auffinden von Quellen zu bestimmten Themen. Eine vorzügliche Orientierung geben die zu Beginn des jeweils ersten Bandes eines Jahrgangs abgedruckten Regesten. Sie bieten eine kompakte inhaltliche Zusammenfassung jedes einzelnen Dokuments. Hier unterscheiden sich die AAPD wohltuend von den genannten amerikanischen, britischen und französischen Editionen.

Die Entscheidung der Herausgeber, auf eine in die Sachprobleme der deutschen Außenpolitik des jeweiligen Berichtsjahres einführende Einleitung zu verzichten und sich bei der Auflistung der Literatur auf die in der Kommentierung herangezogenen Publikationen zu beschränken, mag auf den allerersten Blick nicht einleuchten, weil eine derartige Einführung dem Nicht-Spezialisten die Lektüre und das Weiterarbeiten erleichtern würde. Unter langfristigen Gesichtspunkten ist diese Entscheidung jedoch sicher sinnvoll. Forschungsstand und Forschungsperspektiven sind einem ständigen Wandel unterworfen, so daß eine interpretatorische Einleitung relativ schnell „veralten“ könnte. Insofern ist die gegenwärtig gewählte Praxis, eine erste wissenschaftliche Auswertung der Akten des Auswärtigen Amtes durch die Mitarbeiter des Editionsprojektes separat zu publizieren, zu begrüßen. Damit kann die Offenheit der Forschungsperspektiven gefördert und der Verdacht einer Zeitgebundenheit der Aktenedition relativiert werden. Hinzu kommt, daß die schnelle wissenschaftliche Auswertung der deutschen Akten wegen der unmittelbaren Nähe zur Dreißigjahresfrist die Einbeziehung ausländischer Archivalien ungemein erschwert. Jedenfalls haben die Autoren der Aufsatzsammlung „Von Adenauer zu Erhard“ auf die Auswertung der parallel zu den deutschen Akten frei werdenden britischen Dokumente oder die in den USA in den Presidential Libraries bereits seit einiger Zeit zugänglichen Quellen verzichtet. Es ist selbstverständlich, daß die Berücksichtigung dieser amerikanischen und britischen Akten Zusammenhänge zutage fördern wird, die von der ausschließlich deutschen Perspektive nicht erfaßt werden können. Eine Aktenedition sollte mit derartigen, gerade in der Zeitgeschichte besonders schnell zu erwartenden Ergänzungen und Korrekturen nicht befrachtet werden. Im übrigen wäre es zu begrüßen, wenn nach dem Vorbild etwa der britischen Aktenedition

möglichst bald weitere Begleitmaterialien zu den AAPD veröffentlicht werden könnten⁵¹.

Bereits die in dem Sammelband „Von Adenauer zu Erhard“ publizierten Beiträge machen deutlich, daß von den AAPD für die zeitgeschichtliche Forschung wichtige Impulse ausgehen werden. Die Erforschung der deutschen Nachkriegsgeschichte hatte ihren Schwerpunkt bisher auf den Besatzungsjahren 1945 bis 1949 und den beiden ersten Legislaturperioden der Ära Adenauer. Das ergab sich nicht zuletzt aus der Quellenlage. Entsprechend der im allgemeinen dreißigjährigen Sperrfristen eröffnet sich für die Forschung jetzt die Perspektive, die Geschichte der Bundesrepublik auch für die erste Hälfte der sechziger Jahre auf der Basis unveröffentlichter Quellen eingehender zu untersuchen. Allerdings hat sich die Bundesregierung bedauerlicherweise bisher bei der Aufhebung der Sperrfristen nicht zu einer pauschalen Anwendung bereithalten können. So werden die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung erst mit dem Jahr zugänglich, in dem die entsprechenden Bände der vom Bundesarchiv besorgten Edition vorliegen. Das wirkt sich für die Forschung insofern negativ aus, als dieses Publikationsprojekt bisher über das Jahr 1954 nicht hinausgekommen ist⁵². Angesichts derartiger Restriktionen ist es um so mehr zu begrüßen, daß die Edition der AAPD in bezug auf die Aktualität Maßstäbe setzt. Zum einen werden die abgedruckten Quellen der internationalen Forschung und der Öffentlichkeit insgesamt schnell, d. h. unmittelbar nach ihrer Freigabe zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wirkt sich das mit dem Editionsprojekt verbundene Deklassifizierungsverfahren für die zeitgeschichtliche Forschung insgesamt auch insofern positiv aus, als die herabgestuften Dokumente, die dann von den Herausgebern und Editoren nicht abgedruckt werden, uneingeschränkt als Fotokopien im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes zugänglich sind⁵³. Bei den „Foreign Relations“ ist dies in letzter Zeit leider nicht immer der Fall⁵⁴.

Ein weiteres innovatives Element der AAPD besteht übrigens in der – zunächst finanzpolitisch motivierten – Tatsache, daß Herausgeber und Editorengruppe nicht dem Auswärtigen Amt unterstehen. Sie sind auch in organisatorischer Hinsicht wissenschaftlich unabhängig. Das ist prinzipiell zu begrüßen, und hier liegt auch eine Art Vorbildcharakter für ähnliche Unternehmungen. Dennoch sollte man vor einer

⁵¹ Vgl. die vom Foreign and Commonwealth Office herausgegebenen FCO Historical Branch Occasional Papers, London 1987 ff. (bisher 9 Hefte).

⁵² Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Friedrich P. Kahlenberg (bis Bd. 6 von Hans Booms), Boppard 1982–1994 (bisher 7 Bde. für die Jahre 1949 bis 1954).

⁵³ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, Bestand B, 150 Aktenkopien 1963 bzw. 1964. Es handelt sich deshalb um Fotokopien, weil sich die Originale überwiegend in Aktenbeständen befinden, die auch Dokumente innerhalb der dreißigjährigen Sperrfrist enthalten. Für die AAPD werden jedoch, insbesondere auch für die Kommentierung, die Originale herangezogen.

⁵⁴ Vgl. z. B. FRUS, 1958–1960, Bd. IX, Berlin Crisis 1959–1960; Germany, Austria, Washington 1963. Die diesem Band zugrunde liegenden Quellen wurden mit Erscheinen des Bandes nicht den National Archives zur Konsultation durch Historiker übergeben.

allzugroßen organisationstechnisch begründeten Unabhängigkeitseuphorie warnen. Formelle Unabhängigkeit schließt eine faktische Nähe zum Auswärtigen Amt nicht aus – wie umgekehrt eine organisatorische Verankerung einer Editorengruppe im entsprechenden Außenministerium nicht mit Restriktionen der wissenschaftlichen Arbeit einhergehen muß. Deshalb wird man sich in diesem Zusammenhang doch stärker an der individuellen wissenschaftlichen Integrität der jeweiligen Herausgeber als primär an den strukturellen Gegebenheiten zu orientieren haben.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß die AAPD einem Vergleich mit den Akteneditionen anderer Staaten ohne jede Einschränkung standhalten. Ein besonderes Gütezeichen der Edition ist schließlich ähnlich wie das jetzt wieder bei den „Foreign Relations“⁵⁵ angestrebte hohe Maß an Aktualität. Es ist eine beeindruckende organisatorische und editorische Leistung, daß die bisherigen Jahresbände 1963 und 1964 exakt nach Ablauf der dreißigjährigen Sperrfrist publiziert wurden, das sind mithin fünf Bände innerhalb von 12 Monaten. Hier ist das große Engagement sowohl der Herausgeber als auch des wissenschaftlichen Leiters, Rainer A. Blasius, hervorzuheben. Es bleibt zu hoffen, daß der einmal eingeschlagene Publikationsrhythmus auch in Zukunft beibehalten wird. Unter dem Gesichtspunkt der Aktualität und der erwähnten Impulse für die Forschung ist die Entscheidung, mit dem Jahre 1963 zu beginnen, sicher sinnvoll. Allerdings wird es mit fortschreitender Dokumentation der sechziger Jahre zunehmend als Defizit empfunden werden müssen, daß der Zeitraum von 1949 bis 1963 – mit Ausnahme der erwähnten beiden Bände über die Gespräche Adenauers mit den Hohen Kommissaren – bisher nicht berücksichtigt wird.

Es ist ein Desiderat nicht nur der Forschung, sondern auch im Interesse der Unterrichtung der Öffentlichkeit, möglichst bald auch zur Bonner Außenpolitik der fünfziger Jahre über Akteneditionen zu verfügen. Ungeachtet aller Haushaltszwänge muß man daran erinnern, daß Akteneditionen zur Außenpolitik auch eine Art „Aushängeschild“ sind. Nicht zuletzt im Wettbewerb mit den vergleichbaren Projekten der anderen westlichen Demokratien tritt mithin auch ein kulturpolitischer Aspekt hervor. Darüber hinaus ist eine Ausweitung der AAPD auf die fünfziger Jahre auch von aktuellem Interesse. Eine Debatte über die außenpolitischen Grundlagen und Ziele Deutschlands nach der Wiedervereinigung sollte immer auch auf die in der Ära Adenauer erfolgten Weichenstellungen deutscher Außenpolitik zurückdenken.

⁵⁵ Vgl. Public Law 102-138 (Foreign Relations Act). Das von Präsident Bush am 28.10.1991 unterzeichnete Gesetz schreibt vor, daß die jeweiligen Bände der Foreign Relations spätestens 30 Jahre nach den in ihnen dokumentierten Ereignissen erscheinen müssen; bis 1996 wurde dem State Department eine Übergangsfrist eingeräumt. Die Editionsprinzipien sind im Vorwort jedes Bandes abgedruckt, vgl. z. B. FRUS 1961-1963, Bd. XVII, Near East 1961-1962, Washington 1994, S. III ff.

Dokumentation

RAINER A. BLASIUS

ERWIN WICKERT UND DIE FRIEDENSNOTE DER BUNDESREGIERUNG VOM 25. MÄRZ 1966

Als Bundeskanzler Ludwig Erhard zu der an alle Staaten mit Ausnahme der DDR gerichteten Note zur deutschen Friedenspolitik¹ am 25. März 1966 vor dem Bundestag eine Erklärung abgab, erhielt er nicht nur Beifall, sondern sogar Lob von der Opposition. Kein Geringerer als Herbert Wehner, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses, stellte die Übereinstimmung seiner Fraktion mit der „in der Note zum Ausdruck gebrachten Ansicht der Bundesregierung“ fest und sicherte die „Unterstützung der Sozialdemokraten“ bei den Bemühungen der Bundesrepublik um Rüstungsbeschränkungen und Sicherheit in Europa zu².

Die beiden Nachfolger Erhards beriefen sich unmittelbar auf die Friedensnote. Als Kanzler der neugebildeten Großen Koalition erklärte Kurt Georg Kiesinger am 13. Dezember 1966, daß die letzte Bundesregierung am 25. März 1966 der UdSSR den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen „angeboten“ habe³, während Willy Brandt am 28. Oktober 1969 herausstellte, daß die sozial-liberale Koalition sowohl an die Friedensnote als auch an Kiesingers erste Regierungserklärung anknüpfe: „Die in diesen Dokumenten niedergelegte Politik hat damals die Zustimmung aller Fraktionen dieses Hauses erhalten. Der Wille zu Kontinuität und konsequenter Weiterentwicklung gestattet es, auf Wiederholungen zu verzichten.“⁴

Der überparteiliche positive Konsens über den diplomatischen Schritt vom Frühjahr 1966 spiegelte sich auch in der 1972 veröffentlichten Festschrift zum 75. Geburtstag von Ludwig Erhard wider. Der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Karl Carstens, bezeichnete die Note als einen „Markstein in der deutschen Nachkriegspolitik“, als einen außenpolitischen „Höhepunkt, über den die Regierung Erhard nicht mehr wesentlich hinausgelangte“⁵, während sie für den späteren Bundeskanzler Helmut Schmidt „entwicklungsfähige Elemente, besonders das Angebot des Austausches von Gewaltverzichtserklärungen“, enthielt. Schmidt bescheinigte der Außenpolitik der Ära Erhard, „spätere Möglichkeiten nicht verbaut, sondern Wege dahin – wenn auch sehr zögernd –

¹ Für den Wortlaut der Note vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 12, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Gisela Oberländer, Frankfurt a. M. 1981, S. 381–385.

² Ebenda, S. 389.

³ Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe/Band 1, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Gisela Oberländer, Frankfurt a. M. 1984, S. 57.

⁴ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Band 71, S. 31.

⁵ Karl Carstens, Die deutsche Friedensnote vom 25. März 1966, in: Gerhard Schröder u. a. (Hrsg.), Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie, Berlin 1972, S. 383 und S. 386.

eröffnet“ zu haben. Daß Außenminister Schröder diesbezüglich „freie Hand gelassen“ worden sei, müsse als „das Verdienst des Kanzlers Erhard“ angesehen werden⁶.

Den anerkennenden Urteilen der Politiker über die Friedensnote ist nicht nur die Publizistik, sondern auch die politikwissenschaftliche und historische Forschung gefolgt. So sah beispielsweise Richard Löwenthal die diplomatische Aktion als „einen bedeutenden Schritt zu einer Eingliederung in die Entspannungspolitik des Westens und zur Grundlegung eines neuen Verhältnisses zu Osteuropa“⁷; Klaus Hildebrand bezeichnete das Gewaltverzichtsangebot an die osteuropäischen Staaten als „zukunftsweisend“ und den Noten-Text als „ganz bemerkenswertes Resultat“ der von Erhard im November 1966 selbst so benannten „Auflockerung“ der deutschen Ostpolitik⁸. Demgegenüber finden sich negative Äußerungen eher selten. Der Publizist Peter Bender, in den sechziger Jahren stets ein leidenschaftlicher Vorkämpfer für die Anerkennung der DDR und von daher alles andere als ein Unparteilicher⁹, kam 1987 zu dem Schluß, daß in der Friedensnote „noch einmal die ganze Erhard-Zeit“ erkennbar geworden sei: „guter Willen, wenig Neues und die alten Fehler, verstärkt durch viel Ungeschick“¹⁰. Wolfram Hanrieder attestierte 1991 dem Vorstoß vom Frühjahr 1966, daß er im Grunde nichts anderes als „abgeschwächte Versionen“ von Vorschlägen, die die Staaten des Warschauer Pakts bereits zuvor gemacht hätten, dargestellt, ja es sich im Prinzip nur um „Neuaufgaben alter Vorschläge“ gehandelt habe¹¹.

Steht die herausragende Bedeutung der Friedensnote außer Frage, so ist ihre Entstehungsgeschichte kaum bekannt und wegen der dreißigjährigen Aktensperrfrist und der Verschlusssachen-Bestimmungen noch keineswegs erforscht. Seit einem Spiegel-Artikel vom 28. März 1966 ist zwar klar, daß als „Ur-Verfasser“ – wie es in der typischen Sprache des Nachrichtenmagazins hieß – „Schröders Amts-Poet“ fungierte, der Leiter des Referats „Politische und sozial-ökonomische Strukturfragen des Ostblocks“, Vortragender Legationsrat I. Klasse Erwin Wickert; daneben wurde der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Horst Osterheld, genannt¹². Diesen Spiegel-Bericht hat Carstens sechs Jahre später in der bereits erwähnten Erhard-Festschrift mit der Bemerkung

⁶ Helmut Schmidt, Zur Außen- und Sicherheitspolitik des Bundeskanzlers Erhard, in: Schröder (Hrsg.), Erhard, S. 399f.

⁷ Richard Löwenthal, Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974, S. 69.

⁸ Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 189.

⁹ Vgl. dazu etwa: Peter Bender, Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR, Frankfurt a. M. 1968, S. 129; „Der Widerspruch zwischen übernationaler Politik nach Westen und nationaler Politik (in Gestalt der Wiedervereinigungsforderung) nach Osten wurde häufig hervorgehoben, nur selten aber die Folgerung ausgesprochen: die Teilung Europas kann nur überwunden werden, wenn die Teilung Deutschlands anerkannt ist.“

¹⁰ Peter Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag, München 1987, S. 113. Vgl. auch S. 114: „Das Angebot, auf Gewalt zu verzichten, schloß den Staat aus, der von den Bonner Ansprüchen am meisten bedroht war – Verschärfung also auch der Isolierungspolitik gegen die DDR.“

¹¹ Wolfram F. Hanrieder, Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, Paderborn 1991, S. 215.

¹² Der Spiegel vom 28. 3. 1966, S. 25, „Friedensnote. Drei Namen“. Vgl. dazu jetzt auch Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 302f.

bestätigt, daß Wickert die Note „mitgestaltet“ habe: „Seine hervorragende Ausdruckskraft und die Schönheit seiner Sprache, durch die sich seine Romane auszeichnen, haben auch in der Note ihren Niederschlag gefunden.“¹³ Daraufhin ist Wickert hin und wieder in Darstellungen zur Außenpolitik der Bundesrepublik als Konzipient der Note erwähnt worden, wenn auch der Entstehungsprozeß selbst weitgehend im Dunkeln blieb.

Anfang der achtziger Jahre widmete sich Helga Haftendorn auf der Grundlage des zitierten Spiegel-Artikels und eines Berichts aus der „Neuen Zürcher Zeitung“¹⁴, dann aber wohl aufgrund mancher Hintergrundinformationen der Entstehungsgeschichte und dem daraus resultierenden „Kompromißcharakter“ der Friedensnote. Sie nannte Wickert als Verfasser des Entwurfs, den Abrüstungsbeauftragten Swidbert Schnippenkötter als Beteiligten für die vorgeschlagenen Rüstungsbeschränkungs- oder vertrauensfördernden Sicherheitsmaßnahmen und Ministerialdirigent Horst Osterheld als Verantwortlichen für die Abstimmung des endgültigen Textes mit dem Bundeskanzler. Darüber hinaus machte sie darauf aufmerksam, daß das Verteidigungsministerium „nur am Rande“ mit dem Noten-Text befaßt worden sei und sich im Text insbesondere die – von ihr thematisch umrissenen – Einwände des Bundesministers für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates, Heinrich Krone, niedergeschlagen hätten. Haftendorn sprach zudem von den „konkreten Anregungen“ der britischen und amerikanischen Seite, die in der Note berücksichtigt worden seien, ohne diese jedoch spezifizieren zu können¹⁵.

Weiteres Licht brachte Wickert selbst am 28. Oktober 1985 in die Vorgeschichte der Friedensnote, und zwar durch einen Beitrag auf dem Kolloquium über die Ostpolitik Gerhard Schröders aus Anlaß von dessen 75. Geburtstag¹⁶. Der Vortrag blieb allerdings unveröffentlicht. Eine stark erweiterte Fassung liegt mit dem Dokument von Wickert aus dem Jahr 1993 vor, der aus seinem Blickwinkel und anhand seiner privaten Notizen die verschiedenen Phasen bei der Abfassung der Note nachzeichnet und die „aus den Akten nur selten ersichtlichen divergierenden Meinungen“ herausarbeitet. Dabei konnte er sich neben den Entwürfen zur Note und eigenen Aufzeichnungen aus dem Umfeld der Note auf zwar nicht tägliche, jedoch längere rückblickende Tagebuch-Einträge vom 5. März, vom 2. April, vom 11. Juni und vom 3. Juli 1966 über persönliche Eindrücke und Erlebnisse stützen¹⁷.

Wickerts Ausführungen belegen nun, wie aus einer ursprünglich rein defensiv gegen die sowjetische Propaganda gerichteten Aktion auf sein Anraten hin eine mehr offensive, in Stil und Ton freundlich gehaltene Darstellung der Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik wurde. Außerdem zeigt er, wer wann was zum Text beitrug bzw. aus ihm entfernen ließ. So kann die in der Forschung hin und wieder vertretene These, daß die „ausdrückliche Erwähnung“ der Grenzen von 1937 im ersten Entwurf des Auswärtigen Amtes noch gefehlt habe und erst „im Kabinett unter den Einfluß der Vertriebenen

¹³ Carstens, Friedensnote, S. 384.

¹⁴ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 6. 4. 1966, „Innerdeutsche Kontroverse um die Friedensnote. Seeborn als Wortführer der Sudetendeutschen“.

¹⁵ Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1983, S. 286–289.

¹⁶ Das Typoskript vom 27. 10. 1985 „Zur Friedensnote“ hat Erwin Wickert dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

¹⁷ Gespräch des Verfassers mit Erwin Wickert am 7. 6. 1994 in Oberwinter, bei dem freundlicherweise Einblick in die persönlichen Aufzeichnungen gewährt worden ist.

eingefügt“ worden sei¹⁸, jetzt nicht länger aufrechterhalten werden. Vielmehr erinnert Wickert daran, daß keine deutsche Regierung 1966 für eine Anerkennung der Nachkriegsgrenzen eintreten konnte, weil es „weder im deutschen Volk, noch in einer der drei Parteien eine Mehrheit dafür“ gegeben habe. Anhand seiner Tagebuch-Rückblicke stellt er die damals im Auswärtigen Amt offensichtlich verbreitete pragmatische Überlegung heraus, die wenig geschätzten Vertriebenenverbände auseinanderzudividieren, indem eine „bestimmtere Sprache“ gegenüber „den Polen“ geführt werden sollte, um anschließend nur noch die Sudetendeutsche Landsmannschaft gegen sich zu haben.

Auf die Sudetendeutschen mußte in der Tat bei der Abfassung der Note am meisten Rücksicht genommen werden. Dies hing nicht zuletzt mit der sogenannten „Obhutserklärung“ vom Juli 1950 zusammen – einer Reaktion auf die Prager Deklaration vom 23. Juni 1950, in der die Tschechoslowakei und die DDR ausdrücklich betont hatten, „keine Gebiets- oder Grenzansprüche zu haben“ und die nach dem Zweiten Weltkrieg „durchgeführte Umsiedlung der Deutschen“ aus der Tschechoslowakischen Republik als „unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst“ zu betrachten¹⁹. Daraufhin erhob der Deutsche Bundestag am 14. Juli 1950 einen „feierlichen Einspruch [. . .] gegen die Preisgabe des Heimatrechts der in die Obhut der deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei“ und stellte die „Nichtigkeit des Prager Abkommens“ fest²⁰. Diese Auffassung wurde am 16. Oktober 1964 in einer Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Erhard und des Präsidiums des Sudetendeutschen Rates bestätigt; die Bundesrepublik erhebe zwar keine territorialen Forderungen an die Tschechoslowakei, aber: „Diese Feststellung schließt das Heimat- und das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nicht aus.“²¹

Wickert wollte nun unmißverständlich erklären lassen, daß die Bundesregierung keine territorialen Ansprüche „hat und erhebt“ und sich außerdem von „allen Äußerungen distanziert, die an dieser Haltung Zweifel erwecken können“. Gedacht war dabei sicherlich an Bundesminister Hans Christoph Seebohm, der beispielsweise auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Nürnberg am 17. Mai 1964 die Rückgabe des Sudetenlandes an das „sudetendeutsche Heimatvolk“ forderte und auf der Gültigkeit des durch Hitlers Droh- und Erpressungspolitik zustande gekommenen Münchener Abkommens vom 29. September 1938 bestand²². Gegen eine solche Distanzierung im Entwurf der Note wandte sich Bundesminister Krone und konnte das Bundeskanzleramt hinter sich bringen; auf die ursprünglich vorgesehene Formulierung, daß das Münchener Abkommen „nicht mehr gültig“ sei, mußte ebenso verzichtet werden wie auf die indirekte öffentliche Abkehr von Seebohm, der in jenen Jahren international manches Porzellan zerschlug.

¹⁸ Löwenthal, *Krieg*, S. 69. Unter Bezugnahme auf Löwenthal auch Bender, *Ostpolitik*, S. 114.

¹⁹ Vgl. *Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik*, Band I: Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954, Berlin 1954, S. 378.

²⁰ Vgl. *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*, Band 4, S. 2688 f.

²¹ Vgl. Archiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Mitteilung an die Presse Nr. 1335/64 vom 16. 10. 1964.

²² Vgl. *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, IV. Reihe/Band 10, hrsg. vom Bundesministerium für innere deutsche Beziehungen, bearb. von Marie-Luise Goldbach und Karl-Günther Schirrmeyer, Frankfurt a. M. 1980, S. 566–585.

Demgegenüber stand der Vorschlag des Gewaltverzichts gegenüber den osteuropäischen Staaten in der internen Diskussion nie in Frage. Der „Einfrierungsvorschlag“ für die Atomwaffen in Europa ging offensichtlich ganz auf Wickert zurück, und er war es, der eine stufenweise Verringerung dieser Waffen von entscheidenden Schritten hin auf eine „Lösung der politischen Probleme Mitteleuropas“ abhängig machen wollte, obwohl in der Note gleichzeitig das langjährig beharrlich verfochtene Junktim zwischen Gewaltverzicht und Fortschritten in der deutschen Frage erstmals aufgegeben wurde. Wickerts Dokument zeigt, welche Formulierungs- und Verbesserungsvorschläge der SPD-Fraktionsvorsitzende Fritz Erler einbrachte, kann aber die britischen und amerikanischen Umformulierungswünsche nicht näher spezifizieren.

Die kürzlich erschienenen Memoiren von Karl Carstens machen deutlich, daß die sechzig Thesen des Staatssekretärs zur Deutschlandpolitik vom Januar 1966 und die Friedensnote vom März 1966 in einem viel engeren Zusammenhang als bisher gesehen werden müssen. Carstens hatte nach Abstimmung mit Spitzenbeamten der Bonner Zentrale und Leitern wichtiger Auslandsvertretungen bereits zu Jahresbeginn 1966 für Schröder aufgezeigt, daß die Ostpolitik in die Defensive geraten war, und Vorschläge unterbreitet, um die Bundesrepublik aus der deutschlandpolitischen Sackgasse herauszuführen. Schon in der Januar-Aufzeichnung sprach Carstens von zu erbringenden „Opfern“ im Fall einer Wiedervereinigung und machte sich für eine Erklärung über die Anerkennung der deutsch-tschechoslowakischen Grenze als „endgültige Grenze“ stark²³. Dies erschien Carstens erforderlich, um den tschechoslowakischen Verdacht eines erneuten „Anschluß“-Versuches zu zerstreuen. Schon im Oktober 1964 hatte er in einer Vorlage für Erhard auf eine Klarstellung des Sudetendeutschen Rats gedrängt, „daß es nicht die Absicht der Sudetendeutschen ist, auf dem Wege über die Verwirklichung des Heimatrechts und die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die Abtretung des sudetendeutschen Gebietes an Deutschland anzustreben“²⁴. Weitere inhaltliche Übereinstimmungen zwischen den sechzig Thesen und der Friedensnote werden sich herausarbeiten lassen, wenn die entsprechenden Dokumente der Forschung vorliegen; ebenso wird man die Entstehungsgeschichte beider Aufzeichnungen in einen größeren Zusammenhang stellen können²⁵.

Karl Carstens bezeichnete die Friedensnote in seinen Memoiren als „Meisterstück deutscher Diplomatie“ und würdigte den „hochbefähigten Mitarbeiter“ des Auswärtigen Amtes, der für die Ausarbeitung des Texts gewonnen wurde²⁶. Welche Initiativen Wickert ergriff, mit welchen Schwierigkeiten er konfrontiert wurde und wie kompliziert sich der Entscheidungsprozeß bei der Formulierung der Note gestaltete, veranschaulicht der folgende, atmosphärisch dichte Beitrag des Zeitzeugen, der – wie bereits erwähnt – 1993 unter Rückgriff auf seine Tagebücher aus dem Jahr 1966 geschrieben wurde.

²³ Vgl. dazu Karl Carstens, *Erinnerungen und Erfahrungen*, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard 1993, S. 757.

²⁴ Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 6. 10. 1964, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964*, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Rainer A. Blasius, Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995, Band II, Dok. 274.

²⁵ Vgl. dazu die in Vorbereitung befindlichen Bände der *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966*, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Rainer A. Blasius, Matthias Peter und Harald Rosenbach.

²⁶ Carstens, *Erinnerungen*, S. 759.

Dokument

Am 25. März 1966 wurde eine Note der Bundesregierung allen Regierungen übergeben, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhielten, ferner den osteuropäischen und arabischen Staaten, wo wir diplomatisch nicht vertreten waren, über ihre Missionen in befreundeten Hauptstädten oder durch ihre Schutzmächte.

Die Anregung zu dieser „Friedensnote“, wie sie bald genannt wurde, ging von Bundesaußenminister Gerhard Schröder und seinem damaligen Staatssekretär Karl Carstens aus. Sie hatte bei uns und in der Weltöffentlichkeit eine ungewöhnlich starke Resonanz.

Im Folgenden soll nun geschildert werden, warum damals eine solche Note zweckmäßig erschien; es werden die wichtigsten Passagen der Note wiedergegeben, ihre Entstehung und das Echo geschildert, ihr Inhalt aus heutiger Sicht kritisch beurteilt sowie über die Absicht berichtet, sie fortzusetzen und überhaupt unsere Beziehungen zu den Ländern Osteuropas grundlegend zu verbessern.

Bundesaußenminister Schröder liebte es gar nicht, wenn seine Beamten in der Öffentlichkeit als Mithelfer bei der außenpolitischen Konzeption genannt wurden. Als Carstens in einem Aufsatz der siebziger Jahre von meiner Autorschaft der „Friedensnote“ sprach, fand Schröder das nicht richtig. Er allein trug die politische Verantwortung dafür, und deshalb sollte auch die gesamte deutsche Außenpolitik als von ihm ausgehend dargestellt werden.

Er hatte grundsätzlich recht, und es war mir nicht angenehm, daß mein Name, den ich lieber in Verbindung mit meinen Büchern erwähnt wissen wollte, auch im Zusammenhang mit Noten des Auswärtigen Amtes oder Reden des Bundesaußenministers genannt wurde. Ich konnte es aber auch nicht verhindern und habe das Schröder auch zu erklären versucht. Es hat übrigens das enge und vertraute Verhältnis zu ihm nie getrübt.

Ende Oktober 1985 fand zu seinem 75. Geburtstag in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn ein Kolloquium über die „Friedensnote“ zwischen Alt-Bundespräsident Karl Carstens, Botschafter a. D. Franz Krapf und mir statt. Wir sprachen über die Situation, aus der heraus die Note für zweckmäßig und notwendig gehalten wurde, ihren Inhalt, ihre Wirkung nach außen und innen, aber nur wenig über ihre Entstehung.

Ich habe auch heute gezögert, die Entstehung der Note aus meinem Gesichtswinkel zu beschreiben. Da sie nun aber schon 29 Jahre alt ist, das Verdienst Gerhard Schröders und Karl Carstens' an ihrem Zustandekommen bekannt und unbestritten, meine Beamten-Anonymität ohnehin durchlöchert ist, halte ich es für entschuldbar und als Beispiel für den Entscheidungsprozeß jener Zeit auch für interessant, wenn ich anhand meiner privaten Notizen die Entstehung der Note in den Einzelheiten nachzeichne und wenn ich beschreibe, wie abweichende Ansichten maßgebender Politiker es nötig machten, einzelne Stellen des Entwurfs zu ändern. Denn nur wenn man diese aus den Akten der Archive nur selten ersichtlichen divergierenden Meinungen erkannt hat, erhält man ein Bild von den damals bestehenden Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns.

Dann wird an einem Beispiel der Wunsch des Auswärtigen Amtes unter Carstens und Schröder deutlich, lange bevor Willy Brandt Außenminister der Großen Koalition wurde, sich mit den sozialistischen Ländern Osteuropas zu verständigen, auch über grundlegende Fragen; der Wunsch, nicht nur Handelsmissionen mit ihnen auszutauschen, sondern diplomatische Beziehungen zu ihnen herzustellen und einen politischen Dialog mit

ihnen zu führen. Aber ebenso deutlich wird man die Gegenkräfte von rechts erkennen, die Schröder in dieser Politik behinderten. An Franz Josef Strauß, der Schröder sonst oft entgegengrat, ging die Note in ihrer Entstehung seltsamerweise vorbei. Am 20. Dezember 1965 hatte Staatssekretär Karl Carstens dem Ministerialdirektor Franz Krapf, Leiter der Abteilung II, die in erster Linie für Ost-West-Politik zuständig war und gewöhnlich „Ostabteilung“ genannt wurde, mitgeteilt, Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, über die starke Wirkung der sowjetischen Propaganda gegen uns besorgt, schlage vor, ihr in einem Weißbuch über unsere Friedenspolitik entgegenzutreten.

Ich war damals Leiter des Referats II A 3 der „Ostabteilung“, das für „Strukturfragen der sozialistischen Staaten“ zuständig war, wurde aber oft auch zu anderen Aufgaben herangezogen. Auch wir in der „Ostabteilung“ des Auswärtigen Amts hatten die zunehmende Wirkung der sowjetischen Propaganda mit Sorge gesehen. Bundesaußenminister Schröder hatte in Reden, das Auswärtige Amt in Noten und Erklärungen die sowjetischen Angriffe zu entkräften gesucht – ohne rechten Erfolg. Bedenklich war vor allem, daß die sowjetische Propaganda stark auf unsere Alliierten wirkte. Sie waren Mitte der sechziger Jahre des Kalten Krieges und der Ost-West-Krisen satt. Die öffentliche wie die veröffentlichte Meinung in einigen verbündeten Ländern, zum Beispiel Kanadas, Norwegens, Dänemarks, der Niederlande, aber nicht nur sie, auch manche Regierungen unserer Allianz waren der Ansicht, die deutsche Frage, also unser Wunsch zur Wiedervereinigung, sei der eigentliche Hemmschuh auf dem Weg zur Entspannung zwischen Ost und West. Da eine Wiedervereinigung unmöglich sei, müsse man Druck auf uns ausüben, damit wir diesen Gedanken aufgeben, die DDR anerkennen und die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze bestätigten. Im Jahr 1966 aber war dies politisch nicht möglich.

Die unter Bundesaußenminister Schröder eingeleitete Politik, amtliche Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten aufzunehmen und dort als ersten Schritt Handelsmissionen zu errichten, fand im Bündnis zwar Anerkennung, aber unsere häufigen Beschwerden, wann immer einer der Alliierten eine Verletzung der sogenannten Hallstein-Doktrin zuließ, etwa der DDR indirekt zur Anerkennung oder Ansehen verhalf, wurde allgemein als lästig empfunden. Frau von Puttkamer, die im Auswärtigen Amt das Referat „Vereinigte Nationen“ leitete, sagte mir, unsere Position, die diplomatische Anerkennung der DDR durch andere Länder, vor allem der Dritten Welt, zu verhindern, lasse sich kaum länger als noch ein Jahr halten.

Carstens' Aufzeichnung über von Hassels Wunsch wurde mir zur Stellungnahme zugeleitet. Ich schrieb: „Ein Weißbuch wäre eine Verteidigung, und Verteidigungsschriften oder Argumente der Rechtfertigung finden stets weniger Interesse als Argumente der Anklage . . . Im Übrigen sind nicht alle der gegen uns erhobenen Vorwürfe leicht zu widerlegen, z. B. wenn uns gewisse Zitate aus Reden des Herrn Bundesministers Seebohm oder Erklärungen von Vertriebenenfunktionären, Artikel der Soldatenzeitung und dergleichen mehr entgegengehalten werden . . .“

Unserer Informationsarbeit ist es nicht gelungen, das Bild des politisch unberechenbaren, militaristischen, eroberungssüchtigen Deutschen überall durch ein friedlicheres Bild zu ersetzen. Woran liegt das?“

Wir hätten uns doch seit zwanzig Jahren aus allen militärischen Auseinandersetzungen herausgehalten, auf Anwendung von Gewalt, Produktion von ABC-Waffen verzichtet usw. Solche Hinweise fänden jedoch nur wenig Interesse. „Aufmerksamkeit und Unruhe erregt es jedoch sofort, wenn irgendwo in Deutschland nationalistische Töne hörbar werden, ja selbst dann, wenn wir nationale Gleichberechtigung oder nukleare Mitverantwort-

tung fordern, oder wenn wir die Grenzen von 1937 als unsere Ausgangsposition in künftigen Friedensverhandlungen bezeichnen. Sogar unser Ruf nach dem Selbstbestimmungsrecht für die Zonenbevölkerung wird von der kommunistischen Propaganda als Revanchismus angeprangert. Und wenn unsere Alliierten sowie die Neutralen in ihrer Ablehnung auch nicht so weit gehen, so fallen wir ihnen doch offenbar immer lästiger, je häufiger wir ihnen unsere Rechtsansprüche vorbringen; ihre Bereitschaft, uns diese Ansprüche durchsetzen zu helfen, nimmt eher ab als zu.

Am erfolgreichsten werben Nachrichten. Nachrichten aber werden letzten Endes nicht vom Bundespresseamt, sondern von der politischen Führung gemacht. Man müßte also, wenn man das Deutschlandbild in der Welt korrigieren will, politische Initiativen suchen und entwickeln, die, ohne unseriös zu sein, die Weltöffentlichkeit beeindrucken und unsere politischen Ziele in günstigem Licht darstellen.“

Am 2. Februar 1966 gab mir Ministerialdirektor Krapf eine Weisung von Staatssekretär Carstens, in der dieser uns anwies, eine Note vorzubereiten, die allen Regierungen der Welt übergeben werden könnte, in der wir unsere Friedensliebe, unseren Gewaltverzicht, ABC-Waffen-Produktions-Verzicht usw. darstellten. Carstens wollte damit den erwarteten Angriffen gegen unsere Politik auf dem im März stattfindenden XXIII. Parteitag der KPdSU zuvorkommen. Als ich Krapf sagte, ich hielte eine solche Note für wenig wirksam und hätte keine Lust sie zu schreiben, antwortete er, das sollte ich dann am besten Carstens selbst sagen. Das tat ich am 4. Februar.

Ich sagte ihm, der Moskauer Parteitag werde sich vermutlich weniger mit uns als mit Wirtschaft, anderen internen Problemen und Ostblock-Fragen beschäftigen. „Eine Note zur Darstellung unserer Friedens- und Sicherheitspolitik“, so schrieb ich in einer Aufzeichnung vom 4. Februar 1966 über das Gespräch, „erscheine mir nicht zweckmäßig. Die Wiederholung all der Tatsachen, die für unsere friedfertige Politik Zeugnis ablegen, werde sicher nur langweilig, wenn keine neuen Elemente in der Note enthalten sind, etwa neue Vorschläge in der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage.“

Carstens hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen. Es war erfreulich, mit ihm zusammenzuarbeiten. Er war Bremer, hielt bei aller Liebenswürdigkeit auf Distanz, aber dahinter spürte man einen noblen, humanen Charakter und Fürsorge. In politischen Gesprächen war er ganz auf die Sache gerichtet. Er schätzte eine unabhängige Meinung und ließ Einwände gelten, wenn man sie begründen konnte. Er erwiderte, es stehe mir ja durchaus frei, solche neuen Vorschläge in der Note zu machen.

Der Abrüstungsbeauftragte Schnippenkötter stellte darauf eine Liste von insgesamt vierzehn Themen und Vorschlägen zusammen, die Krapf und ich am 9. Februar mit Carstens besprachen und aus denen wir einige auswählten. Am meisten versprach ich mir von einem „Einfrierungsvorschlag“, der in der sogenannten „Friedensnote“ später wie folgt formuliert wurde: „Die Bundesregierung erklärt sich bereit, einem Abkommen beizutreten, in dem die in Frage kommenden Staaten sich verpflichten, die Zahl der Atomwaffen in Europa nicht weiter zu erhöhen, sondern sie stufenweise zu verringern.“ Ich fügte noch hinzu: „Ein solches Abkommen müßte sich auf ganz Europa erstrecken, das Kräfteverhältnis insgesamt wahren, eine wirksame Kontrolle vorsehen und mit entscheidenden Fortschritten bei der Lösung der politischen Probleme Mitteleuropas verbunden werden.“

Staatssekretär Carstens war skeptisch und wollte den Vorschlag nicht in der Note haben. Er strich ihn aus meinem ersten Entwurf heraus; aber ich fügte ihn in den zweiten wieder ein, und es gelang schließlich, ihn auch gegen seine Zweifel und später gegen die Bedenken des Verteidigungsministers im endgültigen Notentext zu halten.

Die erste und wichtigste Frage beim Entwurf der Note an alle Welt war, zu begründen, warum wir eine solche spektakuläre Aktion unternahmen. Ich versprach mir nichts davon, die sowjetischen propagandistischen Angriffe auf unsere Politik zum Thema zu machen, sie zu widerlegen und dies urbi et orbi zu verkünden. Das wäre auch nur ein deutsches Thema gewesen, wäre als Versuch einer Rechtfertigung angesehen worden und hätte nur Gähnen hervorgerufen.

Stattdessen stellte ich die Note unter ein anderes Thema, das alle Welt anging: Unsere Sorge, daß alle bisherigen Abrüstungsbemühungen gescheitert waren – eine Sorge, die wir mit den meisten Völkern der Welt teilten, auch den osteuropäischen. Dieses Thema gab uns dann die gute Gelegenheit, am Schluß der Note neue Vorschläge zur Abrüstung und Sicherheit zu machen. Die Note begann mit den Worten: „Das deutsche Volk will in Frieden und Freiheit leben. Seine größte nationale Aufgabe sieht es darin, die Teilung zu überwinden, unter der es seit vielen Jahren leidet. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mehrfach erklärt, daß das deutsche Volk bereit wäre, für seine Wiedervereinigung auch Opfer auf sich zu nehmen. Es ist entschlossen, diese Aufgabe nur mit friedlichen Mitteln zu lösen.“

Damit waren die Grundziele unserer Außenpolitik schon im ersten Absatz genannt. Dann kam die Note zum Thema und drückte ihre Enttäuschung über die geringen Fortschritte in der Abrüstung aus. Sie wolle aus dieser Sorge heraus die deutsche Friedenspolitik zusammenhängend darstellen und konkrete Vorschläge zur Abrüstung, Rüstungskontrolle und europäischen Sicherheit machen.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit unserem Verhältnis zu den Staaten Osteuropas. In meinem ersten Entwurf erwähnte ich, daß die Bundesregierung „sich mit Deutschlands Nachbarn im Westen über die Grenzen und alle anderen Fragen verständigt (hat), die nach dem Kriege zwischen ihnen offen geblieben waren. Über das Schicksal des Saargebiets, den schwierigsten damals zwischen Deutschland und Frankreich liegenden Komplex, haben sich beide Seiten in einem Verfahren geeinigt, das auch als Vorbild für eine gerechte Lösung der Deutschen Frage dienen könnte.“

Die Saar-Lösung hatte ich schon in einem auf Weisung von Bundesaußenminister Schröder entworfenen und am 21. Februar 1962 in Moskau übergebenen Memorandum erwähnt, weil dieses Beispiel das Zeitelement ins Spiel bringt, d. h. keine sofortige Änderung des status quo erfordert, sondern vorsieht, daß die Frage in einer bestimmten Frist gelöst werden muß, und zwar durch ein Referendum. Dieser Passus fiel ganz weg, nachdem Heinrich Krone, Bundesminister für besondere Aufgaben und früher ein enger Berater Adenauers, dagegen Einspruch erhob. An seine Begründung erinnere ich mich nicht mehr.

Die Note beklagt die negative Haltung Polens uns gegenüber, besonders Warschaws Widerstand gegen eine Wiedervereinigung. Wir kamen in der Note den Polen, denen nichts an einer Verständigung mit uns zu liegen schien, solange wir die Oder-Neiße-Linie nicht als endgültige Grenze anerkannten, wenig entgegen. Das Oder-Neiße-Problem ließ sich zu jener Zeit nicht lösen. Keine deutsche Regierung konnte im Jahr 1966 für eine Anerkennung dieser Grenze eintreten: Es gab weder im deutschen Volk, noch in einer der drei Parteien eine Mehrheit dafür. Daher beließ ich es bei dem von uns oft wiederholten formellen Hinweis, Deutschland bestehe völkerrechtlich in den Grenzen von 1937 fort, solange nicht eine freigewählte gesamtdeutsche Regierung andere Grenzen anerkennt. Auf Carstens' Anregung fügte ich hier aber hinzu: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mehrfach erklärt, daß das deutsche Volk bereit wäre, für seine Wiedervereinigung Opfer auf sich zu nehmen.“

Damit nahm Carstens ein Wort des Bundesvertriebenenministers Johann Baptist Gradl auf. Doch auf Wunsch Krones wurde der Passus aus dem Zusammenhang mit der deutschen Ostgrenze genommen, da den Vertriebenenfunktionären offenbar auch nur die Andeutung von Opfern nicht zuzumuten war. Der Passus wurde stattdessen an den Anfang der Note gesetzt. Er stand also nicht mehr im Zusammenhang mit der Oder-Neiße-Linie.

Im ersten Entwurf der Note hieß es in dem Absatz, der sich mit Polen beschäftigte, weiter: „Wenn zu gegebener Zeit die polnische und eine gesamtdeutsche Regierung über die Grenze in dem gleichen Geiste verhandeln, der den Ausgleich zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn herbeigeführt hat, dann werden auch Polen und Deutsche sich einigen. Denn in dieser Frage darf weder die Leidenschaft noch allein die Stimme des Siegers entscheiden, hier muß die Vernunft siegen.“ Der Fraktionschef der SPD, Fritz Erler, der den Entwurf zur Kenntnis und Stellungnahme erhielt, regte an zu schreiben: „noch allein die Macht des Siegers“. Das war eine Verbesserung. Auf Wunsch des Bundeskanzlers wurde „verhandeln“ durch „sprechen“ ersetzt.

Franz Krapf, einer meiner ältesten Freunde, trat in diesen Tagen seinen neuen Posten als Botschafter in Tokio an. Sein Stellvertreter Hans Ruete übernahm vorläufig die Leitung der „Ostabteilung“. Er wünschte in einer Besprechungsrunde bei Carstens in der Note eine „würdigere, männlichere Sprache“, fand aber keine Zustimmung. Carstens und Schröder änderten an meinem ersten Entwurf nur wenig. Fraglich blieben fürs erste nur noch die Abrüstungsvorschläge am Ende der Note.

Das größte innenpolitische Hindernis für Schröders Ostpolitik, d. h. den Versuch, uns mit den Ländern Osteuropas zu verständigen, waren die Vertriebenenverbände. „Wir müssen“, schrieb ich in meinem Tagebuch gewiß zu salopp, „die Vertriebenenverbände einzeln knacken . . . Wenn wir den Polen in bestimmter Sprache gegenüberreten, haben wir – wie ich hoffe – jetzt nur noch die Sudetendeutschen gegen uns.“

Die Tschechoslowakei behandelte die Note freundlicher als die Polen. Wir sahen in Prag eine stärkere Neigung zu westlichen Vorstellungen. Man erkannte ihre Reserven gegen sowjetische Bevormundung. Doch das Hauptproblem zwischen Prag und Bonn waren Meinungsverschiedenheiten über das Münchener Abkommen von 1938. Den Absatz über die Tschechoslowakei in der Note hatte Krone und später auch der Bundeskanzler für problematisch angesehen – wegen möglicher Einwände der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Krone wurde beraten von Ministerialdirigent Bachmann, dessen Aktenzeichen auf Krones Interventionen zu sehen war. Er vertrat eine rigide rechte Linie.

In dem Entwurf der Note hieß es: „Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß das Münchener Abkommen aus dem Jahr 1938 von Hitler zerrissen wurde und nicht mehr gültig ist.“ Diese Formulierung wollte der Bundeskanzler Erhard nicht unterschreiben. Davon später mehr.

In den Entwurf einer Rede, die Bundeskanzler Erhard dann in New York hielt, hatte ich den Satz hineingeschrieben: „Die Bundesregierung erhebt keine territorialen Ansprüche gegen die CSSR.“ Die sudetendeutsche Landsmannschaft interpretierte das in ihrem Sinne, indem sie sagte: „Die Bundesregierung *erhebt* zwar keine Ansprüche, aber sie *hat* welche.“ Deshalb schrieb ich jetzt in den Entwurf der Note: „Die Bundesregierung hat und sie erhebt gegenüber der Tschechoslowakei keine territorialen Ansprüche, und sie distanziiert sich von allen Äußerungen, die an dieser Haltung Zweifel erwecken können.“

Die letzte Bemerkung bezog sich auf Reden etwa des Bundesministers Seehofer, des Sprachrohrs der Vertriebenenfunktionäre in der Regierung. Der amerikanische Botschafter McGhee sagte mir einmal, nichts habe uns in der amerikanischen Öffentlichkeit so ge-

schadet wie seine Reden. Der Passus blieb aber nicht in der endgültigen Fassung. Auf Wunsch Krones wurde nur noch gesagt, wir „erheben“ keine Ansprüche, um der Interpretation der Landsmannschaften entgegenzukommen, und von den „zweifelhaften Äußerungen der Vertriebenenfunktionäre“ wollte der Bundeskanzler sich auch nicht distanzieren. Bundesminister Schröder fand, wie später noch zu sehen sein wird, einen Kompromiß.

In der Note heißt es, daß wir keine restaurative Politik treiben, sondern daß unsere Politik vorwärts blicke. Wir wollten eine gerechte, auf friedlichen Vereinbarungen beruhende europäische Ordnung, die dem Frieden diene und ihn brauche. Dieser Frieden, so steht es im dritten Teil der Note, sei nicht gesichert. Zitiert werden beunruhigende sowjetische Äußerungen, die uns mit Vernichtung drohen. Sie waren zwar nicht allerneuesten Datums, ich nahm sie aber in die Note auf, um sie auch den uns kritisch gesinnten alliierten Regierungen vorzuhalten, die uns immer wieder weitere „Entspannungsschritte“ nahelegten, solche sowjetischen Drohungen gegen uns aber gerne übersahen. Auch in unserer Öffentlichkeit konnte der Hinweis darauf nicht schaden. Die Sowjetregierung hob stets ihr eigenes Sicherheitsbedürfnis hervor, worin ihr manche unserer Journalisten und Politiker beflissen folgten, indem sie tiefes Verständnis für die Furcht der größten kontinentalen, bis an die Zähne bewaffneten atomaren Militärmacht vor uns zeigten. Dem gegenüber erklärten wir jetzt, daß auch wir Deutschen ein Sicherheitsbedürfnis hatten.

In ihrem vierten Teil beschrieb die Note unser Verhältnis zur NATO und unsere Abrüstungspolitik. Im fünften Teil folgten die schon eingangs erwähnten sechs konkreten Vorschläge zur Sicherheitspolitik. Hervorzuheben darunter ist neben dem „Einfrierungsvorschlag“ der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion sowie der Austausch von Manöverbeobachtern. Die beiden zuletzt genannten Vorschläge wurden in der Folge in deutsch-sowjetischen Gesprächen bzw. in Helsinki verwirklicht. Ferner wurde in der Note eine allgemeine Kontrolle spaltbaren Materials, zu der wir uns bereits verpflichtet hatten, vorgeschlagen und unsere Bereitschaft erklärt, an einer Weltabrüstungskonferenz oder jeder anderen erfolgversprechenden Abrüstungskonferenz mitzuarbeiten.

Am 15. März war der Entwurf den Fraktionsvorsitzenden Barzel (CDU/CSU), Kühnmann-Stumm (FDP), aber auch dem Fraktionsvorsitzenden der Opposition, Erler, einem der fähigsten Abgeordneten der SPD, zugegangen. Schröder wollte eine überparteiliche Außenpolitik führen; er suchte auch die Zustimmung der Opposition und informierte sie über alle wichtigen, neuen Schritte. Und in der Tat war er sich mit ihnen in mancher Hinsicht, vor allem in der Ostpolitik, eher einig als mit gewissen, auf Rechtspositionen fixierten Politikern der CDU/CSU. Erler machte einige gute kleinere Formulierungsvorschläge, die wir übernahmen. Er wollte in einer Frage ein Wort Ulbrichts aus der SED-Bezirkskonferenz in Berlin aufgreifen und dagegen polemisieren. Aber wir fanden den Wortlaut von Ulbrichts Äußerung nicht.

Carstens' anfängliche Bedenken gegen den „Einfrierungsvorschlag“ waren nicht unbegründet, obwohl es der einzige war, der Aufsehen in der Welt erregen und zu Diskussionen führen konnte. Dennoch war mir klar, daß er kaum Chancen hatte, von den Atommächten angenommen zu werden: Die Sowjets hätten damals „wirksame Kontrollen“ in ihrem Lande nicht zugelassen. Auch die Vereinigten Staaten würden über den Vorschlag wenig erfreut sein, da sie ihre Soldaten in Europa unter dem Schutz der Mittelstreckenraketen wissen wollten. Ich verteidigte den Vorschlag trotzdem, weil wir den Völkern Osteuropas und aller Nicht-Atom-Staaten damit zeigen konnten, daß wir gemeinsame Inter-

essen haben. Carstens meinte, der Bundesverteidigungsrat werde diesen Vorschlag schon torpedieren. Er wolle ihn, da ich so sehr darauf bestehe, dennoch dort am 11. März einbringen, aber er ließ durchblicken, daß er nicht gedenke, dafür sehr zu kämpfen. Mir schien jedoch, wenn dieser Vorschlag falle, werde die ganze Note blaß, und alle würden sich fragen, warum wir sie in alle Welt geschickt haben und warum *tant de bruit pour une omelette*.

Staatssekretär Carstens stellte den Entwurf der Note im Bundesverteidigungsrat zur Diskussion. Wie er vorausgesehen hatte, traf der „Einfrierungs“-Vorschlag auf Widerstand des Bundesverteidigungsministers von Hassel. Auf Carstens' Anregung einigte man sich aber darauf, ein Offizier des Bundesverteidigungsministeriums, Ministerialdirigent Ruete, der Abrüstungsbeauftragte des Auswärtigen Amts Schnippenkötter und ich sollten uns zusammensetzen und die Differenz aus der Welt schaffen. Die Einwände des Obersten Hopf vom Bundesverteidigungsministerium waren gemäßigt, und wir einigten uns schnell. Am Nachmittag wurde die Einigung in einem Gespräch zwischen Staatssekretär Gumbel vom Verteidigungsministerium und Carstens, an dem ich teilnahm, bestätigt.

Danach wurde der Text der Note ins Reine geschrieben, und ich überreichte ihn Angehörigen der amerikanischen, britischen und französischen Botschaft. Am Abend wurde er der NATO fernschriftlich mitgeteilt. Für Rückäußerung war eine Frist von nur drei Tagen gesetzt. Die Amerikaner schlugen einige neue Formulierungen vor, doch wir fanden unsere alten besser. Die Amerikaner sagten selbst, ihre Vorschläge sollten wir auch nur als Anregungen betrachten. Eine Anregung der Briten war gut und geeignet, mißverständliche Interpretationen auszuschließen. Paris äußerte sich nicht. Der amerikanische Gesandte Hillenbrand suchte Carstens jedoch kurz vor Abgang der Note auf Weisung aus Washington auf und wünschte dringend eine Änderung in unseren Abrüstungsvorschlägen. Doch Carstens antwortete ihm – obwohl ich, wenn auch mit einiger Mühe, an jenem Tage noch Korrekturen hätte anbringen können –, es sei nun zu spät, die Note sei schon unterwegs.

Am Samstag, den 19. März, gegen siebzehn Uhr war ich mit dem letzten Entwurf fertig geworden, hatte noch einmal mit Carstens darüber gesprochen und brachte ein Exemplar zu Hohmann, dem Persönlichen Referenten des Bundeskanzlers, der mir sagte, der Kanzler freue sich schon darauf und sitze mit gespitztem Bleistift da. Hohmann wird den Ausdruck der Panik in meinen Augen bemerkt haben. Er setzte deshalb hinzu, der Kanzler wolle am Stil nicht viel ändern und beabsichtige auch nicht, den Text „in seine Sprache zu bringen“, die bekanntlich wolkig und nicht immer sehr präzise war. Aber der Satz, das Münchener Abkommen sei nicht mehr gültig, müsse fallen, sagte Hohmann. Außerdem könne der Kanzler sich nicht „von zwielichtigen Äußerungen deutscher Politiker“ distanzieren. Das sei Innenpolitik und habe in der Note nichts zu suchen.

Ich rief daher am Sonntagfrüh Carstens in seinem Wochenendhaus in der Eifel an und bat ihn, mit dem Kanzler zu sprechen und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß der Entwurf, vom Verteidigungsrat gebilligt, bereits allen NATO-Alliierten zur Kenntnis gegeben worden sei. Sie würden bedenklich den Kopf schütteln, wenn wir den Passus strichen, das Münchener Abkommen sei ungültig, und würden sich fragen, ob wir es denn noch für gültig hielten. Der Bundeskanzler antwortete Carstens, er sei im Ganzen mit dem Entwurf einverstanden, aber über das Münchener Abkommen müsse noch gesprochen werden.

Ich bat daher das Chiffrierbüro des Auswärtigen Amtes am Sonntagabend, den 20. März, den Text mit Ausnahme des Absatzes über München auf Lochstreifen zu stan-

zen – die Technik war damals noch nicht so weit wie heute. Schröder steuerte am Montag, den 21. März, einen Kompromißvorschlag bei, den der Bundeskanzler akzeptierte. Es blieb bei dem Text, daß Hitler das Münchener Abkommen zerrissen habe, aber „ungültig“ wurde gestrichen, und da Erhard sich von „zweifelhaften Äußerungen“ nicht öffentlich distanzieren wollte, hieß es nun: „(Die Bundesregierung) erhebt daher, wie sie mehrfach erklärt hat, gegenüber der Tschechoslowakei keine territorialen Ansprüche; sie betont, daß dies die verantwortliche Darstellung der deutschen Politik ist.“

Ich schrieb den Passus neu, und Carstens gab grünes Licht zur Absendung. Da rief mich der Kollege Rouget aus dem Bundeskanzleramt an, der Kanzler wünsche noch eine Spezifizierung des Absatzes über unseren Atomwaffen-Produktions-Verzicht. Ich erwiderte, dafür sei es nun zu spät, und teilte der „Telko“, der Telegrammkontrolle des Auswärtigen Amts, mit, sie könne die Note in der Nacht zum 22. März absetzen. Das geschah in zwei Dringlichkeitsstufen. Einige unserer Missionen wurden durch Schriffterlasse, die mit Kurier übersandt wurden, informiert. Es war ein komplizierter Zeitplan, von meinem Mitarbeiter Wolfgang Eggers generalstabsmäßig ausgearbeitet. Bis auf Teheran, wo der Kurier mit Verspätung ankam, hatten alle unsere Missionen in der Welt den Text der Note am 24. März.

Carstens hatte mir erlaubt, die Note in Prag, das wir ja in der Note besonders angesprochen hatten und wo wir keine amtliche Vertretung hatten, selbst zu übergeben, was am 25. März geschah, obwohl das Prager Außenministerium mißtrauisch und ängstlich besorgt darüber war, was wohl in der Note stehen mochte. Man hätte am liebsten erst in Moskau rückgefragt, und eine Beamtin des Protokolls riet mir, als ich im Außenministerium eintraf, doch erst einmal die Sehenswürdigkeiten der Stadt zu besuchen und, da heute Freitag sei, nach dem Wochenende wiederzukommen. Doch der Hinweis, daß dann alle anderen osteuropäischen Staaten vorher unterrichtet sein würden, bewog das Außenministerium, mich noch am gleichen Tag zu empfangen und die Note zu diskutieren. Die Beamten waren freundlich, angenehm überrascht, daß der Passus über unsere Beziehungen zur Tschechoslowakei auch allen anderen Regierungen der Welt mitgeteilt wurde, und sie entschuldigten sich, wenn sie gegen manche Passagen, etwa die Erwähnung der sowjetischen Drohungen, Reserven anmeldeten, „aber als hierzu beauftragte Beamte“ seien sie gehalten, die Ansicht ihrer Regierung zu vertreten.

Bundeskanzler Erhard hatte die Note im Bundestag bekanntgegeben. Alle Parteien stimmten ihm zu, so daß man von einem innenpolitischen Erfolg der Regierung sprach. Das Bundeskanzleramt vermittelte den Medien den Eindruck, die Note sei eine Initiative Erhards und unter seiner Regie entstanden. Das Echo im Ausland war ungewöhnlich stark, die Zeitungen stellten die Nachricht groß, manchmal sogar in Schlagzeilen heraus. Die britische Regierung gab eine zustimmende Erklärung durch den Sprecher des Foreign Office ab. Nur der Sprecher des Quai d'Orsay begnügte sich damit, zu erklären, die Regierung studiere die Note mit Interesse.

Die Presse der kommunistischen Staaten reagierte, wie zu erwarten war, negativ, aber überraschend differenziert. In der westlichen und blockfreien Presse überwogen die positiven Stimmen, wenn auch bei unseren Verbündeten häufig zu lesen war, wir hätten weitergehen und noch mehr Zugeständnisse machen sollen. Die amerikanische Presse war durchweg positiv. Wir seien, hieß es da, soweit gegangen, wie wir hätten gehen können.

Dennoch waren wir uns im Auswärtigen Amt der Schwächen bewußt, die die Note besaß. Ausgeklammert war die DDR. In der damaligen innenpolitischen Situation, wo

schon verhältnismäßig sekundäre völkerrechtliche Fragen umstritten waren, etwa ob das Münchener Abkommen von 1938 *ex tunc* oder *ex nunc* ungültig sei, war ein neuer Kurs gegenüber der DDR nicht durchzusetzen. Das Fundament, auf dem die Regierung stand, war für weitergehende, neue Initiativen, die unser Verhältnis zur DDR oder zu den Staaten des Warschauer Pakts grundlegend hätten verbessern können, nicht tragfähig genug. Ich schrieb damals in mein Tagebuch, wir müßten vorerst noch warten, bis wir in einem günstigen Stadium auch die deutsche Frage, die Wiedervereinigung diskutieren könnten.

Man kann ferner Kritik daran üben, daß die Note die von Moskau abhängigen osteuropäischen Länder ansprach und behandelte, als seien sie souverän, und daß die sogenannten „Satelliten“, nicht aber die Sowjetunion, im Zentrum unserer Diskussion standen, obwohl der Schlüssel nicht nur zur Deutschlandfrage, sondern überhaupt zu einer friedlichen Neuordnung Europas in Moskau lag. Dieser Einwand ist nicht unberechtigt. Ich habe ihn mir auch gemacht und fürchte, daß ich den Grad der Emanzipation von Moskau in den Staaten Osteuropas, bei aller Skepsis, die ich ständig in dieser Hinsicht aussprach, in Wirklichkeit selbst auch überschätzt hatte.

Die eingehende Schilderung des Entscheidungsprozesses hat, hoffe ich, gezeigt, daß Bundesaußenminister Schröder in seiner Ostpolitik nur einen begrenzten Handlungsspielraum hatte, den er allerdings ausschritt, so weit er konnte. Die Einwände kamen aus der eigenen Partei, von rechts, von den Ewig-Gestrigen. Dennoch war es ein Gewinn, daß wir mit den Staaten Osteuropas nun auch politisch in ein Gespräch gekommen waren, das eine Fortsetzung erlaubte.

Ich notierte mir kurze Zeit nach der Übergabe der Note in meinem Tagebuch: „Wir haben Gelände gewonnen. Ein Beispiel dafür ist der Enthusiasmus in dem uns gegenüber sonst so kritischen kanadischen Außenministerium, wo man sagte, wir hätten ins Schwarze getroffen.“

Wir haben die Polen und die Tschechen verschieden behandelt. Das Problem der Oder-Neiße-Linie können zur Zeit weder wir noch die Polen lösen, weder innen- noch außenpolitisch.

Mit den Tschechen sind die bilateralen Probleme leichter zu lösen. Sie sind außerdem unsere unmittelbaren Nachbarn. Das Problem der sudetendeutschen Landsmannschaft aber muß einmal angepackt werden. Hier ist Härte des Bundeskanzlers notwendig. Ich habe Hohmann gesagt, wie wichtig es sei, daß der Kanzler nun nicht wieder vor den Sudetendeutschen vom Heimatrecht zu reden beginnt und das, was in der Note geklärt worden ist, verschwommen darstellt.“

Auf der NATO-Konferenz in Brüssel, wo die „Friedensnote“ als nachahmenswertes Beispiel hingestellt wurde, war die Ost-West-Entspannung Hauptthema. Manchmal hatte man den Eindruck, als wollten unsere Verbündeten mit ihrer Aktivität auf diesem Gebiet de Gaulle ausstechen. Überzeugende Vorschläge wurden allerdings nicht gemacht. Schröder hatte, wie ich mir notierte, seine Zweifel, ob in der damaligen Verfassung der Bundesregierung „eine umfassende, die wirklichen Probleme lösende Entspannungsaktion Aussicht auf Erfolg haben könne“. Dennoch schlug er in einem Brief an den Bundeskanzler vor, daß wir uns möglichst an die Spitze der Entspannungsaktion setzen sollten, weil anderenfalls unsere Verbündeten zu leicht Entspannungsmaßnahmen vorschlagen, die auf unsere Kosten gehen.

Die Versuche, den mit der „Friedensnote“ eingeleiteten Dialog mit den Warschauer-Pakt-Staaten fortzusetzen, wären ein eigenes, neues Kapitel. Deshalb hier nur in Kürze:

Ich hatte nach Rücksprache mit Carstens eine Note an die tschechoslowakische Regierung entworfen. Ihr Sinn war, die Diskussion über das Münchener Abkommen zu entpolitisieren, d. h. einmal es moralisch zu verurteilen, und zum anderen die Frage, ob und seit wann es ungültig sei, unter rechtlichen Gesichtspunkten von einem Gremium von Völkerrechtlern untersuchen zu lassen. Dagegen hätten auch die Landsmannschaften, die ja immer auf Rechtspositionen beharrten, eigentlich keine Einwände erheben dürfen.

Schröder war damit einverstanden. Auf Carstens' Anregung entwarf ich am 30. Juni 1966 einen Brief Schröders an den Bundeskanzler, in dem diese Grundidee erläutert wurde. Der Kanzler aber zögerte mit einer Antwort, weil er in seiner damals ohnehin geschwächten politischen Lage nicht auch noch den Widerspruch der Vertriebenenfunktionäre hervorrufen wollte, deren Einfluß auf die Wähler übrigens immer, bis in die späten achtziger Jahre, von der CDU-Führung weit überschätzt wurde.

In dem Brief Schröders an den Bundeskanzler hieß es: „Ich mache darauf aufmerksam, daß dieser Vorschlag nicht taktisch gemeint ist, sondern daß er, wenn die tschechoslowakische Regierung darauf eingeht, der erste Schritt sein kann, eins der wichtigsten Probleme aus dem Weg zu räumen, die zwischen uns und der Tschechoslowakei stehen. Sollte das gelingen, so wäre in der Tat ein wichtiger Schritt zur Entspannung gemacht. Die Schwierigkeiten vor allem innenpolitischer Art übersehe ich nicht. Ich glaube aber, wir haben keine andere Wahl, als trotzdem diesen Weg zu gehen.“

Man sieht also, daß Schröder und Carstens eine grundlegende Verständigung mit den osteuropäischen Staaten wollten, daß sie die Spannungsursachen abbauen wollten, auch gegen innenpolitische Widerstände. Doch der Dialog, den sie mit der „Friedensnote“ begonnen hatten, konnte von ihnen nicht fortgesetzt werden. Ihre Bemühungen, die bis zum September weitergeführt wurden, versandeten im Bundeskanzleramt.

Es kamen andere Sorgen auf Bundeskanzler Erhard zu. Seine Stellung in der Koalition und der eigenen Partei war schwach, und als die Minister der FDP die Regierung verließen, trat er im November 1966 zurück. Willy Brandt wurde Außenminister der Großen Koalition. Schröder hatte jeden Schritt seiner Ostpolitik vorher lange und kritisch abwägend geprüft, bevor er unsicheres Gelände betrat. Er ging vorsichtig und dennoch beharrlich voran. Brandt setzte die Verständigungspolitik mit den sozialistischen Staaten energischer fort, und zwar, wie auch Schröder geplant hatte, mit Prag. Brandt suchte auch den Dialog mit Moskau und klammerte die DDR nicht aus. Er glaubte an den guten Willen der Sowjets und ließ sich auch durch Enttäuschungen, etwa ihren Einmarsch in die Tschechoslowakei im August 1968, nicht lange beirren. Er war optimistischer und willens, mehr zu riskieren, aber er konnte sein Konzept auch ungestörter entwickeln als Schröder, weil die Kräfte, die diesen gehindert hatten, weniger Einfluß auf die Außenpolitik der Großen Koalition und später der SPD-FDP-Koalition hatten.

Notiz

„... , DA ICH SIE NICHT BENENNEN KANN.“

FORSCHUNGSPROJEKT „TOTALITARISMUS UND POLITISCHE RELIGIONEN“ AN DER LUDWIG- MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Die europäischen Gewaltregime gehören zu den zentralen politischen Phänomenen des 20. Jahrhunderts. Die Versuche, ihr Spezifisches und Gemeinsames begrifflich zu fassen, sind so alt wie Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus selbst. Daß mit ihnen etwas Neues, bisher so nicht Dagewesenes in die Geschichte Einzug gehalten hatte, war bald offensichtlich. Die alten Begriffe der Staatsformenlehre (Diktatur, Tyrannis, Despotie, Autokratie, etc.) wurden den Ereignissen und Zuständen in der Sowjetunion, in Italien und Deutschland nicht mehr gerecht.

Damit war eine Situation eingetreten, die bereits Tocqueville vorausgesehen hatte: „Darum denke ich, daß die Art der Unterdrückung, die die demokratischen Völker bedroht, in nichts der früheren in der Welt gleichen wird; unsere Zeitgenossen könnten deren Bild in ihrer Erinnerung nicht finden. Ich suche selbst vergeblich nach einem Ausdruck, der genau die Vorstellung, die ich mir mache, wiedergäbe und sie enthielte; die früheren Worte Despotismus und Tyrannei passen dafür nicht. Die Sache ist neu, ich muß also versuchen, sie zu umschreiben, da ich sie nicht benennen kann.“

Als die hier vorhergesehene Unterdrückung Wirklichkeit wurde, entstanden eine Reihe neuer Begriffe und Theorien, die von unterschiedlicher Tragfähigkeit und Lebensdauer waren. Die wohl bedeutendsten Neubildungen, die Konzepte des „Totalitarismus“ und der „Politischen Religion“, sind Gegenstand eines Forschungsvorhabens am Lehrstuhl für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Eingebettet in den Forschungsschwerpunkt „Diktaturvergleich“ der Volkswagen-Stiftung soll unter der Leitung von Prof. Dr. Hans Maier ein Stück „Geschichte der Konzeptualisierung von Geschichte“ geschrieben werden.

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa ist das letzte der drei Gewaltregime, welche die europäische Geschichte unseres Jahrhunderts geprägt haben, zu Ende gegangen. Die damit eingeleitete zeitliche Distanzierung ermöglicht eine historische Analyse jenseits weltanschaulicher Grabenkämpfe. Vor allem der Totalitarismusbegriff stand ja lange Zeit unter dem Verdacht, zugleich Mittel und Produkt des Kalten Krieges zu sein. Mittlerweile ist der Ausdruck „totalitär“ fester (vielleicht zu selbstverständlicher?) Bestandteil des politischen Vokabulars aller Frak-

tionen geworden. Der „antitotalitäre Konsens“ ist in den Jahren 1991–1995 immer wieder im Kampf gegen politische Extremismen beschworen worden. Will man sich jedoch dem Phänomen nicht nur „von oben“, von der Herrschaftsausübung und ihren Mechanismen, sondern auch „von unten“, von den Elementen und Voraussetzungen der Gefolgschaft und ihrer Rechtfertigung im totalitären System nähern, erhält auch das Konzept der „Politischen Religionen“ eine neue Aktualität.

Bei einer internationalen Tagung, die im Rahmen des Forschungsprojektes vom 26. bis 30. September 1994 in München stattfand, wurden die unterschiedlichen Entwicklungsstufen der beiden Konzepte deutlich. Während die Totalitarismustheorie sowohl bezüglich ihrer inhaltlichen Bestimmung als auch ihrer Entstehungsgeschichte en détail diskutiert werden kann, befindet sich die scientific community im Bereich des Problemfeldes, welches mit dem Arbeitstitel „Politische Religionen“ abgesteckt ist, vielfach noch im Stadium erster Gehversuche. Die Ergebnisse des Symposiums lassen sich – ganz vorläufig – folgendermaßen zusammenfassen: 1. Das spezifische Merkmal der Diktaturen des 20. Jahrhunderts, die Entgrenzung der politischen Gewalt, ihr Eindringen in alle Sphären des gesellschaftlichen und privaten Lebens, läßt sich mit dem Begriff „Totalitarismus“ angemessen beschreiben. Randunschärfen (autoritäre Regime, posttotalitäre Gesellschaften) sind – wie bei jeder abstrakten Fassung komplexer Wirklichkeiten – unvermeidlich. 2. Die Erhebung der empirischen Grundlagen der Totalitarismustheorie für den Bereich der ehemaligen Sowjetunion und ihrer Satelliten steht noch in den Anfängen. Die von den beteiligten Forschern aus Osteuropa begonnene Aufarbeitung des nun zugänglichen Quellenmaterials wird diesen Informations-Ungleichstand in absehbarer Zeit verringern. 3. Ein weiteres Charakteristikum totalitärer Regime, die „absolute Rechtfertigung“, entbehrt bisher einer klaren begrifflichen Fixierung. Keiner der in die Diskussion eingebrachten Begriffe (Politische Religionen, Ersatzreligionen, Gegenkirche) fand ungeteilte Zustimmung. 4. Die Verarbeitung des totalitären Phänomens auf dem Gebiet der Literatur ist ein bisher zu wenig beachtetes Forschungsgebiet. 5. Eine umfassende Theorie der Despotien des 20. Jahrhunderts wird nur möglich sein als Ergebnis eines interdisziplinären Zusammenwirkens von Geschichts-, Sozial- und Literaturwissenschaften.

Die Arbeit im Forschungsprojekt gliedert sich in drei Bereiche. Zunächst gilt es, die Entstehungsgeschichte der beiden Konzeptionen anhand des gedruckten und ungedruckten Quellenmaterials zu erarbeiten. Während für die Totalitarismustheorie auf einschlägige Vorarbeiten (J. Petersen, K. D. Bracher) zurückgegriffen werden kann, sind die Anfänge der Beschreibung totalitärer Regime mit den Mitteln religionsphilosophischer und kirchensoziologischer Analogiebildungen weitgehend unerforscht. Ein besonderes Gewicht liegt auf denjenigen Autoren, die in ihren Arbeiten beide Konzepte berücksichtigt haben (H. Arendt, R. Aron). Über die Ergebnisse der Auswertung bisher nicht erschlossenen Archivmaterials wird nach Abschluß des Projektes zu berichten sein.

Um die in der Geschichte der Theoriebildung bedeutsamen Quellen der Forschung zugänglich zu machen, sollen zentrale Texte in einer Quellensammlung zusammengefaßt werden. Der Bestand früherer Reader (Seidel/Jenkner) wird hierbei

zeitlich (zwanziger und dreißiger Jahre) wie inhaltlich (Politische Religionen) erweitert. Über die Quellensammlung hinaus wird eine kommentierte Bibliographie erstellt, in der alle wichtigen Autoren und ihre mit der Totalitarismustheorie oder dem Konzept der Politischen Religionen in Zusammenhang stehenden Werke zusammengetragen und mit kurzen Kommentaren versehen werden. Ausgestattet mit einem wissenschaftlichen Apparat (Übersicht über Lebensdaten, Querverweise auf bereits vorhandene Bibliographien, Sekundärliteratur in Auswahl, Register) soll die Bibliographie den aktuellen Forschungsstand leicht abrufbar zur Verfügung stellen. Neben den „Klassikern“ der Totalitarismusforschung können hier auch bisher kaum beachtete Arbeiten berücksichtigt werden, etwa Fritz Gerlichs früher Versuch einer Interpretation des Kommunismus auf dem Hintergrund des Chiliasmus (1920) oder Carl Brys „Verkappte Religionen“ (1925). Eine erste Zusammenfassung von Forschungsergebnissen wird im Herbst 1995 unter dem Titel „Totalitarismus und politische Religionen“ im Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn-München, erscheinen.

Michael Schäfer

Abstracts

Hans Maier, „Totalitarianism“ and „Political Religions“. Concepts of Dictatorship in Comparison

Interested observers as well as involved politicians, saw in the rise of Bolshevism, Fascism and National Socialism a challenge to find adequate terminology to describe the events and processes in Russia, Italy and Germany. „Totalitarianism“ and „political religions“ are two of the concepts that were developed in this context. First introduced by Italian anti-fascists in 1924, the term „totalitarianism“ soon became a popular expression to describe the extension, delimitation and dynamism of political power which characterized the new regimes. Today, „totalitarianism“ represents a wide-spread and quite accepted part of political theory. The less regarded concept of „political religions“ tries to cover the religious dimension of 20th century tyrannies. First used by Eric Voegelin and Raymond Aron in 1938/39 the term can serve as a „container“ for different fields of research: 1. parallels to religious phenomena in general (terror, rituals); 2. parallels to sociological aspects of churches (orthodoxy, restricted membership, canonical books); 3. „redivinisation“ and „political theology“ (H. Heller, E. Peterson). Nonetheless, despite the concepts mentioned, a comprehensive and integrated theory of modern day tyranny still needs to be developed.

Freya Eisner, Kurt Eisner's Place in the Socialist Movement

The essay corrects the somewhat distorted view of Kurt Eisner's personality which, to some extent, is based on bias. The article shows that Eisner's ideas and actions albeit idealistic were not unrealistic. Results of recent research reveal that the unsigned cover essays in „Vorwärts“ (1899–1905) and in the „Fränkische Tagespost“ (1907–1910) were written by Eisner. Also, the evaluation of other heretofore unknown writings show Eisner's influence on the socialist movement. Thus, by 1918/19 when Eisner became Bavarian head of government, his political concept was already formed. Recognizing capitalism's inherently destructive potential early on, Eisner, whose justification of socialism was primarily based on ethics, tried to find a third way between capitalism and communism. What becomes obvious is that Eisner overestimated the readiness of people to follow his sophisticated and complex middle position.

Bernd Stöver, Allegiance rather than Resistance. The Reports of Socialists in Exile and their Portrayal of the Third Reich

In discussing the question to what extent the German people conformed to national socialism and the factors determining this, the reports by socialists in exile, which were ignored by historians for a long time, are of exceptional significance.

These reports show that nationalism and the heightened sense of economic and political insecurity, brought about by the many crises of the Weimar Republic, allowed the NSDAP to reach all levels of society. After the trauma of the Great Depression, the higher wages offered by the forced armaments industry gave people the opportunity to lead creative and autonomous private lives once again. The persecution of political opponents and Jews could be viewed as concomitant to domestic stabilisation or simply seen as elimination of competition. The political impact of the Versailles Treaty became especially apparent in the euphoric acceptance of territorial expansion during the thirties and was largely understood as a legitimate revision of the settlement. Nationalism and economic well-being as the top priority culminated in the starting of the war in 1939. The propaganda phase of this „justified“ war was effective and, indeed, during the victorious years, the economic advantages of conducting a war of conquest and dominance were perceived positively. Largely resigned to this development, the socialists in exile at no time whatsoever expected a mass uprising against the régime and worked on plans for the „new Germany“ after the war.

Helge Berger and Albrecht Ritschl, The Marshall Plan and Germany 1947–1951

There is still no consensus on the importance of the Marshall Plan to Germany's post war economic development. Traditional economic history in Germany argues the Marshall Plan was essential for Germany's „Wirtschaftswunder“. A newer school among economic historians believes post war reconstruction in Western Europe and Germany was more or less independent of the Marshall Plan. The importance of the Marshall Plan should be seen as a device to establish credible political commitments to economic integration within Germany and Europe. U.S. resource and monetary aid was largely an initial pump primer used to create an economic centre-piece. Post-war reconstruction in Western Europe should be viewed not as a sequence of correspondent national recoveries, but rather as the politically controlled reconstruction of the intra-European division of labour, with Germany as its industrial centre. Against the background of insurmountable claims on Germany, the European Payments Union (EPU) was helped set up by the Marshall Plan. As a system of mutual free trade and financial credit commitments, the EPU was definitely superior to the system of protectionist bilateral trade agreements. By helping Germany bind itself to new trading partners, the Marshall Plan, i.e. the EPU effectively re-integrated the pre-war system of European trade and payments, despite the bad record of clearing arrangements under the Nazi New Order.

Rainer A. Blasius, Erwin Wickert and the Friedensnote of the Federal Government of March 25, 1966

The origins of the Aide-mémoire of the Federal Government of March 25, 1966 are still largely unclear. However, it has long been known that Erwin Wickert, then Head of Department in the German Foreign Ministry, drafted the first version of what was to become the „Friedensnote“. In this article, based on his own private papers and diary, Wickert gives an account of the various stages of development the

drafting went through. Originally devised as a defensive counter measure to Soviet propaganda, Wickert shows how a diplomatic step developed into an explanation of Chancellors Erhard's peace and security policy which struck a peaceful and friendly tone. Especially the offer to the Eastern European states to exchange declarations of nonaggression turned out to be forward-looking. But as for the recognition of the Eastern frontiers, Wickert notes the Federal Government in 1966 did not make any concessions to Czechoslovakia and Poland. At the time a majority would not have been attained with the German people or the three parties (including the Social Democrats).

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Hans Maier*, Professor für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Ludwig-Maximilians-Universität München (Ludwigstr. 31/III, 80539 München); veröffentlichte u. a. „Revolution und Kirche. Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie. 1789–1850“ (Freiburg 1959, ⁵1988), „Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre“ (Neuwied 1966, München ³1986), „Die Deutschen und die Freiheit. Perspektiven der Nachkriegszeit“ (Stuttgart 1985, München ²1987), „Nachdenken über das Christentum“ (München 1992).

Dr. *Freya Eisner*, Publizistin (Biterolfstr. 3, 80634 München); veröffentlichte u. a. „Kurt Eisner: Sozialismus als Aktion. Ausgewählte Aufsätze und Reden“ (Frankfurt a.M. 1975), „Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik“ (Köln/Frankfurt a.M. 1977), „Kurt Eisner: Die Politik des libertären Sozialismus“ (Frankfurt a.M. 1979).

Dr. *Bernd Stöver*, wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Potsdam (Am Neuen Palais 10, 14415 Potsdam), 1994–1995 Research Fellow am Deutschen Historischen Institut in Washington; veröffentlichte u. a. „Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte“ (Düsseldorf 1993), „Das sozialistische Exil und der 20. Juli 1994. Die Wahrnehmung des Attentats auf Hitler durch die Sopade und die Gruppe Neu Beginnen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/1994*, S. 31–38.

Helge Berger, Dipl.-Volkswirt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft der Universität München (Schackstr. 4, 80539 München); arbeitet gegenwärtig an einer Dissertation zur Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre.

Dr. *Albrecht Ritschl*, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Pompeu Fabra, Barcelona (Balmales, 132, E-08008 Barcelona); befaßt sich besonders mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands während der Zwischenkriegsperiode und der fünfziger Jahre und arbeitet am Abschluß seines Habilitationsprojekts über Deutschland in der Weltwirtschaftskrise.

Dr. *Hans-Jürgen Schröder*, Professor für Zeitgeschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Historisches Institut – Neuzeit I (Otto-Behagel-Str. 10 C, 35394 Gießen); veröffentlichte vor allem Arbeiten zur amerikanischen und deutschen Außenpolitik im 20. Jahrhundert, zuletzt als Herausgeber „Confrontation and Cooperation. Germany and the United States in the Era of World War I, 1900–1924“ (Providence, RI/Oxford 1993), „Einführung in das Studium der Zeitgeschichte“ (zusammen mit M. Peter, Paderborn 1994).

Dr. *Rainer A. Blasius*, Leiter der Außenstelle Bonn des Instituts für Zeitgeschichte und der Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (c/o Auswärtiges Amt, Adenauerallee 89, 53113 Bonn); veröffentlichte u. a. die Editionen „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963“, 3 Bde. (gemeinsam mit Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1994), „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964“, 2 Bde. (gemeinsam mit Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995), sowie die Sammelbände „Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963“ (München 1994), „Hasso von Ertzdorf. Ein deutscher Diplomat im 20. Jahrhundert“ (Zürich 1994).